

24. Januar 2012 **B 22a**

VORANSCHLAG 2012

(2. Entwurf)

Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin: Yvonne Schärli-Gerig
Die stv. Staatsschreiberin: Edith Mertens Senn

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Veränderungen	7
2. Zusammenzüge	13
I. Beschlüsse des Kantonsrates	17
1. Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2012 des Kantons Luzern	19
2. Kantonsratsbeschluss über den Bezug der Staatssteuern im Jahr 2012	21
II. Aufgabenbereiche	23
0. Allgemeine Verwaltung	27
1. Öffentliche Ordnung und Sicherheit	71
2. Bildung	96
3. Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	115
4. Gesundheit	121
5. Soziale Sicherheit	129
6. Verkehr	140
7. Umweltschutz und Raumordnung	149
8. Volkswirtschaft	159
9. Finanzen und Steuern	166
III. Planrechnungen	173
1. Erfolgsrechnung (Artengliederung)	175
2. Investitionsrechnung (Artengliederung)	177
3. Geldflussrechnung	178
4. Bilanz	179
5. Anhang zu den Planrechnungen	180
5.1 Investitionen Hochbau	181
5.2 Investitionen Kantonsstrassen	185
5.3 Investitionen öffentlicher Verkehr	190
5.4 Investitionen Naturgefahren	191
5.5 Investitionen Informatik	193
IV. Anhang	195
1. Anzahl Vollzeitstellen	197
2. Anzahl Lernende/Praktikantinnen/Praktikanten	199
3. Glossar	200
4. Register der Aufgabenbereiche	204

1. Veränderungen

1.1 Finanzielle Veränderungen

In der nachstehenden Tabelle sind alle finanziellen Veränderungen gegenüber dem Voranschlag 2012, Stand Botschaft B 22 vom 25. Oktober 2011, zusammengefasst.

Unter Ziffer 1.1.1 ist die finanzielle Veränderung je Hauptaufgabe dargestellt. Ab Ziffer 1.1.2 sind die Details je Aufgabenbereich aufgeführt: unter Ziffer 1.1.2 sind die erbrachten Verbesserungen aufgelistet, unter Ziffer 1.1.3 sind die Verschlechterungen und unter Ziffer 1.1.4 alle ergebnisneutralen Veränderungen dargestellt. Wir haben auch alle von Veränderungen betroffenen Aufgabenbereiche aktualisiert.

1.1.1 Finanzielle Veränderung je Hauptaufgabe

in Mio. Fr.

	Voranschlag 2012 1. Entwurf Stand AFP vom 25.10.2011	Voranschlag 2012 2. Entwurf	Veränderung
Erfolgsrechnung (ER)			
Aufwand-/Ertragsüberschuss je Hauptaufgabe			
H0 Allgemeine Verwaltung	117,7	115,8	-1,9
H1 Öffentliche Ordnung & Sicherheit	138,6	136,9	-1,7
H2 Bildung	622,7	618,8	-3,9
H3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	26,3	26,1	-0,2
H4 Gesundheit	295,5	284,5	-11,0
H5 Soziale Sicherheit	192,4	191,6	-0,8
H6 Verkehr	28,3	27,9	-0,4
H7 Umweltschutz und Raumordnung	37,7	37,1	-0,6
H8 Volkswirtschaft	30,2	29,6	-0,6
H9 Finanzen und Steuern	-1'512,5	-1'459,5	52,9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-23,0	8,8	31,8
Investitionsrechnung (IR)			
Ausgaben	230,4	230,2	-0,2
Einnahmen	-84,3	-84,3	0,0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	146,1	145,9	-0,2

Spalten Voranschlag: - = Ertragsüberschuss (ER) / Einnahmen (IR) Verbesserungen

+ = Aufwandüberschuss (ER) / Ausgaben (IR)

Spalte Veränderung: - = Verbesserungen / + = Verschlechterungen

Der Saldo der Erfolgsrechnung verschlechtert sich um netto 31,8 Millionen Franken. Einer Verschlechterung von 59,7 Millionen Franken (Minderertrag aus SNB Gewinnausschüttung 31,7 Mio. Fr., Minderertrag Staatssteuern 28,0 Mio. Fr.) steht eine Verbesserung von 27,9 Millionen Franken gegenüber. Die Investitionsrechnung verbessert sich um 0,2 Millionen Franken.

1.1.2 Verbesserungen je Aufgabenbereich

in Franken

Aufgabenbereich	Betroffene Leistung(en)	Veränderung betroffene Leistung	Total Veränderung Globalbudget ER	Total Veränderung Saldo Ausgaben IR
1010 Staatskanzlei			-90'000	
	Einsparung Personalaufwand (Mutationsgewinn durch Stellenwechsel)	-35'000		
	Einsparung diverser Sachaufwand (Unterhalt Software, externe Fachberatungen, Fachliteratur und Zeitschriften)	-55'000		
1020 Finanzkontrolle			-20'000	
	Einsparung externe Fachberatungen, Fachliteratur, Aus- und Weiterbildung; Mehrertrag: Beratungen und Dienstleistungen	-20'000		
2020 Landwirtschaft und Wald			-300'000	
	Einsparungen bei Ressourcenprogramm Art. 77 LWG (Nichteinführen neuer Massnahmen und Reduktion der Entschädigungssätze)	-150'000		
	Nettoverbesserung Projekt Unesco Biosphäre Entlebuch (Aufstockung des Bundesbeitrages um 100'000 Fr., Reduktion Kantonsbeitrag 50'000 Fr.)	-50'000		
	Senkung Beiträge Wald (weniger Schutzwaldprojekte)	-50'000		
	Diverse Einsparungen Personal- und Sachaufwand (Büromaterial, Fachberatung, Aus- und Weiterbildung)	-50'000		
2030 Raumplanung, Wirtschaftsentwicklung und Geoinformation			-175'000	
	Mehrertrag aus Gebühren für Amtshandlungen (Einnahmen Leitung und Aufsicht amtliche Vermessung) und aus Beratungen/Dienstleistungen (Verkauft Produkte Geoapplikation)	-135'000		
	Senkung Staatsbeitrag Regionale Entwicklungsträger	-40'000		
2031 Wirtschaft			-325'000	
	Senkung Staatsbeitrag Fremdenverkehrsorganisationen (Bewilligungsabgaben gemäss Gastgewerbegesetz an Tourismusorganisationen; Anpassung gemäss gesetzlichem Spielraum)	-150'000		
	Senkung bei Staatsbeitrag Entwicklungskonzepte (Tourismus; Staatsbeitrag Marke Luzern)	-100'000		
	Senkung Staatsbeitrag Stiftung Wirtschaftsförderung	-75'000		
2040 Umwelt und Energie			-500'000	
	Einsparung Energieförderprogramm (einmalige Einsparung für 2012)	-300'000		
	Einsparungen im Umwelt- und Gewässerschutz (Fachberatung und Expertisen etc.)	-161'000		
	Einsparungen bei Öl-, Chemie-, Strahlenwehr (Aufschieben von Material-Ersatzbeschaffungen)	-27'000		
	Diverse Einsparungen	-12'000		
2052 Öffentlicher Verkehr			-400'000	
	Kürzung Beiträge an Transportunternehmen (Kantonsbeitrag an den Verkehrsverbund Luzern)	-400'000		
2053 Naturgefahren			-100'000	
	Einsparungen Beiträge an Gemeinden und Gemeindezweckverbände im Bereich Risikomanagement	-60'000		
	Einsparungen bei Fachberatung und Expertisen	-40'000		
3100 Stabsleistungen BKD			-86'100	
	Einsparungen Informatik	-42'000		
	Reduktion Staatsbeiträge an Private	-30'000		
	Einsparungen Aus- und Weiterbildung	-14'100		

Aufgabenbereich	Betroffene Leistung(en)	Veränderung betroffene Leistung	Total Veränderung Globalbudget ER	Total Veränderung Ausgaben IR
3200 Volksschulbildung			-1'250'000	
	Beiträge an private Sonderschulen: Reduktion Schulgeldpauschale	-250'000		
	Beiträge an Gemeinden: Reduktion der Beiträge an Musikschulen (Anpassung des Beitrags an Durchschnittswert erfolgt im Jahr 2013)	-200'000		
	Beiträge an Gemeinden: Reduktion Weiterbildungsbeiträge an Lehrpersonen	-150'000		
	Beiträge an Gemeinden: Reduktion Beiträge für Schulsozialarbeit Sekundarschule (verzögerte Einführung in einzelnen Gemeinden)	-150'000		
	Beiträge an Gemeinden: Reduktion Beiträge an fremdsprachige Lernende	-100'000		
	Beiträge an Gemeinden: Reduktion Informatikbeiträge (Streckung des Projekts Schulverwaltungssoftware)	-50'000		
	Beiträge an private Institutionen: Reduktion diverse Beiträge	-125'000		
	Heilpädagogische Zentren und heilpädagogische Schulen: Einsparungen im Sachaufwand	-100'000		
	Privatschulen: Reduzierung Beiträge an Anschaffungen	-100'000		
	Diverse Einsparungen (Budget Honorare)	-25'000		
3300 Gymnasiale Bildung			-700'000	
	Reduzierung des Qualitätsmanagements (QSE)	-300'000		
	Zusammenlegung von Klassen an der Kantonsschule Alpenquai	-150'000		
	Einsparungen im Sachaufwand (KS Musegg, insbesondere Ersatzbeschaffungen 100'000 Fr.; KS Alpenquai 40'000 Fr.)	-140'000		
	Verzicht auf externe Schulevaluation	-70'000		
	Diverse Einsparungen (Kündigung Benchmarking/Absolventenbefragung etc.)	-40'000		
3400 Berufs- und Weiterbildung			-1'323'190	
	Betriebliche Bildung, Qualifikationsverfahren: Reduktion Honoraransatz (von 50 Fr. auf 45 Fr.)	-439'590		
	Betriebliche Bildung: Einsparung Honorare durch Begrenzung Projekt 'Fachkundige individuelle Begleitung' (75'000 Fr.) und Einsparung Honorare Verbandssupport, BM-Förderung (50'000 Fr.)	-125'000		
	Schulische Bildung: Pauschale Reduktion Budget Höhere Fachschule für Tourismus	-133'600		
	Schulische Bildung: Reduktion Staatsbeiträge Sprache und Information (100'000 Fr.) und Staatsbeiträge allgemeine Weiterbildung (50'000 Fr.)	-150'000		
	Schulische Bildung: Mehrertrag aus höherer BBT-Pauschale aufgrund aktualisierter Schätzung und aus Verbesserung Kostendeckungsgrad BBZ Weiterbildung (je 100'000 Fr.)	-200'000		
	Reduktion Stipendien aufgrund Auszahlung 2011	-150'000		
	Reduktion Weiterbildungsbudget um 20% in der gesamten Dienststelle	-125'000		
3500 Hochschulbildung			-630'209	
	IUV Beiträge: Mehrertrag aus erwarteten Rückzahlungen im Jahr 2012 für zu hohe Beitragszahlungen	-200'000		
	ZHB: neue Stellen werden nicht geschaffen (IT und Fachreferate)	-230'209		
	Einsparung Honorare Vorkurs HSLU-D&K	-100'000		
	Kürzung der Kostenabgeltungspauschale der Universität Luzern	-100'000		
3502 Kultur und Kirche			-210'500	
	Denkmalpflege: Reduktion Entschädigungsleistungen für private Eigentümer	-100'000		
	Archäologie: diverse Einsparungen im Sachaufwand	-50'000		
	Natur-Museum, Hist. Museum: Reduktion der Sachmittel	-60'500		
4020 Stabsleistungen FD			-222'800	
	Keinen Beitrag Kantone an Fachstelle eGov, Kostenbeteiligung nur an Projekte	-100'000		
	Reduktion Staatsbeitrag LUSTAT Luzerner Statistik	-50'000		
	Diverse Einsparungen (Dienstleistungen und Honorare 53'000 Fr; Personalaufwand 19'800 Fr.)	-72'800		

Aufgabenbereich	Betroffene Leistung(en)	Veränderung betroffene Leistung	Total Veränderung Globalbudget ER	Total Veränderung Ausgaben IR
4030 Dienstleistungen Finanzen			-12'000	
	Einsparungen Sachaufwand	-12'000		
4031 Finanzen			-635'700	
	Weniger Zinsaufwand aufgrund aktualisierter Berechnung	-625'000		
	Einsparungen Sachaufwand	-10'700		
4040 Dienstleistungen Personal			-115'000	
	Reduktion Begleitung Absenz- und Casemanagemt	-70'000		
	Diverse Einsparungen (Sachaufwand 45'000 Fr., u.a. Streichung Kaderanlass; Personalaufwand 10'000 Fr.)	-45'000		
4050 Informatik und Material			-534'500	
	Einsparungen Sachaufwand (u.a. Aufschub von Projekten, Reduktion Unterhalt)	-530'000		
	Einsparung Aus- und Weiterbildung	-4'500		
4060 Dienstleistungen Steuern			-118'000	
	Einsparungen Sachaufwand (Dienstleistungen und Honorare, Kostenreduktionen in Projekten etc.)	-118'000		
4061 Steuern			-115'000	
	Entschädigungen an Kantone: Reduktion aufgrund aktuellem Veranlagungsstand	-100'000		
	Diverse Einsparungen	-15'000		
4071 Immobilien			-437'000	
	Einsparungen baulicher Unterhalt	-275'000		
	Einsparungen Mieten (schnelleres Abstossen ungenutzter Räumlichkeiten)	-100'000		
	Weitere Einsparungen Sachaufwand (Möblierungen etc.)	-62'000		
5010 Stabsleistungen GSD			-30'000	
	Diverse Einsparungen (Reduktion Honoraraufwand für Projekt E-Health 10'000 Fr., Verzögerung Informatikprojekte 20'000 Fr.)	-30'000		
5012 Sport			-20'000	
	Geplantes Lager im Bereich J+S wird gestrichen	-20'000		
5020 Gesundheit			-11'000'000	
	Dividendenertrag Luzerner Kantonsspital (LUKS) aus Jahresertrag 2011	-8'500'000		
	Kürzung Gemeinwirtschaftliche Leistungen [GWL] (Langzeitpflege lups + UNI LU)	-2'000'000		
	Kürzung Höhere Fachschule Gesundheit Zentralschweiz auf 679'600, neuer Verteilschlüssel	-323'000		
	Kürzung Staatsbeitrag an Soziale Beratungszentren (SoBZ), neu 1'350'700	-100'000		
	Kürzung Gesundheitstag (Kompensation durch Drittmitfinanzierung)	-77'000		
5030 Lebensmittelkontrol- le und Veterinärwesen				-200'000
	Verzicht auf Anschaffung Abrauchmaschine Tabak	-200'000		
5040 Soziales und Gesellschaft			-650'000	
	Einsparung im SEG Bereich (netto)	-500'000		
	Einsparung bei der Opferhilfe	-150'000		
5050 Wirtschaft und Arbeit			-180'000	
	Mehrertrag aus Weiterverrechnung Verwaltungskosten für Arbeitgeberinkasso	-180'000		
6610 Stabsleistungen JSD			-7'000	
	Einsparung Verein Agredis aufgrund Fallzahlen	-7'000		

Aufgabenbereich	Betroffene Leistung(en)	Veränderung betroffene Leistung	Total Veränderung Globalbudget ER	Total Veränderung Ausgaben IR
6630 Militär, Zivilschutz und Justizvollzug			-105'000	
	Mehrertrag Entschädigung Bund (Erhöhung Stundenansatz für Betrieb AAL)	-105'000		
6660 DL für Gemeinden			-30'000	
	Einsparungen Sachaufwand (Dienstleistungen und Honoraren)	-30'000		
6661 Finanzausgleich			-6'000'000	
	Reduktion Budget Sonderbeiträge an Gemeinden	-6'000'000		
7010 Gerichtswesen			-1'565'000	
	Einsparungen Obergericht (Sachaufwand 310'000 Fr. insb. Informatikprojekte und Projektaufträge im Zusammenhang Kantonsgericht, Personalaufwand 50'000 Fr., Gebührenerhöhung 50'000 Fr.)	-410'000		
	Verbesserung erstinstanzliche Gerichte: Personalaufstockung sistiert (1 60'000 Fr.), Gebührenerhöhung (250'000 Fr.)	-410'000		
	Verbesserung Grundbuchämter: Personalaufstockung sistiert (195'000 Fr.), Mehrertrag Gebühren aufgrund aktueller Entwicklung (320'000 Fr.)	-515'000		
	Verwaltungsgericht (Einsparung Personalaufwand 100'000 Fr., Sachaufwand 50'000 Fr. und Gebührenerhöhung 50'000 Fr.)	-200'000		
	Einsparungen Friedensrichter (10'000 Fr.) und Konkursämter (20'000 Fr.)	-30'000		
Total Verbesserungen		-28'086'999	-27'886'999	-200'000

1.1.3 Verschlechterungen je Aufgabenbereich

Aufgabenbereich	Betroffene Leistung(en)	Veränderung betroffene Leistung	Total Veränderung Globalbudget ER	Total Veränderung Ausgaben IR
4031 Finanzen			31'698'000	
	Minderertrag SNB Gewinnausschüttung: Totalausfall	31'698'000		
4061 Steuern			28'000'000	
	Minderertrag Staatssteuern auf 1,55 Einheiten (brutto)	28'200'000		
	Minderaufwand Abschreibungen Staatssteuern	-200'000		
Total Verschlechterungen		59'698'000	59'698'000	

1.1.4 Ergebnisneutrale Veränderungen je Aufgabenbereich

Aufgabenbereich	Betroffene Leistung(en)	Veränderung betroffene Leistung	Total Veränderung Globalbudget ER	Total Veränderung Ausgaben IR
5040 Soziales und Gesellschaft			0	
	Bruttodarstellung im SEG-Bereich (Mehraufwand)	4'489'900		
	Bruttodarstellung im SEG-Bereich (Mehrertrag)	-4'489'900		
2060 DL Immobilien			400'000	
	Kantonsbeitrag Wohneigentumsförderung	400'000		
2061 Immobilien			-400'000	
	Einsparungen Unterhalt Liegenschaften	-400'000		
Total ergebnisneutrale Veränderungen		0	0	

Total aller Veränderungen gegenüber Voranschlag 2012, Stand B 22 vom 24. Oktober 2012	31'611'001	31'811'001	-200'000
--	-------------------	-------------------	-----------------

- = Verbesserungen/ + = Verschlechterungen

1.2 Strukturelle Veränderungen

Wir haben den Beschluss Ihres Rates vom 7. November 2011 umgesetzt und verzichten auf die geplante Departementsreform 2011. Der Aufgabenbereich Wirtschaft, die Dienststelle Immobilien und das Amt für Migration bleiben bei ihren angestammten Departementen. Somit lauten die Departementsbezeichnungen wie bisher Finanzdepartement (FD) und Bau-, Umwelt und Wirtschaftsdepartement (BUVD). Bei der neuen Zuordnung belassen haben wir es einzig bei den Aufgabenbereichen Sport und Finanzausgleich, da diese in der Kompetenz unseres Rates liegt. Von den budgetneutralen Rückverschiebungen sind teilweise auch Stabsmittel betroffen.

Aufgabenbereich Stand AFP (B 22 vom 25. Oktober 2011)	Aufgabenbereich Stand Voranschlag 2012 (2. Entwurf)	Veränderung Globalbudget ER	Veränderung Netto- investitionen
1.2.1. Bereich Wirtschaft			
4022 Wirtschaft		-1,9	
	2031 Wirtschaft	+1,9	
4020 Stabsleistungen FWD		-0,2	
	2030 Raumplanung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation	+0,2	
1.2.2. Dienststelle Immobilien			
2060 Dienstleistungen Immobilien		-0,1	
	4070 Dienstleistungen Immobilien	+0,1	
2061 Immobilien		-30,2	-48,7
	4071 Immobilien	+30,2	+48,7
2010 Stabsleistungen BUD		-0,1	
	4020 Stabsleistungen FD	+0,1	
1.2.3. Amt für Migration			
5060 Migrationswesen		-2,1	
	6650 Migrationswesen	+2,1	
5010 Stabsleistungen GSD		-0,3	
	6610 Stabsleistungen JSD	+0,3	

- = Mittelabgang/ + = Mittelzugang

in Mio. Fr

2. Zusammenzüge

Erfolgsrechnung				
in Mio. Fr.				
		Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
30	Personalaufwand		594,9	620,2
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		220,5	223,5
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen		117,0	121,4
35	Einlagen in Fonds		0,0	0,0
36	Transferaufwand		1'583,6	1'631,4
	Betrieblicher Aufwand		2'516,0	2'596,4
40	Fiskalertrag		-1'032,4	-1'088,5
41	Regalien und Konzessionen		-99,0	-19,8
42	Entgelte		-194,7	-204,0
43	Verschiedene Erträge		0,0	-0,3
45	Entnahmen aus Fonds		-3,3	-2,5
46	Transferertrag		-1'138,9	-1'189,8
	Betrieblicher Ertrag		-2'468,3	-2'504,9
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit		47,7	91,5
34	Finanzaufwand		48,4	42,2
44	Finanzertrag		-120,5	-124,9
	Finanzergebnis		-72,1	-82,7
	Operatives Ergebnis		-24,4	8,8
38	Ausserordentlicher Aufwand		-	-
48	Ausserordentlicher Ertrag		-	-
	Ausserordentliches Ergebnis		0,0	0,0
	Gesamtergebnis Erfolgsrechnung		-24,4	8,8
Positionen gemäss HRM 2 zur Information:				
37	Durchlaufende Beiträge		441,1	436,3
47	Durchlaufende Beiträge		-441,1	-436,3
39	Interne Verrechnungen		414,0	403,0
49	Interne Verrechnungen		-414,0	-403,0

Investitionsrechnung			
in Mio. Fr.			
		Rechnung 2010	Voranschlag 2011
			Voranschlag 2012
50	Sachanlagen		183,8
52	Immaterielle Anlagen		13,3
54	Darlehen		1,6
55	Beteiligungen und Grundkapitalien		0,0
56	Eigene Investitionsbeiträge		39,2
	Investitionsausgaben		237,8
60	Übertragung von Sachanlagen in das FV		0,0
62	Abgang immaterielle Anlagen		0,0
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		-54,0
64	Rückzahlung von Darlehen		-2,1
65	Übertragung von Beteiligungen		0,0
66	Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge		0,0
	Investitionseinnahmen		-56,1
Nettoinvestitionen			181,7
Positionen gemäss HRM 2 zur Information:			
51	Investitionen auf Rechnung Dritter		44,0
61	Rückerstattungen		-44,0
57	Durchlaufende Investitionsbeiträge		9,7
67	Durchlaufende Investitionsbeiträge		-9,7

Geldflussrechnung			
in Mio. Fr.			
	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit		144,5	116,0
Geldfluss aus Investitionstätigkeit Verwaltungsvermögen		-160,2	-145,0
Geldfluss aus Investitionstätigkeit Finanzvermögen		0,4	0,0
Geldfluss aus Investitionstätigkeit		-159,8	-145,0
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit		15,3	29,0
Veränderung flüssige und geldnahe Mittel		0,0	0,0
Finanzpolitische Steuergrößen:			
Geldfluss aus betr. Tätigkeit und aus Investitionstätigkeit ins Verwaltungsvermögen			-29,0
Geldfluss-Investitions-Verhältnis			80,0%

Bilanz per 31. Dezember			
in Mio. Fr.			
	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
10 Umlaufvermögen	883,8	842,0	839,2
10 Anlagen im Finanzvermögen	646,8	646,4	646,4
14 Anlagen im Verwaltungsvermögen	4'584,5	4'682,6	4'721,5
Anlagevermögen	5'231,3	5'329,0	5'367,9
Total Aktiven	6'115,1	6'171,0	6'207,1
20 Fremdkapital	-2'285,6	-2'317,1	-2'362,1
29 Eigenkapital	-3'829,5	-3'853,8	-3'845,0
Total Passiven	-6'115,1	-6'171,0	-6'207,1

Kennzahlen

	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
Nettoverschuldungsquotient in %		34,2	34,9

Diese Kennzahl drückt aus, welcher Anteil der Fiskalerträge erforderlich wäre, um die Nettoschuld abzutragen.

Selbstfinanzierungsgrad in % *	82,5	81,7
---------------------------------------	-------------	-------------

Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil seiner Nettoinvestitionen der Kanton aus eigenen Mittel finanzieren kann. Diese Kennzahl ist nicht mehr relevant für die Schuldenbremse.

Zinsbelastungsanteil in % *	1,4	1,1
------------------------------------	------------	------------

Die Grösse sagt aus, welcher Anteil des laufenden Ertrages durch den Zinsaufwand gebunden ist.

Nettoschuld pro Einwohner in Franken **	2'000	2'175	2'277
Nettoschuld (per 31. Dezember) in Mio. Fr.	755,1	828,7	876,5
Ständige Wohnbevölkerung im Kt. Luzern ***	377'610	381'000	385'000

Die Nettoschuld pro Einwohner zeigt die Pro-Kopf-Verschuldung nach Abzug des Finanzvermögens.

Selbstfinanzierungsanteil in %	6,1	4,8
---------------------------------------	------------	------------

Diese Kennzahl zeigt auf, welchen Anteil ihres Ertrages die öffentliche Körperschaft zur Finanzierung ihrer Investitionen aufwenden kann.

Kapitaldienstanteil in % *	6,2	6,0
-----------------------------------	------------	------------

Mass für die Belastung des Haushaltes durch Kapitalkosten. Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie stark der laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (=Kapitaldienst) belastet ist. Die Planwerte 2013 - 2015 weisen noch eine Unschärfe auf, da die Abschreibungen in der Planung konstant gehalten wurden.

Bruttoverschuldungsanteil in %	62,7	62,9
---------------------------------------	-------------	-------------

Grösse zur Beurteilung der Verschuldungssituation bzw. zur Frage, ob die Verschuldung in einem angemessenen Verhältnis zu den erwirtschafteten Erträgen steht.

Investitionsanteil in %	10,3	8,0
--------------------------------	-------------	------------

Diese Kennzahl zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen auf.

Schulden	1'267	1'282	1'311
-----------------	--------------	--------------	--------------

Gemäss § 5 Abs. 1 FLG dient die finanzpolitische Steuerung dem Erhalt des Eigenkapitals und der Vermeidung neuer Schulden. Schulden gemäss § 3 Abs. 1 FLV sind die kurzfristigen und die langfristigen Finanzverbindlichkeiten ohne die passivierten Investitionsbeiträge.

* Vergleich mit den unter FHG publizierten Werten nicht möglich, neue Berechnungsmethode nach HRM2.

** Vergleich mit den unter FHG publizierten Werten nicht möglich, Neubewertung Bilanzpositionen.

*** Quelle Lustat. Definitiver Wert für das Jahr 2010. Planwerte 2011–2015 basierend auf Annahmen.

HLUESSE DES KANTONSrates BESC ES KANTONSrates BESCHLUESSE DI TONSRates BESCHLUESSE DES KAN' S BESCHLUESSE DES KANTONSrate .UESSE DES KANTONSrates BESCHL KANTONSrates BESCHLUESSE DES I SRates BESCHLUESSE DES KANTON!

I. Beschlüsse des Kantonsrates

Entwurf

Kantonsratsbeschluss
über den Voranschlag 2012 des Kantons Luzern

vom

Der Kantonsrat des Kantons Luzern,

nach Einsicht in den Bericht des Regierungsrates vom 24. Januar 2012 zum
Voranschlag 2012 des Kantons Luzern,

beschliesst:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2012 wird mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 8'801'722,
mit Investitionsausgaben von Fr. 230'180'779 und einem Geldfluss-Investitions-Verhältnis von
80,0 Prozent mit dem in der Beratung verabschiedeten Inhalt beschlossen.
2. Der Kantonsratsbeschluss ist vom Regierungsrat zu vollziehen.

Luzern,

Im Namen des Kantonsrates
Die Präsidentin:
Der Staatsschreiber:

Entwurf

Kantonsratsbeschluss
über den Bezug der Staatssteuern
im Jahr 2012

vom

Der Kantonsrat des Kantons Luzern,

in Hinsicht auf den am beschlossenen Voranschlag für das Jahr 2012,
beschliesst:

1. Zur Bestreitung der dem Staat im Jahr 2012 erwachsenden Aufwendungen wird eine Staatssteuer von 1,55 Einheiten erhoben.
2. Der Kantonsratsbeschluss ist vom Regierungsrat zu vollziehen.

Luzern,

Im Namen des Kantonsrates
Die Präsidentin:
Der Staatsschreiber:

II. Aufgabenbereiche je Hauptaufgabe

Lesehilfe für die Aufgabenbereiche

Die öffentliche Staatstätigkeit wird sowohl im Aufgaben- und Finanzplan als auch im Voranschlag in Hauptaufgaben und diese werden wiederum in Aufgabenbereiche gegliedert. Die zehn Hauptaufgaben sind:

- H0 – Allgemeine Verwaltung
- H1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit
- H2 – Bildung
- H3 – Kultur, Sport und Freizeit, Kirche
- H4 – Gesundheit
- H5 – Soziale Sicherheit
- H6 – Verkehr
- H7 – Umweltschutz und Raumordnung
- H8 – Volkswirtschaft
- H9 – Finanzen und Steuern

Jeder Hauptaufgabe sind Aufgabenbereiche zugeordnet. Ein entsprechendes Register ist im Anhang beigefügt. Die Hauptaufgabe 0, Allgemeine Verwaltung, ist am umfangreichsten und zählt 16 Aufgabenbereiche. Demgegenüber beinhalten drei Hauptaufgaben nur je 2 Aufgabenbereiche.

Der Voranschlag zeigt pro Aufgabenbereich die erwartete Entwicklung der Finanzen und Leistungen im Voranschlagsjahr und vergleicht diese mit dem Vorjahresbudget. Jeder Aufgabenbereich ist wie folgt aufgebaut:

Kapitel 1 Bezug zum Legislaturprogramm 2011–2015

In diesem Kapitel wird nahtlos an das übergeordnete Planungsinstrument Legislaturprogramm angeschlossen. Der Inhalt in diesem Kapitel bleibt deshalb über eine Legislatur hinweg unverändert.

Kapitel 2 Politischer Leistungsauftrag

In diesem Kapitel werden das aktuelle Umfeld und Chancen und Risiken analysiert so wie sich daraus gegenüber dem Legislaturprogramm ergebende Veränderungen aufgezeigt. Im Grundauftrag wird der zusammengefasste Leistungsauftrag dargestellt. Je nach Art und Zusammensetzung der Aufgaben kann der Aufgabenbereich in mehrere Leistungsgruppen gegliedert werden. Die aufgeführten Zielschwerpunkte und Indikatoren wie auch die statistischen Messgrößen geben einen Überblick über das Kerngeschäft.

Kapitel 3 Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

In diesem Kapitel wird, aufgeteilt in Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung, die finanzielle Entwicklung des Aufgabenbereichs in Millionen Franken dargestellt. Je Teilrechnung werden Aufwand und Ertrag respektive Ausgaben und Einnahmen nach Arten gegliedert (2. Stufe) über drei Jahre hinweg gezeigt (Ist 2010, Budget 2011 nach neuer Rechnungslegung, Budget 2012). Im Voranschlag 2012 bleibt das Rechnungsjahr 2010 leer, weil die Rechnung 2010 nicht gemäss neuer Rechnungslegung umgewandelt worden ist.

Für das Jahr 2012 setzt Ihr Rat die Voranschlagskredite der Erfolgsrechnung als Saldo von Aufwand und Ertrag (Globalbudget) und die Voranschlagskredite der Investitionsrechnung als Total der Investitionsausgaben fest. Im Voranschlagsjahr sind die Millionenbeträge mit drei Stellen hinter dem Komma dargestellt. In den andern Jahren wird der Ausweis auf eine Nachkommastelle beschränkt. Das kann dazu führen, dass ein Zahlenwert auf 0,0 Millionen Franken gerundet wird, obwohl der effektive Wert nicht null ist, sondern nur kleiner als 50'000 Franken. Ist ein Wert gleich null, wird ein leeres Feld angezeigt.

Unter den Bemerkungen wird die finanzielle Entwicklung wo notwendig zusätzlich erläutert.

Falls ein Aufgabenbereich in mehrere Leistungsgruppen unterteilt ist, wird auch die finanzielle Entwicklung jeder Leistungsgruppe aufgezeigt. Das Budget 2011 kann nicht in Leistungsgruppen aufgeteilt werden, weil das Restatement des Budgets nur auf Ebene Aufgabenbereich vorgenommen wurde.

Weil die Transferaufwände beinahe die Hälfte des Staatsaufwandes (Erfolgsrechnung) ausmachen, werden die wichtigsten Transferaufwände und -erträge einzeln zur Information aufgelistet und allenfalls kommentiert. Alle andern Transferaufwände und -erträge werden unter übrigem Transferaufwand bzw. -ertrag zusammengefasst. Dasselbe gilt auch für die Investitionsbeiträge.

H0-1010 Staatskanzlei

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Kantonsstrategie
GEVER LU und GEVER Staatskanzlei
Rollende Planung des Parlaments
Informationsmanagement und Umsetzung

Leistungsgruppe

2
2
1
2

1.2 Lagebeurteilung

Der Umfang und die Komplexität der Geschäfte nehmen zu, ebenso die Ansprüche der Politik und der Bevölkerung an den Staat. Gleich bleibend ist die hohe Zahl der Schnittstellen, die von der Staatskanzlei betreut und koordiniert werden. Als Stabsstelle von Parlament und Regierung ist die Staatskanzlei auf die Unterstützung der Departemente angewiesen.

1.3 Schlussfolgerungen

Neben der Sicherstellung des Grundauftrages gilt es, die neue Organisation der Staatskanzlei einzuspielen, die Supportprozesse (Finanzen, Human Resources) zu definieren sowie die Ablauforganisation und die Hilfsmittel zu optimieren.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Ein neu gewähltes Parlament und eine frisch gewählte Regierung nehmen mit der neuen Legislatur 2011 - 2015 ihre Arbeit auf. Gleichzeitig nehmen Umfang und Komplexität der Geschäfte zu, ebenso die Erwartungen der Politik und der Bevölkerung gegenüber dem Staat. Der Kanton gibt sich erstmals eine Kantonsstrategie, welche umgesetzt werden muss. Gleichbleibend ist die hohe Zahl der Schnittstellen, welche die Staatskanzlei betreut und koordiniert.

2.2 Grundauftrag

Die Staatskanzlei führt als Stabsstelle von Regierung und Parlament die Sekretariate des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie unterstützt den Regierungsrat namentlich bei der Leitung der Verwaltung und bei der Koordination der Aufgabenerfüllung durch die Departemente und informiert die Öffentlichkeit nach dessen Weisungen. Sie steht mit ihren Diensten dem Kantonsrat und dessen Organen für die Planung und Organisation der Sessionen, für die Protokollierung der kantonsrätlichen Verhandlungen und für die Organisation und Protokollierung von Geschäftsleitungs- und Kommissionssitzungen zur Verfügung. Die Staatskanzlei organisiert zudem die offiziellen Anlässe für Regierung und Parlament und stellt ihnen den Weibeldienst zur Verfügung. Weiter ist sie zuständig für Beglaubigungen, die amtlichen Publikationen, den Internetauftritt des Kantons sowie für den Postdienst und die Telefonzentrale.

2.3 Leistungsgruppen

1. Kantonsrat
2. Regierungsrat

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Die Staatskanzlei plant die Parlamentsgeschäfte, prüft und korrigiert die Unterlagen sprachlich und gesetzestechisch, stellt sie fristgerecht und vollständig zu und gewährt den reibungslosen Sessionsablauf. Sie organisiert die Sitzungen des Regierungsrats und stellt dessen Beschlüsse rasch zu. Die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen des Regierungsrates erfolgt auf qualitativ hohem Niveau. Die Staatskanzlei sorgt für die fristgerechte und korrekte Veröffentlichung der amtlichen Publikationen und für eine kohärente Informationstätigkeit von Regierung und Kantonsrat.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
KR: Kommissionsunterlagen > 14 Tage vor Sitzung	Anteil			100%
KR: Sessionsunterlagen > 10 Tage vor Session	Anteil			100%
RR: Zustellung RR-Beschlüsse < 5 Tage nach Sitzung	Anteil			100%

2.5 Statistische Messgrößen	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	34.9	34.7	33.7
Anzahl Lernende	0	0	0
Sessionstage KR (nur Ist-Werte)	17.5		
Sitzungstage Kommissionen KR (nur Ist-Werte)	85.5		
Anzahl parlamentarischer Vorstösse (nur Ist-Werte)	253		
Anzahl RR-Sitzungen (nur Ist-Werte)	44		
Anzahl Regierungsgeschäfte (nur Ist-Werte)	1427		
Anzahl Botschaften RR an KR (nur Ist-Werte)	47		

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		7.5	7.440	-1.1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		3.6	3.347	-7.7%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.0	0.020	231.7%
39 Interne Verrechnungen		1.7	1.633	-5.2%
Total Aufwand	0.0	12.9	12.440	-3.4%
42 Entgelte		-1.8	-1.790	-1.9%
49 Interne Verrechnungen		-2.0	-1.899	-3.0%
Total Ertrag	0.0	-3.8	-3.689	-2.5%
Saldo - Globalbudget	0.0	9.1	8.751	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Seit dem 1. Januar 2011 hat die Staatskanzlei eine neu aufgestellte Organisation. Dabei wurden bestimmte Kernbereiche personell verstärkt. Die ausgelagerten Supportdienste wie Personal- und Rechnungswesen/Controlling können so wieder in die Organisation der Staatskanzlei eingegliedert werden. Im Sach- und übriger Betriebsaufwand sind zusätzliche Mittel für die neuerliche Organisation und Durchführung der Sempacher Schlachtfest eingerechnet. Auf der Ertragsseite ist bei den internen Leistungsvereinbarungen ein Ertragsrückgang zu verzeichnen. Neben anderem nimmt der Ertrag aus Portogebühren ab. Bisherige Leistungsbezüger beanspruchen die Dienstleistung des Postdienstes weniger oder gar nicht mehr.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Kantonsrat	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			3.7	
Total Ertrag			0.0	
Saldo	0.0	0.0	3.7	
2. Regierungsrat	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			8.8	
Total Ertrag			-3.7	
Saldo	0.0	0.0	5.1	

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
52 Immaterielle Anlagen			0.058	
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	0.0	0.058	
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.058	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Zusätzliche Mittel sind für die erste Tranche des Projektes "Neukonzeption amtlicher Publikationen" eingerechnet.

H0-1020 Finanzkontrolle

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Prüfung neue Rechnungslegung

Leistungsgruppe

1

1.2 Lagebeurteilung

Zwar fehlen nationale Gesetze für die Rechnungslegung und Revision für den öffentlich-rechtlichen Bereich, die Finanzkontrolle kann sich aber auf moderne kantonale gesetzliche Grundlagen für die Rechnungslegung und die Steuerung von Finanzen und Leistungen stützen. Der Kanton verfügt über gut ausgebaute Controllingdienste. Neu aufgebaut oder im Aufbau befindlich sind ausserdem die Kantonsstrategie, das Beteiligungscontrolling und interne Kontrollsysteme. Es gilt den steigenden Anforderungen an die Revision (Revisionsaufsichtsgesetz, Schweizer Prüfungsstandards) zu genügen.

1.3 Schlussfolgerungen

Mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung, dem Gesetz über die Steuerung von Finanzen und Leistungen sowie dem Revisionsaufsichtsgesetz des Bundes sind die Anforderungen an die Revision gestiegen. Die Vernetzung mit anderen Finanzkontrollen und mit externen Revisionsexpertinnen und -experten wird noch bedeutender. Bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeitenden ist auf eine profunde betriebswirtschaftliche Ausbildung zu achten.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Durch die Prüfungen im Zusammenhang mit der Umstellung der Rechnungslegung des Kantons werden vorübergehend weniger Ressourcen für andere Prüfungen zur Verfügung stehen. Die internen Kontrollsysteme können in Zukunft vermehrt in die Prüfungen einbezogen werden.

2.2 Grundauftrag

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons Luzern. Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht über die kantonale Verwaltung und über den Geschäftsgang in der Rechtspflege und den Regierungsrat, die Departemente und die Staatskanzlei sowie die obersten Gerichte bei der Erfüllung ihrer Aufsichtstätigkeit. Die Finanzaufsicht umfasst die Prüfung der Ordnungsmässigkeit, der Rechtsmässigkeit und der Sparsamkeit der Haushaltsführung sowie der Zweckmässigkeit der angewandten Methoden bei Wirtschaftlichkeits- und Wirkungsrechnungen sowie beim Controlling.

Die Finanzkontrolle ist fachlich selbständig und unabhängig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet. Sie übt die Revisionsstätigkeit nach anerkannten Grundsätzen bzw. nach den massgebenden Richtlinien der Berufsverbände aus. Die Finanzkontrolle ist auch Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein öffentliches Interesse besteht. Die grössten von der Finanzkontrolle revidierten Organisationen sind: Luzerner Kantonsspital, Luzerner Psychiatrie, Hochschule Luzern, Stiftung Brändi, Stiftung für Schwerbehinderte Luzern, Stiftung Rodtegg für Körperbehinderte, Stiftung Luzerner Theater, Universität Luzern und Hochschule Luzern der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz und Interkantonale Polizeischule Hitzkirch.

2.3 Leistungsgruppen

1. Revision

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Die Finanzkontrolle stellt die wirksame Prüfung des staatlichen Finanzhaushaltes sicher.

Mit risikoorientierten, effizienten und qualitativ hochstehenden Revisionen schafft die Finanzkontrolle Mehrwert für die Verwaltung und die revidierten Organisationen.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Ergebnis Kundenbefragungen zur Qualitätssicherung	Skala 1-4	3.3	3	3
Umsetzung Revisionsplanung	%	89	90	90
Ergebnis externe Qualitäts- und Leistungsüberprüfung 1)			erfüllt	

Bemerkungen

1) mindestens alle vier Jahre

2.5 Statistische Messgrößen	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	10	11.5	11.5
Anzahl produktive Tage	1693	1950	1950

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		1.9	1.884	1.6%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.1	0.096	5.1%
39 Interne Verrechnungen		0.2	0.197	-3.5%
Total Aufwand	0.0	2.2	2.177	1.3%
42 Entgelte		-0.4	-0.394	10.8%
Total Ertrag	0.0	-0.4	-0.394	10.8%
Saldo - Globalbudget	0.0	1.8	1.783	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Unser Budget entwickelt sich im Rahmen des Vorjahres. Die um Fr. 16'500 ansteigenden Weiterbildungskosten zur Erfüllung der Qualitätsanforderungen der Berufsverbände und der leicht höhere Aufwand für Fachberatung und Expertisen können wir durch höhere Entgelte kompensieren.

H0-2010 BUWD – Stabsleistungen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Die neuen Planungsinstrumente gemäss Gesetz über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLG) werden im Jahre 2011 eingeführt und 2012 konsolidiert

Die Geschäftsprozesse und Kundenschnittstellen werden laufend Richtung "eGovernment" um- und ausgebaut

Leistungsgruppe

1

1

1.2 Lagebeurteilung

Mit dem neuen Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG) wird das Führungssystem verbessert. Die Optimierungen betreffen insbesondere das interne Kontrollsystem und das Qualitätsmanagement.

1.3 Schlussfolgerungen

Die kommenden vier Jahre werden vor allem durch das FLG Veränderungen in den Prozessen des Rechnungswesens und des Controllings bringen.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Chancen und Risiken des Umfeldes:

- + Das neue Gesetz über die Finanzen und Leistungen optimiert das Führungssystem, insbesondere im Bereich "Internes Kontrollsystem (IKS)" und "Qualitätsmanagement"
- + Elektronische Hilfsmittel erlauben in vielen Bereichen eine effizientere und einfachere Kommunikation mit den Kunden

Stärken und Schwächen der Organisation:

- + Erfahrenes, eingespieltes Team und ein gutes Arbeitsklima
- Zusätzliche Aufgaben, trotz gleichbleibenden Ressourcen

2.2 Grundauftrag

Das Departementssekretariat ist die Stabstelle des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes (BUWD). Es unterstützt die Departementsleitung bei der fachlichen, politischen und betrieblichen Führung, nimmt die administrative Leitung des Departementes wahr und koordiniert die Verwaltungstätigkeiten innerhalb sowie ausserhalb des Departementes.

Für die fachliche Führung werden folgende Leistungen erbracht:

- Fachliche Bearbeitung von Aufträgen des Kantonsrates, des Regierungsrates und des Departementvorstehers
- Interne und externe Kommunikation sowie das Marketing
- Spezielle Dienstleistungen (Erlasse, Vernehmlassungen, Stellungnahmen, Schulungen und Aufsichtstätigkeiten, Beratungen, Leitungen von Arbeitsgruppen und Projekten)

Leistungen für die betriebliche Führung sind:

- Departementscontrolling
- Dienststellencontrolling und -rechnungswesen
- Führung der Departementsinformatik und Organisationsberatung
- Führung des Personals und Personaladministration

2.3 Leistungsgruppen

1. Stabsleistungen BUD

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Das Departementssekretariat unterstützt die Departementsleitung in ihrer Führungstätigkeit und stellt die professionelle und effiziente Steuerung des Departementes sicher. Die Aufgaben umfassen die Planung und das Reporting, die Bearbeitung von politischen Geschäften, Bewilligungen und Entscheiden sowie die Beratungs-, Informations- und Kommunikationstätigkeit. Diese Leistungen werden in der vereinbarten Menge, Qualität und Zeit erbracht; dadurch können die Prozesse im Departement termin- und sachgerecht geführt werden.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Anteil zufriedener Leistungsabnehmer bezüglich Termineinhaltung und Qualität der Leistung (%)	mind.		90	90

2.5 Statistische Messgrößen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	12.90	14.5	14.5
Anzahl Lernende/Praktikanten	0	0	0

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		2.2	2.288	3.3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		1.0	0.893	-6.5%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.5	0.388	-23.5%
36 Transferaufwand		0.0	0.048	0.0%
39 Interne Verrechnungen		2.7	2.708	-0.3%
Total Aufwand	0.0	6.4	6.325	-1.8%
42 Entgelte		0.0	-0.050	8.7%
49 Interne Verrechnungen		-2.0	-2.026	0.0%
Total Ertrag	0.0	-2.1	-2.076	0.2%
Saldo - Globalbudget	0.0	4.4	4.249	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die Budgetzahlen 2011 entsprechen den Restatement-Anpassungen.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
3631001 Beiträge an Kantone und Konkordate		0.0	0.048	0.0%
Total Transferaufwand	0.0	0.0	0.048	0.0%
Total Transferertrag	0.0	0.0	0.000	

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Der Transferaufwand setzt sich aus Beiträgen an Regierungskonferenzen und Verbände zusammen.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
52 Immaterielle Anlagen		0.6	0.495	-13.2%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	0.6	0.495	-13.2%
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	0.6	0.495	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

IT-Investitionskosten nehmen zu Gunsten der IT-Wartungskosten in der ER ab.

H0-3100 BKD – Stabsleistungen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Dienststellenübergreifende strategische Vorgaben entwickeln und umsetzen
Zeitgerechtes und transparentes Informationsmanagement bei Departementsthemen

Leistungsgruppe

1

1

1.2 Lagebeurteilung

Chancen und Risiken des Umfeldes

- Zwang zur Effizienzsteigerung durch fehlende finanzielle und personelle Ressourcen.
- Neues Finanzhaushaltsgesetz ergibt gute, auf das Departementssekretariat abgestimmte Methoden und Abläufe.
- Unterstützungsauftrag des Departementssekretariats kompetent wahrnehmen versus dezentralen Aufbau von Ressourcen.

Stärken und Schwächen der Organisation

- Schnelle und effiziente Koordination, Prüfung und Erledigung von Departementsgeschäften: Geschäfte und Projekte aus den einzelnen Dienststellen sind im Departementssekretariat bekannt.
- Gut entwickelte Methoden im Controlling und in der Kostenanalyse
- Dienststellenübergreifende Strategien sowie Leitsätze und -linien in den Bereichen Informatik, Finanzen, Organisationsentwicklung und Führungskräfteentwicklung.
- Die Informations- und Kommunikationsstrategie im BKD umfassender wahrnehmen.

1.3 Schlussfolgerungen

Für das Departementssekretariat ergeben sich aus den Zielsetzungen des BKD-Strategieprozesses folgende Prioritäten:

- Stärkung der Support-Prozesse und Inhalte bei der Informatik, im Finanzbereich, im Controlling, im Projektmanagement sowie in der Kommunikation nach innen und aussen.
- Aktive Förderung der Rolle des BKD-Departementssekretariat gegenüber den Dienststellen als „Klammerfunktion“ über alle Bildungsebenen hinweg, d.h. aktive Bewirtschaftung der Nahtstellen und der sich daraus ergebenden Synergien.
- Aufbau von departementsübergreifenden Massnahmen im Bereich Führungskultur und Führungsentwicklung.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

siehe Lagebeurteilung

2.2 Grundauftrag

Das Departementssekretariat ist die Stabsstelle des Bildungsdepartements. Es unterstützt die Departementsleitung bei der politischen und betrieblichen Führung und nimmt die operative Leitung des Departements wahr. Es koordiniert die Verwaltungstätigkeiten innerhalb des Departements und gegen aussen. Das Departementssekretariat umfasst die zentralen Dienste Controlling, Finanzen, Informatik, Organisation & Projekte, Rechtsdienst und Informationsdienst.

Für die politische Führung werden folgende Leistungen erbracht:

- Fachliche Bearbeitung von Aufträgen des Kantonsrates, des Regierungsrates und des Departementsvorstehers
- Spezielle Dienstleistungen (Erlasse, Vernehmlassungen, Stellungnahmen, Mitarbeit in interkantonalen Gremien, Leitung von Arbeitsgruppen und Projekten)

Für die betriebliche Führung werden folgende Leistungen erbracht:

- Strategische und operative Planung des Bildungsdepartements
- Steuerung und Koordination der Dienststellen Volksschulbildung, Gymnasialbildung, Berufs- und Weiterbildung sowie Hochschulbildung und Kultur

2.3 Leistungsgruppen

1. Stabsleistungen BKD

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte
keine

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
keine				

2.5 Statistische Messgrößen

	R 2010	B 2011	B 2012
Ø Personalbestand in Vollzeitstellen	15.6	16.7	16.7
Ø Anzahl Lernende/Praktikantinnen/Praktikanten	3	3	3

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich**3.1 Erfolgsrechnung**

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		2.7	2.614	-1.8%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		3.4	2.900	-14.0%
36 Transferaufwand		1.1	1.241	12.0%
39 Interne Verrechnungen		13.6	15.189	11.3%
Total Aufwand	0.0	20.8	21.944	5.6%
42 Entgelte		-0.1	-0.044	-29.6%
49 Interne Verrechnungen		-15.6	-14.559	-6.9%
Total Ertrag	0.0	-15.7	-14.604	-7.0%
Saldo - Globalbudget	0.0	5.1	7.340	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung**a) Bemerkungen zum Voranschlag**

Der Personalaufwand für kirchliche Beiträge ist neu im Aufgabenbereich Kultur und Kirche. Im Sach- und übrigen Betriebsaufwand wurden die Informatik-Mittel reduziert. Die internen Verrechnungen (Aufwand) steigen aufgrund von 1,5 Mio. Fr. höher verrechneten Informatikleistungen der DIIN.

Unter den internen Verrechnungen (Ertrag) werden weniger Informatikleistungen an die Schulen und Abteilungen weiterverrechnet.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36313120 EDK, NWEDK		0.6	0.749	24.1%
36313122 D-EDK		0.4	0.452	5.1%
36360001 Diverse Beiträge		0.1	0.020	-63.6%
36383190 Schule Bangkok		0.0	0.020	0.0%
Total Transferaufwand	0.0	1.1	1.241	12.0%
Total Transferertrag	0.0	0.0	0.000	

H0-4020 FD – Stabsleistungen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Wirkungsbericht 2012 zur Finanzreform 08
 Umsetzung E-Government-Strategie Luzern (gemeinsam mit den luzerner Gemeinden)
 Umsetzung SAP-Strategie Kanton Luzern, Stärkung SAP als zentrale Fachapplikation
 Einführung (gesamte Verwaltung) und Betrieb (innerhalb FD) des internen Kontrollsystems (IKS)
 Erarbeitung von Richtlinien im Qualitätsmanagement für den Kanton Luzern
 Erarbeitung einer gesetzlichen Grundlage für Public Corporate Governance

Leistungsgruppe

1
1
1
1
1
1

1.2 Lagebeurteilung

Der Stab Finanzdepartement führt die Dienststellen des eigenen Departementes und übernimmt dazu viele vernetzte und übergreifende Aufgaben in der Verwaltung. Mit der Initialisierung und der Koordination von neuen Aufgaben wie beispielsweise Internes Kontrollsystem (IKS), Qualitätsmanagement oder E-Government leistet das Finanzdepartement einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der gesamten Verwaltung.

1.3 Schlussfolgerungen

Das Finanzdepartement hat mit den bestehenden und neuen Aufgaben eine bedeutende Rolle in der Verwaltung inne. Es gilt, die Umsetzung der Aufgaben und Projekte koordiniert voranzutreiben.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Mit den dargestellten Zielen, Projekten und Massnahmen kann die Effizienz und Effektivität der kantonalen Verwaltung gestärkt und verbessert werden. Bei fehlender Koordination kann nicht die vollständige, gewünschte Wirkung erzielt werden.

2.2 Grundauftrag

Das Departementssekretariat ist die Stabsstelle des Finanzdepartements. Es unterstützt die Departementsleitung bei der fachlichpolitischen und betrieblichen Führung, nimmt die administrative Leitung des Departements wahr und koordiniert die Verwaltungstätigkeiten innerhalb des Departments und gegen aussen.

Für die fachliche Führung werden folgende Leistungen erbracht:

- Fachliche Bearbeitung von Aufträgen des Kantonsrates, des Regierungsrates und des Departementvorstehers.
- Interne und externe Kommunikation.
- Erarbeiten von Gesetzesvorlagen, Botschaften. Begleitung von öffentlichen Ausschreibungen.

Leistungen für die betriebliche Führung sind:

- Führung des Personals und Personaladministration,
- Dienststellen- und Departementscontrolling,
- Organisationsberatungen, Projektcontrolling,
- IKS und Qualitätsmanagement,
- Beratung in Rechtsfragen.

2.3 Leistungsgruppen

1. Dienstleistungen FD/DS
2. Lotteriewesen FD

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Das Departementssekretariat unterstützt die Departementsleitung in ihrer Führungstätigkeit und stellt die professionelle und effiziente Steuerung des Departements sicher. Die Aufgaben umfassen die Planung und das Reporting, die Bearbeitung von politischen Geschäften, Bewilligungen und Entscheiden sowie die Beratungs-, Informations- und Kommunikationstätigkeit.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Anzahl gutgeheissene Beschwerden beim VG	max.		0	0

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Ø Personalbestand in Vollzeitstellen	10.8	11.4	11.8
Ø Anzahl Lernende	0.7	1.0	1.0

Bemerkungen

Die Veränderung des Ø Personalbestandes verzeichnen wir aufgrund der Zentralisierung einer Controllingstelle innerhalb des Finanzdepartementes (+1.0), einer Pensenreduktion (-0.1) sowie durch die Verschiebung (-0.5) des Bereiches Finanzausgleich (neu JSD; Amt für Gemeinden).

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		1.8	1.888	4.0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.7	0.658	0.2%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.1		-100.0%
36 Transferaufwand		4.2	4.132	-1.2%
39 Interne Verrechnungen		15.9	15.425	-3.0%
Total Aufwand	0.0	22.6	22.103	-2.3%
41 Regalien und Konzessionen		-14.6	-14.525	-0.2%
Total Ertrag	0.0	-14.6	-14.525	-0.2%
Saldo - Globalbudget	0.0	8.1	7.578	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die Veränderungen im Personalaufwand entsprechen den unter Punkt 2.5 dargelegten Anpassungen bezüglich Vollzeitstellen.

Die Aktivierungen und somit auch die Abschreibungen der unter Ziffer 3.2 enthaltenen Investitionen des IT-Pool FD erfolgen bei den auslösenden Dienststellen. In unserem Aufgabenbereich 4020 sind z.Z. keine abzuschreibenden Anlagen bilanziert.

Mit der Neuorganisation der Departemente wurde der Luzerner Finanzausgleich beim Amt für Gemeinden (AFG, JSD) angesiedelt. Die entsprechenden Werte bzw. Zahlungsströme haben wir nicht mehr eingerechnet.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Dienstleistungen FDDS	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			7.6	
Total Ertrag				
Saldo	0.0	0.0	7.6	
2. Lotteriewesen FD	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			14.5	
Total Ertrag			-14.5	
Saldo	0.0	0.0	0.0	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36314001 Finanzdirektorenkonferenz		0.0	0.042	-0.2%
36314003 LUSTAT Statistik Luzern		3.9	3.850	-1.3%
36354001 Verschiedene Beiträge		0.0	0.025	0.0%
36364002 LE: Pferderennen CSIO		0.0	0.010	0.0%
36364003 LE: Verschiedene Beiträge		0.0	0.045	0.0%
36384001 LE: Entwicklungshilfe		0.1	0.060	0.0%
36384002 LE: Katastrophenhilfe		0.1	0.100	0.0%
Total Transferaufwand	0.0	4.2	4.132	-1.2%
Total Transferertrag	0.0	0.0	0.000	

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Staatsbeitrag LUSTAT: Im Rahmen der notwendigen Einsparungen im Budgetprozess 2012 wurde der Staatsbeitrag gegenüber dem Budget 2011 reduziert.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
52 Immaterielle Anlagen		5.9	4.873	-17.5%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	5.9	4.873	-17.5%
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	5.9	4.873	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Sämtliche Investitionen der Fachinformatik des Finanzdepartementes sind bei uns im IT-Pool budgetiert. Als grösstes Projekt ist darin LuTax (Zentrale Steuerlösung) mit 3.3 Mio. im Budget 2012 eingerechnet.

H0-4030 FD – Dienstleistungen Finanzen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Umsetzung Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG)
 Redesign SAP (Anpassungen ERP-System aufgrund Umsetzung FLG)
 Umsetzung Public Corporate Governance (PCG)

Leistungsgruppe

1
1
1

1.2 Lagebeurteilung

Mit dem neuen Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG) und der neuen, IPSAS-nahen Rechnungslegung steigert der Kanton die Qualität und Transparenz seiner Instrumente und seiner Planung. Die Politik wird im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) mit besseren Plandaten insbesondere zum Voranschlag bedient. Die Öffentlichkeit erhält mit der neuen Rechnungslegung ein umfassenderes Bild der finanziellen Situation des Kantons Luzern. Die neuen Instrumente vereinfachen Vergleiche mit anderen Gemeinwesen.

Weil das nötige Wissen verwaltungsintern vorhanden ist, vor allem in den Bereichen Rechnungswesen und Controlling, kann die Umsetzung des FLG praktisch ohne externe Unterstützung realisiert werden. Bei den Mitarbeitenden führt diese Umsetzung in den Jahren 2011 und 2012 zu Belastungsspitzen. Auch den dezentralen Stellen verlangt die neue Rechnungslegung höhere Anforderungen ab. Nur wenn die Daten in der nötigen Qualität geliefert werden, lässt sich die gewünschte Aussagekraft der neuen Instrumente erreichen.

Die Dienststelle bietet zudem zentrale Dienste im Buchungszentrum (BUZ) an und garantiert damit die effiziente Abwicklung von Debitoren-, Kreditoren- und Hauptbuchprozessen.

1.3 Schlussfolgerungen

Herausforderungen für die Dienststelle Finanzen ergeben sich folglich vorab aus der Umsetzung des FLG. Trotz des vorhandenen Wissens dürften die Jahre 2011/2012 eine Belastungsprobe sein. Die Qualität nach Einführung FLG muss gehalten werden. Die Dienststelle Finanzen wird die Pflege des Systems als Prozessleader Rechnungswesen führen müssen.

Aus dem Beitrags- und Beteiligungscontrolling und der Umsetzung der Public Corporate Governance (PCG) werden neue Aufgaben auf die Dienststelle Finanzen hinzukommen. Das entsprechende Wissen ist aufzubauen.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Die Euro-Krise wird zu volatileren Einnahmen aus der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank führen. Weiter ist es zurzeit sehr schwierig abzuschätzen, welchen Einfluss die Euro-Krise auf die Schweizer Konjunktur haben wird. Auf jeden Fall wird dadurch die Einhaltung der Schuldenbremse zu einer grossen Herausforderung.

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Finanzen erbringt folgende Dienstleistungen:

- Organisation und Durchführung des staatlichen Rechnungswesens inkl. Betrieb Buchungszentrum.
- Sicherstellen der Zahlungsbereitschaft und Optimieren der Finanzierungskosten des Kantons Luzern.
- Verantwortlich für den AFP-, den Rechnungs- und den unterjährigen Reporting-Prozess für die gesamte kantonale Verwaltung.
- Weiterentwicklung des Führungssystems.
- Bereitstellen von Entscheidungshilfen für die Planung und Steuerung des Kantonshaushaltes.
- Erstellen von Mitberichten zu Geschäften anderer Departemente mit finanziellen Auswirkungen.
- Verantwortlich für das Versicherungswesens des Kantons Luzern.
- Verantwortung für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Public Corporate Governance.

2.3 Leistungsgruppen

1. Dienstleistungen Finanzen

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Die Dienststelle Finanzen unterstützt die Regierung, die Departementsleitung des Finanzdepartements, die übrigen Departemente und die Dienststellen als Kompetenzzentrum in den Bereichen Rechnungswesen und Controlling. Als Resultat kommt der Kanton seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nach, er bewirtschaftet die Finanzmittel professionell, erzielt marktgerechte Finanzierungskosten und garantiert eine transparente, zeitgerechte Rechnungslegung für die verschiedenen Anspruchsgruppen. Der Kanton verfügt zudem über eine rollende Finanzplanung basierend auf einer Finanzstrategie.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Termintreue der Zahlungsbereitschaft (Delta in Tagen)	max.	1,8 Tage	< 4 Tage	< 3,5Tage
Debitorenausstände > 1 Jahr	rel.	2,4 %	< 3 %	< 3 %
Marktgerechte Finanzierungskosten (mittel- und langfr.)	mind.	-2.2 BP	<10 BP	< 8 BP
Termin Veröffentlichung Jahresbericht	Datum	15. April	21. April	18. April
Termin Veröffentlichung AFP	Datum	3. Sept.	31. Okt.	31. Okt.

2.5 Statistische Messgrößen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	14.2	14.5	16.3
Anzahl Lernende und PraktikantInnen	1.0	1.0	1.0
Schulden gemäss Definition FLV für Schuldenbremse (in Mio. Fr.)	1'267	1'282	1'280
Anzahl Org. des öffentlichen Rechts: Mehrheitsbeteiligungen	-	-	7
Anzahl Org. des öffentlichen Rechts: Minderheitsbeteiligungen	-	-	13
Anzahl Org. des privaten Rechts: Mehrheitsbeteiligungen	-	-	1
Anzahl Org. des privaten Rechts: Minderheitsbeteiligungen	-	-	34

Bemerkungen

Personalbestand: Siehe Kommentar Voranschlag.

Die Schulden gemäss Definition FLV basieren auf dem Bilanzanpassungsbericht. Die Schuldenentwicklung in den Planjahren ist die Folge des Geldabflusses gemäss Geldflussrechnung.

Die Anzahl Organisationen des öffentlichen und des privaten Rechts entsprechen den Angaben gemäss der Vernehmlassungsbotschaft zum Entwurf eines Gesetzes über die Normierung von Public Corporate Governance.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		2.0	2.172	6.9%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.2	0.192	16.1%
39 Interne Verrechnungen		2.1	2.156	2.8%
Total Aufwand	0.0	4.3	4.520	5.3%
42 Entgelte		0.0	-0.037	73.7%
Total Ertrag	0.0	0.0	-0.037	73.7%
Saldo - Globalbudget	0.0	4.3	4.483	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Der Personalaufwand steigt 2012 als Folge des Aufbaus des Buchungszentrums (BUZ) und der Umsetzung des FLG an und verbleibt in den Folgejahren auf diesem Niveau.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	0.0	0.000	
64 Rückzahlung von Darlehen		-0.2		-100.0%
Total Einnahmen	0.0	-0.2	0.000	-100.0%
Nettoinvestitionen	0.0	-0.2	0.000	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die jährliche Rückzahlungsrate des Jugenddorfes St. Georg, Knutwil wird ab Voranschlag 2012 im Aufgabenbereich 4031, Finanzen ausgewiesen.

H0-4040 FD – Dienstleistungen Personal

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Umsetzung strukturelle Lohnmassnahmen, RRB Nr. 389 vom 20.04.2010

Botschaft: Änderung des Gesetzes über das öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnis (Personalgesetz SRL Nr. 51)

Leadership-Programm für Talente und TopleistungsträgerInnen, RRB Nr. 359 vom 01.04.2011

Leistungsgruppe

2

1

1

1.2 Lagebeurteilung

Der Kanton Luzern steht als Arbeitgeber im Wettbewerb um die besten Arbeitskräfte. Wegen der demographischen Entwicklung und der knappen Finanzen nimmt dieser Druck stetig zu. Umso wichtiger wird es, gute Mitarbeitende zu binden, ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten und konkurrenzfähige Löhne anzubieten. Gleichzeitig steht die Verwaltung im gleichen Spannungsfeld von gesellschaftlichen Entwicklungen wie die Privatwirtschaft: So wenig wie diese kann sie sich der beschleunigten Technologie-, Organisations- und Wertedynamik entziehen, die das Arbeitsumfeld stark beeinflussen.

1.3 Schlussfolgerungen

Für das Personalmanagement ergeben sich daraus komplexe Anforderungen, sowohl an die Organisation als auch an die Kompetenzen der Mitarbeitenden. Die Dienststelle Personal setzt für die kommenden Jahre folgende Schwerpunkte: die Führungskompetenz in der Verwaltung fördern; die Position des Kantons als attraktiver Arbeitgeber stärken; dem demographischen Wandel begegnen; standardisierte und effiziente Kernprozesse definieren; die HR-Kompetenzen stärken und die Dienststelle weiterentwickeln.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Der Kanton Luzern ist in der Zentralschweiz ein attraktiver Arbeitgeber und verfügt über eine moderne Staatsorganisation. Damit der Kanton seine Ziele erreichen kann, ist er auf engagierte, motivierte sowie sozial- und fachkompetente Mitarbeitende angewiesen. Um das Potential seiner Mitarbeitenden ausschöpfen zu können, ist eine nachhaltige Personalarbeit von zentraler Bedeutung.

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Personal ist das Kompetenzzentrum der kantonalen Verwaltung im Personalmanagement. Sie unterstützt die Regierung, Departemente und Dienststellen in allen Aspekten des Personalmanagements und wirkt aktiv an der Verwaltungsentwicklung mit.

2.3 Leistungsgruppen

1. Dienstleistungen DPE

2. Zentrale Personalpositionen

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Die Dienststelle Personal leistet mit Instrumenten und Angeboten einen Beitrag zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Mitarbeitenden und der Führungskräfte. Sie sorgt für eine rechtzeitige, fehlerfreie Lohnverwaltung und -auszahlung. Mit dem Leadership-Programm für Talente und Top-LeistungsträgerInnen werden wichtige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die kantonale Verwaltung gebunden. Die Dienststelle Personal baut ihre Kernkompetenzen aus, um eine effiziente und rechtsgleiche Handhabung der Personalprozesse in der kantonalen Verwaltung durchzusetzen.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Fehlerquote der Lohnauszahlungen	max.		<0.25%	<0.10%
Korrekturen/Rückfragen pro Lohnlauf und Auszahlung	max.		<0.5%	<0.5%
Zufriedenheit der Teilnehmenden im Leadership-Programm für Talente und TopleistungsträgerInnen	min.			90%

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen		45.8	45.8
Anzahl Lernende		5.5	5.0
Besondere Arbeitsplätze nach § 62:			
- Gesamtzahl Arbeitsplätze kantonale Verwaltung		50	50
- max. finanziert durch die Dienststelle Personal		25	25
Kinderbetreuung: Anzahl betreute Kinder		45	135
Anzahl Teilnehmende an Seminaren der Verwaltungsweiterbildung		800	800
Anzahl Teilnehmende an Seminaren der Dienststelle Personal		650	650

Bemerkungen

Kinderbetreuung:

Mit RRB Nr. 390 vom 1. April 2011 wurde eine Neuregelung 'Betreuungsbeiträge' für familienergänzende Kinderbetreuung beschlossen. Im bisherigen System haben wir eine Anzahl Betreuungsplätze bei Dritten reserviert und gesuchstellenden Eltern zugewiesen. Mit der neuen Regelung können die Eltern künftig die Betreuungsinstitution nach ihren Bedürfnissen frei auswählen und Beiträge an die Betreuungskosten beantragen. Dadurch erhöht sich die Anzahl betreuter Kinder ab dem Budgetjahr 2012 (siehe auch Kommentar Voranschlag).

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		3.3	3.243	-2.9%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		2.1	1.228	-41.6%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen			0.143	
39 Interne Verrechnungen		1.9	1.966	3.4%
Total Aufwand	0.0	7.3	6.580	-10.4%
42 Entgelte		-5.1	-4.749	-6.9%
43 Verschiedene Erträge			-0.250	
Total Ertrag	0.0	-5.1	-4.999	-2.0%
Saldo - Globalbudget	0.0	2.2	1.581	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Personalaufwand:

Wie wir unter Ziffer 2.5, statistische Messgrössen, dargelegt haben, hat die Regierung eine Neuregelung der Betreuungsbeiträge für die familienergänzende Kinderbetreuung beschlossen. Da bisher Krippenplätze finanziert wurden (Sachaufwand) und neu Beiträge an die Arbeitnehmenden ausbezahlt werden (Personalaufwand), ergibt sich eine Verschiebung in diesen Kostenarten. Obwohl die einzelne betragsmässige Unterstützung tiefer ausfällt als bisher, erhöhen sich die Gesamtkosten, da wesentlich mehr Angestellte von den Betreuungsbeiträgen profitieren können.

Unter der Berücksichtigung des Gesetzes über Finanzen und Leistungen 2012 (FLG) budgetieren wir die Kostenbeiträge aus dem Personalfonds über die Laufende Rechnung (siehe auch Erträge).

Aufgrund der erfolgreichen Umsetzung des Absenz- und Case-Managements in der Gesamtverwaltung erhöhen wir das Einsparpotential in den Besoldungskosten (Minusaufwand in den zentralen Personalpositionen; Realisierung erfolgt dezentral).

Infolge der vorangekündigten Reduktion des SUVA-Prämiensatzes (BU, AG-Beitrag) berücksichtigen wir in den zentralen Personalpositionen einen Minderaufwand von TCHF 100. Auch hier wird der Minderaufwand im Ist 2012 dezentral realisiert.

Sach- und übriger Betriebsaufwand:

Wir budgetieren ab 2012 die Honorare des Vereins Verwaltungsweiterbildung Zentralschweiz (VWBZ) nicht mehr in unserem Aufgabenbereich, sondern belasten sie direkt dem Verein VWBZ.

Infolge der Neuregelung "Betreuungsbeiträge" für die familienergänzende Kinderbetreuung verlagern sich die Kosten vom Sach- in den Personalaufwand (siehe auch Ziffer 2.5, stat. Messgrössen).

Abschreibungen:

Wir budgetieren durch die neue Rechnungslegung und dem darin festgelegten Grundsatz der Periodengerechtigkeit Abschreibungskosten für das Investitionsjahr 2012. Die vorhergehenden Investitionskosten sind im IT-Pool des FD (AB 4020, Stabsleistungen) enthalten.

Entgelte:

Durch den Praxiswechsel der familienergänzenden Kinderbetreuung (siehe auch Ziffer 2.5, stat. Messgrößen) fallen die bisherigen Elternbeiträge im Ertrag weg.

Verschiedene Erträge:

Nicht sozialversicherungspflichtige Differenzbeiträge aus UVG- und EO-Drittleistungen (HR Hilfsfondsbeiträge) werden ab dem Budgetjahr 2012 im Ertrag der Laufenden Rechnung ausgewiesen. Die Anpassung ist notwendig, da der Personalfonds nach FLG als Eigenkapital bilanziert ist und die Äufnung somit nur im Rahmen der Gewinnverwendung erfolgen kann.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Dienstleistungen DPE	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			11.6	
Total Ertrag			-1.5	
Saldo	0.0	0.0	10.1	
2. Zentrale Personalpositionen	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			-5.0	
Total Ertrag			-3.5	
Saldo	0.0	0.0	-8.5	

H0-4050 FD – Informatik und Material

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

	Leistungsgruppe
1 Informatikgesamtstrategie (2008-2011)	1
2 Neugestaltung IT-Organisation in der Verwaltung (2008-2011)	1
3 Neuausrichtung und Weiterentwicklung von Datenplattformen für Prozessverbesserungen bei Kanton, Gemeinden und Bund (LuData, LuReg, LuTax, LuGeVer, Enterprise Service Bus) (2008-2012)	1
4 DIIN - Bereich DMZ: Ausbau zur strategischen Einkaufsorganisation (2008-2011)	1+2
5 Totalrevision FHG - Redesign SAP, Projekt Buchungszentrum (2007-2012)	1
6 SAP - Strategie Finanzen und Personal: Mitarbeit in Projekt Strategieerstellung (Lead bei FDDS), Inputs zu Investitions- und Betriebskosten, Technische Umsetzung	1
7 Weiterentwicklung unserer Unternehmenskultur (Gemeinsame Dienststellen-Kultur nach Reorganisationen, Öffnung für Gesamtsicht und Prozessdenken)	1+2

1.2 Lagebeurteilung

Mit der Umsetzung von strategischen Initiativen konnte die Dienststelle Informatik in den letzten Jahren in den Bereichen Zentralisierung und Standardisierung der Informatik, aber auch in der Optimierung des IT-Betriebs und der IT-Organisation wesentliche Beiträge zur Effizienzverbesserung leisten. Die IT-Infrastruktur und -Organisation hat mit den wachsenden Anforderungen und den gesetzlichen Vorgaben Schritt zu halten. Die heterogene Informatikarchitektur mit der Vielfalt an Fachapplikationen bringt besondere Herausforderungen für die IT des Kantons Luzern mit sich.

Schlüsselannahmen:

- Die Digitalisierung der kantonalen und kommunalen Verwaltung wird in einem erhöhtem Tempo fortschreiten.
- E-Government lohnt sich auch finanziell.
- Kooperationen im Bereich der Informatik werden zwischen den Gemeinden und dem Kanton stark an Bedeutung gewinnen.
- Wir gehen davon aus, dass die Dienststelle Informatik unter dieser Voraussetzung bis 2015 rund einem Viertel der Finanzmittel aus dem Infrastrukturbetriebsbereich in den Kundenschnittstellenbereich verschieben muss.
- Die Konzentration auf das Verständnis, Modellieren, Dokumentieren, Spezifizieren und Implementieren von Verwaltungs- und Gerichtsprozessen als modulare IT-Services ist der Erfolgsfaktor der DIIN für die erfolgreiche E-Government.
- Die DIIN wird sich einer weiter zunehmenden Vielfalt an genutzten Plattformen und Endgeräten gegenüber sehen, die administriert werden muss.

1.3 Schlussfolgerungen

Die Informatik spielt in der kantonalen Verwaltung und in den Gerichten eine zentrale Rolle. Ziel ist, die Leistungserbringung der Verwaltungseinheiten und der Gerichte effektiv und effizient mit Informatik- und Kommunikationstechnologien zu unterstützen. Die IT-Strategie 2012–2016 zeigt auf, wie die Dienststelle Informatik die steigenden Anforderungen erfüllt und den technologischen Entwicklungen Rechnung trägt. Aufgrund der knappen finanziellen Mittel sollen Insellösungen vermieden werden. Stattdessen sollen die vorhandenen Plattformen optimiert und breiter genutzt werden.

Die Zusammenfassung aller IT-Investitionen in einem einzigen Budgetpool - analog zur kantonalen Regelung im Bereich der Hochbauinvestitionen - muss geprüft werden.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Chancen:

- Generierung von Mehrwert in den Organisationseinheiten der Verwaltung durch Standardisierung, Automatisierung der Geschäftsprozesse, Zentralisierung der Informatik - Plattformen
- Realisierung von Skaleneffekten durch Mehrfach-Verwendung von IT-Services in Organisationseinheiten der öffentl. Verwaltung.
- Professioneller Einsatz des verwaltungsspezifischen IT- Knowhows
- Kostenoptimierung durch zentrale Beschaffung

Risiken:

- Geringer IT-Standardisierungsgrad zwischen Bund / Kantonen / Gemeinden
- Komplexität der Vernetzung zwischen Bund /Kantonen / Gemeinden

- Nutzung der fixen Mittel wird durch Altlasten strapaziert (Inbetriebnahme neuer Plattformen hat Investitionen zur Folge und belastet demzufolge in den Folgeperioden die Laufende Rechnung)
- Geringe Akzeptanz der IT-Strategien durch die Organisationseinheiten der Verwaltung aufgrund kultureller Gegebenheiten und des erhöhten Reorganisationstempos in der Verwaltung
- Die Informatikinfrastrukturen und Technologien können den wachsenden Anforderungen aus den Organisationseinheiten und gesetzlichen Vorgaben nicht standhalten (finanzielle Ressourcen)

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Informatik (DIIN) ist das Kompetenzzentrum für Informatik, Kommunikation und die zentrale Beschaffung des Kantons Luzern. Als Querschnittsdienststelle stellen wir die Grundversorgung sicher und erbringen Leistungen nach Vorgabe der Informatikstrategie sowie in Abstimmung mit den Bedürfnissen der Departemente (inkl. Schulbereich) und Gerichte.

Gesamtzielsetzungen:

=> Sicherstellung der kantonalen Informatikgrundversorgung

- kantonaler Rechenzenterbetrieb
- kantonale Netz und Kommunikationsinfrastruktur
- kantonale SAP und MOSS - Plattformen
- kantonaler Standard Arbeitsplatz

=> Sicherstellung der Verwaltungstätigkeit mit zeitgemässen ICT- Lösungen und Diensten

- Informatikplanung und Projektmanagement
- Erstellung der Lösungen
- Betrieb und Wartung

=> Marktgerechte Versorgung der Verwaltung (und Schulen) mit Sachmitteln

- auf die Bedürfnisse abgestimmter Produktkatalog (Leistungskatalog)
- effiziente Beschaffungsprozesse

2.3 Leistungsgruppen

1. Informatik
2. Material (LMV/DMZ)

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Ab 2011 richten wir uns auf folgende Handlungsschwerpunkte aus:

- Aufbau und/oder Redesign der IT-Infrastrukturen gemäss Informatikstrategie (Rechenzentrum, Endgeräte, E-Government, SAP)
- Aufbau einer gemeinsamen Serviceorganisation mit der Informatik der Stadt Luzern, IGGI und weiteren Partnern im öffentlichen-rechtlichen Umfeld
- Aufbau der strategischen Einkaufsorganisation; Reinvestition der freiwerdenden Mittel in die Umsetzung der Informatikstrategie.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Kundenzufriedenheit	min.		80%	80%
Verfügbarkeit RZ	min.	99%	99%	99%
Verfügbarkeit Netz	min.	99%	99%	99%
Verfügbarkeit Sharepoint-Plattform	min.		95%	96%
Verfügbarkeit SAP-Plattform	min.		95%	96%
Abdeckungsgrad standardisierter Arbeitsplätze	min.	23%	35%	55%
Anteil Bestellungen via Webshop	min.	54%	55%	65%

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Anzahl Vollzeitstellen	90.6	93.2	101.2
Anzahl Lernende	6.0	6.0	6.0
Grösse zentrale Storage- und Backup Plattform (TB)	29.6	50.0	75.0
Anzahl Serversysteme			600
Anzahl betreute ICT - Arbeitsplätze			8'500
Anzahl Benutzer – Accounts (AD)			28'000
Anzahl Artikel Büromaterial (Standardsortiment)			1000

Bemerkungen

Vollzeitstellen:

Infolge der konsequenten Weiterführung der Informatik-Zentralisierung in der kant. Verwaltung und der Umsetzung der Informatikstrategie steigt der durchschnittliche Personalbestand der Dienststelle Informatik.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich**3.1 Erfolgsrechnung**

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		12.6	13.720	8.9%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		28.3	28.647	1.3%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		10.0	9.799	-2.2%
34 Finanzaufwand		0.0		-100.0%
36 Transferaufwand		0.0	0.025	13.6%
39 Interne Verrechnungen		2.5	2.391	-4.5%
Total Aufwand	0.0	53.4	54.582	2.2%
42 Entgelte		-12.7	-12.775	0.8%
49 Interne Verrechnungen		-39.2	-41.102	4.8%
Total Ertrag	0.0	-51.9	-53.877	3.8%
Saldo - Globalbudget	0.0	1.5	0.705	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung**a) Bemerkungen zum Voranschlag**

Personalaufwand:

Wir führen die Informatik-Zentralisierung in der kant. Verwaltung konsequent weiter und setzen die kantonale Informatikstrategie um. Unser durchschnittlicher Personalbestand erhöht sich im Budget 2012 auf 101.2 Vollzeitstellen. Das Wachstum zeigt sich dementsprechend auch im Personalaufwand. Der Zuwachs der Stellen wird durch die Übernahme von Stellen anderer Dienststellen erfolgen. Aus kantonaler Gesamtsicht handelt es sich somit um kostenneutrale Stellentransfers.

Sachaufwand:

Der Sachaufwand steigt teuerungsbedingt um rund 0.4 Mio. CHF. Weitere Zusatzkosten von 0.4 Mio. CHF entstehen im RZ-Bereich (Zwischenlösung bei der CKW). Eingerechnet haben wir erwartete Kosteneinsparungen durch die Bündelung der Beschaffungen von standardisierten IT - Leistungen (Commodities).

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Informatik	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			38.3	
Total Ertrag			-37.1	
Saldo	0.0	0.0	1.2	
2. Material (LMV/DMZ)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			16.2	
Total Ertrag			-16.8	
Saldo	0.0	0.0	-0.5	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36314002 Schweizerische Informatikkonferenz (SIK)		0.0	0.025	13.6%
Total Transferaufwand		0.0	0.025	13.6%
Total Transferertrag		0.0	0.000	

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		2.8	2.052	-27.7%
52 Immaterielle Anlagen		2.8	3.060	7.7%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	5.7	5.112	-10.0%
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	5.7	5.112	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag
keine

H0-4060 FD – Dienstleistungen Steuern

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Einführung zentrale Steuerlösung LuTax
Internet Steuererklärung

Leistungsgruppe

1

1

1.2 Lagebeurteilung

Mit den Steuergesetzrevisionen 2005, 2008 und 2011 konnte sich der Kanton Luzern im Steuerwettbewerb besser positionieren. Bei den juristischen Personen hat Luzern einen Spitzenrang erreicht.

1.3 Schlussfolgerungen

Bei den juristischen Personen werden nur noch marginale Anpassungen im Kapitalsteuerbereich erforderlich sein. Durch die verbesserte Wettbewerbsposition im Unternehmenssteuerbereich soll sich die Kundenbasis verbreitern. Bei den natürlichen Personen sind weitere Anstrengungen nötig, um einkommensstarke und vermögende Kunden zu erhalten oder neu anzusiedeln.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Mit einer konsequenten Serviceorientierung und einer wettbewerbsorientierten Steuerpraxis leisten wir einen wichtigen Beitrag zum attraktiven Steuerklima.

Die Organisation des Steuerwesens im Kanton Luzern ist mit 76 Gemeindesteuernämtern föderalistisch und stark dezentral ausgestaltet. Die Erstellung einer einheitlichen Servicequalität ist technisch und organisatorisch entsprechend aufwändig.

In den letzten Jahren ist die steuerliche Komplexität und die gesetzgeberische Dynamik stark gestiegen. Eine Trendumkehr ist nicht erkennbar.

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Steuern ist im Verbund mit den kommunalen Steuerämtern verantwortlich für die Kernaufgaben der Steuerveranlagung und des Steuerbezugs sämtlicher direkten Steuern. Sie strebt im Interesse der Kunden eine kompetente, rasche und transparente Servicequalität an. Zudem leistet sie durch wettbewerbstaugliche Regelungen im Bereich der Steuerpraxis einen Betrag zur Attraktivität des Kantons Luzern. Sie verfolgt die steuerliche Entwicklung in der Schweiz aktiv und erarbeitet in der Steuer- und Schatzungsgesetzgebung Entscheidungsgrundlagen für die Regierung und das Parlament.

2.3 Leistungsgruppen

1. Dienstleistungen Steuern

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Für 2009 - 2014 sind vier zentrale Handlungsfelder definiert worden:

1. Aufsicht und Betreuung der Gemeinden
2. Wettbewerbs- und Serviceorientierung
3. Prozessoptimierung
4. Kultur und Führung

Aus jedem dieser Handlungsfelder haben wir verschiedene Umsetzungsprojekte abgeleitet. Eine Auswahl: Einführung prozess-, risiko- und ressourcenorientierte Revisionen je Gemeinde; Aufbau internetbasierte Wissensplattform (Infopool); flächendeckende Delegation der Veranlagungskompetenz an die Gemeinden; hohe Veranlagungsstände in allen Kundensegmenten; tiefe Einsprachequote; Kundenkontakte auf gleicher Augenhöhe (Ausbau Sozial- und Kommunikationskompetenz); Steuerliche Praxisverbesserungen z.G. Kunden, Aufbau jährliches Steuermonitoring, Aufbau JP-Steuerstatistik, Vorschlag Steuerstrategie 2014 und Folgejahre; Lösungsangebot bei Ansiedlungsprojekten innerhalb von 48 Stunden; Vorbereitungen für e-Fristerstreckungen, Internet-Steuererklärungen etc.; Projekt LuTax (Zentrale Datenhaltung/papierlose Veranlagungsprozesse, einheitliche Applikation für Gemeinden und Kanton) Personalförderung (Fach-, Sozial-, Methoden- und Kommunikationskompetenz).

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Veranlagungsstände (StP = Steuerperiode)				
Unselbständigerwerbende, StP 2011	mind.			90%
Unselbständigerwerbende, StP 2010	mind.		90%	99%
Unselbständigerwerbende, StP 2009	mind.	86.7%	99%	100%
Selbständigerwerbende, StP 2011	mind.			48.0%
Selbständigerwerbende, StP 2010	mind.		45.0%	98.0%
Selbständigerwerbende, StP 2009	mind.	52.7%	98.0%	99.5%
Juristische personen, StP 2011	mind.			40.0%
Juristische Personen, StP 2010	mind.		40.0%	97.5%
Juristische Personen, StP 2009	mind.	44.6%	97.5%	99.5%
Einsprachenquote (in % der Veranlagungen im Kal.jahr)				
Unselbständigerwerbende		1.9%	2.5%	2.5%
Selbständigerwerbende		2.4%	3.0%	3.0%
Juristische Personen		1.3%	1.5%	1.5%
Durchschnittl. Einsprache-Bearbeitungsdauer				
Unselbständigerwerbende	n.erhoben		90 Tage	90 Tage
Selbständigerwerbende		73 Tage	90 Tage	90 Tage
Juristische Personen		103 Tage	90 Tage	90 Tage

2.5 Statistische Messgrößen	R 2010	B 2011	B 2012
Ø Personalbestand in Vollzeitstellen	164.9	170	173
Ø Anzahl Lernende berufliche Grundausbildung	6.0	6.0	6.0
Registerbestände Veranlagungen			
Unselbständigerwerbende	208'383	210'000	214'000
Selbständigerwerbende	20'775	21'150	21'000
Juristische Personen	15'945	15'500	16'300
Weitere Bearbeitungskennzahlen der Dienststelle			
Quellensteuer (Anzahl quellensteuerpflichtige Personen)	21'157	22'000	22'000
Anzahl Nachsteuer- und Strafverfahren	901	800	800
Zentrale Verlustscheinbewirtschaftung			
Anzahl inventarisierte Verlustscheine	44'803	45'000	47'000
Nettoerlös aus Verlustscheinbewirtschaftung (in Mio. Fr.)	0.389	0.420	0.430

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		22.5	23.341	3.9%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		1.8	2.121	17.9%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.9	1.201	38.9%
39 Interne Verrechnungen		3.3	3.992	21.1%
Total Aufwand	0.0	28.4	30.654	7.8%
42 Entgelte		-0.8	-0.753	-2.6%
46 Transferertrag		-1.3	-1.300	0.0%
Total Ertrag	0.0	-2.1	-2.053	-1.0%
Saldo - Globalbudget	0.0	26.4	28.601	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Wir erhöhen den Personalbestand v.a. im Bereich der Veranlagungen von juristischen Personen und der Quellensteuern. Wir wollen damit die definierten Serviceziele halten und dem Anstieg der Dossierzahl sowie der steigenden Komplexität der Steuerfälle Rechnung tragen. Durch die dadurch mögliche Effektivitätssteigerung können im Gegenzug steuerliche Mehrerträge realisiert werden (Einrechnung im Aufgabenbereich 4061, Steuern).

Die Kosten der Investitionsrechnung sind im Informatik-Pool beim Departementsstab im Aufgabenbereich 4020 enthalten.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)

	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Transferaufwand	0.0	0.0	0.000	
Entschädigungen von Gemeinden		-1.3	-1.300	0.0%
Total Transferertrag	0.0	-1.3	-1.300	0.0%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Es handelt sich bei den Entschädigungen von Gemeinden um die Inkassoentschädigungen aus dem Bereich Quellensteuer.

H0-4070 FD – Dienstleistungen Immobilien

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Die Ziele und Massnahmen der Immobilienstrategie orientieren sich an der Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung des Kantons Luzern. Mit einer aktiven und systematischen Immobilienpolitik sowie einem nachhaltigen und verantwortungsvollen Immobilienmanagement wollen wir den Standort Luzern stärken und vorwärtsbringen. Das Immobilienmanagement dient der zukunftsgerichteten Sicherstellung von kostengünstigen und nachhaltigen Infrastrukturen mit einem bestmöglichen Nutzen für die Erfüllung der Kernaufgaben des Kantons Luzern. Mit flexiblen, energetisch vorbildlichen und ökologischen Bauten ermöglichen wir eine optimale Nutzung heute und in Zukunft. Die Dienststelle Immobilien steuert in der Rolle der Eigentümerin und Bauherrin als zentrales Kompetenzzentrum das strategische, kaufmännische und technische Gebäudemanagement.

Leistungsgruppe

1

1.2 Lagebeurteilung

Die Dienststelle Immobilien erhält mit dem neuen Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG) sowie mit dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP) verbindliche Instrumente für die Bedarfsplanung. Erschwert wird ihre Arbeit durch fehlende finanzielle Mittel für die Werterhaltung und für Neuinvestitionen und fehlende Kreditvorgaben für die langfristige Investitionsplanung. Der Wohnungsmarkt ist in Teilen des Kantons und vor allem in der Agglomeration angespannt.

1.3 Schlussfolgerungen

Folgende Themen sind zur Weiterbearbeitung vorgesehen: Einführung der Bedarfsplanungsinstrumente (Treiber) im AFP; zuverlässige Kreditvorgaben für die langfristige Investitionsplanung; Verkauf von Liegenschaften und Grundstücken zur Optimierung und Finanzierung des kantonalen Immobilienportfolios; Erarbeitung von verbindlichen Flächen- und Ausbaustandards.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Chancen

- transparente Abläufe und Entscheide
- verlässliche Partner
- verbindliche Instrumente für Bedarfsplanung (FAP/FLG)
- verselbständigte Dienststellen/Betriebe als zukünftige Kunden gewinnen

Risiken

- Verunsicherung der Mitarbeitenden durch Reorganisationsprojekte in anderen kantonalen Bereichen
- fehlende Flexibilität und lange Entscheidungswege
- ungenügende Bedarfsplanung
- fehlende finanzielle Mittel für die Werterhaltung und für Neuinvestitionen
- Dezentralisierung des Immobilienportfolios

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Immobilien ist die spezialisierte Immobilien- und Baufachberaterin und vertritt als Eigentümer- und Bauherrenvertreterin die Interessen des Staates Luzern.

- Die Dienststelle Immobilien ist verantwortlich für die kundenorientierte und nachhaltige Bewirtschaftungsstrategie aller staatlichen und zugemieteten Liegenschaften und von Projektentwicklungen mit Standort- und Nutzungskonzepten.
- Die Dienststelle Immobilien erarbeitet und bewirtschaftet umfassende Liegenschaften- und Objektdaten sowie Liegenschaftensstandards als Grundlage für ein systematisches, effizientes und qualitätsvolles Immobilienmanagement.
- Die Dienststelle Immobilien ist verantwortlich für die Projektierung und Realisierung aller staatlichen Hochbauten. Sie erarbeitet und bewirtschaftet die Investitionsrechnung aller kantonalen Hochbauten unter Berücksichtigung der mehrjährigen Finanzvorgaben. Sie schafft und bewahrt mit ihren Bauten gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Werte.
- Die Dienststelle Immobilien sichert die optimale Nutzung der staatlichen und zugemieteten Bauten, Grundstücke, Anlagen und Einrichtungen. Sie kauft und verkauft Liegenschaften für den Kanton Luzern. Sie sichert die langfristige Werterhaltung und die Funktionstüchtigkeit der staatlichen Immobilien.
- Als Immobilien- und Baufachorgan berät und unterstützt die Dienststelle Immobilien den Regierungsrat, die Departemente und die Dienststellen des Kantons Luzern. Die Dienststelle Immobilien ist verantwortlich für den Vollzug des sozialen Wohnungsbaus.

Externe Aufträge

- Die Dienststelle Immobilien erbringt im Rahmen von vertraglichen Vereinbarungen Leistungen für Immobilien und Baufachberatung (LUKS/lups/Bund/Hochschulen).

Gesamtzielsetzungen

- Entwickeln, erstellen und bewirtschaften der zur Erfüllung der Leistungsaufträge des Kantons Luzern erforderlichen Infrastrukturanlagen
- Sicherstellung des Substanzwertes der staatseigenen Gebäude
- Die Dienststelle Immobilien pflegt eine offene, transparente Zusammenarbeit und eine neutrale Immobilien- und Baufachberatung

2.3 Leistungsgruppen

1. Bau- und Immobilienmanagement

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Die Dienststelle berät und unterstützt den Regierungsrat, die Departemente, die übrigen Dienststellen und Dritte als Kompetenzzentrum für Immobilien. Sie ist verantwortlich für die Umsetzung der Immobilienstrategie. Sie sichert die optimale Nutzung der staatlichen und zugemieteten Bauten, Grundstücke, Anlagen und Einrichtungen und die langfristige Werterhaltung der staatseigenen Gebäude. Die konkreten Ziele sind die Verbesserung der Zustandswerte der kantonalen Gebäude um jährlich 0.5 bis 0.7 Prozentpunkte bis ins Jahr 2021, der Aufbau eines Energiemonitorings bis im Jahr 2015 und die Veräusserung nicht benötigter Liegenschaften und Grundstücke.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel (2% des Neuwerts + Nachholbedarf) (in Mio. Fr.)	min.		35,0	35,0
Verkaufserlöse z.G. Neuinvestitionen (in Mio. Fr.)	max.	2,2	2,0	2,0
Zustandswert der Gebäude > 100'000 GVL	Z/N	72%	74%	75%
Erfasste Gebäude für Energiemonitoring	% aller Geb		20%	40%

2.5 Statistische Messgrößen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen: Dienststelle	29,9	33,9	33
Personalbestand in Vollzeitstellen: Hauswarte /Reinigungspersonal	8,6	8,6	6.5
Anzahl Lernende		1	1
Personalbedarf in Vollzeitstellen für externe Beratungen/ Dienstleistungen (LUKS/lups)		3	3

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		5.1	5.045	-1.1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.2	0.248	13.8%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.1	0.039	-29.6%
34 Finanzaufwand		0.0	0.000	0.0%
36 Transferaufwand		0.6	0.415	-27.8%
37 Durchlaufende Beiträge		2.3	2.100	-8.7%
39 Interne Verrechnungen		1.0	1.052	5.1%
Total Aufwand	0.0	9.2	8.899	-3.8%
42 Entgelte		-2.6	-2.356	-7.7%
46 Transferertrag		0.0	-0.040	0.0%
47 Durchlaufende Beiträge		-2.3	-2.100	-8.7%
49 Interne Verrechnungen		-4.3	-4.141	-3.0%
Total Ertrag	0.0	-9.2	-8.637	-5.7%
Saldo - Globalbudget	0.0	0.1	0.261	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

- Tiefere externe und interne Verwaltungshonorare Baumanagement (42 und 49).
- Rückläufige Kantons- (36) und Bundesbeiträge (37/47) für den sozialen Wohnungsbau.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36100001 Entschädigungen an Bund		0.0	0.010	0.0%
36120001 Entschädigungen an Gemeinden u Gemeindez		0.0	0.005	0.0%
36364001 LUWEG/KWE		0.6	0.400	-30.4%
Total Transferaufwand	0.0	0.6	0.415	-29.7%
46100001 Entschädigungen vom Bund		0.0	-0.020	0.0%
46361001 Rückzahlungen Wohnbauförderungen		0.0	-0.020	0.0%
Total Transferertrag	0.0	0.0	-0.040	0.0%

H0-4071 FD – Immobilien

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

s. Aufgabenbereich Dienstleistungen Immobilien

Leistungsgruppe

1

1.2 Lagebeurteilung

Die Dienststelle Immobilien erhält mit dem neuen Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG) sowie mit dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP) verbindlichere Instrumente für die Bedarfsplanung. Erschwert wird ihre Arbeit durch die langen Entscheidungswege, durch fehlende finanzielle Mittel für die Werterhaltung und für Neuinvestitionen und durch die Unverbindlichkeit der Kreditvorgaben für die langfristige Investitionsplanung

1.3 Schlussfolgerungen

Folgende Themen sind zur Weiterbearbeitung vorgesehen: Einführung der Bedarfsplanungsinstrumente (Treiber) im AFP; verbindliche Kreditvorgaben für die langfristige Investitionsplanung; Verkauf von Liegenschaften und Grundstücken zur Optimierung und Finanzierung des kantonalen Immobilienportfolios; Erarbeitung von verbindlichen Flächen- und Ausbaustandards.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

s. Aufgabenbereich Dienstleistungen Immobilien

2.2 Grundauftrag

s. Aufgabenbereich Dienstleistungen Immobilien

2.3 Leistungsgruppen

1. Staats- und Mietliegenschaften

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Im Aufgabenbereich Immobilien werden keine Leistungen erbracht. Es geht um die Trennung von Kosten und um die Erträge der Staats- und Mietliegenschaften. Deshalb wird auf ein Wirkungsmodell verzichtet.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
s. Aufgabenbereich Dienstleistungen Immobilien				

2.5 Statistische Messgrößen

	R 2010	B 2011	B 2012
Anzahl staatseigene Gebäude	630	566	560
Gebäudeversicherungswert (in Mia. CHF)	2.2	1.49	1.49

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		0.7	0.577	-13.8%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		46.3	49.092	6.1%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		43.0	41.631	-3.2%
34 Finanzaufwand		2.6	3.910	51.0%
39 Interne Verrechnungen		53.1	53.480	0.7%
Total Aufwand	0.0	145.7	148.689	2.1%

41	Regalien und Konzessionen	-0.1	-0.115	0.0%	
42	Entgelte	-2.9	-2.850	-1.4%	
44	Finanzertrag	-24.2	-28.570	18.0%	
46	Transferertrag	-4.1	-5.136	26.2%	
49	Interne Verrechnungen	-79.5	-82.685	4.1%	
	Total Ertrag	0.0	-110.7	-119.356	7.8%
	Saldo - Globalbudget	0.0	34.9	29.333	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

33 Rückgang der Abschreibungen weil insbesondere die Ausbauten in Zumietungen nach dem Ablauf der regulären Nutzungsdauer vollständig abgeschrieben worden sind.

31/34 Verschiebung der Kosten für die Instandhaltung und die Betrieblichen Verbesserung in der Instandhaltung, von der Investitionsrechnung in die Laufende bzw. Erfolgsrechnung.

39 Höhere kalkulatorische Zinsen auf dem Anlagevermögen (Neubewertung)

44 Mietzinse der Luzerner Spitäler (LUKS) und Luzerner Psychiatrie (lups) für die beim Kanton verbliebenen Gebäude (rund 4. Mio. Franken). Im Jahr 2011 war dieser Betrag nicht budgetiert.

46 Planmässige Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen.

49 Mehreinnahmen bei den intern verrechenbaren Mietkosten.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Transferaufwand	0.0	0.0	0.000	
466 Planmässige Auflösung passivierter Investitionsbeiträge		-4.1	-5.136	26.2%
Total Transferertrag	0.0	-4.1	-5.136	26.2%

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		66.8	53.790	-19.5%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	66.8	53.790	-19.5%
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		-14.6	-5.100	-65.1%
Total Einnahmen	0.0	-14.6	-5.100	-65.1%
Nettoinvestitionen	0.0	52.2	48.690	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Verschiebung von Kosten für die Instandhaltung und die betrieblichen Verbesserungen in der Instandhaltung in die Erfolgsrechnung.

Information zu den Investitionsbeiträgen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total eigene Investitionsbeiträge	0.0	0.0	0.000	
63000001 IVBT für eigene Rechnung Bund		-14.5	-5.000	-65.5%
63400001 IVBT für eigene Rechnung von öff. Unternehmen		-0.1	-0.100	0.0%
Total Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	0.0	-14.6	-5.100	-65.1%

Bemerkungen zu den Investitionsbeiträgen

keine

H0-5010 GSD – Stabsleistungen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Umsetzung Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG)
Weiterausbau GEVER

Leistungsgruppe

1
1

1.2 Lagebeurteilung

Mit dem neuen Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG) und der Kantonsstrategie erhält das Departementssekretariat klare Leitplanken für den operativen Alltag.

Das Einsatzgebiet Geschäftsverwaltung (GEVER) betrifft den Einsatz von EDV-Mitteln für die dokumentengestützte Geschäftsbearbeitung. GEVER stellt Funktionen bereit für das Records Management (Aktenführung, inklusive Document Management), die Geschäftskontrolle (Erstellen, Zuteilen und Nachverfolgen von Pendenzen, Fristen, Terminen) sowie für den Workflow (Prozessführung durch Zuweisen und Bearbeiten von Aktivitäten).

1.3 Schlussfolgerungen

Die kommenden vier Jahre werden Veränderungen in den Prozessen des Rechnungswesens und des Controllings bringen. Ausserdem wird eine neue Führungsstruktur eingeführt.

Der bereits begonnene Ausbau des Geschäftsverwaltungs-Systems (GEVER) soll weiter vorangetrieben und abgeschlossen werden.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Keine

2.2 Grundauftrag

Das Departementssekretariat ist die Stabsstelle des Gesundheits- und Sozialdepartementes. Es unterstützt die Departementsleitung bei der fachlich-politischen und betrieblichen Führung, nimmt die administrative Leitung des Departementes wahr und koordiniert die Verwaltungstätigkeit innerhalb des Departementes und gegen aussen. Es sorgt in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Gesellschaft und Arbeit für eine effiziente und bedarfsgerechte Aufgabenerfüllung.

Für die fachliche Führung werden folgende Leistungen erbracht:

- Fachliche Bearbeitung von Aufträgen des Kantonsrates, des Regierungsrates und des Departementvorstehers
- Interne und externe Kommunikation
- Spezielle Dienstleistungen (Erlasse, Vernehmlassungen, Stellungnahmen, Mitarbeit in interkantonalen Gremien, Leitung von Arbeitsgruppen und Projekten)
- Erteilung von Bewilligungen nach Sozialhilfegesetz
- Gewährleistung einer wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Gesundheitsversorgung

Für die betriebliche Führung werden folgende Leistungen erbracht:

- Strategische und operative Planung des Gesundheits- und Sozialdepartementes
- Führung des Personals und Personaladministration
- Dienststellenrechnungswesen und -Controlling
- Departementscontrolling
- Führung der Departementsinformatik und Organisationsberatungen.

2.3 Leistungsgruppen

1. Stabsleistungen

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Das Departementssekretariat unterstützt die Departementsleitung in ihrer Führungstätigkeit und stellt die professionelle und effiziente Steuerung des Departementes sicher. Die Aufgaben umfassen die Planung und das Reporting, die Bearbeitung von politischen Geschäften und Entscheiden sowie die Beratungs-, Informations- und Kommunikationstätigkeit. Diese Leistungen werden in der vereinbarten Menge, Qualität und Zeit erbracht; dadurch können die Prozesse im Departement termin- und sachgerecht weitergeführt werden.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Beurteilung der Zuverlässigkeit und Qualität von GSD-Leistungen		gut	gut	gut
Qualitätsbeurteilungspunkte nach EFQM (350 Punkte entsprechen einer ISO-Zertifizierung)	mind.	-	-	250

2.5 Statistische Messgrößen	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	13.6	14.5	13.5
Anzahl Lernende	1.0	1.0	1.0

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		2.3	2.118	-7.7%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.5	0.434	-9.3%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.2	0.250	33.9%
34 Finanzaufwand		0.0	0.000	-26.7%
36 Transferaufwand		406.1	5.154	-98.7%
39 Interne Verrechnungen		1.8	1.728	-4.9%
Total Aufwand	0.0	410.9	9.684	-97.6%
42 Entgelte		0.0	-0.040	100.0%
44 Finanzertrag		0.0		-100.0%
45 Entnahmen aus Fonds		-2.0	-0.095	-95.3%
46 Transferertrag		-311.8	-0.145	-100.0%
49 Interne Verrechnungen		-2.9	-3.616	26.9%
Total Ertrag	0.0	-316.6	-3.896	-98.8%
Saldo - Globalbudget	0.0	94.3	5.788	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

30 Personalaufwand:

Reduzierung Personalkosten aufgrund nicht voll besetzter geplanter Stellen.

31 Sach- und übriger Betriebsaufwand:

Durch die Umpoolung der Informatikgelder von der Investitionsrechnung in die Erfolgsrechnung (Investitionen unter Fr. 50'000.- werden nicht mehr aktiviert) steigt dieser Betrag im 2012 in der ER an. Informatikprojekte werden jedoch weiter verzögert.

Bei den übrigen Dienstleistungen-/Honorarkosten zeichnet sich eine Reduzierung infolge weniger Projekte ab.

33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen:

Mit dem neuen FLG werden Investitionen periodengerecht aktiviert und abgeschrieben.

36 Transferaufwand:

Detailbeschreibung unter Bemerkungen zum Transferaufwand/Transferertrag

39 Interne Verrechnungen:

Die geplanten Mietzinskosten sind gegenüber dem Vorjahr tiefer. Zudem fällt ein jährlicher Beitrag aus dem Lotteriefonds weg, welcher jeweils zur Finanzierung eines Staatsbeitrages bei einer Dienststelle vorgesehen war.

42 Entgelte:

Entschädigung von Sitzungsgeldern und Einnahmen durch Gebühren von Amtshandlungen. Aufgrund der Erfahrungswerte ist auch im 2012 mit diversen zusätzlichen Mehreinnahmen zu rechnen.

45 Entnahmen aus Fonds:

Im Budget 2011 wurden 2 Mio. Fr. für das Projekt "Paradrom" eingerechnet, welches jedoch aufgelöst wurde. Der budgetierte Betrag im 2012 entspricht den bereits zugesicherten Geldern aus dem Lotteriefonds.

46 Transferertrag:

Detailbeschreibung unter Bemerkungen zum Transferaufwand/Transferertrag

49 Interne Verrechnungen:

Im 2012 werden neu die effektiven DIIN-Informatikleistungen an die GSD-Dienststellen weiterverrechnet. Dafür wird auf die Verrechnung der kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen am Informatik-Pool verzichtet.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36145105 Entschädigung Verw.kosten AKLU		6.5		-100.0%
36315101 Konferenzen: Kostenanteile		0.2	0.298	19.7%
36340001 Beiträge an öffentliche Unternehmungen		0.0	0.020	0.0%
36345101 ZiSG		3.2	3.218	1.0%
36350001 Beiträge an private Unternehmungen		0.5	1.118	105.4%
36355101 Behindertenfahrdienst		0.6	0.500	-16.7%
36360001 Beiträge an priv. Org. ohne Erwerbszweck		2.0		-100.0%
36375101 Ergänzungsleistungen (EL)	220.0			-100.0%
36375102 Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	170.8			-100.0%
36375104 Familienzulagen NE (FAK-NE)	2.3			-100.0%
Total Transferaufwand	0.0	406.1	5.154	-98.7%
46300003 Beiträge eigene Rechnung N+L			-0.145	
46305101 Beiträge Bund an Ergänzungsleistungen		-66.0		-100.0%
46305102 Beiträge Bund an Individ. Prämienverbilligung		-99.0		-100.0%
46305105 Beiträge Bund an Verw.kosten AKLU		-1.9		-100.0%
46325101 Beiträge Gemeinde an Ergänzungsleistungen		-107.8		-100.0%
46325102 Beiträge Gemeinde an Individ. Prämienverbilligung		-35.9		-100.0%
46325104 Beiträge Gemeinde an Familienzulagen NE		-1.1		-100.0%
Total Transferertrag	0.0	-311.8	-0.145	-100.0%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

36145105 Entschädigung Verw.kosten AKLU:

>ab Budget 2012 der Hauptaufgabe 5, Soziale Sicherheit, zugeteilt und im Aufgabenbereich Sozialversicherungen budgetiert und kommentiert

36315101 Konferenzen: Kostenanteile:

Der Kantonsbeitrag an die GDK ist angestiegen, weil einige Leistungen neu direkt über die GDK finanziert werden.

36350001 Beiträge an private Unternehmungen:

Dieser Betrag setzt sich fast ausschliesslich aus Lotteriegelder zusammen.

Die Erhöhung zum Budget 2011 ist wie folgt zu begründen:

- Gemäss Leistungsvereinbarung geht ein prozentualer Betrag der Direktzahlung der SWISSLOS für die Spielsuchtabgabe (s. auch 46300003 Beiträge eigene Rechnung N+L) an die Sucht Info Schweiz weiter.

- Die bereits zugesicherten, im Lotteriefonds eingestellten Beitragsgelder für 2012 werden durch die Entnahme auch im Aufwand einberechnet.

- Im 2011 wurde ein Betrag aus dem Lotteriefonds für den Behindertenfahrdienst eingestellt. Im 2012 ist keine diesbezügliche Zahlung mehr einkalkuliert, da dies Aufgabe vom Kanton und dem Verkehrsbund ist.

36360001 Beiträge priv. Org. ohne Erwerbszweck:

Das Projekt "Paradrom" vom Verein Kloster Rathausen wurde im 2011 aufgelöst. Folglich ist im Vergleich zum Vorjahr kein Betrag mehr budgetiert worden.

36375101 Ergänzungsleistungen (EL):

>ab Budget 2012 der Hauptaufgabe 5, Soziale Sicherheit, zugeteilt und im Aufgabenbereich Sozialversicherungen budgetiert und kommentiert

36375102 Individuelle Prämienverbilligung (IPV):

>ab Budget 2012 der Hauptaufgabe 5, Soziale Sicherheit, zugeteilt und im Aufgabenbereich Sozialversicherungen budgetiert und kommentiert

36375104 Familienzulagen NE (FAK-NE):

>ab Budget 2012 der Hauptaufgabe 5, Soziale Sicherheit, zugeteilt und im Aufgabenbereich Sozialversicherungen budgetiert und kommentiert

46300003 Beiträge eigene Rechnung N+L:

Direktzahlung von der SWISSLOS für die Spielsuchtabgabe. Im Zeitpunkt der Budgetierung 2011 war dieser Betrag nicht bekannt und folglich nicht budgetiert worden.

Beiträge Bund und Gemeinde an Sozialversicherungen (EL, IPV, FAK-NE):

>analog zum Aufwand ab Budget 2012 der Hauptaufgabe 5, Soziale Sicherheit, zugeteilt und im Aufgabenbereich Sozialversicherungen budgetiert und kommentiert

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		0.5	0.050	-90.7%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	0.5	0.050	-90.7%
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	0.5	0.050	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Einerseits wurde das Budget aufgrund der Sparmassnahmen gekürzt. Und andererseits ist eine Umpoolung in die ER erfolgt, da Investitionen unter Fr. 50'000.- nicht mehr aktiviert werden.

H0-6610 JSD – Stabsleistungen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Umsetzung der Projekte aus dem Legislaturprogramm
Starke Stadtregion Luzern, Region Sursee und übriger Kanton
Strategie der interkantonalen Zusammenarbeit

Leistungsgruppe

1
1
1

1.2 Lagebeurteilung

Das Vertrauen der Bevölkerung in die sicherheitspolitischen Leistungen des Staates ist hoch. Es wird sogar zunehmend der Anspruch gestellt, die Alltagsprobleme der Gesellschaft mit neuen Gesetzen zu lösen. Die Dichte der Regelungen nimmt durch Vorgaben des Bundes stetig zu. Das neue Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG) optimiert das Führungssystem. Allerdings benötigt die Anpassung und Erweiterung der Führungssysteme und damit der Geschäftsprozesse immer mehr Zeit; die Belastung der Mitarbeitenden steigt, die finanziellen Ressourcen werden immer knapper.

1.3 Schlussfolgerungen

Die skizzierten Aufgaben sind mit den vorhandenen Mitteln kundenorientiert zu lösen.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Das neue Gesetz über die Finanzen und Leistungen (FLG) optimiert das Führungssystem, insbesondere im Bereich Internes Kontrollsystem (IKS), Risikoanalyse und Qualitätsmanagement (QS). Als Risiken stehen die zunehmende Regelungsichte von Seiten Bund, der Anspruch der Gesellschaft "Alltagsprobleme" mit neuen Gesetzen lösen und die Konkurrenzfähigkeit der Attraktivität als Arbeitgeber gegen Aussen. Die Anpassung und Erweiterung bestehender Führungssysteme und damit der Geschäftsprozesse benötigt immer Zeit und Ressourcen. Zudem sind die finanziellen Mittel bei Investitionen im Hochbau knapp.

2.2 Grundauftrag

Das Departementssekretariat ist die Stabsstelle des JSD. Es unterstützt die Departementschefin bei der politischen und betrieblichen Führung sowie in allen Fragen der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Es nimmt die administrative Leitung des JSD wahr und koordiniert die Verwaltungstätigkeiten innerhalb des Departements und gegen aussen.

2.3 Leistungsgruppen

1. Stabsleistungen JSD

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Das Departementssekretariat unterstützt die Departementsleitung in ihrer Führungstätigkeit und stellt die professionelle und effiziente Steuerung des Departements sicher. Die Aufgaben umfassen die Planung und das Reporting, die Bearbeitung von politischen Geschäften, Bewilligungen und Entscheiden, die Koordination der Aussenbeziehungen und die Organisation von Abstimmungen und Wahlen sowie die Beratungs-, Informations- und Kommunikationstätigkeit. Diese Leistungen werden in der vereinbarten Menge, Qualität und Zeit erbracht; dadurch können die Prozesse im Departement termin- und sachgerecht weitergeführt werden.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Umsetzung der Legislaturziele JSD (Basis JSD PPM)	min.	96 %	90 %	90 %

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	17.0	17.4	18.9
Anzahl Lernende berufliche Grundbildung	1.0	1.0	1.0

Bemerkungen

Zusätzliche Stellen im Bereich Kommunikation und Information sowie Gewaltprävention (Übernahme 30 % von MZJ) von insgesamt 150 %.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		3.0	3.251	8.6%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.8	1.882	125.4%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.3	0.367	35.5%
36 Transferaufwand		0.9	0.978	8.2%
39 Interne Verrechnungen		6.9	7.410	8.1%
Total Aufwand	0.0	11.9	13.888	17.1%
42 Entgelte		-0.1	-0.085	-22.7%
49 Interne Verrechnungen		-5.7	-6.911	20.3%
Total Ertrag	0.0	-5.9	-6.996	19.5%
Saldo - Globalbudget	0.0	6.0	6.892	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Das Globalbudget ist um rund Fr. 800'000 höher als das Vorjahresbudget.

Personalaufwand: Es kommen die Stellen im Bereich Information und Kommunikation sowie Gewaltprävention von insgesamt 150 % hinzu.

Sachaufwand: Aufgrund der Änderung der Rechnungslegung sind einzelne Aufwände neu enthalten. Dies sind Fr. 720'000 für die Informatik, bisher in der Investitionsrechnung aufgeführt, sowie Fr. 200'000 für Auslagen der Kleinschiffahrt, welche über die Schiffssteuer finanziert werden. Zusätzlich fallen Kosten für die Gewaltprävention sowie für das Projekt Kindes- und Erwachsenenschutzrecht an.

Aufwand Interne Verrechnungen (39): Die Informatikdienstleistungen erhöhen sich um Fr. 590'000 und die übrigen Dienstleistungen reduzieren sich um Fr. 47'000.

Ertrag Interne Verrechnungen (49): Ein höherer Anteil der Informatikdienstleistungen von Fr. 960'000 wird den Dienststellen weiterverrechnet. Enthalten ist auch der Anteil an der Schiffssteuer von Fr. 200'000, welcher vom Strassenverkehrsamt für die Auslagen der Kleinschiffahrt weitergeleitet wird (siehe Bemerkung zu Sachaufwand).

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36316001 Konferenz kant. Regierungen		0.2	0.353	128.1%
36316002 MPDK		0.1	0.136	11.5%
36366002 Beiträge Schiesswesen		0.2	0.168	0.0%
übriger Transferaufwand		0.5	0.320	-30.1%
Total Transferaufwand	0.0	0.9	0.978	8.2%
Keine				
Total Transferertrag	0.0	0.0	0.000	

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		0.1		-100.0%
52 Immaterielle Anlagen		0.8		-100.0%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	0.8	0.000	-100.0%
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	0.8	0.000	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Aufgrund der höheren Aktivierungsgrenze im FLG sind die Investitionen in die Informatik neu in der Erfolgsrechnung ausgewiesen.

H0-6660 JSD – Dienstleistungen für Gemeinden

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Prüfung der Erweiterung von E-Voting auf Stufe Gemeinden im Rahmen der E-Government-Strategie
Unterstützung der Absicht, die Kräfte der Agglomeration Luzern in einer vereinigten Stadtregion zu bündeln sowie das Zentrum Sursee durch Fusionen zu stärken. Weiterhin Förderung von Vereinigungen von Gemeinden im ländlichen Raum.

Leistungsgruppe

1

1

1.2 Lagebeurteilung

Die Herausforderungen auf kommunaler Ebene steigen weiter an und damit nimmt auch der Reformdruck auf die Gemeinden zu. Die Gemeindeentwicklung im Kanton Luzern wird begleitet durch eine engagierte öffentliche Diskussion. Die erfolgreichen Fusionen haben einen positiven Schub ausgelöst, die Projekte der Gemeindeentwicklung sind daher weiterzuführen. Die Aufgabenbereiche Wahlen/Abstimmungen und Einbürgerungen wie auch als Aufsichtsbehörde für das Zivilstandswesen bleiben unverändert.

1.3 Schlussfolgerungen

Die Vernetzung des Amtes für Gemeinden ist so auszugestalten, dass Gemeindeprojekte, ihr Zeitplan und der Aufwand frühzeitig erkennbar sind. Der finanzielle und personelle Einsatz muss priorisiert werden, damit genügend Ressourcen für das Kerngeschäft zur Verfügung stehen.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Das AfG unterstützt den Prozess der Strukturreform. Die Verantwortung für die Erreichung der Projektziele liegt jedoch bei den Gemeinden und deren Stimmberechtigten.

2.2 Grundauftrag

Das Amt für Gemeinden (AfG) leitet das Projekt Gemeindereform 2000+, stellt die Erbringung der Leistungen aus dem und in den Finanzausgleich sicher und hat die Projektverantwortung für den periodischen Wirkungsbericht über den Finanzausgleich. Die Strukturreform wird durch das AfG operativ gefördert und unterstützt. Die Prozessberatung bei den Gemeinden vor Ort, die sich dem Thema annehmen, ist zentraler Teil der Arbeit. Die Erfahrung und das Wissen aus den Gemeindeprojekten werden in die relevanten Projekte und Prozesse auf kantonaler Ebene eingebracht.

Das Amt für Gemeinden organisiert Wahlen und Abstimmungen, stellt Antrag zur Erhaltung von Initiativen und Referenden, ist als Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen tätig und führt das Sonderzivilstandsamt. Es beurteilt die Gesuche um Namensänderung. Die Prüfung der Gesuche um Erteilung des kantonalen Bürgerrechts, Instruktion der Beschwerden gegen Entscheide der Gemeinden im Zuständigkeitsbereich des Departementes gehören zu den weiteren Aufgaben des AfG.

2.3 Leistungsgruppen

1. Dienstleistungen für Gemeinden

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Fusionen werden gefördert und begleitet.

Die Prozesse zur Stärkung der Stadtregion und der Gemeinden der Region Sursee werden gemäss Projektauftrag gefördert.

Auswertung E-Voting für Auslandschweizerinnen und -schweizer, Prüfung Erweiterung auf Stufe Gemeinden.

Vorbereitung Revision Korporationsgesetz.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Anzahl Gemeinden per Anfang Jahr	abs.	87	87	87
Laufende Fusionsprojekte	abs.	4	4	4
Fusionsabstimmungen	abs.	1	1	2
Vollzogene Fusionen	abs.	1	0	0

2.5 Statistische Messgrößen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	9.7	10.1	10.2
Anzahl Praktikanten / Praktikantinnen	0	1	0
Anzahl ordentliche Einbürgerungen	1'587	1'300	1'300
Anzahl bearbeitete Namensänderungen	240	200	250
Inspektionstage bei regionalen Zivilstandsämtern	7	4	6
Anzahl bearbeitete Beschwerdeinstruktionen	47	35	35

Bemerkungen

Finanzausgleich ab 1. Januar 2012: Erhöhung der Stellenprozente um 0.5.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		1.5	1.530	3.8%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.2	0.253	7.8%
36 Transferaufwand		0.4	0.431	11.7%
37 Durchlaufende Beiträge		0.2	0.165	0.0%
39 Interne Verrechnungen		1.0	0.580	-44.0%
Total Aufwand	0.0	3.3	2.960	-10.2%
42 Entgelte		-0.4	-0.435	6.1%
46 Transferertrag		0.0	-0.003	0.0%
47 Durchlaufende Beiträge		-0.2	-0.165	0.0%
Total Ertrag	0.0	-0.6	-0.603	4.3%
Saldo - Globalbudget	0.0	2.7	2.357	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Das Globalbudget ist um Fr. 300'000 tiefer als im Vorjahr.

Personalaufwand: Der Personalaufwand verändert sich insgesamt nur leicht. Im Jahr 2012 entfällt der Aufwand für die Wahlen und es kommt der Personalaufwand für den Bereich des Finanzausgleiches dazu.

Interne Verrechnungen: Die Warenbezüge sind im Jahr 2012 viel geringer, da kein Wahljahr ist.

Die Sonderbeiträge an einzelne Gemeinden und Fusionsbeiträge aus dem Fonds Finanzausgleich werden unter 6661-Finanzausgleich eingestellt. Der Personalaufwand und der Sachaufwand aus dem Bereich Finanzausgleich sind hingegen bei den Dienstleistungen für Gemeinden eingerechnet.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36100001 Entschädigungen an Bund		0.1	0.145	45.0%
36326001 Gemeindeprojekte		0.3	0.275	0.0%
übriger Transferaufwand		0.0	0.011	0.0%
Total Transferaufwand	0.0	0.4	0.431	11.7%
46100001 Entschädigungen vom Bund		0.0	-0.003	0.0%
Total Transferertrag	0.0	0.0	-0.003	0.0%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Entschädigungen an Bund für Leistungen bei Einbürgerungen und im Zivilstandsbereich werden bei Gesuchstellenden eingefordert.

H0-6680 JSD – Staatsarchiv

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Das Legislaturprogramm des Regierungsrates sieht im Rahmen der E-Government-Strategie ein durchgängiges Geschäftsverwaltungssystem (GEVER) für die Verwaltung und die Sicherstellung der elektronischen Langzeitarchivierung vor. Damit kann das Staatsarchiv seinen Kernauftrag, nämlich die Sicherstellung einer verlässlichen Überlieferung auch im zunehmend elektronischen Umfeld, weiterhin erfüllen.

Leistungsgruppe

1

1.2 Lagebeurteilung

Der kommerzielle und juristische Wert von organisierter und gesicherter Information steigt. Information wird zunehmend aufbereitet und online verfügbar verlangt. Im Moment werden primär aktuelle Daten und medienbruchfreier, elektronischer Datenaustausch verlangt. In Zukunft werden entsprechende Anforderungen auch an die archivierten Daten gestellt werden. In den nächsten Jahren müssen deshalb die Weichen für den flächendeckenden Aufbau einer elektronischen Geschäftsverwaltung und für die Übernahme und dauernde Haltung elektronischer Geschäftsdaten gestellt werden. Eine Herausforderung liegt in der rechtzeitigen Bereitstellung der finanziellen und personellen Mittel, die für den Aufbau und den Betrieb der entsprechenden Strukturen nötig sind. Eine weitere Herausforderung liegt für das Staatsarchiv, gemeinsam mit der Fachstelle GEVER, der Staatskanzlei und der Dienststelle Informatik (DIIN) darin, organisatorisch, regulatorisch respektive installationstechnisch und betrieblich mit den Bedürfnissen der Dienststellen Schritt zu halten.

1.3 Schlussfolgerungen

In Zusammenarbeit mit der Fachstelle GEVER und der DIIN sind die folgenden Grundlagen zu schaffen: Erarbeitung einer kantonalen GEVER-Strategie (ab 2011), Erarbeitung einer Strategie für die elektronische Langzeitarchivierung (ab 2011), Aufbau einer organisatorischen und technischen Infrastruktur für die längerfristige elektronische Datenhaltung (2014). Im Archiv-internen Bereich sind Fragen um die Form und das Ausmass der digital und digitalisiert zur Verfügung zu stellenden Dokumente zu klären. Im Wesentlichen wird der Umfang des künftigen digitalen Angebots von dafür zusätzlich bereitzustellenden personellen und finanziellen Ressourcen abhängen.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Der Bedarf nach Einführung von Geschäftsverwaltungssystemen (GEVER) in den Dienststellen ist hoch, denn diese sind eine zentrale Voraussetzung für ein echtes E-Government, das über die Abwicklung von einzelnen Fachaufgaben wie Statistik oder Steuern hinausgeht. Die Einführung von GEVER-Systemen setzt Fachwissen über Aktenführung und Geschäftsprozesse voraus, das im Staatsarchiv traditionell vorhanden ist und ständig à jour gehalten wird. Mit einer hohen Präsenz des Staatsarchivs bei der Einführung von GEVER-Systemen werden die Voraussetzungen geschaffen für eine nachhaltige und dauerhafte Bewirtschaftung der aktuellen Daten und deren langfristige Sicherung. Fehlende Koordination bei der Einführung von IT-Systemen führt zum Verlust von Daten und gefährdet damit längerfristig die Rechtssicherheit im Kanton.

2.2 Grundauftrag

Das Staatsarchiv dient zur Aufbewahrung, Sicherung, Erschliessung und Auswertung von Unterlagen aus allen Tätigkeitsbereichen der kantonalen Verwaltung und von Unterlagen privater Herkunft, welche den Kanton Luzern betreffen und aus rechtlicher, kultureller und historischer Sicht zu erhalten sind. Das Staatsarchiv bewahrt diese Unterlagen vor Verlust und Zerstörung und sichert der Nachwelt damit ein wichtiges kulturelles Erbe des Kantons Luzern. Es fördert durch die Überlieferung der Unterlagen und durch die damit in direktem Zusammenhang stehenden Forschungsaktivitäten in der Bevölkerung das Verständnis für die eigene Kantongeschichte und wirkt dadurch identitätsstiftend.

2.3 Leistungsgruppen

1. Staatsarchiv

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Einführung und Betriebsberatung für GEVER-Systeme

Die Überlieferung wird durch den konsequenten Einsatz von GEVER-Systemen in der Verwaltung sichergestellt. Die elektronischen Akten werden vom Staatsarchiv geordnet und revisionssicher übernommen. Damit steigen die Qualität der Aktenführung und die Kundenfreundlichkeit.

Langfristige Datenhaltung und Datensicherheit

Die Überlieferung der archivierten Bestände wird durch die regelmässige Zustandskontrolle und die erforderlichen Massnahmen im physischen und elektronischen Umfeld sichergestellt. Die Rechtssicherheit der öffentlichen Hand im Kanton Luzern ist somit gewährleistet.

Sicherstellung der Benutzung

Die Unterlagen werden weiterhin mindestens auf Dossierstufe erschlossen und nach anerkannten fachlichen Standards konserviert. Förderung der Benutzung durch Auskünfte und Forschungsarbeiten

Das Staatsarchiv fördert die wissenschaftliche Nutzung seiner Bestände durch Recherchen, Quelleneditionen und eigene Forschungsarbeiten. Es sorgt für die rasche und kompetente Beantwortung von Anfragen und steigert so die Qualität und Effizienz von Verwaltungshandeln und Forschung.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Beantwortung von Anfragen innerhalb 5 Arbeitstagen	rel.	100 %	99 %	99 %

Bemerkungen

Moderne Archive sind stark von Bedürfnissen der Kunden (Aktenproduzenten, Benutzer) gesteuerte Dienstleistungsbetriebe, deren Ressourcen flexibel eingesetzt werden müssen. Quantitative Indikatoren sind daher nur stark formalisierten Bereichen sinnvoll überprüfbar.

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	17.0	16.0	17.8
Anzahl Praktikantinnen und Praktikanten	2	2	2
übernommene Akten (in Laufkilometern)	1'180	0.5	0.5
Umfang der magazinierten Archivbestände (in Laufkilometern)	15.5	16	16.5
Benutzertage im Lesesaal	3'589	3'500	3'500

Bemerkungen

Zusätzliche Stellen im Jahr 2012 im Bereich Records Management / GEVER.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		2.2	2.638	22.0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.2	0.337	35.2%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.0	0.018	-36.9%
36 Transferaufwand		0.3	0.341	-1.4%
39 Interne Verrechnungen		1.4	1.424	-0.9%
Total Aufwand	0.0	4.2	4.758	12.7%
42 Entgelte		-0.2	-0.147	-3.9%
45 Entnahmen aus Fonds		-0.3	-0.656	89.5%
46 Transferertrag		0.0		-100.0%
49 Interne Verrechnungen		0.0	-0.013	6.7%
Total Ertrag	0.0	-0.5	-0.816	55.8%
Saldo - Globalbudget	0.0	3.7	3.942	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Das Globalbudget ist um Fr. 225'000 höher als das Vorjahresbudget.

Personalaufwand: Zusätzliche Stellen Records Management / GEVER sowie Betrieb

Sachaufwand: Zusätzlich budgetiert sind die zwei Bände Luzerner Historische Veröffentlichungen (LHV), die bisher über den Fonds Wissenschaftliche Forschung finanziert werden konnten und die laufende Rechnung nicht belasteten.

Entnahme aus Fonds: Der Aufwand für die Kantonsgeschichte des 20. Jh. wird über den gleichlautenden Fonds finanziert.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36316004 Kantonsgeschichte 20. Jahrhundert		0.3	0.341	-1.4%
36350001 Beiträge an private Unternehmungen		0.0		-100.0%
Total Transferaufwand	0.0	0.4	0.341	-9.3%
46300001 Beiträge vom Bund		0.0		-100.0%
Total Transferertrag	0.0	0.0	0.000	-100.0%

H0-6700 JSD – Gemeindeaufsicht

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Keine

Leistungsgruppe

1.2 Lagebeurteilung

Auf Anfang 2013 tritt die Neuregelung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts in Kraft. Bei den Regierungsstatthaltern, die heute vormundschaftliche Aufsichtsbehörde und in Kindesschutzsachen Rechtsmittelinstanz sind, fallen auf diesen Zeitpunkt alle oder die Mehrheit der Aufgaben im Kindes- und Erwachsenenschutz weg.

1.3 Schlussfolgerungen

Bei der Gemeindeaufsicht und bei den meisten übrigen Aufgabengebieten zeichnet sich kein Bedarf für Veränderungen ab. Im Rahmen der Neuorganisation des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts haben die Gemeinden regional organisierte, interdisziplinär zusammengesetzte Fachbehörden einzusetzen. Je nach Neuregelung der Organisation der Regierungsstatthalter sind die kantonalen Gesetze und Verordnungen anzupassen.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Durch die Neuregelung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts auf Anfang 2013 reduziert sich der Auftrag der Regierungsstatthalter umfangmässig um rund 40 %. Es drängt sich auf diesen Zeitpunkt eine Neuregelung der Organisation auf.

2.2 Grundauftrag

Die Regierungsstatthalter sind einzige Verwaltungsbehörde auf Amtsebene. Sie tragen zum Ausgleich der Interessen und zum gegenseitigen Verständnis zwischen Kanton und Gemeinden, Bürgerschaft und Staat bei. Die Regierungsstatthalter sind allgemeine Aufsichtsbehörde über die Gemeinden ihres Amtes und deren Behörden, ferner fachliche Aufsichtsbehörde im Vormundschaftswesen (bis Ende 2012) und im Teilungswesen. Sie sind Beschwerdeinstanz in Kindesschutzsachen (bis Ende 2012) und bei Verfahren in Erbschaftsfällen. Die Regierungssatthalter entscheiden über Grundstückserwerb durch Personen im Ausland, über die Erteilung von Pflegekinderbewilligungen im Hinblick auf eine Adoption (Amt Luzern), über Adoptionen, über den Entzug der elterlichen Sorge (bis Ende 2012) und über die fürsorgerische Freiheitsentziehung für Erwachsene (bis Ende 2012). Sie besorgen nach den Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege die Rechtshilfe und die Vollstreckung durch Ersatzvornahme oder unmittelbaren Zwang. Sie unterstehen der Dienstaufsicht des Justiz- und Sicherheitsdepartements.

2.3 Leistungsgruppen

1. Gemeindeaufsicht

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Die Aufsichtsbehörde des Kantons hat die Gemeinden unter Respektierung ihres Gestaltungsfreiraumes zu unterstützen und wo notwendig aufsichtsrechtliche Massnahmen anzuordnen. Sie gewährleistet im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner, dass die demokratischen, rechtsstaatlichen, verwaltungstechnischen und finanziellen Strukturen und Prozesse in den Gemeinden den Mindestanforderungen entsprechen.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Kontrollberichte Gemeinden: Bemerkung nehmen ab	absolut	597	480	450
Aufsichtsbeschwerden: Erledigung innert 60 Tagen	rel.	100	100	100

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	12.3	12.1	12.05
Anzahl Praktikanten / Praktikantinnen	1	1	0

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		1.9	1.871	0.3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.2	0.105	-31.5%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.0	0.001	-57.2%
36 Transferaufwand		0.0	0.045	703.6%
39 Interne Verrechnungen		0.2	0.226	0.7%
Total Aufwand	0.0	2.3	2.249	-0.1%
42 Entgelte		-0.1	-0.091	0.0%
Total Ertrag	0.0	-0.1	-0.091	0.0%
Saldo - Globalbudget	0.0	2.2	2.158	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Das Globalbudget ist um Fr. 3'450 tiefer als das Vorjahresbudget. Der Sachaufwand wurde leicht angepasst. Der Beitrag von Fr. 45'000 an die Schweizerische Fachstelle für Adoption wird neu als Transferaufwand ausgewiesen.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36316001 Konferenz der Kantonalen Regierungen		0.0	0.045	703.6%
Total Transferaufwand	0.0	0.0	0.045	703.6%
Keine				
Total Transferertrag	0.0	0.0	0.000	

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Beitrag an die Schweizerische Fachstelle für Adoption.

H1-6620 JSD – Polizeiliche Leistungen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Bau Sicherheitszentrum Sempach
Bau des neuen Funknetzes Polycom
Personalaufstockung um 40 Vollzeitstellen

Leistungsgruppe

2

1,2,3,4,5

1,2,3,4,5

1.2 Lagebeurteilung

Die öffentliche Sicherheit im Kanton Luzern hat einen guten Standard. Die Luzernerinnen und Luzerner fühlen sich im Grossen und Ganzen sicher. Die Polizei wird immer stärker durch Folgen gesellschaftlicher Veränderungen beansprucht, die auch das Sicherheitsgefühl breiter Bevölkerungskreise beeinträchtigen: Die Gewaltbereitschaft bei sportlichen Grossanlässen hat in den letzten Jahren zugenommen. Das veränderte Ausgehverhalten und die 24-Stunden-Gesellschaft führen zu Zwischenfällen. Das Freizeitverhalten breiter Bevölkerungsschichten führt in den städtischen Agglomerationen zu Nachtruhestörungen und Abfall. Auf den Strassen wird die Sicherheit durch Geschwindigkeitsexzesse beeinträchtigt. In jüngster Zeit haben sich die Fälle von Kleinkriminalität (Taschendiebe, Trickdiebstähle, einfache Diebstähle) vor allem als Folge der Migration gehäuft. Dieser Trend wird anhalten. Das Phänomen verunsichert die Bevölkerung und schadet der Wirtschaft und dem Image des Standorts Luzern.

1.3 Schlussfolgerungen

Mit der Weiterführung von Wegweisung und Rayonverboten, durch die konsequente Ahndung von Verstössen, mit schnellen Verfahren und wirkungsvollen Strafen wie gemeinnütziger Arbeit sowie mit Videoüberwachungen im öffentlichen Raum wollen wir die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats stärken und die Sicherheit der Bevölkerung, aber auch das Sicherheitsgefühl erhöhen. Diese Massnahmen werden ergänzt durch strategische Projekte. Optimierte Strukturen und Prozesse ergeben sich aus dem Bau des neuen Funknetzes Polycom, der im Jahr 2012 abgeschlossen sein wird; sowie aus dem Neubau des Sicherheitszentrums in Sempach. Zudem müssen wir die technischen Möglichkeiten der Polizei laufend erneuern und beispielsweise die DNA-Analysen noch konsequenter zur Aufklärung von schweren Straftaten einsetzen.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Für die Luzerner Polizei liegt die Hauptherausforderung darin, neue und stets wandelnde Kriminalitätsphänomene rechtzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Cyberkriminalität und Wirtschaftskriminalität sowie die Folgen der jüngsten Migrationsbewegungen werden uns in den nächsten Jahren verstärkt beschäftigen. Im Rahmen der laufenden Entwicklungen um die Sicherheitsarchitektur der Schweiz geht es auch darum, die Aufgaben der Polizei gegenüber anderen Partnern der Sicherheitspolitik klar abzugrenzen und das staatliche Gewaltmonopol unmissverständlich als Polizeiaufgabe zu behaupten. Wir haben mit der Fusion von Stadt- und Kantonspolizei einen wichtigen Schritt gemacht, damit möglichst viele Personalressourcen für die Kriminalitätsbekämpfung und für die Präsenz in Problemgebieten freigestellt werden. Bis 2014 wird der Personalbestand weiter erhöht, um jeweils sechs Vollzeitstellen jährlich.

2.2 Grundauftrag

Die Luzerner Polizei sorgt für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Sie trägt durch Information und andere geeignete Massnahmen zur Verhütung von Straftaten und Unfällen bei. Insbesondere nimmt sie die Aufgaben der Sicherheits-, der Kriminal- und der Verkehrspolizei wahr und erfüllt Aufgaben der Strafverfolgung nach den Vorschriften des Gesetzes über die Strafprozessordnung. Sie leistet der Bevölkerung Hilfe in der Not. Zusätzlich vollzieht sie gastgewerbliche und gewerbepolizeiliche Aufgaben.

2.3 Leistungsgruppen

1. Kriminalpolizeiliche Leistungen
2. Verkehrspolizeiliche Leistungen
3. Sicherheitspolizeiliche Leistungen
4. Gastgewerbe und Gewerbepolizei
5. Polizeilöschpikett

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Die Luzerner Polizei gewährleistet die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Sie tritt freundlich auf und handelt angemessen und verhältnismässig. Sie arbeitet auf den Rückgang der Kriminalität und der Anzahl Verkehrsunfälle hin. Einen weiteren Schwerpunkt setzt die Polizei bei der Bekämpfung von Delikten gegen Leib und Leben. Konkrete Ziele sind kurze Interventionszeiten bei allen dringlichen Polizeieinsätzen, die vollständige Aufklärung aller Tötungsdelikte und eine starke Präsenz der uniformierten Polizei im öffentlichen Raum. Die Polizei fördert dadurch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Die Luzerner Polizei gewährleistet die Rechtssicherheit und die rechtsgleiche Behandlung im Bereich Gastgewerbe, Gewerbepolizei und Eichwesen, die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit Ausweispapieren und den Einsatz des Polizeilöschpiketts auf dem Gebiet der Stadt Luzern. Sie sorgt für eine kurze Bearbeitungszeit für Bewilligungsgesuche und führt die gesetzlich vorgeschriebenen Eichungen durch.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Sicherheitsempfinden gemäss Bevölkerungsbefragung (Skala von 1 bis 10)	min.	7.7	7	7
Anteil der dringlichen Polizeieinsätze mit einer Interventionszeit unter 25 Minuten	min.	88 %	90 %	90 %
Mittelwert der Interventionszeiten bei allen dringlichen Polizeieinsätzen (in Minuten)	max.	10.1	10	10
Aufklärungsquote Tötungsdelikte		100 %	100 %	100 %
Anzahl Stunden präventive Präsenz durch die Uniformpolizei		87'756	80'000	90'000

Bemerkungen

Die aufgeführten Indikatoren sind unverändert, bis auf die Anzahl Stunden präventive Präsenz, welche auf Grund der Erfahrungen aus der fusionierten Luzerner Polizei erhöht wird.

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	760.5	771.9	779.0
Anzahl Polizeianwärter/innen	36.1	34.3	28.2
Anzahl Lernende berufliche Grundbildung	6.5	7.0	7.0

Bemerkungen

Der Personalbestand erhöht sich auf Grund der Aufstockung (pro Jahr sechs Stellen). Die Anzahl der Polizeianwärter/innen ergibt sich aus der Mehrjahres-Bestandesplanung unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Pensionierungen und Austritte.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		93.3	95.135	1.9%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		7.4	7.467	0.3%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		3.3	4.722	43.4%
34 Finanzaufwand		0.1	0.180	28.6%
36 Transferaufwand		3.9	3.809	-3.5%
39 Interne Verrechnungen		14.4	15.344	6.9%
Total Aufwand	0.0	122.5	126.657	3.4%
40 Fiskalertrag		-1.0	-0.967	0.0%
41 Regalien und Konzessionen		-2.1	-2.150	0.0%
42 Entgelte		-29.1	-33.366	14.8%
46 Transferertrag		-10.2	-8.063	-20.8%
49 Interne Verrechnungen		-14.4	-14.685	2.1%
Total Ertrag	0.0	-56.7	-59.231	4.4%
Saldo - Globalbudget	0.0	65.8	67.426	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Das Globalbudget der Luzerner Polizei erhöht sich um rund 1,6 Mio. Fr. gegenüber dem Vorjahr.

Aufwand

Personalaufwand: Die budgetwirksame Erhöhung um 1 % (Fr. 930'000), eine weitere Tranche der 3. Phasen der Personalaufstockung um sechs Stellen (Fr. 600'000) sowie der zweite Teil der strukturellen Lohnmassnahmen bei der Polizei gemäss RRB Nr. 389 vom 20. April 2010 in der Höhe von Fr. 220'000, sind eingerechnet.

Abschreibungen: Sie erhöhen sich um 1,4 Mio. Fr. in Folge der Inbetriebnahme des Funknetzes Polycom im Spätsommer 2012.

Transferaufwand: Als Folge der Erhöhung des Ertrages aus Pass- und Identitätskarten-Gebühren ist die Ablieferung des Bundanteiles um Fr. 150'000 höher. Der Beitrag an die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch IPH ist auf Grund der Rechnung 2010 um Fr. 300'000 tiefer budgetiert als 2011.

Interne Verrechnungen: Sie erhöhen sich insgesamt um rund 1 Mio. Fr. auf Grund der höheren Konzerngebühren Informatik und der kalkulatorischen Zinsen in Folge der Inbetriebnahme des Funknetzes Polycom im Spätsommer 2012.

Ertrag

Entgelte: Es zeichnet sich ab, dass bereits im Jahr 2011 mit zusätzlichen Einnahmen gerechnet werden kann. Der Regierungsrat hat deshalb beschlossen, dass mit zusätzlichen Entgelten für 2012 von 4,3 Mio. Fr. gerechnet werden kann (Ordnungsbussen 4,1 Mio. Fr., Pass- und Identitätskartengebühren Fr. 200'000). Dabei ist auch das Entlastungspaket 2011 eingerechnet (Entlastungspaket 2011; 1 Mio. Fr., Mehrertrag Entgelte Fr. 500'000).

Transferertrag: Es ist Mehrertrag für die Intensivierung der Schwerverkehrskontrollen in der Höhe von Fr. 500'000 aus dem Entlastungspaket 2011, der Wegfall von 3 Mio. Fr. Fusionsbeitrag der Stadt Luzern und ein Ertrag aus der Auflösung der passivierten Bundesbeiträge an das Funknetz Polycom von Fr. 360'000 eingerechnet.

Interne Verrechnung: Sie erhöhen sich vor allem durch den höheren Anteil am Ertrag aus den Verkehrssteuern des Strassenverkehrsamtes um Fr. 300'000.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Kriminalpolizeiliche Leistungen	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			46.5	
Total Ertrag			-2.6	
Saldo	0.0	0.0	43.8	
2. Verkehrspolizeiliche Leistungen	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			32.7	
Total Ertrag			-41.2	
Saldo	0.0	0.0	-8.5	
3. Sicherheitspolizeiliche Leistungen	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			37.1	
Total Ertrag			-6.0	
Saldo	0.0	0.0	31.1	
4. Gastgewerbe und Gewerbepolizei	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			8.9	
Total Ertrag			-8.7	
Saldo	0.0	0.0	0.2	
5. Polizeilöschpikett	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			1.5	
Total Ertrag			-0.7	
Saldo	0.0	0.0	0.8	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36006002 Ertragsanteile an Bund Pass- und IDK-Gebühren		1.5	1.675	9.8%
36310010 Zinsverzicht Darlehen an IPH Hitzkirch		0.2	0.175	0.0%
36316005 Beitrag Interkantonale Polizeischule Hitzkirch IPH		2.0	1.700	-15.0%
übriger Transferaufwand		0.2	0.259	4.9%
Total Transferaufwand	0.0	3.9	3.809	-3.5%

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
46100001 Entschädigungen vom Bund		-2.9	-3.353	17.5%
46110001 Entschädigungen von Kantonen		-0.7	-0.650	0.0%
46120001 Entschädigungen von Gemeinden		-0.7	-0.700	3.1%
46326001 Fusionsbeitrag der Stadt Luzern		-6.0	-3.000	-50.0%
46600100 Auflösung pass. Investitionsbeitrag Polycom			-0.360	
Total Transferertrag	0.0	-10.2	-8.063	-20.8%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Die Ablieferung des Ertragsanteils des Bundes an den Pass- und Identitätskarten-Gebühren liegt um Fr. 150'000 höher, weil der Ertrag um Fr. 300'000 höher budgetiert wurde.

Der Beitrag an die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch IPH ist auf Grund der Rechnung 2010 um Fr. 300'000 tiefer budgetiert als 2011.

Bei den Entschädigungen vom Bund ist ein Mehrertrag für die Intensivierung der Schwerverkehrskontrollen in der Höhe von Fr. 500'000 aus dem Entlastungspaket 2011 eingerechnet.

Der Fusionsbeitrag der Stadt Luzern reduziert sich vereinbarungsgemäss um 3 Mio. Fr. und entfällt ab 2013.

Die passivierten Bundesbeiträge an das Funknetz Polycom werden ab Inbetriebnahme im Spätsommer 2012 gemäss den neuen Rechnungslegungsbestimmungen erfolgswirksam aufgelöst.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		18.6	9.340	-49.7%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	18.6	9.340	-49.7%
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		-1.7	-4.400	154.3%
Total Einnahmen	0.0	-1.7	-4.400	154.3%
Nettoinvestitionen	0.0	16.8	4.940	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung**a) Bemerkungen zum Voranschlag**

Im Rechnungsjahr 2012 fällt die letzte Investitionstranche für das neue Funknetz Polycom in der Höhe von 7,7 Mio. Fr. an. Die Bundesbeiträge an Polycom sind mit 4,4 Mio. Fr. veranschlagt. Für den laufenden Ersatz der Dienstfahrzeuge werden 1,1 Mio. Fr. und für den Ersatz der Radar- und Rotlichtüberwachungsanlagen in der Stadt Luzern Fr. 520'000 eingeplant.

Information zu den Investitionsbeiträgen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total eigene Investitionsbeiträge	0.0	0.0	0.000	
63000001 Investitionsbeiträge für eig. Rechnung vom Bund		-1.7	-4.400	154.3%
Total Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	0.0	-1.7	-4.400	154.3%

Bemerkungen zu den Investitionsbeiträgen

2012 ist die letzte Tranche der Bundesbeiträge an Polycom in der Höhe von 4,4 Mio. Fr. fällig.

H1-6630 JSD – Militär, Zivilschutz und Justizvollzug

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

- | | |
|---|---|
| 1. Straf- und Massnahmenvollzug: Erhöhte Vollzugskosten | 2 |
| 2. U-Haft: Mehr Hafttage und höherer Tagessatz bei externer Platzierung | 2 |
| 3. Strafanstalt Wauwilermoos: Hauptgebäude und Pavillonbauten, Fassadenrenovation | 4 |
| 4. Gefängnis Grosshof: Ausbau für 30 neue Plätze und Räumlichkeiten für Beschäftigung und Bildung | 3 |
| 5. Sicherheitszentrum Sempach: Neu/Ausbau Zivilschutzzentrum | 1 |

Leistungsgruppe

1.2 Lagebeurteilung

Der Bereich Militär steht unter dauerndem Spar- und Reformdruck durch den Bund. Auswirkungen auf die Wehrpflicht, die Truppenstärke, das obligatorische Schiessen etc. sind nicht ausgeschlossen. Der Zivilschutz geniesst eine grosse Akzeptanz in der Bevölkerung und bei den kommunalen Behörden. Die Angehörigen des Zivilschutzes können vom Kanton im veralteten Ausbildungszentrum nicht zeitgemäss mit modernem Einsatzmaterial ausgebildet werden. Es besteht zudem zwischen den einzelnen Zivilschutzorganisationen ein grosses Gefälle in der Einsatzbereitschaft. Im Justizvollzug beobachten wir bei den Klienten eine zunehmende Suchtproblematik, psychische Auffälligkeiten und multiple Problemstellungen. Die Resozialisierung als Ziel des Straf- und Massnahmenvollzugs steht stets im Spannungsfeld mit der Erwartung der Öffentlichkeit, dass auch während des Straf- und Massnahmenvollzugs keine Zwischenfälle geschehen dürfen. Es bestehen Wartelisten für den Strafvollzug. Die Schaffung weiterer Haftplätze ist erforderlich.

1.3 Schlussfolgerungen

Die Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug hat folgende Prioritätenliste: die Kantonalisierung Zivilschutz; den Bau des Sicherheitszentrums Sempach; den Ausbau der Anstalten vorbereiten, mit grosser Dringlichkeit im Grosshof; die Zusammenarbeit mit der Luzerner Psychiatrie LUPS in der ambulanten Unterstützung intensivieren.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Justizvollzug: Zur Zeit findet der geschlossene Vollzug und die U-Haft im Grosshof unter erschwerten Bedingungen mit Doppelbelegungen statt. Sie können bis zu einem zügigen Ausbau des Grosshofes, unter den getroffenen Sofortmassnahmen in Kauf, genommen werden. Sollte der Aufbau Grosshof nicht vorgenommen werden können, sind die Sofortmassnahmen der Doppelbelegung wieder rückgängig zu machen.

Zivilschutz: Die Kantonalisierung des Zivilschutzes beinhaltet die Chance zur Effizienzsteigerung, Kostenoptimierung (auf Stufe Gemeinden und Kanton) sowie eine verbesserte Einsatzbereitschaft.

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug (MZJ) ist ein Leistungserbringer für die öffentliche Sicherheit und stellt die gesetzlich geforderten Aufgaben zugunsten der Armee, des Zivilschutzes, des Justizvollzuges und der Wirtschaftlichen Landesversorgung sicher.

Die Hauptabteilungen Militär und Zivilschutz (Militär, ZS) betreiben und unterhalten das Armee-Ausbildungszentrum, das Ausbildungszentrum Sempach, die Regionale Reparaturstelle, die Retablierungsstelle und das Vorortlager. Sie erbringen die Betreiberleistungen für bundeseigene Liegenschaften, vollziehen im Rahmen der Militärgesetzgebung die kantonalen Aufgaben, stellen gemäss den gesetzlichen Vorgaben die Zivilschutzaufgaben sicher und koordinieren die Belange der Wirtschaftlichen Landesversorgung.

Die Hauptabteilung Vollzugs- und Bewährungsdienste (VBD) vollzieht Freiheitsstrafen, gemeinnützige Arbeit, ambulante und stationäre Massnahmen, überprüft Weisungen, begleitet Personen in ihrer Bewährungsphase und führt die soziale Betreuung durch. Sie verfolgt die Entwicklungen im Justizvollzug und setzt geeignete Massnahmen (z.B. Lernprogramme) um.

Die Hauptabteilung Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof (Grosshof) führt Untersuchungshaft und Freiheitsstrafen im geschlossenen Vollzug durch. Sie stellt unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit bestmögliche Voraussetzungen für eine optimale soziale und berufliche Reintegration der Gefangenen in der Gesellschaft sicher.

Die Hauptabteilung Strafanstalt Wauwilermoos führt Freiheitsstrafen im offenen Vollzug durch. Sie bietet Plätze für Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft an und stellt unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit bestmögliche Voraussetzungen für eine optimale soziale und berufliche Reintegration der Gefangenen in die Gesellschaft sicher.

2.3 Leistungsgruppen

1. Militär und Zivilschutz
2. Vollzugs- und Bewährungsdienste
3. Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof
4. Strafanstalt Wauwilermoos

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Militär

Die rechtlichen Grundlagen des Bundes im Bereich militärische Kontrollführung und Rekrutierung werden fristgerecht umgesetzt. Konkrete Ziele sind: Die zeitgerechte Behandlung der Dienstverschiebungsgesuche zur hohen Zufriedenheit der Wehrpflichtigen, eine hohe Auslastung des AAL sowie die kundenfreundliche Bedienung in der Retablierungsstelle.

Zivilschutz

Zur Leistungs- und Effizienzsteigerung wird die Kantonalisierung des Zivilschutzes angestrebt. Konkrete Ziele sind: Genügend Ausbildungsplätze für die Grund-, Zusatz- und Kaderausbildung sowie für die Weiterbildung anzubieten; eine professionelle Ausbildung der Schutzdienstpflichtigen zu gewährleisten; eine hohe Auslastung des Ausbildungszentrums Sempach mit Schutzbauten) sicher zu stellen.

Vollzugs- und Bewährungsdienst

Durch den umsichtigen Vollzug strafrechtlicher Sanktionen und durch die Begleitung der straffälligen Personen während des Sanktionenvollzugs tragen die Vollzugs- und Bewährungsdienste zur Resozialisierung und damit zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit bei.

Haft- und Untersuchungsgefängnis

Durch die konsequente Umsetzung der Sicherheitskonzepte wird die sichere Unterbringung von Straftäterinnen und Straftätern im geschlossenen Vollzug gewährleistet. Ein koordiniertes Vorgehen mit externen Anspruchsgruppen wie Strafverfolgungsbehörden, Gerichten, Vollzugsbehörden usw. sorgt für einen geordneten Verfahrensablauf. Ein individueller Vollzugsplan fördert die Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft, und trägt so zur Sicherheit der Gesellschaft bei. Mit den vorhandenen Ressourcen wird im Rahmen des Leistungsauftrages wirtschaftlich und sorgfältig umgegangen.

Strafanstalt Wauwilermoos

Die Gefangenen werden im offenen Vollzug durch therapeutisch wertvolle Arbeits- und Ausbildungsplätze in Landwirtschaft, Gewerbe und Hauswirtschaft und durch eine abgestimmte Aus- und Weiterbildung beruflich und sozial gefördert und integriert. Mit einer erfolgreichen Resozialisierung wird so die Allgemeinheit nachhaltig vor weiteren Straftaten geschützt. Im Ausschaffungsgefängnis werden Durchsetzungs-, Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft im geschlossenen Vollzug sicher und zielgerichtet vollzogen.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Durchschnittliche Durchlaufzeit der Dienstverschiebungsgesuche in Tagen	max.	8	8	8
Belegungskoeffizient AAL nach Def. Logistikbasis Armee	min.	82 %	82 %	82 %
Auslastung der ZS-Instruktoren (Teilnehmertage)	abs.	1'205	1'142	1'238
Erstellung Verfügungen Schutzbauten innert 20 Tagen	rel.	100 %	100 %	100 %
Anz. nicht durchgeführter jährl. Überprüf. v. Massnahm.	abs.	3	0	0
Auslastung Grosshof	min.	92.7 %	93 %	93 %
Ausbrüche Grosshof	abs.	3	0	0
Vollbeschäftigung im Vollzug während Aufenthalt	min.	89 %	80 %	80 %
Auslastung Wauwilermoos	min.	91.5 %	95 %	95 %
Ausbrüche Wauwilermoos	abs.	0	0	0
Vollbeschäftigung im Vollzug während Aufenthalt	rel.	100 %	100 %	100 %

Bemerkungen

Auslastung der ZS-Instruktoren: Weitere Zunahme im Jahr 2012. Ausbrüche Grosshof: Drei Ausbrüche in der Aussenstelle Willisau bei einer Ausbruchsaktion im Jahr 2010.

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	176.6	179.9	184.5
Anzahl Lernende berufl. Grundbildung	13	12	12
Militär: Anzahl Wehrpflichtige	28'846	29'000	29'000
Zivilschutz: Anzahl Teilnehmertage	6'328	6'000	6'500

VBD: Anzahl Aufträge zum Vollzug von Bussenersatzfreiheitsstrafen	4'877	4'900	5'500
Grosshof: Kosten pro Insassentag	252	235	245
Wauwilermoos: Kosten pro Insassentag	373	366	375

Bemerkungen

Personalbestand 2012: 5 zusätzliche Stellen für Sofortmassnahmen Grosshof, Verschiebung von 0.3 Stellen des Luzerner Interventionsprojektes gegen die häusliche Gewalt (lîp) zum Departementssekretariat sowie Verschiebung der Mediation von 0,1 Stellen zur Staatsanwaltschaft.

Kosten pro Insassentag: Ständige leichte Zunahme durch höheren Betreuungsaufwand.

Die Anzahl Aufträge zum Vollzug der Bussenersatzfreiheitsstrafen steigen im Jahr 2012 nochmals um 12 % an.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		21.4	22.047	2.9%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		9.0	9.638	7.7%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.7	0.616	-9.8%
34 Finanzaufwand		0.1	0.098	7.8%
36 Transferaufwand		11.9	13.756	15.2%
37 Durchlaufende Beiträge		0.5	0.543	1.9%
39 Interne Verrechnungen		12.7	14.718	16.0%
Total Aufwand	0.0	56.3	61.416	9.0%
42 Entgelte		-12.1	-11.351	-5.9%
44 Finanzertrag		-0.2	-0.199	6.9%
46 Transferertrag		-4.9	-5.194	7.1%
47 Durchlaufende Beiträge		-0.5	-0.543	1.9%
49 Interne Verrechnungen		-6.5	-8.323	28.8%
Total Ertrag	0.0	-24.1	-25.611	6.3%
Saldo - Globalbudget	0.0	32.2	35.805	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Das Globalbudget erhöht sich um 3,6 Mio. Fr. gegenüber dem Vorjahr.

Aufwand

Personalaufwand: Zunahme um Fr. 615'000, davon Fr. 220'000 für den Teuerungsausgleich. Fünf Stellen wurden mit den Sofortmassnahmen zur Abfederung der Doppelbelegungen im Grosshof geschaffen und für 0,4 Stellen wurden die Aufgaben in andere Dienststellen verschoben.

Sachaufwand: Die Zunahme liegt bei Fr. 690'000 und ist vollständig budgetneutral. Fr. 260'000 kommen aus der Verschiebung von der Investitionsrechnung in die Erfolgsrechnung, Fr. 330'000 stammen aus den bisherigen Vollzugskosten an Kantone und werden neu unter Sachaufwand geführt. Höhere Ausgaben von Fr. 125'000 werden für die Produktionsmaterialbeschaffung und Handelsware benötigt, und sind verbunden mit Mehrerträgen. Verschiedene Positionen konnten auch reduziert werden. Eine dauerhafte Erhöhung der Ausgaben entsteht hingegen für die Sozialhilfe bei mittellosen Gefangenen von vorerst Fr. 25'000.

Transferaufwand: Es entsteht eine massive Zunahme der Vollzugs- und Massnahmenkosten im Justizvollzug von 2,22 Mio. Fr. Gleichzeitig werden die Auslagen des Vereins Mannenbüro von Fr. 72'000 in das Departementssekretariat JSD verschoben und Fr. 330'000 neu im Sachaufwand ausgewiesen. Der Transferaufwand erhöht sich damit netto um 1,82 Mio. Fr.

Interne Verrechnungen: Zunahme um 2,03 Mio. Fr. Davon 1,8 Mio. Fr. für die U-Haft und Fr. 200'000 für Informatik.

Konzernleistungen. Die zusätzlichen U-Haftkosten bestehen zur Hälfte aus der Zunahme der Hafttage und aus der budgetneutralen kantonsinternen Tarifierung an ausserkantonale Verhältnisse von jeweils Fr. 900'000.

Ertrag

Entgelte: Die Erträge nehmen netto um Fr. 750'000 ab. Dabei gehen die Kostgelder anderer Kantone um Fr. 950'000 zurück, da mit der Schliessung von Willisau und der Umwandlung von Vollzugsplätzen in U-Haft-Plätze trotz Umsetzung der 'Sofortmassnahmen Grosshof' rund 18 Vollzugsplätze abgebaut werden mussten. Das begrenzte Platzangebot wird in erster Linie kantonsintern ausgeschöpft. Im Verkauf von Handelswaren und Fertigprodukten entstehen Zusatzerträge von Fr. 200'000, verbunden mit zusätzlichem Sachaufwand.

Transferertrag: Zunahme um Fr. 340'000, davon alleine Fr. 300'000 vom Bund für den Betrieb des AAL.

Interne Verrechnungen: Zunahme um 1,86 Mio. Fr. Davon Fr. 900'000 durch die budgetneutrale Tarifierung der U-Haft und Fr. 900'000 für die zusätzlichen U-Haft Tage.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Militär und Zivilschutz	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			14.3	
Total Ertrag			-7.3	
Saldo	0.0	0.0	7.0	
2. Vollzugs- und Bewährungsdienste	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			24.2	
Total Ertrag			-0.3	
Saldo	0.0	0.0	23.8	
3. Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			9.0	
Total Ertrag			-7.1	
Saldo	0.0	0.0	1.9	
4. Strafanstalt Wauwilermoos	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			14.0	
Total Ertrag			-10.8	
Saldo	0.0	0.0	3.1	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36116001 Kostgelder Justizvollzug		11.7	13.606	15.9%
36126001 Priorisierte Zivilschutzzüge		0.1	0.100	0.0%
36320001 Beiträge Gemeindeprojekte		0.0	0.050	127.3%
36366003 Verein Manneburo		0.1		-100.0%
Total Transferaufwand	0.0	11.9	13.756	15.2%
46000002 Anteil am Wehrpflichtersatz		-1.4	-1.400	2.2%
46100001 Entschädigungen vom Bund		-3.5	-3.794	9.0%
Total Transferertrag	0.0	-4.9	-5.194	7.1%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Mengen- und preisabhängige Zunahme der Kostgelder in Justizvollzug und Untersuchungshaft.
 Priorisierte Zivilschutzzüge: Beitrag an die Einsatzbereitschaft der Zivilschutzorganisationen.
 Beiträge Gemeinden: Einsatz und Schulung Careteam.
 Verein Manneburo neu im Departementssekretariat.
 Entschädigung vom Bund für Betrieb AAL um Fr. 300'000 höher.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		0.4	0.100	-72.2%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	0.4	0.100	-72.2%
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	0.4	0.100	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die Investitionsrechnung ist um Fr. 260'000 tiefer als im Vorjahresbudget. Dieser Betrag wird ab 2012 in der Erfolgsrechnung budgetiert, da die Aktivierungsgrenze der Einzelinvestitionen (Ersatzbeschaffungen Wauwilermoos und Zivilschutz) nicht erreicht wird.

H1-6640 JSD – Strassen- und Schifffahrtswesen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Die Verfügbarkeit von Verwaltungsdienstleistungen soll mit Hilfe der E-Government-Strategie optimiert werden.

Ein besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, die Zahl der Strassenverkehrstoten zu senken.

Die ökologische und sichere Energieversorgung sowie der sparsame Energieverbrauch hat eine hohe Priorität.

Leistungsgruppe

2

2

3

1.2 Lagebeurteilung

Die Bevölkerung des Kantons Luzern wird immer mobiler und älter. Dies hat auch grossen Einfluss auf die Tätigkeiten des Strassenverkehrsamtes. Der Fahrzeugbestand nimmt kontinuierlich zu, entsprechend erhöht sich bei gleichbleibender Infrastruktur und Personalbestand der jährliche Fahrzeugprüfrückstand. Die vorhandenen Prüfbahnen genügen nicht mehr, damit ein Prüfungsintervall gemäss Gesetzgebung eingehalten werden kann. Mit einer Erweiterung der Prüfinfrastruktur in Rothenburg, welche in Planung ist, wird dieser Entwicklung Rechnung getragen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung steigt die Zahl älteren Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Im Rahmen von Via Sicura werden verschiedene Massnahmen für die Verkehrssicherheit umgesetzt.

Der Kanton Luzern will umweltgerechtes Mobilitätsverhalten mit ökologisierten Verkehrsabgaben fördern.

1.3 Schlussfolgerungen

Mit einer zusätzlichen Prüfstelle und entsprechender Personalbestandserhöhung können mehr Fahrzeuge geprüft und der Prüfrückstand abgebaut werden. Der Skaleneffekt hilft Mehrerträge zu erzielen, die zu einer Gebührensenkung führen können.

Langfristig ist bei den Administrativmassnahmen mit einer personellen Aufstockung zu rechnen, da die Zahl älterer Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer steigt und somit vermehrt Fahreignisabklärungen notwendig sind. Die neuen und geänderten Anforderungen von Via Sicura sind umzusetzen.

Durch ein neues Verkehrsabgabengesetz mit neuen Berechnungsgrundlagen kann das Mobilitätsverhalten positiv beeinflusst werden.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Chance: Der Prüfrückstand bei den Fahrzeugen kann durch eine zusätzliche Prüfstelle abgebaut werden.

Risiko: Die Zahl der immatrikulierten Fahrzeuge steigt ständig. Damit ist auch eine Zunahme der Schaltergeschäfte in Kriens verbunden. Die hohe Kundenfrequenz führt zu beträchtlichen Wartezeiten bei den Kunden und Engpässen bei der Infrastruktur in der Schalterhalle.

Die Abwicklung von Online-Geschäftsfällen (E-Government) muss vorangetrieben und gefördert werden.

2.2 Grundauftrag

Das Strassenverkehrsamt (StVA) ist ein Dienstleistungsunternehmen, das die strassen- und schifffahrtsrechtlichen Erlasse des Bundes im Bereich Zulassung von Personen, Fahrzeugen und Schiffen vollzieht. Im Verantwortungsbereich des Justiz- und Sicherheitsdepartementes wirkt es mit seinen hoheitlichen Tätigkeiten für einen sicheren und umweltschonenden Verkehr auf den Strassen und Gewässern und erhebt die kantonalen und eidgenössischen Abgaben. Das StVA bietet seine Leistungen kundenorientiert und effizient an.

2.3 Leistungsgruppen

1. Verkehrsprüfung
2. Verkehrszulassung
3. Verkehrs- und Schiffssteuern
4. Gewerbliche Leistungen

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Die gesetzlichen Prüfungsintervalle bei Fahrzeug- und Schiffsprüfungen werden eingehalten. Als Folge nehmen nur betriebssichere Fahrzeuge am Verkehr teil.

Die Verfügungen werden korrekt und gut begründet verfasst.

Alle Fahrzeuge haben eine gültige Haftpflichtversicherung. Dazu sind die eingehenden Sperrkarten täglich aktuell zu setzen respektive zu verarbeiten.

Ab 2015 ist die neue Prüfbahn in Rothenburg optimal ausgelastet und die Flexibilität gegenüber dem Gewerbe erhöht.

Mit einer Erweiterung der Schalterhalle und der Schaffung eines elektronischen Schalters (E-Government) kann das Problem der langen Wartezeiten unserer Kundschaft und den Infrastrukturengpässen in der Verkehrszulassung entschärft werden.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Anteil überfälliger Prüfungsintervalle für Fahrzeuge	rel.	26 %	27 %	25 %
Anzahl gutgeheissener Beschwerden	rel.	0.6%	<1.5%	<1.5%
Anzahl entzogene Führerausweise	abs.	3'364	3'420	3'460
Erfüllungsgrad gültige Haftpflichtversicherung	rel.	100 %	100 %	100 %

Bemerkungen

Abnahme der überfälligen Prüfungsintervalle für Fahrzeug (Kapazitätserweiterung: Prüfstelle in Rothenburg mit zusätzlichen Experten).

2.5 Statistische Messgrößen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	103.8	103.8	108.2
Anzahl Lernende berufl. Grundausbildung	6	6	6
Personenwagen: zu prüfen	40'000	40'000	44'000
Liefer-, Last- und Gesellschaftswagen	7'500	7'200	7'200
Motorräder, Kleinmotorräder, Anhänger, Traktoren und übrige FZ	15'000	13'200	13'200
Schiffe	1'000	1'000	1'000
Auslastung Expertenstunden	95.7 %	>93 %	>93 %
Führerausweisinhaber (Kat. B) über 70 Jahre (Stichtag 30.09)	22'278	+ca. 10 %	+ca. 10 %

Bemerkungen

Personalbestand: 4 zusätzliche Experten für die Prüfstelle Rothenburg.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		11.4	11.953	5.3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		3.7	4.047	8.4%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.1	0.103	7.8%
34 Finanzaufwand		0.5	0.480	-3.0%
36 Transferaufwand		8.9	9.022	1.5%
39 Interne Verrechnungen		83.8	85.231	1.7%
Total Aufwand	0.0	108.4	110.836	2.3%
40 Fiskalertrag		-91.7	-93.092	1.5%
42 Entgelte		-18.1	-19.028	4.9%
44 Finanzertrag		0.0	-0.001	0.0%
46 Transferertrag		-0.7	-0.739	-0.8%
49 Interne Verrechnungen		0.0	-0.035	27.3%
Total Ertrag	0.0	-110.7	-112.895	2.0%
Saldo - Globalbudget	0.0	-2.3	-2.059	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung**a) Bemerkungen zum Voranschlag**

Das Globalbudget (Ertragsüberschuss) ist um Fr. 220'000 tiefer als im Vorjahr.

Mehraufwand: Zusätzliche Miete Expertentrakt, vier zusätzliche Experten für Prüfstelle Rothenburg, Miete Rothenburg, Projekte im Rahmen von Via Sicura bei den Administrativmassnahmen, Projekt Wireless und Internet, Konzerndienstleistungen DIIN, Ersatz Mobiliar Verkehrszulassung, Abschreibungen.

Minderertrag: Bei den Lernfahrausweisen und Fahrzeugausweisen (Gebührensenkung), Sonderbewilligungen (Gesetzesänderung Bund).

Mehrertrag: Prüfstelle Rothenburg und Mehrertrag bei den Administrativen Verfügungen und beim Medizinischen Kontrollwesen (Gebührenerhöhung). Auch bei den Schilderentzugsgebühren gibt es einen Mehrertrag, da die Gebühren erhöht werden (Kompensation Lernfahrausweise und Fahrzeugausweise).

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Verkehrsprüfung	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			8.8	
Total Ertrag			-8.6	
Saldo	0.0	0.0	0.2	
2. Verkehrszulassung	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			7.3	
Total Ertrag			-8.0	
Saldo	0.0	0.0	-0.7	
3. Verkehrs- und Schiffssteuern	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			94.6	
Total Ertrag			-94.5	
Saldo	0.0	0.0	0.1	
4. Gewerbliche Leistungen	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			0.2	
Total Ertrag			-1.9	
Saldo	0.0	0.0	-1.7	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36326002 Verkehrsabgabe Beiträge an Gemeinden		9.0	9.018	0.0%
36340010 Zinsverzicht Darlehen an öff. Unternehmungen		0.0	0.004	341.4%
Total Transferaufwand	0.0	9.0	9.022	0.0%
46100001 Entschädigungen vom Bund		-0.7	-0.739	-0.8%
Total Transferertrag	0.0	-0.7	-0.739	-0.8%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Entschädigungen vom Bund beinhalten die Bezugsprovisionen Schwerverkehrsabgabe und Bezugsprovisionen Autobahnvignetten.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		0.2	0.440	175.0%
54 Darlehen		0.1	0.278	251.4%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	0.2	0.718	200.3%
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	0.2	0.718	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die Sachanlagen beinhalten den Kauf von neuen Prüfgeräten für die Prüfstelle Rothenburg, den Ersatz von Prüfgeräten in Kriens und den Kauf von Betriebsfahrzeugen. Beim Darlehen handelt es sich um die Einlage in den Risikofonds Viacar und den Wertanteil an der Software Viacar (Finanztransaktion).

H1-6650 JSD – Migrationswesen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Die Dienststelle Migration setzt das Ausländer- und teilweise das Asylgesetz um und trägt damit dem Sicherheits- und Rechtsempfinden der Bevölkerung Rechnung.

Leistungsgruppe
1,2

1.2 Lagebeurteilung

Flourierende Wirtschaft mit sehr hohem Lohnniveau, sehr gut ausgebaute Infrastruktur, stabile Verhältnisse und attraktive Freizeitmöglichkeiten machen die Schweiz zum Traum- und Einwanderungsland.

1.3 Schlussfolgerungen

Die Politik der Schweiz muss über Mass und Tempo des Wachstums entscheiden, bzw. Einfluss nehmen - laissez faire läuft Gefahr, dass schwerwiegende Nachteile entstehen (Umwelt, Wohnpreise, Arbeitsmarkt,)

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Schuldenkrise in Europa und den USA machen die Schweiz noch attraktiver: Druck auf Einwanderung steigt aus Europa und den Drittstaaten. Wenn der CHF zu stark wird, können Arbeitsplätze ins Ausland verlegt werden - die Stimmung kann kippen. Das hohe Sicherheits- und Rechtsempfinden der Bevölkerung ist ernst zu nehmen. Es ist deshalb von grösster Wichtigkeit, dass Missbräuche entschieden bekämpft und auch Gesetzesanpassungen rasch an die Hand genommen werden. Es müssen Geschehnisse wie endlose Beschwerdemöglichkeiten, jahrelanges Liegenbleiben von vielen Fällen bei verschiedenen Instanzen (speziell Bundesverwaltungsgericht), nicht Funktionieren von Rückführungen in gewisse Staaten und Anderes, die ein Grossteil der Bevölkerung nicht versteht, geändert werden.

2.2 Grundauftrag

Für den Kanton Luzern regelt das Amt für Migration den Aufenthalt von ausländischen Arbeitskräften, deren Familiennachzug sowie für Schüler, Studenten, Privatis, Besucher und anerkannte Flüchtlinge. Für Neueinreisende werden als Impuls zur Integration Begrüssungsgespräche durchgeführt und nach Bedarf Integrationsvereinbarungen abgeschlossen. Bei Verstössen gegen die Ausländergesetzgebung werden Massnahmen getroffen.

Im Auftrag des Bundes vollzieht das Amt für Migration die Asylgesetzgebung, indem es die administrative Erfassung der Asylbewerber und vorläufig Aufgenommenen übernimmt, deren Erwerbseinsätze prüft sowie die Ausreisegespräche und die Rückkehrberatung mit abgelehnten Asylsuchenden durchführt.

Für unberechtigt anwesende AusländerInnen organisiert das Amt für Migration die Rückführung in ihre Herkunftsländer.

2.3 Leistungsgruppen

1. Aufenthalt und Niedergelassene
2. Asyl

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte
Keine

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Anteil Negativ-Verfügungen im AuG-Bereich ohne Beschwerde	%	95.1%	> 95%	> 95%
Anteil Beschwerdeentscheide zu Gunsten Amigra (AuG)	%	90.4%	> 90%	> 90%
Prüfungsaufnahme NL/FN innert 2 Mt	%	neu	> 80%	> 80%
Rest innert 6 Mt*	%	neu	< 20%	< 20%
Prüfungsaufnahme F-in-B-Umwandlung innert 2 Mt	%	neu	> 80%	> 80%
Rest innert 5 Mt*	%	neu	< 20%	< 20%
Prüfungsaufnahme BV innert 2 Mt/	%	neu	> 80%	> 80%
Rest innert 12 Mt*	%	neu	< 20%	< 20%

Bemerkungen

* Zusätzlich wird die Kontrollliste aller Fälle älter als 12 Monate bewirtschaftet.
Ausländergesetz (AuG), Niederlassungserteilung (NL), Familiennachzug (FN), Vorläufig Aufgenommene (F), Aufenthalt (B), Bewilligungserteilung/-verlängerung (BV)

2.5 Statistische Messgrößen	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	44.3	45.1	45.6
Anzahl Lernende berufl. Grundbildung	2	2	2
Personen ständige ausländische Bevölkerung (per 31.12.)	61'560	62'700	63'700
Anteil ständige ausländische Bevölkerung im Kanton Luzern	16.4%	16.9%	17.1%
Anzahl schriftliche Integrationsvereinbarungen	182	200	200
Anzahl Begrüssungsgespräche (Personen)	2'993	2'600	2'600
Vollzugsaufträge Rückführung	693	700	750
Zugewiesene Asylbewerber	642	780	950
Personen im Asylprozess (Zahlen BFM per 31.12.)	2148	2'300	2'300
Durchgeführte Rückkehrberatungsgespräche	375	360	400
Anzahl Hafttage	5'988	7'000	7'000

Bemerkungen

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		5.0	4.991	-0.2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		1.1	0.931	-18.7%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.0	0.013	-50.1%
34 Finanzaufwand		0.0	0.025	-13.8%
36 Transferaufwand		0.3	0.315	5.0%
39 Interne Verrechnungen		1.6	1.683	6.1%
Total Aufwand	0.0	8.1	7.958	-1.6%
42 Entgelte		-5.0	-3.772	-24.1%
46 Transferertrag		-1.0	-0.955	-5.4%
49 Interne Verrechnungen		-0.9	-1.182	30.0%
Total Ertrag	0.0	-6.9	-5.908	-14.2%
Saldo - Globalbudget	0.0	1.2	2.050	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Das Globalbudget erhöht sich um rund Fr. 850'000 gegenüber dem Vorjahr.

2012 fallen die Gebühren für die C-Verlängerungen für Drittstaatenangehörige weg, da die Kontrollfrist im Ausländergesetz von 3 auf 5 Jahre verlängert worden ist. Weiter fallen die Gebühren für die biometrische Erfassung für die jährlich zu erneuernde B-Bewilligung für Drittstaatenangehörige weg, da die Daten 5 Jahre gespeichert werden können. 2012 werden in diesem Zusammenhang 80-Stellen% und Sachkosten für die Erstellung der Ausweise eingespart. Die Fixkosten für die Infrastruktur bleiben bestehen.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Aufenthaltler und Niedergelassene	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand		5.9	5.7	-3.4%
Total Ertrag		-4.9	-3.5	-28.0%
Saldo	0.0	1.0	2.2	116.3%
2. Asyl	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand		2.2	2.2	2.4%
Total Ertrag		-2.0	-2.4	20.0%
Saldo	0.0	0.2	-0.1	-162.2%

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36100001 Entschädigung an Bund		0.3	0.315	5.0%
Total Transferaufwand	0.0	0.3	0.315	5.0%
46100001 Diverse Rückerstattungen von Bund		-1.0	-0.955	-5.4%
Total Transferertrag	0.0	-1.0	-0.955	-5.4%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Der Bund erstattet dem Amt für Migration die Kosten für Hafttage und Reisekosten im Asylbereich. Das Amigra bezahlt für die Bundesapplikation ZEMIS (Zentrales Migrations System) den Kostenanteil für die Benutzung und den Unterhalt.

H1-6670 JSD – Handelsregisterführung

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Keine

Leistungsgruppe

1.2 Lagebeurteilung

Auf Bundesebene laufen im Augenblick zahlreiche Reformen relevanter Gesetzesgrundlagen (Obligationenrecht, Handelsregisterverordnung). Dadurch wird der Aufgabenbereich immer komplexer. Die Steuerpolitik des Kantons führt dazu, dass mehr Unternehmungen ihren Sitz in den Kanton Luzern verlegen.

1.3 Schlussfolgerungen

Der Vorprüfungsbereich als gewerbliche Leistung ermöglicht dem Kanton Mehreinnahmen und steigert die Qualität und die Schnelligkeit der Eintragungsgeschäfte. Die hohe Fallkomplexität wird langfristig einen Personalausbau zur Folge haben.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Falls die nötigen Ressourcen vorhanden sind, können Gesellschaften schnell eingetragen werden. Aufgrund der Steuerpolitik des Kantons Luzern verlegen Unternehmer öfters den Sitz in den Kanton Luzern. Auf Bundesebene sind derzeit verschiedene Reformen in Bearbeitung. Der Aufgabenbereich der Handelsregisterführung wird dadurch immer komplexer und zeitaufwendiger.

2.2 Grundauftrag

Das Handelsregisteramt führt das Handelsregister für den Kanton Luzern. Es nimmt rechtserhebliche Tatsachen ins Tagesregister auf, trägt sie nach Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) ins Hauptregister ein und gewährt der Öffentlichkeit Einsicht ins Handelsregister und in Belege. Gläubiger und Publikum erhalten so Kenntnis über die Verhältnisse und Verantwortlichkeitsordnung Eintragungspflichtiger. Daneben orientiert, dokumentiert, berät und betreut das Handelsregisteramt Anwälte, Notare, Treuhänder usw.

2.3 Leistungsgruppen

Handelsregisteramt

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Das Handelsregisteramt nimmt Tagesregistereinträge und Publikationen im Schweizerischen Handelsamtsblatt vor, erlässt Verfügungen, erstellt Handelsregister-Auszüge und Vorprüfungsberichte zur vollsten Zufriedenheit der Kunden. Die übergeordneten Ziele sind der Gläubigerschutz, die Information Dritter, der Vertrauensschutz und die Stärkung der Rechtssicherheit.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Anzahl Tage zwischen den Bearbeitungen (Geschäfte)	max.	3	3	3
Anzahl Berichtigungen	max.	-	10	10
Anzahl gutgeheissener Beschwerden	max.	1	0	0

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	10.8	10.6	10.9
Anzahl Tagesregister-Einträge	9'418	8'000	8'300

Bemerkungen

Die Handelsregister-Statistik wird vom Eidg. Handelsregisteramt jedes Jahr unter www.zefix.ch, Rubrik Statistiken, veröffentlicht. Die ausserordentliche Anzahl von Tagesregistereinträgen in den Jahren 2009/2010 (neues GmbH-Recht), ist zurückgegangen.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		1.2	1.037	-11.9%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.1	0.138	4.6%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.0	0.026	-4.1%
34 Finanzaufwand		0.0	0.006	37.4%
36 Transferaufwand		0.2	0.271	15.7%
39 Interne Verrechnungen		0.2	0.196	3.4%
Total Aufwand	0.0	1.8	1.674	-5.1%
42 Entgelte		-2.5	-2.604	5.3%
44 Finanzertrag		0.0	0.000	0.0%
Total Ertrag	0.0	-2.5	-2.604	5.3%
Saldo - Globalbudget	0.0	-0.7	-0.930	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Das Globalbudget (Ertragsüberschuss) ist um Fr. 200'000 höher als im Vorjahr. Das Handelsregisteramt rechnet mit Mehreinnahmen, die Fallzahlen nehmen leicht zu. Der Personalbestand erhöht sich einmalig für das Jahr 2012 um 0,4 %. Der Personalaufwand ist jedoch leicht tiefer (Mutationsgewinn). Die Einnahmen aus den gewerblichen Leistungen (Budget 2012 mit Fr. 360'000) sind auch abhängig von der übrigen Arbeitsbelastung. Von den Einnahmen Eidgenössischer Handelsregistergebühren werden 15 % an das Eidgenössische Handelsregisteramt abgeliefert.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36006001 Handelsregistergebühren		0.2	0.271	11.4%
Total Transferaufwand	0.0	0.2	0.271	11.4%
Total Transferertrag	0.0	0.0	0.000	

H1-6690 JSD – Strafverfolgung

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Schnelle Verfahren
Wirkungsvolle Strafen

Leistungsgruppe

1

1,2

1.2 Lagebeurteilung

Je nach Entwicklung können Migration und Wirtschaftslage die Kriminalitätsrate beeinflussen. Die Staatsanwaltschaft kann sich auf neue Ermittlungsmethoden, neue Arbeitsinstrumente und neue Führungsinstrumente des Kantons stützen. Herausforderungen sind die Flut von Vorschriften, Formalisierungen der Rechtsprechung und die Prägung des gesellschaftlichen Alltags durch neue Technologien.

1.3 Schlussfolgerungen

Die Staatsanwaltschaft reagiert auf diese Herausforderungen mit klaren Vorgaben und einem konsequenten Controlling; mit einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess; mit der konsequenten Bewirtschaftung der Partnerschaften; sowie mit einer permanenten Aus- und Weiterbildung.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Die Staatsanwaltschaft steht vor der grossen Herausforderung, die immer zahlreicher und umfangreicher werdenden Strafverfahren mit den vorhandenen Ressourcen zeitgerecht und in der nötigen Qualität zu erledigen. Die wachsende Normendichte, die immer schwieriger zu überblickende Rechtsprechung, ständig wechselnde Rahmenbedingungen sowie eine wachsende Anspruchshaltung der Verfahrensbeteiligten haben die Strafverfolgung an die Grenzen gebracht. Mit der Reorganisation per 2011 konnte zwar die Chance wahrgenommen werden, die Strukturen zu vereinfachen und die Abläufe effizienter zu gestalten. Dies reicht aber noch nicht. Mit einem gezielten Qualitätsmanagement gilt es nun, weitere Optimierungen anzustreben. Möglichkeiten bestehen namentlich noch bei elektronischen Schnittstellen zu Anspruchsgruppen zur administrativen Entlastung.

2.2 Grundauftrag

Die Staatsanwaltschaft des Kantons Luzern leitet bei Verdacht auf strafbares Verhalten das Vorverfahren nach eidgenössischer Strafprozessordnung, verfolgt und sanktioniert Straftaten im Rahmen der Strafkompetenz, erhebt gegebenenfalls Anklage und vertritt diese vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft sorgt dabei für die gleichmässige Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs.

2.3 Leistungsgruppen

1. Strafuntersuchung
2. Anklagetätigkeit
3. Rechtshilfe

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Strafuntersuchung: Erkennen von strafbarem Verhalten und möglichst schnelle Sanktionierung bzw. Abtretung oder Einstellung im Rahmen der materiellen und formellen gesetzlichen Vorgaben.

Anklagetätigkeit: Sicherstellen des staatlichen Strafanspruchs bei schweren Straftaten.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Erledigungsquotient (% Fallerledigungen/Eingänge)	min.	96	100	100
Durchschnittl. Dauer Strafbefehlsverf. Erwachsene (Mt)	max.	-	4	4
Durchschnittl. Dauer Strafbefehlsverf. Jugendliche (Mt)	max.	-	2	2
Durchschnittl. Dauer Anklageverf. Erwachsene (Mt)	max.	-	18	18
Durchschnittl. Dauer Anklageverf. Jugendliche (Mt)	max.	-	9	9

2.5 Statistische Messgrößen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen (inkl. Dolmetscher/innen)	96.15	98.0	98.1
Anzahl Praktikanten/innen	6	5	5
Anzahl Lernende	2	2	3
Anzahl Strafbefehle	36'000	36'000	36'000
Anzahl Anklagen Kriminalgericht	110	110	110

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		14.8	15.106	1.8%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		5.0	5.727	13.4%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.0	0.031	-24.1%
34 Finanzaufwand		0.0	0.032	-23.8%
36 Transferaufwand		2.3	2.000	-14.2%
39 Interne Verrechnungen		2.9	2.856	-0.4%
Total Aufwand	0.0	25.2	25.752	2.3%
42 Entgelte		-15.6	-17.246	10.8%
44 Finanzertrag		0.0	-0.082	134.3%
Total Ertrag	0.0	-15.6	-17.328	11.1%
Saldo - Globalbudget	0.0	9.6	8.424	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Das Globalbudget fällt um 1,2 Mio. Fr. besser aus als das Vorjahr. Der Personalaufwand nimmt aufgrund der Anzahl Fälle, des Verhaltens von Verfahrensbeteiligten sowie den gestiegenen gesetzlichen Anforderungen laufend zu (KoA 30). Die Entgelte erhöhen sich um rund 1,6 Mio. Fr. Gleichzeitig erhöhen sich auch die Abschreibungen der nicht einbringbaren Debitorenforderungen (KoA 31). Die Massnahmevollzugskosten für Jugendliche sind leicht tiefer (KoA 36).

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Strafuntersuchung	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			18.4	
Total Ertrag			-16.6	
Saldo	0.0	0.0	1.8	
2. Anklagetätigkeit	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			6.9	
Total Ertrag			-0.7	
Saldo	0.0	0.0	6.3	
3. Rechtshilfe	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			0.4	
Total Ertrag			0.0	
Saldo	0.0	0.0	0.4	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36110001 Entschädigung an Kantone		2.3	2.000	-14.2%
Total Transferaufwand	0.0	2.3	2.000	-14.2%
Total Transferertrag	0.0	0.0	0.000	

H1-7010 Gerichtswesen

1. Grundlagen

1.1 Strategische Ziele und Massnahmen

Qualitativ hochstehende Rechtsprechung innert angemessener Frist.	Leistungsgruppe 1,2
Sicherstellung der autonomen Justizverwaltung.	
Fusion Obergericht und Verwaltungsgericht zum Kantonsgericht mit gemeinsamem Standort.	
Aufbau eines professionellen E-Governments.	
Qualitativ hochstehende Rechtsprechung innert angemessener Frist.	3
Qualitativ hochstehende und fristgerechte Erledigung der Schlichtungsverfahren.	4
Qualitativ hochstehende Führung des Grundbuchs als öffentliches Register zur Sicherung privater Rechte an Grundstücken. Garantie der Rechtssicherheit als Grundlage des marktwirtschaftlich organisierten Staates.	5
Ausbau E-Government. Neue Standorte Grundbuchämter Luzern West (Bezug) und Luzern Ost (Festlegung, Bezug).	
Hohe Rechtssicherheit und Qualitätsstandard der Arbeit beibehalten. Neuer Standort Konkursamt Hochdorf, Digitalisierung konkursamtlicher Handakten.	6

1.2 Lagebeurteilung

Stärken:

Obergericht und Verwaltungsgericht: Qualität der Entscheide (Beständigkeit im Rechtsmittelverfahren), herausfordernde Arbeitstätigkeit für Juristen, Zusammenarbeitskultur innerhalb des Gerichts.

Gruppe Erstinstanzliche Gerichte und Gruppe Schlichtungsbehörden: Leistungsfähige und flexible Organisation, ausgewogene Arbeitsteilung bezüglich Kerngeschäft und Administration, hoher qualitativer Standard bei den personellen Ressourcen.

Gruppe Grundbuch: Qualitativ hochstehende Grundbuchführung, hohe Kundenzufriedenheit.

Gruppe Konkursämter: Qualitativ hochstehende und dennoch rasche Durchführung der Konkursverfahren, Rechtssicherheit, Kundenfreundlichkeit, jederzeitige Verfügbarkeit eines Konkursbeamten.

Schwächen:

Obergericht und Verwaltungsgericht: Standortproblematik (getrennte Standorte), fehlende gemeinsame Kultur im Hinblick auf Kantonsgericht, Präsidiumwechsel alle 2 Jahre, heutiges Ersatzrichtersystem, aktuell mangelnde gesetzliche Umsetzung der verfassungsrechtlichen Stellung des Gerichts, zu knappe Ressourcen für den Aufbau eines professionellen E-Governments.

Gruppe Erstinstanzliche Gerichte: Beeinträchtigung der Arbeitsabläufe durch Infrastrukturprobleme (Gebäude).

Gruppe Schlichtungsbehörden: Beeinträchtigung der Arbeitsabläufe durch personelle Engpässe bei der Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht.

Gruppe Grundbuch: Beeinträchtigung der Arbeitsabläufe beim Grundbuchamt Luzern Ost, da das Amt auf 3 Standorte verteilt ist.

Gruppe Konkursämter: Tendenziell Zunahme von Konkursfällen mit Gläubigern, die sich durch Anwälte vertreten lassen. Risiko für Haftungsfälle steigt.

1.3 Schlussfolgerungen

Obergericht und Verwaltungsgericht: Die Umsetzung der Einführung der eidgenössischen Zivil- und Strafprozessordnung sowie der Rechtsweggarantie kann in Zukunft mehr Ressourcen beanspruchen. Es sind genügend Mittel für die Einführung eines professionellen E-Governments bereit zu stellen. Die heutigen Schwächen in den gesetzlichen Grundlagen für die Gerichte sind durch die Gesetzgebung zum Kantonsgericht zu minimieren.

Gruppe Erstinstanzliche Gerichte: Bewahrung der Stärken sicherstellen. Infrastrukturprobleme beheben. Genügend Ressourcen bereitstellen um die stetige Zunahme der Gerichtsfälle bewältigen zu können.

Gruppe Schlichtungsbehörden: Bewahrung der Stärken sicherstellen. Die Personalsituation stabilisieren. Genügend Ressourcen bereitstellen, um die starke Zunahme der Schlichtungsfälle und des Aufwandes für die einzelnen Verfahren bei der

Schlichtungsbehörde Miete und Pacht bewältigen zu können.

Gruppe Grundbuch: Erhöhung der Ressourcen ist unabdingbar: Die Umsetzung der künftigen Standorte bringt viel zusätzliche Arbeit, die Teilrevision des Immobiliarsachenrechts führt zu aufwändigeren Geschäftsabläufen und bedarf Anpassungen an der Geschäftsverwaltungsanwendung. Der elektronische Rechtsverkehr muss weiter entwickelt werden. Dies bedarf zusätzlicher Projektressourcen.

Gruppe Konkursämter: Immer komplexere und anspruchsvollere Konkursverfahren erfordern stetige Weiterbildung des Personals. Der elektronische Rechtsverkehr entwickelt sich weiter und führt zu zusätzlichen Projekten.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Der verfassungsmässige Auftrag an die Gerichte lässt eine vollständige Kostenüberwälzung auf die Leistungsempfängerinnen und -empfänger nicht zu. Es gilt das Grundprinzip, dass die Rechtssuchenden unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten Anspruch auf Zugang zum Recht besitzen. Das Gerichtswesen kann deshalb nie auch nur annähernd selbsttragend sein.

Chancen:

Obergericht und Verwaltungsgericht: Die vielen personellen Veränderungen (Generationenwechsel bei Richterpersonen und Wechsel bei den Gerichtsschreiberstellen) sind im Hinblick auf das Kantonsgericht eine Chance. Das Kantonsgericht kann dem juristischen Personal die Möglichkeit der Erweiterung des Tätigkeitsgebietes bieten. Zudem besteht die Möglichkeit, Richterpersonen mit verschiedenen Fachkompetenzen in rechtsübergreifenden Fällen beizuziehen.

Gruppe Grundbuch und Gruppe Konkursämter: Grosse Entwicklungen beim elektronischen Rechtsverkehr.

Risiken:

Das aufgrund des Sparauftrages des Kantonsrates reduzierte Budget im gesamten Gerichtswesen hat zur Folge, dass die personellen Ressourcen für die Bewältigung der Aufgaben sehr knapp sind. Es besteht die Gefahr, dass sich die Erledigungsdauer dadurch erhöhen wird.

Obergericht und Verwaltungsgericht: Die vielen personellen Veränderungen (siehe Chancen) sind mit viel Know-How-Verlust verbunden. Die Auswirkungen der grossen Revisionen von Zivil- und Strafprozessrecht sowie der Rechtsweggarantie sind noch nicht definitiv abschätzbar, da sie in der zweiten Instanz erst mit Verzögerung spürbar werden.

Gruppe Erstinstanzliche Gerichte und Gruppe Schlichtungsbehörden: Die Gerichtsfälle und die Komplexität der Fälle nehmen stetig zu. Durch die neuen gesetzlichen Regelungen nimmt der Verfahrensaufwand zu.

Gruppe Grundbuch: Die noch offene Standortfrage beim Grundbuchamt Luzern Ost und die damit verbundene langjährige Übergangsorganisation ruft Unsicherheit bei den Mitarbeitenden hervor und bringt substantiellen Mehraufwand an Koordination. Der örtliche Zusammenschluss der drei Geschäftsstellen des Grundbuchamtes Luzern West im Jahr 2012 generiert höheren Bedarf an Ressourcen für die Planung und Umsetzung der Umzugsarbeiten als angenommen. Neue auf die Teilrevision des Immobiliensachenrechts gestützte Verfahrensabläufe führen zu markant länger Bearbeitungsdauer, falls die Ressourcen nicht entsprechend erhöht werden können. Die Erneuerung des elektronischen Grundbuchs inklusive Abbildung der neuen Organisation in den Daten (Projektarbeit, Datenbereinigung, Einführung, Weiterentwicklung) sowie die Anpassung an Änderungen im Immobiliarsachenrecht generieren hohen Ressourcenbedarf. Zudem sind einige Personalabgänge infolge Standortwechsels der bisherigen Grundbuchämter Sursee und Willisau nach Schüpfheim zu verzeichnen.

Gruppe Konkursämter: Tendenzielle Zunahme von Konkursfällen (u.a. durch Gesetzesänderungen). Die Fälle werden anspruchsvoller und komplexer, die Ansprüche an das Personal steigen. Die Gläubiger lassen sich immer mehr durch Anwälte vertreten. Das Risiko für Haftungsfälle nimmt zu.

2.2 Grundauftrag

Verfassung und Gesetz geben den Gerichten, Schlichtungsbehörden, Grundbuch- und Konkursämtern als Grundauftrag die hauptsächlichen Leistungen vor. Die Zahl der Fälle, bzw. Anmeldungen ist nicht planbar. Die Gerichte, Schlichtungsbehörden, Grundbuch- und Konkursämter können im Gegensatz zu verschiedenen Verwaltungsstellen keine eingehenden Verfahren zurückstellen.

Obergericht und Verwaltungsgericht: Urteile/Entscheide als einzige Instanz oder als Rechtsmittelinstantz fällen; unterstellte Gerichte und Behörden beaufsichtigen und betreuen; Beaufsichtigung der Anwälte und Notare sicherstellen und in den Aufsichtsbehörden mitwirken; internationale Rechtshilfe gewähren; Prüfungen durchführen und in Prüfungskommissionen mitwirken; Rechtspraktikant/-innen und Lernende ausbilden.

Gruppe Erstinstanzliche Gerichte: Rechtsprechung erste Instanz; direkte Aufsicht über die Betreibungs- und Konkursämter, unentgeltliche Rechtsauskunft, Ausbildung von Lernenden und Praktikanten, Sicherstellung der Infrastruktur und Administration der Friedensrichter.

Gruppe Schlichtungsbehörden: Prozesse vermeiden mittels Durchführung von Schlichtungsverfahren: Schlichtungsverhandlungen, Urteilsvorschlge unterbreiten, Entscheide fllen. Unentgeltliche Rechtsberatung vornehmen.

Gruppe Grundbuch: Leitung der Gruppe: Strategische und operative Führung der Gruppe, fachliche Aufsicht, Steuerung und Koordination des Projektmanagements (viele Projekte im elektronischen Rechtsverkehr), Vertretung der Gruppe nach aussen. Grundbuchämter. Führen und Verwalten der Daten über die Grundstücke und den an diesen bestehenden Rechten und Lasten, schriftliche und mündliche Auskünfte über den Inhalt des Grundbuches erteilen, Ausbildung von Rechtspraktikant/innen und Lernenden.

Gruppe Konkursämter: Konkursverfahren durchführen; betreibungsrechtliche Grundpfandverwertungen sowie Liquidationen nach Art. 731b OR durchführen, Rechtshilfeaufträge erledigen und Rechtspraktikant/innen und Lernende ausbilden.

2.3 Leistungsgruppen

1. Obergericht
2. Verwaltungsgericht
3. Erstinstanzliche Gerichte
4. Schlichtungsbehörden
5. Grundbuch
6. Konkursämter

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Obergericht und Verwaltungsgericht: Urteile und Entscheide werden innert angemessener Frist und qualitativ hochstehend gefllt. Lernende und Praktikanten werden zielgerichtet ausgebildet. Es finden regelmässig Prüfungen statt. Rechtshilfeverfahren werden innert angemessener Frist erledigt. Die Gerichte nehmen an Vernehmlassungen teil und antworten auf politische Vorstösse. Aufsichtsbeschwerden über Anwälte und Urkundspersonen werden innert angemessener Frist beurteilt.

Gruppe Erstinstanzliche Gerichte: Urteile und Entscheide werden innert angemessener Frist und qualitativ hochstehend gefllt. Die Aufsicht über die Betreibungs- und Konkursämter gewährleistet eine fachlich hochstehende Leistung. Die Schlichtungsverfahren vermeiden Prozesse. Auskünfte sind Hilfestellungen vor Verfahrenseinleitung. Lernende und Praktikanten werden zielgerichtet ausgebildet. Die Administration für die Friedensrichter bringt optimale Verhältnisse für ihre Tätigkeit.

Gruppe Schlichtungsbehörden: Urteilsvorschlge und Entscheide sind qualitativ hochstehend und werden fristgerecht ausgestellt. Die Schlichtungsverfahren vermeiden Prozesse. Auskünfte sind Hilfestellungen vor Verfahrenseinleitung. Lernende werden zielgerichtet ausgebildet.

Gruppe Grundbuch: Grundbuchgeschfte werden durchschnittlich innert sechs Wochen erledigt. Die Grundbucheintragungen erfüllen einen hohen Qualitätsstandard. Lernende und Praktikanten werden zielgerichtet ausgebildet. Die Ausbildung ist in einer hohen Qualität gewährleistet.

Gruppe Konkursämter: Konkursverfahren und Grundpfandverwertungen werden innert angemessener Frist aus-/durchgeführt. Die Abwicklung der Konkursverfahren und Grundpfandverwertungen erfüllt einen hohen Qualitätsstandard.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
OG: Verh. Eingänge/Erledigungen Gerichtsverfahren	Koeff.	0.97	1.0	1.0
OG: Verh. Eingänge/Erledigungen Rechtshilfeverfahren	Koeff.	0.75	1.0	1.0
VG: Verh. Eingänge/Erledigungen Gerichtsverfahren	Koeff.	1.04	1.06	1.11
EIG: Verh. Eingänge/Erledigungen Gerichtsverfahren	Koeff.	1.02	1.0	1.0
EIG: Verh. Eingänge/Erledigungen Schlichtungen	Koeff.		1.0	1.0
SB: Verh. Eingänge/Erledigungen Schlichtungsverf.	Koeff.		1.0	0.94
GB: Verh. Anmeldungen/Erledigungen	Koeff.	1.02	1.0	1.02
GB: durchschnittliche Verfahrensdauer	Wochen	6.9	5.8	5.9
KA: Verh. Eingänge/Erledigungen Konkurse	Koeff.	0.89	1.0	1.02
KA: Verh. Eingänge/Erledigungen Grundpfandverw.	Koeff.	0.75	1.0	1.0
KA: Verh. Eingänge/Erledigungen Rechtshilfeaufträge	Koeff.	1.55	1.0	1.0

Bemerkungen

Keine Kennzahlen für das Jahr 2010 bei den Eingängen/Erledigungen Schlichtungsverfahren. Bei der Gruppe EIG existieren die Schlichtungsbehörden für Arbeit und Gleichstellung erst seit dem 01.01.2011. Die Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht war vorher beim JSD und die Friedensrichter bei den Gemeinden angegliedert.

2.5 Statistische Messgrößen	R 2010	B 2011	B 2012
OG: Anzahl Eingänge Gerichtsverfahren	1'076	1'070	980
OG: Anzahl Erledigungen Gerichtsverfahren	1'042	1'070	980
OG: Anzahl Eingänge Rechtshilfeverfahren	219	180	225
OG: Anzahl Erledigungen Rechtshilfeverfahren	164	180	225
OG: Anzahl erledigte übrige Geschäfte	390	500	200
OG: Anzahl durchgeführte Prüfungen	86	90	90
OG+VG: Vernehmlassungen und Antworten auf polit. Vorstösse	130	140	140
OG+VG: Anzahl Mitwirkung Prüfungen	160	170	170
OG+VG: Anzahl Mitwirkg. Aufsichtsbeh. Anwälte + Urkundspers.	160	145	160
OG+VG: Anzahl Stellenprozente für Projekte	4	4	4
VG: Anzahl Eingänge Gerichtsverfahren	1'266	1'230	1'105
VG: Anzahl Erledigungen Gerichtsverfahren	1'320	1'300	1'225
VG: Anzahl erledigte übrige Geschäfte	92	100	105
EIG: Anzahl Eingänge Gerichtsverfahren	8'706	9'750	9'750
EIG: Anzahl Erledigungen Gerichtsverfahren	8'859	9'750	9'750
EIG: Anzahl Eingänge Schlichtungsverfahren		550	550
EIG: Anzahl Erledigungen Schlichtungsverfahren		550	550
EIG: Anzahl administrierte Verfahren der Friedensrichter		1'300	1'200
EIG: Anzahl Vernehmlassungen	15	20	20
SB: Anzahl Eingänge Schlichtungsverfahren		2'450	2'350
SB: Anzahl Erledigungen Schlichtungsverfahren		2'450	2'200
SB: Anzahl unentgeltliche Rechtsauskunft		2'500	2'500
SB: Anzahl Vernehmlassungen	12	10	10
GB: Anzahl Anmeldungen	23'829	22'500	22'250
GB: Anzahl Erledigungen	24'275	22'500	22'500
GB: Anzahl schriftliche Auskünfte	14'156	12'700	14'100
GB: Anzahl Anfragen und Vernehmlassungen	45	43	63
GB: Anzahl Weisungen und Inspektionen	6	7	7
GB: Anzahl Leitung und Mitarbeit in Projekten	16	15	15
KA: Anzahl Eingänge Konkursverfahren	470	450	410
KA: Anzahl Erledigungen Konkursverfahren	416	450	415
KA: Anzahl Eingänge Grundpfandverwertungen	12	13	13
KA: Anzahl Erledigungen Grundpfandverwertungen	9	13	13
KA: Anzahl Eingänge Rechtshilfeaufträge	11	22	31
KA: Anzahl Erledigungen Rechtshilfeaufträge	17	22	31
KA: Anzahl Vernehmlassungen	5	1	2
alle: Personalbestand in Vollzeitstellen	218.1	250.2	253.2
alle: Anzahl Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten	30.8	34.5	33.5

Bemerkungen

Die Gruppe Schlichtungsbehörden existiert erst seit 1.1.2011. Vorher waren die Schlichtungsbehörde Miete und Pacht beim Justiz- und Sicherheitsdepartement und die Friedensrichter bei den Gemeinden angegliedert. Diese Neuorganisation wirkt sich auf den Personalbestand 2011 aus.

Der leichte Anstieg des Personalbestandes 2012 auf 253.2 Vollzeitstellen gründet auf folgenden Faktoren:

- Bei den Erstinstanzlichen Gerichten kommt eine Richterstelle dazu (im IFAP bereits enthalten).
- Bei der Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht sind die Verfahren aufgrund der neuen Zivilprozessordnung aufwändiger geworden (mehr Verhandlungen). Daraus entstehen Mehrkosten bei den Kommissionsmitgliedern (Stundenlohn).
- Bei den Grundbuchämtern ist die Führung aufwändiger geworden, weil die Ämter noch auf mehrere Standorte verteilt sind. Zudem tritt im Grundbuchbereich auf 2012 eine Gesetzesänderung in Kraft, durch welche die Verfahrensabläufe aufwändiger werden.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		38.8	39.337	1.3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		5.4	5.337	-0.4%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.3	0.227	-22.0%
39 Interne Verrechnungen		10.3	11.061	7.6%
Total Aufwand	0.0	54.7	55.962	2.2%
42 Entgelte		-24.6	-26.878	9.3%
49 Interne Verrechnungen		-3.0	-2.902	-1.7%
Total Ertrag	0.0	-27.5	-29.780	8.1%
Saldo - Globalbudget	0.0	27.2	26.182	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Bei den Löhnen werden erstmalig die Ferien- und Gleitzeitsaldi abgegrenzt. Die Sachkosten konnten gesenkt werden, weil für das Projekt Kantonsgericht vermehrt interne Leistungen herangezogen werden und div. Informatikprojekte verschoben worden sind. Der Anstieg der internen Verrechnungen ist auf erhöhte Mietzinse zurückzuführen, da das Kriminalgericht aufgrund der Justizreform JU10 und der neuen Prozessordnungen aus dem Obergerichtsgebäude ausziehen musste und neue Büroräumlichkeiten bezogen hat. Aus den gleichen Gründen haben sich bei den Bezirksgerichten Luzern, Kriens und Hochdorf die Gebäudeflächen vergrößert. Die Entgelte wurden bei der Gruppe Grundbuch unter Annahme der hoch bleibenden Immobilienpreise und des noch anhaltenden Wachstums im Baugewerbe erhöht.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
1. Obergericht				
Total Aufwand			12.5	
Total Ertrag			-4.2	
Saldo	0.0	0.0	8.2	
2. Verwaltungsgericht				
Total Aufwand			8.2	
Total Ertrag			-0.7	
Saldo	0.0	0.0	7.5	
3. Erstinstanzliche Gerichte				
Total Aufwand			22.5	
Total Ertrag			-5.8	
Saldo	0.0	0.0	16.7	
4. Schlichtungsbehörden				
Total Aufwand			2.0	
Total Ertrag			-0.2	
Saldo	0.0	0.0	1.7	
5. Grundbuch				
Total Aufwand			9.2	
Total Ertrag			-18.3	
Saldo	0.0	0.0	-9.1	
6. Konkursämter				
Total Aufwand			1.7	
Total Ertrag			-0.6	
Saldo	0.0	0.0	1.1	

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		0.5	0.250	-49.5%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	0.5	0.250	-49.5%
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	0.5	0.250	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Keine

H2-3200 BKD – Volksschulbildung

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Jeder Schüler / jede Schülerin erreicht die grundlegenden Bildungsziele gemäss dem neuen regionalen Lehrplan. (Lehrplan 21)

Lernende, welche dem Unterricht in Regelklassen nicht zu folgen vermögen oder zu weitergehenden Leistungen fähig sind, werden speziell gefördert.

Leistungsgruppe

1,2

1,2

1.2 Lagebeurteilung

Chancen und Risiken des Umfeldes:

- Die Lernenden werden sich noch vermehrt aufgrund ihrer Herkunft und der unterschiedlichen Unterstützung durch die Eltern unterscheiden.
- Die zunehmende Heterogenität der Lernenden erfordert besondere Massnahmen im Unterricht und bei den Rahmenbedingungen.
- Die demographische Entwicklung ist regional sehr unterschiedlich und führt dazu, dass einzelne Schulen zu wenige und andere zu viele Schüler haben.
- Die Rekrutierung von gut ausgebildeten Lehrpersonen wird eine grosse Herausforderung bleiben, da der Arbeitsplatz Schule für Studierende nur bedingt attraktiv ist und in den nächsten Jahren überdurchschnittlich viele Lehrpersonen pensioniert werden.
- Die unterschiedlichen Erwartungen der Gesellschaft an die Volksschule machen die Erfüllung des Leistungsauftrags schwieriger.
- Die Ziele und Aufgaben der Volksschule geraten zunehmend ins politische Spannungsfeld der verschiedenen Parteien, was die Ausgestaltung und Weiterentwicklung schwieriger macht.

Stärken und Schwächen der Organisation:

- Die Volksschulen sind in der Regel kommunal gut verankert und werden auch gut unterstützt.
- Die Volksschulen engagieren sich stark in der Unterrichtsentwicklung („Schulen mit Zukunft“): Die Unterrichtsformen werden an die veränderte Situation der Lernenden angepasst und richten sich auf eine stärkere Individualisierung und Methodenvielfalt aus.
- Es bestehen gute Unterstützungsangebote: So erfolgt der Auf- und Ausbau der Tagesstrukturen zum Schuljahr 2012/13 in allen Gemeinden.
- Die Volksschulen sind geleitete Schulen mit Leitbild, Leistungsauftrag und Schulprogramm.
- Es besteht eine hohe Bereitschaft zur Innovation: Schulleitungen können ziemlich viel bewegen und die Notwendigkeit einer Änderung überzeugend darstellen. Vor allem kleinere Schulen haben ein grosses Innovationspotential und sind agiler.
- Die Schulformen sind zum Teil zu unterschiedlich. Das Fehlen einheitlicher Strukturen in der Sekundarschule führt dazu, dass sich die abnehmenden Schulen nur mühsam orientieren können, da die Schüler schwieriger einzuschätzen sind. Daher prüfen manche abnehmenden Schulen die Schüler selbst.
- Die Unterstützung der Schulen durch die zuständigen Behörden ist vor Ort nicht immer gut bzw. genügend.

1.3 Schlussfolgerungen

Die Volksschulen des Kantons Luzern werden sich weiterentwickeln müssen. Die Ausrichtung dieser Entwicklung richtet sich nach den Zielen des Projekts „Schulen mit Zukunft“, das von allen Verantwortlichen der Luzerner Volksschulen getragen wird. Es wird als notwendig erachtet, vor allem Lernende mit Defiziten (z.B. fremdsprachige Lernende, Kinder aus bildungsfernen Familien) frühzeitig und vermehrt zu fördern, damit diese die grundlegenden Ziele der Volksschule besser erreichen. Aber auch Lernende mit besonderen Begabungen sollen durch entsprechende Angebote gut gefördert werden. Damit die Ziele auch umgesetzt werden können, müssen die Eltern und die Verantwortlichen in Politik und Behörden frühzeitig einbezogen werden. Dies geschieht durch eine koordinierte interne und externe Kommunikation.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

siehe Lagebeurteilung

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Volksschulbildung ist zuständig für alle Vollzugsmassnahmen im Bereich der Volksschule, die durch Gesetz und Verordnung nicht anderen Organen übertragen sind. Der Dienststelle Volksschulbildung obliegt insbesondere die Bearbeitung der pädagogischen, didaktischen, organisatorischen und aufsichtsrechtlichen Belange der Volksschule mit dem Ziel, den Schulen optimale Bedingungen zu schaffen für die Erfüllung ihrer Aufgabe und ihrer Weiterentwicklung. Sie führt externe Schulevaluationen durch und bietet den Schulen und Lehrpersonen Beratung an. Ebenfalls erbringt sie die Leistungen des kantonalen Sonder-schulangebots.

2.3 Leistungsgruppen

1. Regelschule DVS S
2. Sonderschulung DVS

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Wirkungsziele

- W1 Möglichst viele Luzerner Kinder und Jugendliche besuchen die kommunalen Schulen des Kantons Luzern.
W2 Die Luzerner Bevölkerung beurteilt die Volksschule vor Ort als sehr gute Schule.
W3 Möglichst alle Lernenden im Kanton Luzern finden nach der Volksschulbildung eine Anschlusslösung.
W4 Die DVS schafft optimale Bedingungen für die kommunalen Schulen im Kanton Luzern zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Weiterentwicklung.

Leistungsziele

- L1 Möglichst viele Lernende beenden im Kanton Luzern die Volksschulbildung erfolgreich.
L2 Die Lernenden im Kanton Luzern erwerben die Kompetenzen gemäss Lehrplan der Volksschulbildung.
L3 Die kantonalen und kommunalen Schulen des Kantons Luzern bereiten ihre Lernenden auf das weitere Leben und insbesondere auf weiterführende Schulen vor.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
W1 Quote von Lernenden in Privatschulen	max.	1.3%	1.4%	1.4%
W2 Zufriedenheit der Schüler mit ihrer Schule	min.	5.82	5.5	5.5
W2 Zufriedenheit der Eltern mit ihrer Schule	min.	5.45	5.3	5.3
W3 Quote ohne Anschl.lösung (ohne Brückenangeb.)	max.	1%	1%	1%
W4 Zufriedenheit der Schulen mit Dienstleistungen DVS	min.	90%	90%	92%
L1 Abschlussquote	min.	99%	99%	99%
L2 Stellwerk: Mittelwert der Punkte	abs.	505	500	505
L2 Stellwerk: Anteil Lernende in % unter 300 Punkte	max.	<2.5%	<2.5%	<2%
L3 Quote von genügenden Evaluationen	min.	95%	95%	95%

Bemerkungen

W2: Der höchste Wert ist 6.

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Ø Personalbestand in Vollzeitstellen	332.0	430.5	496.3
Volksschulbildung Services	45.7	49.8	49.8
Heilpädagogisches Zentrum Hohenrain	168.3	156.0	172
Heilpädagogisches Zentrum Schüpfheim	118.0	118	124
Heilpädagogische Tagesschulen		106.7	150.5
Anzahl Lernende/Praktikantinnen/Praktikanten	47.7	65	70
Anzahl Lernende im HPZ Hohenrain separiert (nur Kanton Luzern)	298	295	290
Anzahl Lernende im HPZ Hohenrain integriert	18	15	35
Anzahl Betreute im HPZ Schüpfheim separiert	97	93	95
Anzahl Betreute im HPZ Schüpfheim integriert	13	13	16
Anzahl Lernende in Heilpädagog. Tagesschulen separiert		270	265
Anzahl Lernende in Heilpädagog. Tagesschulen integriert		65	105
Anzahl Kinder Kindergarten	4'617	4'700	4'900
Anzahl SchülerInnen Primarschule (inkl. Basisstufe)	24'036	24'100	23'500
Anzahl SchülerInnen Sekundarschule	11'556	11'600	11'200
Anzahl Lernende in Sonderschulen separiert	958	945	925
Anzahl integrierte Lernende mit Sonderschulung		191	240
Normkosten Kindergarten	9'155	9'155	9'396
Normkosten Primarschule (inkl. Basisstufe)	11'671	11'671	12'254
Normkosten Sekundarschule	16'302	16'302	16'688

Bemerkungen

Personalbestand in Vollzeitstellen: In den beiden Heilpädagogischen Zentren werden im Internatsbereich Wochenend- und Ferienbetreuung ausgebaut (gemäss Auftrag der Dienststelle Soziales und Gesellschaft), was zusätzliches Personal erfordert. Zudem steigt im HPZ Hohenrain die Anzahl der ausserkantonalen Lernenden, was zusätzliches Personal erfordert. Bei den Heilpädagogischen Tagesschulen sind im Jahr 2011 nur die Lehrpersonen im Stellenplan enthalten. Neu sind auch die Mitarbeitenden bei den Tagesstrukturen und das weitere Personal eingerechnet. Diese Zahlen waren im letzten Jahr noch nicht bekannt.

Anzahl Kinder Kindergarten: Einführung zweijähriger Kindergarten bis Schuljahr 2016/17.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		46.9	59.717	27.4%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		7.4	8.659	16.2%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.1	0.104	0.0%
34 Finanzaufwand		0.0	0.001	-88.6%
36 Transferaufwand		171.4	182.930	6.7%
37 Durchlaufende Beiträge		22.6	43.850	94.0%
39 Interne Verrechnungen		11.2	12.641	13.1%
Total Aufwand	0.0	259.6	307.902	18.6%
42 Entgelte		-4.2	-4.936	18.4%
44 Finanzertrag		0.0	-0.025	-27.3%
45 Entnahmen aus Fonds			-0.620	
46 Transferertrag		-22.6	-29.758	31.6%
47 Durchlaufende Beiträge		-22.6	-43.850	94.0%
49 Interne Verrechnungen		-15.7	-16.495	5.1%
Total Ertrag	0.0	-65.1	-95.684	47.0%
Saldo - Globalbudget	0.0	194.5	212.218	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die Erhöhung des Transferaufwandes ist vor allem aufgrund der Erhöhung der Staatsbeiträge von 22.5 auf 25 Prozent an die Betriebskosten der Volksschulen notwendig. Ein weiterer wichtiger Grund ist die Zunahme der Lernenden mit Integrativer Sonderschulung. Kleinere Erhöhungen sind auf die Entwicklung der Normkosten bei den Regelschulen und eine leichte Zunahme der Lernenden in der Schuleingangsstufe zurückzuführen.

Durch die erstmalige Berücksichtigung der Heilpädagogischen Tagesschulen für ein ganzes Jahr (Budget 2011 5 Monate) erhöhen sich die Budgetbeträge für Personalaufwand (10,3 Mio. Fr.), Sach- und übriger Betriebsaufwand (0,7 Mio. Fr.), Interne Verrechnungen (2,5 Mio. Fr.), Entgelte (0,235 Mio. Fr.), Transferertrag (6,5 Mio. Fr.).

Der Ausbau der Wochenend- und Ferienbetreuung in den Heilpädagogischen Zentren verursacht mehr Personalaufwand, der jedoch von der DISG finanziert wird.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Regelschule DVS S	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			172.8	
Total Ertrag			-2.5	
Saldo	0.0	0.0	170.3	
2. Sonderschulung DVS	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			135.1	
Total Ertrag			-93.2	
Saldo	0.0	0.0	41.9	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Beiträge an Kantone und Konkordate:				
36313200 Regionale Schulabkommen		1.9	1.550	-18.8%
36313215 PHZ WBZA (CAS/MAS)		2.7	2.440	-9.6%
36313216 PHZ Weiterbildungsbeiträge		0.8	0.275	-66.7%
36313219 PHZ Leistungsauftrag Dienstleistungen		2.8	2.725	-4.2%
36313220 D-EDK Regionalkonferenz			0.160	
Beiträge an Gemeinden:				
36320001 Beiträge an Informatikprojekte		0.3	0.200	-20.0%
36323200 Kindergartenstufe		10.0	11.550	15.8%
36323201 Basisstufe			2.750	
36323202 Primarstufe		63.7	69.650	9.3%
36323203 Weiterbildung Volksschullehrpersonen			0.700	
36323204 Sekundarstufe		43.6	48.550	11.4%
36323205 Fremdsprachige Lernende		6.6	6.550	-0.8%
36323206 Stv. Weiterbildung Volksschullehrpersonen		2.4	2.600	8.3%
36323207 Tagesstrukturen		2.0	2.350	20.5%
36323208 IS Beiträge		7.0	2.150	-69.3%
36323209 Musikschulen		3.4	3.550	4.4%
Beiträge an öffentliche Unternehmungen:				
36343200 KJPS St. Urban/Kriens		0.7	0.700	0.0%
36343210 Sonderschulbeiträge		1.0		-100.0%
Beiträge an private Unternehmungen:				
36350001 Privatschulen: Beiträge an Anschaffungen etc.		0.1	0.050	-66.7%
Beiträge an priv. Organisationen ohne Erwerbszweck:				
36360001 Institutionen, Projekte		1.0	1.050	1.9%
36363200 private Volksschulen		0.9	0.500	-44.4%
36363210 Sonderschulbeiträge		14.9	18.250	22.3%
36363280 Projekte Schulbetrieb		0.5	0.150	-70.0%
Beiträge an private Haushalte:				
36373200 Weiterbildung Lehrpersonen		0.7	1.000	37.9%
36373207 Weiterbildung Lehrpersonen an PHZ		0.8		-100.0%
36373210 Sonderschulbeiträge		0.2	0.250	25.0%
Abschreibungen Investitionsbeiträge:				
36600600 Planmässige Abschreibungen Investitionsbeiträge		3.2	3.230	0.0%
Total Transferaufwand	0.0	171.4	182.930	6.8%
Entschädigungen von Gemeinwesen:				
46100001 Entschädigungen vom Bund		-0.2	-0.400	64.6%
46120001 Entschädigungen von Gemeinden		-7.0	-22.796	225.7%
Beiträge von Kantonen:				
46310001 HPZ Hohenrain: DISG Hausdienstgruppe			-0.028	
46313200 Schulbeiträge HPZ		-2.0	-3.101	51.3%
46313202 Regionale Schulabkommen		-0.1		-100.0%
46313205 Internats-/APD-Beiträge		-2.4	-1.376	-42.2%
Beiträge von Gemeinden:				
46323200 Schulbeiträge HPZ		-8.7	-0.440	-94.9%
46323202 Regionale Schulabkommen		-2.1	-1.550	-27.6%
Beiträge von privaten Organisationen:				
46363200 Religionsunterricht		0.0	-0.067	349.3%
Total Transferertrag	0.0	-22.6	-29.758	31.6%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Die Berechnung und Verrechnung der Sonderschulbeiträge hat sich aufgrund der am 1. August 2011 in Kraft getretenen Änderung des Gesetzes über die Volksschulbildung geändert. Die IS-Beiträge an die Gemeinden beinhalten deshalb nur noch die von den Gemeinden erbrachten Leistungen.

H2-3300 BKD – Gymnasiale Bildung

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Profilierung des Gymnasiums auf der Sekundarstufe II

Die Qualität der Gymnasialbildung erhalten und damit hohe Übertrittsquoten an die Hochschulen erzielen

Das Begabungspotenzial im Kanton Luzern optimal ausschöpfen

Leistungsgruppe

1,2,3

1,2

1,2

1.2 Lagebeurteilung

Chancen des Umfeldes

- Das Gymnasium ist nach wie vor eine starke Marke mit langer und bewährter Tradition.
- Die gymnasialen Bildungsangebote im Kanton Luzern sind ein wertvoller Standortfaktor, der bei der Wohnsitzwahl attraktiver Steuerzahler ins Gewicht fällt.

Risiken des Umfeldes

- Fehlende finanzielle Ressourcen bewirken einen sukzessiven Qualitätsrückgang in den Bereichen Personal und Infrastruktur.
- Wegen unzureichender Informationen an den kommunalen Schulen erkennen Jugendliche und deren Eltern den langfristigen Bildungswert der Gymnasien nicht.

Stärken der Organisation

- Die vielfältigen Bildungsangebote der Gymnasien sind attraktiv und lösen eine entsprechende Nachfrage aus.
- Verschiedene Wege führen zur gymnasialen Maturität: Primarschule-Langzeitgymnasium / Sekundarschule-Kurzzeitgymnasium / Berufsbildung-Maturitätsschule für Erwachsene / Berufsmaturität-Passerelle.
- Prüfungsfreie Übertrittsverfahren, welche die Lehrpersonen, die Jugendlichen und deren Eltern in den Entscheidungsprozess einbeziehen und eine optimale Schulwahl begünstigen.
- Für die Gymnasien gibt es einen grossen Gestaltungsspielraum, weil sie unter kantonaler Hoheit stehen.

Schwächen der Organisation

- Die Lohnmittel und Einstiegsgehälter der Schulleitungen und der Lehrpersonen an den Luzerner Gymnasien liegen deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt. Diese Rahmenbedingungen erschweren die Rekrutierung und Förderung eines kompetenten und engagierten Schulkaders.
- In den politischen Gremien gibt es wenig Lobby für gymnasiale Anliegen. Die Gymnasien haben es schwer, für die Beschaffung von finanziellen Mitteln bei den politischen Entscheidungsträgern Gehör zu finden.

1.3 Schlussfolgerungen

Die Gymnasien profilieren und die Marke Gymnasium stärken:

Mit dem Projekt Potenzial Gymnasium innovative Schulprojekte auszeichnen und in der Öffentlichkeit bekannt machen. Verstärkung der Marketingbestrebungen mit einem neuen Auftritt an der Bildungsmesse Zebi und Neuauflage der Informationsbroschüre der Luzerner Gymnasien.

Die Qualität der Gymnasialbildung sichern und weiterentwickeln und damit hohe Übertrittsquoten an die Hochschulen erzielen: Moderne und flexible Lehr- und Lernformen an den Gymnasien verstärkt umsetzen, insbesondere auch Ansätze zur Förderung des selbständigen Lernens. Da die Lehrpersonen für die Unterrichtsqualität den Schlüsselfaktor darstellen, die Konkurrenzfähigkeit des Kantons Luzern bei der Rekrutierung und Erhaltung der Mittelschullehrpersonen und der Schulleitungen durch Orientierung der Besoldung am schweizerischen Durchschnitt und durch attraktive Weiterbildungsmöglichkeiten stärken.

Das Begabungspotenzial im Kanton Luzern optimal ausschöpfen:

Ausgewogene Förderung aller gymnasialen Bildungswege und Angebot verschiedener Schulprofile. Dezentrales Angebot und gute Erreichbarkeit der Gymnasien. Den Jugendlichen und ihren Eltern differenzierte Informationen für eine adäquate Schulwahl zur Verfügung stellen.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

siehe Lagebeurteilung

2.2 Grundauftrag

Die Kantonsschulen führen Gymnasien auf der Sekundarstufe I und II aufgrund des eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglements (MAR) und der Vorgaben des Kantons Luzern. Sie vermitteln den Schülerinnen und Schülern eine vertiefte Allgemeinbildung und bereiten sie auf das Studium an einer universitären oder pädagogischen Hochschule und auf anspruchsvolle Aufgaben in der Gesellschaft vor.

Die Kantonsschulen Seetal und Sursee führen auch Fachmittelschulen mit dem Profil Pädagogik bzw. Musik und die Kantonsschule Willisau eine Wirtschaftsmittelschule. An diesen Schulen werden die Schülerinnen und Schüler im Anschluss an die Sekundarstufe I auf anspruchsvolle, weiterführende Berufsausbildungen vorbereitet. Die Maturitätsschule für Erwachsene bietet zudem den Passerellen-Lehrgang an, der den Zugang an die universitären Hochschulen für begabte Berufsmaturandinnen und -maturanden öffnet.

2.3 Leistungsgruppen

1. Gymnasiale Bildung
2. Weitere Bildungsangebote
3. Dienstleistungen

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Wirkungsziele

W1 Hoher Anteil an hochqualifizierten Arbeitskräften im Kanton Luzern.

W2 Möglichst viele Maturi und Maturae treten an eine universitäre oder pädagogische Hochschule über.

W3 Möglichst viele Studierende schliessen ihr Studium erfolgreich ab.

Leistungsziele

L1 Möglichst viele Maturand/-innen schliessen die Maturitätsprüfungen erfolgreich ab.

L2 Eine mit dem schweizerischen Durchschnitt vergleichbare gymnasiale Maturitätsquote.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
W1 Anteil an hochqualifizierten Arbeitskräften am Total der erwerbstätigen Bevölkerung	min.	20.9%	25%	25%
W2 Übertrittsquoten an universitäre Hochschulen	min.	88.9%	80%	80%
W3 Erfolgsquote an universitären Hochschulen	min.	73.3%	70%	70%
L1 Bestehensquote an gymnasialen Maturitätsprüf.	min.	97.5%	95%	95%
L2 Gymnasiale Maturitätsquote	min.	19.8%	20%	20%

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Ø Personalbestand in Vollzeitstellen	720.3	705.0	707.7
Ø Anzahl Lernende/Praktikantinnen/Praktikanten	12.9	13.0	14.0
Ø Personalbestand in Vollzeitst. LP (inkl. Schulleitung)	593.6	588.6	580.2
Ø Personalbestand in Vollzeitst. Verwaltung + Betrieb	126.7	116.4	127.5
Anzahl Lernende Gymnasien Vollzeit	5'481.7	5'523	5'472
Anzahl Klassen Gymnasien Vollzeit	274.8	272	268
Anzahl Lernende Maturitätsschule für Erwachsene (MSE)	89.6	109	87.3
Anzahl Klassen MSE	6	6	5.6
Anzahl Lernende Fach- und Wirtschaftsmittelschulen	264.9	259	229
Anzahl Klassen Fach- und Wirtschaftsmittelschulen	13.4	13	12
Anzahl Lernende Passerelle Berufsmatura-Universität	69.6	85	86
Anzahl Klassen Passerelle Berufsmatura-Universität	3.4	4	4
Kosten pro Lernende Gymnasium Vollzeit	22'400	22'700	23'400
Kosten pro Lernende Gymnasium berufsbegleitend	14'300	12'500	14'300

Bemerkungen

Personalbestand in VZ-Stellen: Der Personalbestand im Verwaltungs- und Betriebspersonal wurde im Budget 2011 zu ungenau budgetiert und entspricht dem Niveau aus dem Jahr 2010.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		105.7	107.558	1.8%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		11.8	11.488	-2.4%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.1	0.117	19.0%
34 Finanzaufwand		0.0	0.000	-37.7%
36 Transferaufwand		6.2	5.769	-7.7%
37 Durchlaufende Beiträge			0.013	
39 Interne Verrechnungen		28.0	27.230	-2.7%
Total Aufwand	0.0	151.8	152.175	0.3%
42 Entgelte		-9.9	-9.210	-7.1%
44 Finanzertrag		-1.2	-0.552	-53.3%
45 Entnahmen aus Fonds		0.0		-100.0%
46 Transferertrag		-38.2	-39.369	3.0%
47 Durchlaufende Beiträge			-0.013	
49 Interne Verrechnungen		-0.7	-0.690	1.5%
Total Ertrag	0.0	-50.0	-49.833	-0.3%
Saldo - Globalbudget	0.0	101.8	102.342	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Der Personalaufwand ist im Budget 2011 im Vergleich zur Rechnung 2010 zu tief budgetiert, was Mehrkosten von 1,2 Mio. Fr. zur Folge hat. Andererseits werden durch Klassenoptimierungen 1,1 Mio. Fr. eingespart. Die strukturellen Lohnmassnahmen auf der Sekundarstufe II wirken sich mit 0,8 Mio. Fr. Mehrkosten aus (ab Schuljahr 2012/2013). Durch Reduktionen beim Qualitätsmanagement und bei externen Schulevaluationen entstehen weniger Sachkosten (-0.3 Mio. Fr.). Entsprechend der rückläufigen Zahl PC-Arbeitsplätze fällt die Weiterverrechnung der Informatikleistungen durch das Departementssekretariat bei den Internen Verrechnungen geringer aus.

Einnahmen entfallen, welche im Budget 2011 aus der Auflösung von Rückstellungen für Mensa und schulische Veranstaltungen resultierten (0,6 Mio. Fr.). Durch den Teilauszug der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz reduzieren sich die Mietzeins-einnahmen der Kantonsschule Musegg (0,65 Mio. Fr.).

Die Tarifierhöhung bei den Gemeindebeiträgen an die Kantonsschulen führt beim Transferertrag zu Mehreinnahmen.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Gymnasiale Bildung	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			137.5	
Total Ertrag			-42.7	
Saldo	0.0	0.0	94.8	
2. Weitere Bildungsangebote	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			6.9	
Total Ertrag			-1.1	
Saldo	0.0	0.0	5.8	
3. Dienstleistungen	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			7.8	
Total Ertrag			-6.0	
Saldo	0.0	0.0	1.8	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36313300 Regionale Schulabkommen (Kantonale Schulen)		0.7	0.700	-4.1%
36313310 PHZ: Weiterbildung Lehrpersonen		0.2	0.121	-45.0%
36363300 Regionale Schulabkommen (Private Schulen)		1.8	1.400	-20.0%
36363310 Gymnasium St. Klemens		3.5	3.500	0.0%
36370001 Diverse		0.0	0.005	0.0%
36600600 Abschreibungen Investitionsbeiträge		0.0	0.043	0.0%
Total Transferaufwand	0.0	6.2	5.769	-7.7%
46123300 Beiträge von Gemeinden an Zahnprophylaxe		-0.1	-0.077	33.6%
46313300 Reg. Schulabkommen: Rückerstatt. von Kantonen		-2.5	-2.372	-5.1%
46323300 Gemeindebeiträge an Gymnasien		-35.6	-36.919	3.6%
Total Transferertrag	0.0	-38.2	-39.369	3.0%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Die Gemeindebeiträge für Lernende im Untergymnasium wurden auf das Schuljahr 2011/12 um 500 Fr. erhöht.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		0.2	0.100	-50.0%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	0.2	0.100	-50.0%
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	0.2	0.100	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die Investitionen im Zusammenhang mit dem (Teil-) Auszug der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz aus dem Musegg-Gebäude werden auf mehrere Jahre verteilt.

H2-3400 BKD – Berufs- und Weiterbildung

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Die Luzerner Wirtschaft verfügt über qualifizierte Fachkräfte mit einer hervorragenden praxisorientierten Berufsausbildung.
Jugendliche werden über einen erfolgreichen Berufsabschluss nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert.
Die Attraktivität der dualen Berufsbildung wird durch Qualität, Innovationskraft, Effizienz und Effektivität im Handeln aller Akteure gefestigt.

Leistungsguppe

1,2,3

1,2,3

1,2,3

1.2 Lagebeurteilung

Chancen des Umfeldes

- Die duale Berufslehre verfügt nach wie vor über ein gutes Image bei den Jugendlichen und ist in der Luzerner Bevölkerung gut verankert. Gegen 70% aller Jugendlichen im Kanton Luzern wählen den Berufsbildungsweg.
- Die Luzerner Betriebe betrachten die Berufsbildung als wirtschaftlichen Erfolgsfaktor. Der Kanton Luzern weist eine der höchsten prozentualen Quoten an ausbildenden Lehrbetrieben auf.

Risiken des Umfeldes

- Die demografische Entwicklung führt ab 2012/13 zu einem Rückgang der Lernendenzahlen. Dadurch finden viele Betriebe keine geeigneten Lehrlinge für die zu besetzenden Stellen, insbesondere in anspruchsvollen Berufen. Mittelfristig droht ein enormer Fachkräftemangel.
- Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe sinkt aufgrund erschwelter Rahmenbedingungen (ungenügende Qualifikation der Schulabgänger/innen, steigende Qualitätsanforderungen an die Ausbildung, administrative Hürden usw.).

Stärken der Organisation

- Die Zusammenarbeit der Lernorte in der Berufsbildung (Lehrbetrieb, Berufsfachschule, Überbetriebliche Kurse) ist im Kanton Luzern weitgehend institutionalisiert und wird durch geeignete Tools unterstützt. Dadurch wird die Qualität der Ausbildung gewährleistet.
- Der Kanton Luzern ist schweizweit führend bei der Begleitung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden (Plattform „startklar“, Case Management Berufsbildung, Berufsintegrationscoaching, Brückenangebote usw.).

Schwächen der Organisation

- Der Prozentanteil an Berufsmaturitätsabschlüssen ist im Kanton Luzern unterdurchschnittlich. Gründe sind noch unausgeschöpfte Potentiale, zu wenig flexible Ausbildungsmodelle, zu wenig Berufsmatura-Werbung bei Betrieben, Eltern und Jugendlichen.
- Die Lehr- und Unterrichtsformen an den Berufsfachschulen sind vielerorts eher traditionell und zuwenig vielfältig. „Blended learning“ hat noch kaum Einzug gehalten.

1.3 Schlussfolgerungen

Für die Berufs- und Weiterbildung Luzern ergeben sich dadurch folgende strategische Prioritäten:

Die Luzerner Wirtschaft verfügt über qualifizierte Fachkräfte mit einer hervorragenden praxisorientierten Berufsausbildung.

- Lehrbetriebe und Berufsverbände in ihren Berufsbildungsaktivitäten optimal unterstützen
- Berufsbildungsangebote für leistungsstarke Jugendliche ausbauen, um den drohenden Fachkräftemangel zu bekämpfen
- Marketing für die Berufsbildung, insbesondere für die Berufsmatura verstärken und den Berufsmatura-Anteil sukzessive steigern
- Stellenwert der Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens bei der Bevölkerung stärker verankern

Jugendliche werden über einen erfolgreichen Berufsabschluss nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert.

- Zusammenarbeit mit der Sekundarstufe I verstärken und Berufswahlvorbereitung professionalisieren
- Wirksamkeit der Integrationsmassnahmen an den Nahtstellen I (Volksschule - Berufsbildung) und II (Berufsbildung - Arbeitsmarkt) weiter erhöhen

Die Attraktivität der Luzerner Berufsbildung wird durch Qualität, Innovationskraft, Effizienz und Effektivität im Handeln aller Akteure gefestigt.

- Qualität des Lehrkörpers durch Anpassung der Besoldungen und wo nötig durch Nachqualifikationen gewährleisten
- Leistungen und Prozesse der verschiedenen Akteure in der Luzerner Berufsbildung noch besser aufeinander abstimmen
- Schulraumprobleme lösen und moderne flexible Lehr- und Lernformen an den Berufsfachschulen vermehrt einsetzen ("blended learning")

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Betr. Umfeldentwicklung sowie Chancen und Risiken gelten immer noch die Ausführungen der Lagebeurteilung unter Pt. 1.2

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung

- sorgt durch Lehrstellenmarketing in enger Zusammenarbeit mit Betrieben, Organisationen der Arbeitswelt und anderen Partnern dafür, dass in den verschiedenen Wirtschaftszweigen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen
 - bietet durch ihre Berufsfachschulen den schulischen Teil der dualen Berufsbildung und durch ihre Fach- und Wirtschaftsmittelschulen vollschulische Bildungsgänge an
 - passt das Bildungsangebot laufend den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Nachfrage der Jugendlichen und Erwachsenen an
 - stellt für Jugendliche, welche den direkten Einstieg in die Berufs- und Arbeitswelt nicht schaffen, schulische, kombinierte (Schule-Praxis) oder Integrations-Brückenangebote und andere Supportleistungen zur Verfügung
 - fördert schulisch schwächere Jugendliche durch Stützkurse, stärkere durch Freikurse und andere pädagogische Massnahmen
 - informiert und berät die Ausbilder/innen in Lehrbetrieben, die Lehrpersonen, die Lernenden sowie die Eltern in allen Fragen rund um Ausbildung, Lehrverhältnis und Lehrverträge
 - überwacht die Qualität der beruflichen Grundbildung, der höheren Berufsbildung und der Weiterbildung gemäss den gesetzlichen Vorschriften des Bundes und des Kantons
 - plant und steuert die Weiterentwicklung der Berufsbildung im Kanton Luzern in enger Abstimmung mit den übrigen Berufsbildungspartnern, mit den Nachbarkantonen und den zuständigen Stellen auf schweizerischer Ebene
 - richtet über ihre Fachstelle Stipendien Ausbildungsbeiträge an jugendliche und erwachsene Gesuchsteller/innen aus und leistet damit einen Beitrag zur Chancengleichheit im Bildungswesen.
-

2.3 Leistungsgruppen

1. Betriebliche Bildung
 2. Schulische Bildung
 3. Beratung, Integration und Vermittlung
-

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Qualifizierte Fachkräfte für Luzerner Wirtschaft:

Leistungsziele

L1 Nachwuchs für Fachhochschulen gewährleisten

L2 Hohe Qualität / Leistung der Ausbildung sicherstellen

L3 Spezialisierung der Berufsqualifikation und der Weiterbildung ermöglichen

Integration von Jugendlichen mit Leistungsdefiziten in die Berufsbildung:

Wirkungsziele

W1 Unterdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit im Kanton Luzern

W2 Berufslernende zum erfolgreichen Abschluss bringen

Leistungsziele

L1 Direkteinstieg in die Berufsbildung nach der Volksschule ermöglichen

L2 Absolvierende der Brückenangebote nach einem Jahr in die Berufsbildung bringen

L3 Lehrstellen für Jugendliche mit Leistungsdefiziten zur Verfügung stellen

Attraktivität der dualen Berufsbildung festigen

Wirkungsziele

W1 Berufsbildungsangebote attraktiv ausgestalten

W2 Bedarf der Wirtschaft befriedigen

W3 Ansprüche der Lernenden erfüllen

W4 Ansprüche der Lehrbetriebe / Berufsverbände erfüllen

Leistungsziele

L1 Zur Verfügung gestellte Ressourcen optimal einsetzen

L2 Als Berufsschul-Anbieter attraktiv sein

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Qualifizierte Fachkräfte für Luzerner Wirtschaft:				
L1 Berufsmaturitätsquote	abs.	11.8%	12.0%	12.2%
L2 Quote leistungsstarker Lernender (Ehrenmeldungen)	min.	6.9%	7%	7%
L3 Quote Abschlüsse Höh. Berufsbildung im Verh. EFZ	min.	57%	55%	55%
Integration von Jugendlichen mit Leistungsdefiziten in die Berufsbildung:				
W1 Jugendarbeitslosigkeit Luzern	abs.	3.3%	2.3%	n.a.
W1 Jugendarbeitslosigkeit CH	abs.	4.4%	3.3%	n.a.
W2 Quote der def. Lehrabbrüche /nicht bestand. LAP	max.	3.2%	3.0%	3.0%
L1 Quote SchulabgängerInnen in Brückenangeboten	max.	17.6%	18%	18%
L2 Berufsbild.quote Absolvierende Brückenangebote	min.	78%	81%	82%
L3 Quote der unbesetzten EBA-Lehrstellen	min.	0%	0%	0.5%
Attraktivität der dualen Berufsbildung festigen:				
W1 Anteil der Berufsbildung an Eintritt Sek.-stufe II	min	70%	70%	70%
W2 Quote der unbesetzten Lehrstellen	max.	6%	6%	5%
W3 Zufriedenheitsgrad Lehrbetriebe mit Berufsbildung	min.	80%	80%	85%
W4 Zufriedenheit Lernende mit Berufsbildung	min.	80%	80%	85%
L1 Pro-Kopf-Kosten Grundbildung im Vergl. CHØ	max.	82%	85%	85%
L2 Ant. ausserkant. Lernende an LU- Berufsfachsch.	min.	20%	20%	20%

Bemerkungen

Pro-Kopf-Kosten Grundbildung: Diese liegen u.a. unter dem schweizerischen Durchschnitt, da im Kt. Luzern mit 6% ein geringerer Anteil der Berufsbildung in vollschulischer Form stattfindet als im schweizerischen Durchschnitt mit 14%. Die Kosten der dualen Grundbildung sind deutlich tiefer.

2.5 Statistische Messgrößen	R 2010	B 2011	B 2012
Ø Personalbestand in Vollzeitstellen	700	723	714
Ø Personalbestand Schulen	625	647	637
davon LP inkl. Schulleitung	520	548	548
davon Administration / Betrieb	105	99	89
Ø Personalbestand Services	75	76	77
davon Beratung	63	64	64
davon Administration / Betrieb	12	12	13
Ø Anzahl Mitarbeitende	1'062	1'080	1064
Ø Anzahl Lernende/Praktikantinnen/Praktikanten	23	23	22
Anzahl neu abgeschlossene Lehrverträge	4'294	4'200	4'585
Anzahl neu abgeschlossene Lehrverträge EFZ	3'891	3'750	4'045
Anzahl neu abgeschlossene Lehrverträge EBA	403	450	540
Anzahl Lernende an Berufsfachschulen, Berufs- und Fachmittelsch.	14'082	14'080	14'100
Quote der Lernenden mit Stützkursen	10%	10%	10%
Anzahl Jugendliche in den Brückenangeboten	677	690	690
Studierende in der Höheren Berufsbildung	3'410	3'425	3'674

Bemerkungen

Personalbestand: Verschiebung von 7.7 Stellen zur Dienststelle Hochschulbildung und Kultur und von 2 Stellen zur Dienststelle Informatik. 2 unterrichtsbedingte zusätzliche Stellen an den Schulen und 1 Projektleitung Sephir (Lernortkooperation) bei den Services. Abbau Sportlektionen Abschlussklassen führt zu Reduktion von 3.2 Stellen. 2011 wurden effektiv 4'559 Lehrverträge neu abgeschlossen (4'047 EFZ, 512 EBA).

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		102.1	103.308	1.1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		15.5	14.093	-9.2%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.2	0.353	65.7%
34 Finanzaufwand		0.0	0.003	-26.9%
36 Transferaufwand		78.8	82.026	4.1%
37 Durchlaufende Beiträge		1.5	0.500	-66.7%
39 Interne Verrechnungen		31.0	29.486	-4.7%
Total Aufwand	0.0	229.1	229.770	0.3%
42 Entgelte		-9.1	-10.618	17.1%
44 Finanzertrag		-0.1	-0.130	-11.8%
46 Transferertrag		-60.0	-60.655	1.1%
47 Durchlaufende Beiträge		-1.5	-0.500	-66.7%
49 Interne Verrechnungen		-4.8	-4.371	-9.6%
Total Ertrag	0.0	-75.6	-76.273	0.9%
Saldo - Globalbudget	0.0	153.6	153.497	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Der Personalaufwand steigt aufgrund der regulären Besoldungsanpassung (1 Mio. Fr.), zu tief budgetierter Personalkosten 2011 (1,4 Mio. Fr.) und Funktions- und Altersentlastungen (1,1 Mio. Fr.). Hingegen ergeben sich durch Stellenverschiebungen zu anderen Dienststellen (-1,6 Mio. Fr.), Abbau von Sportlektionen (-0,5 Mio. Fr.) und Einsparungen bei der Weiterbildung (0,15 Mio. Fr.) Reduktionen. Der Sachaufwand sinkt ebenfalls aufgrund der Verschiebungen (-1 Mio. Fr.) und Einsparungen bei Honoraren / Dienstleistungen (-0,35 Mio. Fr.). Der Transferaufwand erhöht sich aufgrund von Besoldungs- und Tarifierpassungen (1,4 Mio. Fr.) sowie Zunahme Lernender und Studierender (3,7 Mio. Fr.), reduziert sich aber durch tiefere Stipendienzahlungen (-1,25 Mio. Fr.) und tiefere Expertenansätze und Projektbeiträge (-0,6 Mio. Fr.). Tiefere Verrechnungen zwischen den BBZ, bei den IT-Pauschalen und bei den Mieten führen zu Einsparungen (-1,5 Mio. Fr.).

Höhere Dienstleistungserträge an Schulen (-0,8 Mio. Fr.), erstmalige Einbuchung Stipendien-Rückforderungen (-0,7 Mio. Fr.) und Erhöhung Bundesbeiträge (-1,8 Mio. Fr.). Im Gegenzug fallen geringere Beiträge von anderen Kantonen (1,2 Mio. Fr.) und Verrechnungen zwischen den BBZ an (0,4 Mio. Fr.).

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Betriebliche Bildung	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			16.9	
Total Ertrag			-0.4	
Saldo	0.0	0.0	16.4	
2. Schulische Bildung	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			193.4	
Total Ertrag			-74.9	
Saldo	0.0	0.0	118.5	
3. Beratung, Integration und Vermittlung	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			19.5	
Total Ertrag			-0.9	
Saldo	0.0	0.0	18.6	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010 B 2011	B 2012	Abw. %
Brückenangebote:			
36363405 Brückenangebote	0.6	0.097	-83.7%
36363456 Caritas Sprachförderung		0.100	
36363457 Ergänzende externe Angebote		0.700	
Total Aufwand Brückenangebote B2012 (0.897 Mio.)			
Grundbildung:			
36313400 Berufsfachschulen Vollzeit (SB an kant. Inst.)	0.7	0.632	-7.7%
36323400 Berufsfachschulen Vollzeit (SB an Gemeinden)	0.1	0.223	71.5%
36363400 Berufsfachschulen Vollzeit (SB an priv. Inst.)	1.1	2.062	91.8%
36313402 Berufsfachschulen Teilzeit (SB an kant. Inst.)	7.0	7.307	4.6%
36363402 Berufsfachschulen Teilzeit (SB an priv. Inst.)	27.0	27.523	2.0%
Total Aufwand Grundbildung B2012 (37.747 Mio.)			
Höhere Berufsbildung:			
Berufsprüfungen (BP):			
36313430 Vorbereitung auf BP (SB an kant. Inst.)	0.2	0.278	28.5%
36363430 Vorbereitung auf BP (SB an priv. Inst.)	2.2	2.806	25.3%
Total Aufwand Berufsprüfungen B2012 (3.084 Mio.)			
Höhere Fachprüfungen (HFP):			
36313440 Vorbereitung auf HFP (SB an kant. Inst.)	0.1	0.233	55.5%
36363440 Vorbereitung auf HFP (SB an priv. Inst.)	0.5	0.301	-33.1%
Total Aufwand Höhere Fachprüfungen B2012 (0.534 Mio.)			
Höhere Fachschulen (HF):			
36313410 Höhere Fachschulen Vollzeit (SB an kant. Inst.)	2.6	3.063	18.4%
36363412 Höhere Fachschulen Vollzeit (SB an priv. Inst.)	6.5	6.520	0.2%
36313510 Höhere Fachschulen Vollzeit (SB an HFT)		0.397	
36313420 Höhere Fachschulen Teilzeit (SB an kant. Inst.)	0.1	0.374	149.4%
36363422 Höhere Fachschulen Teilzeit (SB an priv. Inst.)	3.5	3.532	-0.4%
Total Aufwand Höhere Fachschulen B2012 (13.886 Mio.)			
Total Höhere Berufsbildung B2012 (17.504 Mio.)			
Weiterbildung / Quartär:			
36360001 Allgemeine Weiterbildung (SB an priv. Inst.)	0.0	0.168	>= 1000%
36313450 Quartärausbildungen (SB an kant. Inst.)	0.2	0.009	-95.7%
36313510 Quartärausbildungen (SB an HSLU)		0.195	
36363450 Quartärausbildungen (SB an priv. Inst.)	0.2	0.181	-17.9%
Total Aufwand Weiterbildung / Quartär B2012 (0.603 Mio.)			
Sprache, Information/Integration:			
36320001 Sprache, Inf./Int. (SB an Gemeinden)		0.030	
36363455 Sprache, Inf./Int. (SB an priv. Inst.)	1.2	1.037	-13.6%
Total Aufwand Sprache, Inf./Int. B2012 (1.167 Mio.)			
Betriebliche Bildung:			
36363490 Überbetriebliche Kurse	3.8	4.550	19.7%
36363495 Qualifikationsverfahren, Lehrabschlussprüfungen	6.2	5.950	-4.0%
36363460 Bildung Bildungsverantwortliche	0.3	0.380	11.8%
36313460 Validierung Bildungsleistungen	0.3	0.275	-15.4%
Total Aufwand Betriebliche Bildung B2012 (11.605 Mio.)			
Stipendien:			
36373400 Stipendien	11.6	10.350	-10.8%
36373410 Darlehenszinsen	0.2	0.250	13.6%
Total Aufwand Stipendien B2012 (10.75 Mio.)			

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Interkantonale Berufsbildung:				
36363499 Interkantonale Berufsbildung (SDBB)		0.3	0.410	28.1%
Abschreibungen:				
36600600 Planmässige Abschreibungen Investitionsbeiträge		2.0	2.094	2.8%
Total Transferaufwand	0.0	78.8	82.026	4.1%
Beiträge für eigene Rechnung Bund:				
46303400 Bundesbeiträge Berufsbildung		-33.5	-35.800	6.7%
46303405 Bundesbeiträge Stipendien / Darlehen		-1.2	-1.197	0.0%
Total Ertrag Bundesbeiträge B2012 (36.897 Mio.)				
Brückenangebote:				
46303420 Bundesbeiträge Brückenangebote		-0.1		-100.0%
Grundbildung:				
46313402 Berufsfachschule Teilzeit (Beitr. anderer Kantone)		-19.1	-18.500	-3.0%
46343400 Berufsfachschule Vollzeit (Beitr. anderer Kantone)		-2.9	-2.735	-4.9%
46313403 FaBe BBZ G (Beitr. anderer Kantone)		-0.1	-0.175	16.7%
Total Ertrag Grundbildung B2012 (21.410 Mio.)				
Höhere Berufsbildung:				
46313405 Milchtechnologie Berufsprüfungen		-0.1		-100.0%
46110001 Entschädigungen von Kantonen			-0.354	
46313407 Diverse Höhere Berufsbildung am BBZ WB		-0.3		-100.0%
46343405 HFT (Beitr. anderer Kantone)		-1.4	-1.390	1.4%
46343410 HSLU D&K / Vorkurse		-0.6		-100.0%
Total Ertrag Höhere Berufsbildung B2012 (1.724)				
Betriebliche Bildung:				
46110001 Entschädigungen von Kantonen (Validierung)			-0.110	
Beratung und Integration:				
46110001 Entschädigungen von Kantonen			-0.009	
46303410 Bundesbeitrag Case Management		-0.4	-0.325	-13.3%
46313400 Case Management (Beitrag OW/NW)		-0.1	-0.060	20.0%
46303415 Bundesbeiträge Beratung/Projekte		-0.3		-100.0%
Total Ertrag Beratung und Integration B2012 (0.394 Mio.)				
Total Transferertrag	0.0	-60.0	-60.655	1.1%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

36 Transferaufwand: Insgesamt nehmen die Transferaufwände um 3,2 Mio. Fr. zu.
 Brückenangebote: Kosten für externe Plätze waren 2011 unter Dienstleistungen budgetiert (0,3 Mio. Fr.).
 Grundbildung: Mehrkosten private Berufsfachschulen durch Besoldungs- und Tarifierungsanpassungen (0,6 Mio. Fr.). 2011 zu tief budgetierte Kosten Berufsmatura und Talent's School (1,1 Mio. Fr.). Mehrkosten durch Zunahmen Nachholbildungen (0,2 Mio. Fr.).
 Höhere Berufsbildung: Mehrkosten durch Zunahme der Studierendenzahlen bei Berufsprüfungen (0,7 Mio. Fr.) und bei den Höheren Fachschulen (1,2 Mio. Fr.).
 Weiterbildung / Quartär: allg. Weiterbildung war 2011 unter Sprache, Information/Integration budgetiert (0,2 Mio. Fr.).
 Sprache, Information/Integration: Verschiebung allg. Weiterbildung (- 0,2 Mio. Fr.).
 Betriebliche Bildung: Höhere, schweizweite Tarife für überbetriebliche Kurse (0,6 Mio. Fr.) und zusätzliche Kurstage durch KV-Reform (0,15 Mio. Fr.). Höhere Kosten für die Prüfungsdurchführungen (0,2 Mio. Fr.) aber Reduktion des Expertenansatzes (- 0,45 Mio. Fr.).
 Stipendien: Minderkosten aufgrund geringerer Anzahl Stipendiengesuchen und Rückgang Anspruchsberechtigung (- 1,25 Mio. Fr.).

Transferertrag: Insgesamt nehmen die Transfererträge um -0,6 Mio. Fr. zu.

Bundesbeiträge: höhere Pauschale durch die Erhöhung des Rahmenkredites des Bundes (-2,3 Mio. Fr.).

Brückenangebote: Wegfall Projektfinanzierung Bund (0,1 Mio. Fr.)

Grundbildung: Tiefere Beiträge aus anderen Kantonen aufgrund Rückgang der ausserkantonalen Lernenden (0,7 Mio. Fr.).

Höhere Berufsbildung: Verschiebung Vorkurs für Hochschule Design&Kunst zum Aufgabenbereich Hochschulbildung (0,6 Mio. Fr.).

Beratung und Integration: Wegfall Projektfinanzierung Bund (0,3 Mio. Fr.).

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		0.3	1.735	547.4%
56 Eigene Investitionsbeiträge		2.5	0.900	-64.0%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	2.8	2.635	-4.8%
 Total Einnahmen	 0.0	 0.0	 0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	2.8	2.635	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

50 Sachanlagen: Anschaffungen von Mobilien und Maschinen aufgrund der Berufsfeldverschiebungen im Rahmen des Abschlusses der Umsetzung der Berufsfachschulplanung (B37 vom 18.12.2007).

56 Eigene Investitionsbeiträge: Geringere Baubeiträge an Berufsbildungsbauten von privaten Trägern.

Information zu den Investitionsbeiträgen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
56500001 Investitionsbeiträge an Berufsbildungsbauten		2.5	0.900	-64.0%
Total eigene Investitionsbeiträge	0.0	2.5	0.900	-64.0%
 Total Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	 0.0	 0.0	 0.000	

H2-3500 BKD – Hochschulbildung

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Den Kanton Luzern als Hochschulstandort entwickeln und profilieren
Wissenschaftliche Informationsversorgung im Kanton Luzern ausbauen und neu strukturieren

Leistungsgruppe

1

1

1.2 Lagebeurteilung

Chancen und Risiken des Umfeldes

- Luzern kann sich als bedeutungsvoller Hochschulstandort profilieren, der national und international etabliert ist.
- Sollte das Wachstum der Studierendenzahlen an den luzerner Hochschulen grundsätzlich eingeschränkt werden, während die anderen Hochschulen der Schweiz keine Studierendenlimiten kennen und weiter wachsen, verliert der Hochschulstandort Luzern im schweizerischen Umfeld an Bedeutung.
- Schliessung einzelner Fakultäten/Bereiche der Hochschulen wegen fehlender Unterstützung falls Luzern es nicht schafft, den Turnaround zu einem bedeutenden Bildungs- und Kulturstandort zu vervollständigen.
- Der Kanton schätzt den volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen der Hochschulen nicht hoch genug.
- Risiko, dass die Hochschulen als Konkurrenz zu anderen Bildungswegen (v.a. zur Berufsbildung) gesehen werden.

Stärken und Schwächen der Organisation

- Profilierungspotential der Hochschulen in Forschung und Lehre: 3 junge, konkurrenzfähige Hochschulen; Aufbau von Kompetenzschwerpunkten; Konzentration auf ausgewählte Fachbereiche; hohe Qualität von Lehre und Betreuung; Anschlussfähigkeit an die beliefernden Schulen.
- Effizientes Betriebskonzept der Bibliotheken: Fachliche und betriebliche Führung durch die ZHB (1 Kompetenzzentrum).
- Keine solide Finanzierung: Hochschulen haben keinen Spielraum für Entwicklung.
- Raumknappheit und inadäquate Infrastruktur: Situation wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen, weil Investitionsmittel fehlen.

1.3 Schlussfolgerungen

- Die Führung von drei Hochschulen mit eigenständigen Profilen macht Luzern zu einem vielfältigen und dynamischen Hochschulstandort, der die Attraktivität Luzerns als Wirtschafts- und Wohnkanton sowie der gesamten Zentralschweiz erhöht. Die Kooperation zwischen den Hochschulen stärkt sie im Einzelnen sowie den Hochschulplatz als Ganzes.
- Das Wachstum der luzerner Hochschulen muss aus einem Zusammenspiel von Qualität, Quantität sowie finanziellen und betrieblichen Möglichkeiten hervorgehen. Die zur Verfügung gestellte Infrastruktur muss den Bedürfnissen der einzelnen Hochschulen zur Erfüllung ihrer Leistungsaufträge entsprechen. Die Differenz zwischen den finanziellen Bedarfsszahlen der Hochschulen und den AFP-Zahlen des Kantons muss bereinigt werden.
- Sanierung und Erweiterung der Zentral- und Hochschulbibliothek
- Einrichtung der kooperativen Speicherbibliothek

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

siehe Lagebeurteilung

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Hochschulbildung und Kultur ist zuständig für alle Belange in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Kultus und Kultur. Dort, wo per Gesetz anderen Organen Zuständigkeiten übertragen sind (Konkordate, selbständige Anstalten), bearbeitet die Dienststelle im Sinne der Interessen des Kantons Luzern die bildungspolitischen, strategischen und administrativen Geschäfte. Sie sorgt dafür, dass Wissenschaft, Forschung und Kultur im Kanton angemessen positioniert sind und zielorientiert gefördert und weiterentwickelt werden und dass die einzelnen Fachbereiche ihre gesetzlichen Aufgaben effizient erfüllen können.

2.3 Leistungsgruppen

1. Hochschulbildung

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Wirkungsziele Hochschulbildung

W1 Hoher Anteil an hochqualifizierten Arbeitskräften im Kanton Luzern.

W2 Die Kompetenzen der Hochschulen werden von möglichst vielen Absolventen und externen Berufsleuten gefragt und genutzt.

W3 Die Absolventen der Grundlehre treten nach Abschluss des Studiums in den Arbeitsmarkt.

Leistungsziele Hochschulbildung

L1 Die Lehre an den Hochschulen richtet sich auf ausgewählte Fachbereiche aus, und Studierende profitieren von einer qualitativ hochwertigen Ausbildung, welche ihren Bedürfnissen entspricht.

L2 Der Anteil an drittmittelgestützter Forschung ist hoch; Weiterbildungen haben eine grosse Nachfrage auf dem Markt.

Wirkungsziele Zentral- und Hochschulbibliothek

W1 Der Zugang zu wissenschaftlichen Informationen ist einfach und benutzerfreundlich gestaltet und wird von einem möglichst grossen Anteil der Studierenden und der Bevölkerung genutzt.

W2 Ein möglichst hoher Anteil der wissenschaftlichen Informationsbedürfnisse der Bevölkerung wird durch die ZHB abgedeckt.

Leistungsziel Zentral- und Hochschulbibliothek

L1 Der Betrieb der ZHB ist professionell und nach vereinbarten Standards ausgerichtet, welches eine aktuelle und professionell organisierte Informationsvermittlung ermöglicht.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Hochschulbildung:				
W1 Anteil hochqualifizierter Arbeitskräfte am Total der erwerbstätigen Bevölkerung	min.	25%	25%	25%
W2 Anzahl Teilnehmende an WB-Kursen	min.	10'410	10'240	10'240
W3 Erwerbsquote der Absolventen (1 Jahr nach Studienabschluss) (nur FH und PH)	min.	95%	95%	95%
L1 Anzahl Absolventen (Köpfe)	abs.	1'719	1'849	1'925
L2 Forschung: Höhe der eingeworbenen Drittmittel (in Mio.)	abs.	22.5	22.9	24.2
L2 Anz. Publikationen, Forsch.berichte (nur Uni, PH)	abs.	560	580	590
L2 WB: Anz. Veranstalt. (Kurse, CAS, DAS, MAS)	abs.	836	778	778
Zentral- und Hochschulbibliothek:				
W1 Anzahl eingeschriebener Benutzer/Benutzerinnen	abs.	18'115	18'000	15'000
W2 Anzahl Zutritte (total ZHB)	abs.	265'000	210'000	440'000
W2 Anzahl Zutritte (ZHB Sempacherstrasse)	abs.	k.A.	210'000	190'000
W2 Anz. Zutritte (ZHB Bibliothek UPG ab 9/2011)	abs.			250'000
L1 Anzahl Ausleihen (pro Jahr, total ZHB)	abs.	251'820	190'000	290'000
L1 Anz. Ausleihen (ZHB Sempacherstrasse)		251'820	190'000	150'000
L1 Anz. Ausleihen (ZHB UPG)				140'000
L1 Anz. Zugriffe auf elektronische Medien (pro Jahr)	abs.	100'000	115'000	110'000

Bemerkungen

Hochschulbildung W3: Zahlen werden vom BfS erhoben; für Uni noch keine gesamtschweizerischen Daten

Hochschulbildung L2 (Anz. Publikationen): für FH werden dazu keine Zahlen erhoben

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Ø Personalbestand in Vollzeitstellen (ZHB, DHK S, HGK-Vorkurs)	67	66.9	82.3
davon Personalbestand in VZ fremdfinanziert (ZHB)	24.3	25.3	28.2
Ø Anzahl Lernende/Praktikantinnen/Praktikanten	6.7	6	6
Gesamtzahl Studierende (BA und MA, inkl. VBK PHZ)	8'039	8'653	9'243
Ø Anzahl Studierende HSLU (Bachelor/Master)	4'290	4'756	5'001
davon LU-Studierende an der HSLU	1'244	1'379	1'410
Ø Studierende HSLU in Vollzeitäquivalenten	4'054	4'226	4'464
davon LU-Studierende an der HSLU	1'161	1'226	1'242
Ø Anzahl Studierende PHZ (Bachelor/Master; inkl. VBK)	1'555	1'638	1'872

davon LU-Studierende an der PHZ	653	688	726
Ø Studierende PHZ in Vollzeitäquivalenten (exkl. VBK)	1'570	1'748	1'790
davon LU-Studierende an der PHZ	660	731	691
Anzahl Studierende Universität LU (Bachelor/Master)	2'194	2'259	2'340
LU-Studierende an der Universität gem. IUV (Bachelor/Master)	575	678	518
IUV berechnete Doktorierende			56
Anzahl Luzerner Studierende an anderen FH und PH	983	1'100	1'210
Anzahl Luzerner Studierende an anderen Universitäten	2'391	2'440	2'530

Bemerkungen

Personalbestand in Vollzeitstellen: Der HGK-Vorkurs ist neu im Aufgabenbereich Hochschulbildung (+ 7.7). Bei der Abteilung Services wird das Pensum der wissenschaftlichen Mitarbeiterin erhöht (0.5). Bei der ZHB werden für die Retrokatalogisierung befristet 4.3 Stellen geschaffen, zusätzlich 2.9 Stellen, welche durch Drittmittel finanziert werden.

LU-Studierende an der Universität Luzern: Budgetzahl 2011 entspricht nicht der IUV-Berechnung.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		8.0	9.393	17.1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		1.8	2.589	43.1%
34 Finanzaufwand		0.0	0.001	-58.0%
36 Transferaufwand		135.1	141.947	5.1%
37 Durchlaufende Beiträge			11.700	
39 Interne Verrechnungen		1.7	1.509	-11.9%
Total Aufwand	0.0	146.6	167.140	14.0%
42 Entgelte		-3.5	-3.600	3.2%
44 Finanzertrag		-0.1	-0.260	85.7%
46 Transferertrag		-0.1	-0.788	891.5%
47 Durchlaufende Beiträge			-11.700	
49 Interne Verrechnungen		0.0	-0.005	0.0%
Total Ertrag	0.0	-3.7	-16.353	340.5%
Saldo - Globalbudget	0.0	142.9	150.787	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Durch die Verschiebung des HSLU-D&K Vorbereitungskurses von der Berufs- zur Hochschulbildung erhöhen sich Personalaufwand (1,4 Mio. Fr.), Sach- und übriger Betriebsaufwand (0,85 Mio. Fr.), Entgelte (0,15 Mio. Fr.) und Transferertrag (0,7 Mio. Fr.). Der Transferaufwand entwickelt sich wie folgt: höhere Beiträge an die Hochschule Luzern (+ 2,7 Mio. Fr.) und die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (+ 4,4 Mio. Fr.). Anstieg der zu entrichtenden Beiträge gemäss Fachhochschulvereinbarung (+ 1,3 Mio. Fr.) aufgrund der Mengenentwicklung. Reduktion der Kostenabgeltungspauschale an die Universität Luzern (Entlastungspaket 2011: - 0,3 Mio. Fr.; zusätzliche Kürzung - 0,1 Mio. Fr.); reduzierter Beitrag an die Paraplegiker-Forschung (- 0,6 Mio. Fr.).

Neu werden die IUV Beiträge an die Universität Luzern als durchlaufende Beiträge ausgewiesen.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36300001 Schweiz. Bibliotheksstatistik		0.0	0.006	0.0%
36313500 FHV Beiträge an kantonale Träger		13.3	14.600	9.6%
36363505 FHV Beiträge an private Träger		0.3	0.300	9.1%
36313510 Hochschule Luzern		39.3	42.000	6.8%
36313515 Pädagogische Hochschule Zentralschweiz		21.0	25.443	20.9%
36313520 Universität Luzern: IUV-Beiträge		5.8	5.800	0.0%
36313525 Universität Luzern: Kostenabgeltungspauschale		12.3	11.900	-3.1%
36313530 Schweiz. Universitätskonferenz		0.1	0.148	-0.5%
36313535 IUV Beiträge an andere Kantone		41.5	41.000	-1.2%
36360001 Div. Beiträge an priv. Organisationen		0.1		-100.0%
36363560 Schweiz. Paraplegiker Forschung		1.0	0.350	-63.8%
36363562 Micro Center Central Switzerland		0.3	0.350	0.0%
36600600 Planmässige Abschreibung Investitionsbeiträge			0.050	
Total Transferaufwand	0.0	135.1	141.947	5.1%
46343410 HGK Vorkurs: Beiträge Schulabkommen			-0.709	
46363500 ZHB: Projektbeitrag Nationalfonds		-0.1	-0.080	0.0%
Total Transferertrag	0.0	-0.1	-0.788	891.5%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Aufgrund der zunehmenden Anzahl Studierender sowie der Anzahl aus dem Kanton Luzern stammenden Studierender ergibt sich 2012 ein Anstieg der FHV-Beiträge sowie der Beiträge an die HSLU und die PHZ gegenüber 2011.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
56 Eigene Investitionsbeiträge		0.6		-100.0%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	0.6	0.000	-100.0%
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	0.6	0.000	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Wegfall des Beitrags an die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft Zollikofen.

Information zu den Investitionsbeiträgen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
56600001 shl Zollikofen		0.6		-100.0%
Total eigene Investitionsbeiträge	0.0	0.6	0.000	-100.0%
Total Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	0.0	0.0	0.000	

Bemerkungen zu den Investitionsbeiträgen

s. oben

H3-3502 BKD – Kultur und Kirche

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Kulturbereich innovativ verändern.

Luzern soll mindestens in Europa zu einem der bedeutendsten Musik- und Theaterstandorte werden.

Grössere Transparenz und mehr planerische Sicherheit in der Denkmalpflege und Archäologie herstellen.

Spezielle künstlerische oder musische Begabungen einzelner Schülerinnen und Schüler frühzeitig erkennen und fördern.

Leistungsgruppe

1

1

1

1

1.2 Lagebeurteilung

Chancen und Risiken des Umfeldes

- Luzern als bedeutungsvoller und profilierter Kulturstandort, welcher sich auch international etabliert.

- Schliessung einzelner Kulturhäuser wegen fehlender Unterstützung.

- Monokultureller Ansatz: Ohne Erneuerungen und Erweiterungen könnte der Erfolg und die Attraktivität des Kantons Luzern sehr schnell zusammenfallen („Klumpenrisiko“).

- Finanzielle Kürzungen bedrohen kreatives Potential.

Stärken und Schwächen der Organisation

- Transdisziplinarität als kreativer Nährboden für die Wirtschaft (Innovationen): Institutionsübergreifende Zusammenarbeit,

Schaffung einer kreativen Atmosphäre für Wirtschaftsunternehmen, innovative Angebote von Kultur- und Bildungsinstitutionen.

- Breite Verankerung der Kultur in der Bevölkerung: viele kulturelle Aktivitäten bereits in der Schule; starke Kreativwirtschaft; starke freie Szene.

- Die Bevölkerung nimmt meist nur das Engagement des Kantons für die grossen Kulturinstitutionen wahr.

- Erneuerungsbedarf bei der Infrastruktur.

1.3 Schlussfolgerungen

- Der Kulturbereich befindet sich in einer guten Ausgangslage, doch um seinen Erfolg zu halten und auszubauen, müssen innovative Konzepte entwickelt werden (Planungsbericht zur Kulturförderung).

- Bauliche und betriebliche Erneuerung des Luzerner Theaters. Dazu soll das Gesamtprojekt "Salle modulable" (Dez. 10) mit realisierbaren Eckwerten weiterentwickelt werden (PPP-Projekt).

- Umbau Naturmuseum

- Fundstellenverzeichnis und Bauinventar

- Spezialklassen im Musikbereich

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

s. Lagebeurteilung

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Hochschulbildung und Kultur ist zuständig für alle Belange in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Kultus und Kultur. Dort, wo per Gesetz Anderen Organen Zuständigkeiten übertragen sind (Konkordate, selbständige Anstalten), bearbeitet die Dienststelle im Sinne der Interessen des Kantons Luzern die bildungspolitischen, strategischen und administrativen Geschäfte. Sie sorgt dafür, dass Wissenschaft, Forschung und Kultur im Kanton angemessen positioniert sind und zielorientiert gefördert und weiterentwickelt werden und dass die einzelnen Fachbereiche ihre gesetzlichen Aufgaben effizient erfüllen können.

2.3 Leistungsgruppen

1. Kulturförderung

2. Kirche

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Wirkungsziele Kultur

- W1 Ein möglichst hoher Anteil der Bevölkerung des Kantons Luzern nutzt das breite kantonale Kulturangebot.
- W2 Ein möglichst grosser Teil der wertvollen Kulturgüter des Kantons Luzern wird durch diesen geschützt und erhalten.
- W3 Ein möglichst hoher Anteil der freien Kulturschaffenden profitiert von Beratung und Förderung durch die Kulturförderung.
- W4 Durch die Verteilung von kant. Beiträgen an die gr. Kulturbetriebe trägt die Kulturförderung wesentlich zu deren Erfolg bei.
- W5 Die Gemeinden kennen die schützens- und erhaltenswerten Bauten und die archäologischen Fundstellen auf ihrem Gemeindegebiet.
- W6 Die Museen decken einen möglichst hohen Anteil des Informationsbedarfs der Bevölkerung in den Fachbereichen Geschichte und Naturwissenschaften ab.

Leistungsziele Kultur

- L1 Die Kulturförderung ist die Anlaufstelle für einen grossen Teil der Anliegen im kulturellen Bereich innerhalb des Kantons Luzern.
- L2 Als kantonales Kompetenzzentrum kümmert sich die Abteilung DA um die Belange der Denkmalpflege und Archäologie im Kanton Luzern.
- L3 Die Museen führen Ausstellungen durch, publizieren, forschen, verwalten Sammlungen und beraten.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Kultur:				
W1 Besucherzahlen grosse Kulturbetriebe	min.	178'698	160'000	160'000
W2 Anzahl der neu unter Schutz gestellten Objekte	abs.	4	8	8
W3 Teilnehmerzahlen bei Wettbewerben d. Kulturförd.	abs.	116	120	120
W4 Anz. Produktionen grosse Kulturbetriebe Kt LU	abs.	93	80	80
W5 Anzahl der neu erfassten Gemeinden (Bauinventar)	abs.	9	10	10
W5 Anzahl der neu erfassten Fundstellen (Fundstelleninventar)	abs.	15	12	12
W6 Anzahl Besuche Hist. Museum und Natur-Museum	abs.	82'855	85'000	84'000
W6 Anzahl Schulklassen-Besuche (Museen, ZHB, DA)	abs.	809	790	790
L1 Anzahl der geförderten Kulturprojekte	abs.	309	300	300
L2 Anzahl der abgeschlossenen Restaurierungen und weiteren Massnahmen	abs.	113	80	70
L2 Archäol. Untersuch., Baubegleit., Sondierungen	abs.	37	20	20
L3 Anzahl Beratungen und Auskünfte (Museen)	abs.	438	460	460

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Ø Personalbestand in VZ (ohne Kulturinstitut. u. Kulturschaffende)	44,4	44,8	46,0
Ø Anzahl Lernende/Praktikantinnen/Praktikanten	1,8	1,5	1,5
Zusätzlich Ehrenamtliche u. Andere (Denkmalpflege, Archäologie, Museen)	11,5	11	11

Bemerkungen

Im Natur-Museum werden Stellen geschaffen, die aus Drittmitteln finanziert sind. Zudem wird das Pensum der Direktion erhöht (0,3).

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		6.3	6.039	-3.7%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		1.8	0.849	-53.1%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.0	0.007	-33.2%
34 Finanzaufwand		0.0	0.000	-40.2%
36 Transferaufwand		28.8	27.486	-4.7%
39 Interne Verrechnungen		3.6	3.561	-0.5%
Total Aufwand	0.0	40.5	37.941	-6.3%
42 Entgelte		-1.0	-0.698	-29.8%
46 Transferertrag		-3.0	-6.009	102.9%
49 Interne Verrechnungen		-9.9	-6.167	-37.9%
Total Ertrag	0.0	-13.9	-12.874	-7.3%
Saldo - Globalbudget	0.0	26.6	25.067	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Im Budget 2012 ist die Sportförderung nicht mehr enthalten, die aufgrund der Departementsreform 2011 neu dem Gesundheits- und Sozialdepartement angehört (Nettokosten 0,9 Mio. Fr.).

Der höhere Personalbestand beim Natur-Museum sowie die Verschiebung der kirchlichen Beiträge (0,2 Mio. Fr.) führen zu einem Anstieg des Personalaufwands. Beim Transferaufwand ist die Erhöhung des Kostenteilers beim Zweckverband Grosse Kulturbetriebe gemäss Finanzreform 08 berücksichtigt (1,1 Mio. Fr.) sowie die Brutto-Budgetierung der Zahlung an den Interkantonalen Lastenausgleich Kultur, welche entsprechenden Mehrertrag generiert (1,4 Mio. Fr.). Zudem sind höhere Erträge aus dem Interkantonalen Lastenausgleich Kultur zu erwarten (netto 1,9 Mio. Fr.).

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Kulturförderung	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			37.3	
Total Ertrag			-12.6	
Saldo	0.0	0.0	24.7	
2. Kirche	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			0.6	
Total Ertrag			-0.2	
Saldo	0.0	0.0	0.4	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36313560 Interkantonaler Lastenausgleich Kultur			1.400	
36363500 Zweckverband Grosse Kulturbetriebe		17.5	18.633	6.4%
36363510 Lucerne Festival		0.2	0.175	0.0%
36363511 Verkehrshaus		0.6	0.578	1.0%
36363512 Sammlung Rosengart		0.1	0.135	0.0%
36363522 Schweiz. Landwirtschaftsmuseum Burgrain		0.1	0.062	0.0%
36363524 Pro Heidegg		0.2	0.155	0.0%
36363530 Kunstankäufe		0.1	0.080	0.0%
36363531 Werkbeiträge		0.2	0.220	0.0%
36363535 Meisterkurse		0.0	0.035	0.0%
36363537 Osterfestspiele		0.0	0.018	0.0%
36363538 Filmförderung		0.2	0.200	0.0%
36363540 Kirchliche Institutionen		0.3	0.363	3.7%
36363590 div. Beiträge zur Förderung von Kunst und Kultur		1.0	1.000	0.0%
36373501 Denkmalpflege		3.5	3.383	-2.9%

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36600600 Planmässige Abschreibung Investitionsbeiträge		1.0	1.050	3.3%
36113520 Kurse Sportförderung		0.1		-100.0%
36323520 Sportgeräte Swisslos		0.1		-100.0%
36323521 Sportanlagen Swisslos		1.0		-100.0%
36363520 Sportförderung Swisslos		2.3		-100.0%
36363521 Sportanlagen Swisslos		0.4		-100.0%
36363529 diverse Beiträge Sportförderung		0.0		-100.0%
Total Transferaufwand	0.0	28.8	27.486	-4.7%
46303500 Archäologische Untersuchungen: Bundesbeitrag		-0.1	-0.082	0.0%
46313500 Interkantonaler Lastenausgleich Kultur		-2.5	-5.817	132.7%
46323581 Werkbeiträge: Anteil Stadt Luzern		-0.1	-0.110	0.0%
46303520 Kurse Sportförderung		-0.2		-100.0%
46303590 diverse Beiträge Sportförderung		0.0		-100.0%
46313501 Sport Kursgeld		-0.1		-100.0%
Total Transferertrag	0.0	-3.0	-6.009	102.9%

H3-5012 GSD – Sport

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Umsetzung Sportpolitisches Konzept Kanton Luzern und Überführung in ein Kantonales Sportgesetz
 Umsetzung des freiwilligen Schulsportes in den Tagesstrukturen
 Umsetzung von lokalen Bewegungs- und Sportnetzen in den Gemeinden
 Erstellung und Bewirtschaftung eines kantonalen Sportanlagenkonzeptes

Leistungsgruppe

1
1
1
1

1.2 Lagebeurteilung

Der Sport hat im Kanton Luzern einen hohen Stellenwert. Vor allem der in den zahlreichen Vereinen betriebene Breitensport ist ein wirksames Instrument zur Förderung der Volksgesundheit und der gesellschaftlichen Integration. Im sportpolitischen Konzept des Kantons Luzern wurden in den Bereichen «Sport und Bildung», «Sport und Gesundheit», «Sport und Leistung» sowie «Sport und Wirtschaft» sportpolitische Ziele formuliert, die es nun umzusetzen gilt. Dank der Stelle des Beauftragten für Sport und Bewegung können diese neuen Herausforderungen angegangen werden. Im Rahmen des Bundesauftrages Jugend und Sport (J+S) sowie des Swisslos Sportfonds Kanton Luzern werden Verbände, Vereine, Gemeinden und Sportanlässe unterstützt. Damit leistet der Kanton Luzern weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Förderung von Bewegung und Sport. Das BKD ist ein wichtiger Partner zur Erfüllung der Ziele im Bereich des «freiwilligen Schulsports».

1.3 Schlussfolgerungen

Eine zentrale Aufgabe ist und bleibt die Umsetzung von J+S. Des Weiteren wird die Bedeutung von Sport und Bewegung höher geschätzt denn je: als Mittel zur Gesundheitsförderung bei Kindern und Erwachsenen, als Mittel zur Integration und als Mittel zur Entfaltung individueller Potenziale. Die Förderung von Bewegung und Sport stellt damit eine sinnvolle und notwendige Investition in die Zukunft dar. So sollen der freiwillige Schulsport, die lokalen Bewegungs- und Sportnetze, die Nachwuchsförderung aber auch der Erwachsenensport zu zentralen Aufgaben der Sportförderung im Kanton Luzern gehören. Zudem wird mit der nationalen Erfassung der kommunalen Sportstätten die Basis für ein kantonales Sportanlagenkonzept (KASAK) geschaffen. Mit einem Sportförderungsgesetz wollen wir diesen Weg konsequent weitergehen und somit optimale Rahmenbedingungen für ein lebenslanges, gesundheitsförderndes Bewegen und Sporttreiben sichern.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Keine

2.2 Grundauftrag

Die Sportförderung sorgt dafür, dass der Sport im Kanton angemessen positioniert ist und zielorientiert gefördert und weiterentwickelt wird und dass die einzelnen Fachbereiche ihre gesetzlichen Aufgaben effizient erfüllen können.

2.3 Leistungsgruppen

1. Sportförderung

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Die Abteilung Sportförderung berät, fördert, koordiniert und unterstützt verschiedene Anspruchsgruppen im Bereich des Sports. Sie ist dem Departementssekretariat angegliedert und untersteht direkt dem Departementsvorsteher. Ziel der kantonalen Sportförderung ist es, die Basis für ein lebenslanges, gesundheitsförderndes Bewegen und Sporttreiben zu bilden. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisten die J+S-Angebote (J+S-Sportfachkurse sowie Aus- und Weiterbildungskurse für J+S-Kader). Als kantonales Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum verankert die Abteilung Sportförderung die Belange des Sports im Kanton Luzern.

Wirkungsziele Sportförderung

W1 Ein möglichst hoher Anteil der Bevölkerung des Kantons Luzern ist physisch und psychisch gesund.

W2 Möglichst viele Kinder des Kantons Luzern zwischen 5 und 10 Jahren profitieren pro Jahr von einem J+S-Kids-Angebot.

W3 Möglichst viele Jugendliche des Kantons Luzern zwischen 10 und 20 Jahren profitieren pro Jahr von einem J+S-Angebot.

Leistungsziele Sportförderung

L1 Als kant. Kompetenzzentrum kümmert sich die Sportförderung um eine grosse Bedeutung der Belange des Sports im Kt LU.

L2 Eine möglichst hohe Anzahl von Kaderkursen wird angeboten.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
W1 Anteil der übergewichtigen und adipösen Personen (Erhebung alle 5 Jahre)	max.	35%	35%	33%
W2 Anz. Kinder, die an J+S-Kids-Kursen teilnehmen	min.	3'400	5'000	5'000
W3 Anz. Jugendliche, die an J+S-Kursen teilnehmen	min.	31'000	35'000	35'000
L1 Summe verteilter Sport-Toto-Gelder (Mio.)	abs.	3,7	3,76	3,76
L2 Anzahl angebotener Kaderkurse	abs.	65	60	60

2.5 Statistische Messgrößen	R 2010	B 2011	B 2012
Ø Personalbestand in Vollzeitstellen	4.8	4.8	5.0
Ø Anzahl Lernende/Praktikantinnen/Praktikanten	1.0	1.0	1.0

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand			0.705	
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			0.818	
36 Transferaufwand			3.912	
39 Interne Verrechnungen			0.077	
Total Aufwand	0.0	0.0	5.511	
42 Entgelte			-0.321	
45 Entnahmen aus Fonds			-0.100	
46 Transferertrag			-0.325	
49 Interne Verrechnungen			-3.760	
Total Ertrag	0.0	0.0	-4.506	
Saldo - Globalbudget	0.0	0.0	1.005	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Keine

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36115001 Kurse Sportförderung			0.050	
36325101 Sportgeräte Swisslos an Gemeinden			0.200	
36325102 Sportanlagen Swisslos an Gemeinden			0.600	
36365101 Sportförderung Swisslos an Private Organisation.			2.860	
36365102 Sportanlagen Swisslos an Private Organisationen			0.200	
36365103 diverse Beiträge Sportförderung			0.002	
Total Transferaufwand	0.0	0.0	3.912	
46305106 Kurse Sportförderung vom Bund			-0.245	
46305107 diverse Beiträge Sportförderung vom Bund			-0.010	
46315101 Sport Kursgeld von Kantonen			-0.070	
Total Transferertrag	0.0	0.0	-0.325	

H4-5020 GSD – Gesundheit

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Leistungsgruppe
Gesundheit

Die Gesundheitsversorgung ist heute im Kanton Luzern den Bedürfnissen angepasst und von hoher Qualität. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist überdurchschnittlich gut, das Gesundheitsempfinden liegt deutlich über dem Landesschnitt. Die Krankenversicherungsprämien liegen im Kanton Luzern vergleichsweise tief. Die wichtigste Aufgabe für die kommenden Jahre ist es, den Stand zu halten. Vor allem wollen wir eine qualitativ hochstehende und an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte Gesundheitsversorgung im gesamten Kantonsgebiet gewährleisten.

1

Das anspruchsvollste Projekt in nächster Zukunft ist die Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung. Sie definiert die Rollen sämtlicher Beteiligten neu: Statt des Kantons wird massgeblich der Wettbewerb das medizinische Angebot bestimmen. Der Kanton wird aber mit einem Monitoring die Entwicklung genau verfolgen, um das Gesundheitswesen verantwortungsbewusst planen zu können und subsidiär dort einzugreifen, wo das Angebot ungenügend ist.

1

Die Patientinnen und Patienten haben ab 2012 die freie Spitalwahl. Für die Spitäler ergeben sich daraus neue, unternehmerische Aufgaben und Chancen. Für den Kanton Luzern bringt die neue Spitalfinanzierung jährliche Mehrkosten von bis zu 60 Mio. Fr.: Öffentliche und private Spitäler müssen künftig gleich finanziert werden, indem Kantone und Krankenversicherer die Betriebs- und Investitionskosten über Fallpauschalen abgeben. Diese Neuerungen sind für den Kanton mit umfangreichen Vorbereitungsarbeiten verbunden. Er muss die Fallpauschalen einführen, die Spitalliste aktualisieren und allgemein verbindliche Auflagen formulieren. Zudem muss er die Leistungsaufträge für die Listenspitäler erstellen, sowie die internen Abläufe anpassen und bis 2015 einen neuen Versorgungsbericht erstellen.

1

Grundversorgung bleibt im ganzen Kanton gesichert. Neben diesem Grossprojekt stehen weitere anspruchsvolle Aufgaben an. Im Kanton Luzern macht sich, wie überall in der Schweiz, ein Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten in den ländlichen Regionen bemerkbar. Mittelfristig wird wegen der demografischen Veränderungen auch zu wenig Pflegepersonal zur Verfügung stehen. Wir tragen dazu bei, dass Luzern attraktiv als Arbeitsplatz für Personen in Medizinalberufen und anderen Berufen der Gesundheitspflege bleibt. Notfallpraxen an allen Spitalstandorten des Luzerner Kantonsspitals, die Ausweitung der Praxis-Assistenz und die Vernetzung von Ärzten zu Praxisgemeinschaften entlasten die Hausärzte und steigern die Attraktivität des Hausarztberufes in ländlichen Regionen.

1

Eine umfassende Gesundheitspolitik muss auch in der Gesundheitsförderung tätig sein, um die Gesundheit der Bevölkerung auf ihrem heutigen guten Stand zu bewahren und zu fördern. Wegen des gesellschaftlichen Wandels sehen wir hier einen grossen Handlungsbedarf. Wir entsprechen ihm mit Gesundheitsförderungsprogrammen und -projekten mit folgenden Schwerpunkten: gesundes Körpergewicht; psychische Gesundheit; Gesundheit im Alter und betriebliche Gesundheitsförderung.

1

Mit der Neuorganisation der Verwaltung und der Bildung einer einzigen Sportkommission hat der Kanton Luzern zu Beginn des neuen Jahrtausends die Voraussetzung für eine wirkungsvolle und koordinierte Sportförderung geschaffen. Mit einem Sportförderungsgesetz wollen wir diesen Weg konsequent weitergehen. Wir schätzen die Bedeutung des schulischen und ausserschulischen Breitensports und der Talentförderung höher ein denn je; als Mittel zur Entfaltung individueller Potenziale, als Mittel zur Integration, als Mittel zur Gesundheitsförderung bei Kindern und Erwachsenen.

1

1.2 Lagebeurteilung

2012 tritt die neue Spitalfinanzierung in Kraft. In erster Linie soll der Wettbewerb das Angebot bestimmen. Für die Patientinnen und Patienten heisst das: Es gilt die freie Spitalwahl.

Für den Kanton bedeutet die neue Spitalfinanzierung, dass öffentliche und private Spitäler gleich finanziert werden. Die Kosten des Kantons steigen damit erheblich. Gleichzeitig verliert er an Einfluss auf das Spitalangebot. Auf der anderen Seite hat der Kanton aber mehr Mitspracherechte bei den privaten Anbietern und kann diese zum Beispiel verpflichten, eine bestimmte Anzahl Pflegepersonen auszubilden.

Zurzeit ist die ambulante Grundversorgung im ganzen Kantonsgebiet gewährleistet. Aufgrund der Überalterung der Grundversorger und fehlenden Nachwuchses droht aber ein Hausärztemangel in ländlichen Gebieten und mittel- bis langfristig ein Versorgungsengpass bei Spezialisten. Die Gesundheitsversorgung ist heute gut und den Bedürfnissen angepasst. Der Gesundheitszustand ist überdurchschnittlich gut, die Bevölkerung fühlt sich gesünder als der Durchschnittsbürger unseres Landes und die Krankenversicherungsprämien liegen unter dem Schweizer Durchschnitt.

1.3 Schlussfolgerungen

Oberstes Ziel bleibt eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung zu tragbaren Kosten. Wegen der neuen Spitalfinanzierung muss die Rolle des Kantons neu definiert werden. Öffentliche und private Spitäler sind bei der Finanzierung und bei den Auflagen gleich zu behandeln. Der Kanton tritt in erster Linie gemeinsam mit den Krankenversicherern als Leistungseinkäufer auf. Mit diesen zusammen muss er ein Leistungs- und Finanzcontrolling aufbauen.

Im Hinblick auf die steigenden Versorgungskosten sowie auf die demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen soll die Gesundheitsförderung weiter verstärkt werden.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

siehe Lagebeurteilung

2.2 Grundauftrag

Der Grundauftrag besteht in der Sicherstellung der medizinischen Versorgung für die Luzerner Bevölkerung.

Die Dienststelle Gesundheit setzt die strategischen und die finanzpolitischen Ziele des Gesundheits- und Sozialdepartementes im Bereich der Spitäler um. Sie betreibt einen wirtschaftlichen und qualitätsorientierten Leistungseinkauf. Sie erstellt im Auftrag des Regierungsrates die Leistungsaufträge für die Spitäler und Kliniken. Auf der Basis der Leistungsaufträge werden jährlich die Leistungsvereinbarungen zwischen dem GSD bzw. der Dienststelle Gesundheit und den Spitälern und Kliniken ausgehandelt. Die Dienststelle Gesundheit erstellt Statistiken und Analysen für den Departementsvorsteher.

Die Dienststelle Gesundheit ist verantwortlich für die Budget-, Controlling- und Reportingprozesse mit den Spitälern und Kliniken.

Der Kantonsarzt erfüllt die ihm durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung übertragenen Aufgaben. Eidgenössisch geregelt ist der Bereich der übertragbaren Krankheiten (Epidemiengesetz) sowie das Betäubungsmittelwesen. Die Mehrheit der Aufgaben sind jedoch kantonale geregelt. Der Kantonsarzt berät die Regierung in medizinischen Belangen. Zu seinen Aufgaben gehört auch die fachliche Betreuung der Schul- und Amtsärzte.

Der Kantonsapotheker überwacht den gesamten Arzneimittelverkehr auf dem Kantonsgebiet. Er kontrolliert die pharmazeutischen Herstellungs- und Grosshandelsbetriebe, die öffentlichen und privaten Apotheken sowie die Drogerien. Zusätzlich betreut er sämtliche kantonalen Spitäler im pharmazeutischen Bereich. Der Kantonsapotheker vollzieht die ihm durch Gesundheitsgesetz übertragenen Aufgaben. Diese umfassen u.a. die Bewilligung und die damit verbundene Aufsicht.

Der Kantonszahnarzt vollzieht die ihm durch Gesundheitsgesetz und Gesetz über die Schulzahnpflege übertragenen Aufgaben. Diese umfassen unter anderem das Bewilligungswesen und die Aufsicht über die Schulzahnpflege. Im Weiteren begutachtet er zahnärztliche und zahntechnische Kostenvoranschläge und Rechnungen für die Ausgleichskasse, die Sozialämter und die Abteilung Strafvollzug des Justiz- und Sicherheitsdepartementes.

Die Dienststelle Gesundheit ist verantwortlich für die Beaufsichtigung des öffentlichen Gesundheitswesens (Berufsausübungsbewilligungen).

Die Fachstelle für Gesundheitsförderung ist eine Dienstleistungs-, Vernetzungs- und Koordinationsstelle. Sie propagiert, unterstützt und koordiniert Gesundheitsförderungsaktionen im Kanton. Die Stelle informiert und sensibilisiert die Bevölkerung über wichtige Themen der Gesundheitsförderung.

Der Beauftragte für Suchtfragen fördert eine koordinierte und vernetzte Suchtpolitik im Rahmen der drogenpolitischen Leitsätze des Regierungsrates. Er arbeitet in den für Suchtfragen relevanten Kommissionen und Arbeitsgruppen mit.

Vorsorge und Bewältigung von ausserordentlichen Ereignissen

Der Koordinierte Sanitätsdienst (KSD) ist zuständig für die Vorbereitung und Bereitstellung aller sanitätsdienstlichen Mittel des Kantons zur Bewältigung eines Grossereignisses bzw. einer Katastrophe.

Ethikkommission (Dienstleistungen): Führung des Sekretariates der Kantonalen Ethikkommission und Bewilligungserteilung.

2.3 Leistungsgruppen

1. Gesundheit

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

a) Stationäre Versorgung

Luzern bietet eine wirksame, zweckmässige und wirtschaftliche Spitalversorgung im ganzen Kantonsgebiet an. Der Kanton gibt seinen Bewohnerinnen und Bewohnern damit die Möglichkeit, sich in der Regel innerkantonale behandeln zu lassen; das Ziel ist eine weiterhin gesunde und gut versorgte Bevölkerung.

b) Gesundheitsförderung

Der Kanton verbessert die öffentliche Gesundheit. Er lanciert zielgruppengerechte Programme, zum Beispiel für ein gesundes Körpergewicht, für psychische Gesundheit, für Gesundheit im Alter und für betriebliche Gesundheit. Schulen und andere Multiplikatoren beteiligen sich an den Programmen.

c) Inspektionen/Bewilligungen

Der Kanton stellt sicher, dass Gesundheitsleistungen nur erbringt, wer die fachlichen Voraussetzungen erfüllt. Er gewährleistet die Versorgungssicherheit und stärkt damit das Vertrauen der Bevölkerung in die Gesundheitsversorgung.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
a) Anzahl ungeplante Rehospitalisationen		n.a.	0	0
Krankenkassenprämie tiefer als CH-Ø		ja	ja	ja
b) Anzahl durchgeführte Veranstaltungen		10	10	10
c) Erteilte Bewilligungen		346	350	350
Durchgeführte Inspektionen		12	12	12

Bemerkungen

Keine

2.5 Statistische Messgrößen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	20.8	22.3	29.3
Anzahl Lernende berufl. Grundbildung	1	2	3

Bemerkungen

Bedingt durch die Zusammenführung der drei ehemaligen Dienststellen Spitäler, Kantonsapotheker und Kantonsärztliche Dienste im Verlauf des Jahres 2011 ist der Vergleich der Jahre 2010 und 2011 mit den Jahren 2012ff nicht aussagekräftig. Zusätzlich zu diesem Zusammenschluss wurden auch 170 Stellenprozente vom Departementssekretariat in die Dienststelle Gesundheit transferiert (juristischer MA 100 %, 20 % Assistentin und 50 % Lehrlingsbetreuung).

Die Budgetzahlen 2012 lassen wie folgt herleiten:

Aktueller Mitarbeiterbestand per 30.09.2011 (inkl. 1.7 transferierte Stellen) :	24.7 Vollzeitstellen
Vakanzen Sekretariat Koordinierter Sanitätsdienst:	0.2 Vollzeitstellen
Rechnungsprüfung (siehe Erläuterung 1 unten):	4.0 Vollzeitstellen
Einführung freiwillige Schulimpfung (siehe Erläuterung 2 unten):	2.0 Vollzeitstellen
Subtotal	30.9 Vollzeitstellen
Abbau Administration & Support	- 1.6 Vollzeitstellen
Budgetwert 2012	29.3 Vollzeitstellen

Erläuterung 1: Ab 1. Januar 2012 tritt die neue Spitalfinanzierung in Kraft. Die Kosten des Kantons und die entsprechenden administrativen Aufwände für die Rechnungskontrolle steigen damit erheblich. Aufstockung um einen Arzt und 3 weitere Mitarbeiter gemäss Entscheid RR-Klausur vom 24. März 2011 (+400 %).

Erläuterung 2: Im 2012 wird das Projekt zur Wiedereinführung der Schulimpfungen im Kanton Luzern eingeführt. Aufstockung von 2 Personen (+200 %) gemäss Postulat P 436 vom 7. April 2009.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		3.2	4.472	38.9%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		3.9	1.952	-49.5%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.0	0.013	0.4%
34 Finanzaufwand		0.0	0.005	-0.5%
36 Transferaufwand		280.5	287.120	2.4%
39 Interne Verrechnungen		1.0	1.029	1.8%
Total Aufwand	0.0	288.6	294.592	2.1%
42 Entgelte		-1.4	-1.404	1.0%
44 Finanzertrag			-13.500	
45 Entnahmen aus Fonds		-0.9	-0.992	8.8%
46 Transferertrag		-1.7	-1.620	-5.8%
49 Interne Verrechnungen		-0.3	-0.064	-75.8%
Total Ertrag	0.0	-4.3	-17.580	310.3%
Saldo - Globalbudget	0.0	284.3	277.012	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die Dienststelle Gesundheit wurde per 1. Februar 2011 aus den Dienststellen Kantonsärztliche Dienste, Kantonsapotheker und Dienststelle Spitäler zusammengeführt.

30 Personalaufwand: siehe unter "Statistische Messgrössen". Zusätzlicher Hinweis: Im Personalaufwand 2012 sind Ausbildungskosten für zwei Mitarbeitende enthalten, die ein Masterprogramm besuchen. Zudem ist im Voranschlag 2011 der Aufwand für die Pensionskasse um Fr. 100'000 zu tief erfasst worden.

31 Sach- und übriger Betriebsaufwand: Anpassung HPV-Impfprogramm an Reduktion des Impfstoffpreises, Mehraufwand für Impfhandlungen und Minderertrag für Rückerstattungen von Krankenkassen (siehe unter Transferertrag).

Neueinführung der Schulimpfungen im Kanton Luzern: Mehraufwand für Impfdosen und Impfhandlungen (Rückerstattungen von Krankenkassen siehe unter Transferertrag).

Im Budget 2011 sind Kosten für ausserkantonale Hospitalisationen sowie für das Praxisassistenten-Modell von 3 Mio. Fr. enthalten.

36 Transferaufwand: Ab 1. Januar 2012 tritt die neue Spitalfinanzierung in Kraft. Die Kosten des Kantons steigen damit erheblich, verbunden mit zusätzlichem Personalbedarf (siehe unter "Statistische Messgrössen").

42 Entgelte: Rückerstattungen von Krankenkassen für HPV-Impfprogramm und Wiedereinführung Schulimpfprogramme.

Interventionskosten für Gesundheitsförderungsprojekte "Psychische Gesundheit" und "Gesundheit im Alter" werden kostenneutral aus dem Alkoholzehntel finanziert.

44 Finanzertrag: Es handelt sich um eine Dividende des Luzerner Kantonsspitals von 8,5 Mio. Fr. und eine einmalige Gewinnrückführung der Luzerner Psychiatrie von 5,0 Mio. Fr.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36035201 Schweiz. Gesundheitsobservatorium		0.1	0.072	0.0%
36325201 Sozialberatungs-Zentren SoBZ		1.5	1.351	-6.9%
36340001 Beitr. an öff. Unternehmungen		0.5		-100.0%
36345208 Toxikologisches Institut Zürich			0.070	
36345209 Krebsregister			0.400	
36345201 Stationäre Versorgung Akutsomatik		216.2	211.600	-2.1%
36345202 Stationäre Versorgung Psychiatrie		45.5	31.200	-31.4%
36345203 Stationäre Versorgung Reha			11.400	
36345203 Stationäre Versorgung GWLs		13.8	28.000	102.9%
36345204 Qualitätssicherung		0.2	0.150	-25.0%
36345205 WEG		0.1		-100.0%
36345206 ZIGG/HFGZ		0.1	0.730	>= 1000%
36345207 Case-Mix-Office SwissDRG		0.0	0.048	0.0%
36355201 Projektbeiträge Gesundheitsförderung u. Prävention		0.5	0.410	-15.6%
36355202 Übergangspflege		0.4		-100.0%
36365201 Ehe- und Lebensberatung elbe		0.2	0.190	-5.6%

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %	2013	2014	2015
36365202 Aids-Hilfe Luzern		0.1	0.100	0.0%			
36365203 Beiträge für Suchtfragen		1.3	1.350	3.8%			
36365204 Stiftung für Patientensicherheit		0.0	0.050	52.9%			
Total Transferaufwand	0.0	280.5	287.120	2.4%			
46000003 Anteil Eidg. Alkoholzehntel		-1.3	-1.300	0.0%			
46370001 Beiträge von privaten Haushalten		-0.4	-0.320	-23.8%			
Total Transferertrag	0.0	-1.7	-1.620	-5.8%			

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

36340001 Beitr. an öff. Unternehmungen wird ab 2012 auf die Kostenarten 36345208 Toxikologisches Institut Zürich und 36345209 Krebsregister aufgeteilt.

Spitalfinanzierung siehe vorangehende Ausführungen.

36345205 WEG-Beitrag fällt ab 2012 weg.

36345206 Der Beitrag an die Höhere Fachschule Gesundheit Zentralschweiz HFGZ wird ab 1. Januar 2012 vom GSD DS an die DIGE verschoben.

36355201 Projektbeiträge Gesundheitsförderung u. Prävention und 46370001 Beiträge von privaten Haushalten: Die Projektkosten des Aktionsprogramms gesundes Körpergewicht werden durch die Gesundheitsförderung Schweiz finanziert. Anpassung an Projektverlauf.

36355202 Projektende für die Übergangspflege per 31.12.2011.

36365203 Beiträge für Suchtfragen: Projektkosten aus dem Alkohol-Aktionsplan Luzern KAAPLU werden aus dem Alkoholzehntel finanziert. Entlastung siehe unter 45 Entnahmen aus Fonds.

H4-5030 GSD – Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Die Gesamtzielsetzung der Lebensmittelkontrolle umfasst den Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefährdung und vor Täuschung im Bereich Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände und Badewasser sowie die Sicherstellung des hygienischen Umgangs mit Lebensmitteln.

Die Tierärztinnen und Tierärzte und die Tierhalter sind für die gängigen Tierkrankheiten sensibilisiert. Die Tiergesundheit ist im Rahmen der Tiergesundheitsstrategie des Bundes gesichert. Es gibt keine kranken Personen durch Ansteckungen bei Tieren.

Die Akzeptanz der Vorschriften, Kontrollen und Inspektionen im Kanton ist hoch. Die Lebensmittelsicherheit ist gewährleistet, entsprechend können Lebensmittelvergiftungen und -infektionen vermieden werden.

Die gesetzlichen Vorgaben und Kontrollen werden akzeptiert, das Verständnis für den Tierschutz und für die Notwendigkeit einer konfliktfreien Hundehaltung ist vorhanden. Im Kanton Luzern werden die Tiere korrekt gehalten. Die Zahl der Hundebisse bleibt tief.

Leistungsgruppe

1

2

2

2

1.2 Lagebeurteilung

Die Lebensmittelsicherheit, die Tiergesundheit und der Tierschutz stehen im Kanton Luzern auf einem hohen Niveau. Auf das zunehmend harte wirtschaftliche Umfeld sowie neue regulatorische Rahmenbedingungen ist zu reagieren um diese gute Situation zu erhalten.

1.3 Schlussfolgerungen

Die heute sehr gute Situation ist durch geeignete Anstrengungen der Dienststelle zu erhalten.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Der nationale Kontrollplan NKP sowie die Kontrollkoordination bringen der Dienststelle zusätzliche Aufgaben. Damit verbunden ist die Chance, die Überwachung der gesamten Lebensmittelkette zu verbessern. Der Bund wird künftig einen höheren Einfluss auf die Risikobeurteilung sowie auf die Kontrollfrequenzen nehmen.

Das Lebensmittelgesetz wird einer grundlegenden Revision unterzogen. In erster Linie geht es um die Harmonisierung mit dem EU-Recht auf Gesetzesstufe. Im Entwurf vorgesehen sind grundlegende Änderungen wie die Regulierung von Bade- und Duschwasser auf Stufe Bund als Gebrauchsgegenstände, die Erhöhung der Transparenz der Kontrolltätigkeit, eine Regulierung im Bereich Tabak- und Tabakerzeugnisse, die Unterstellung von Kosmetika und Bedarfsgegenstände dem Täuschungsschutz sowie die Aufhebung des Positivprinzips bei Lebensmitteln.

Das Tierschutzbewusstsein in der Bevölkerung und damit die Ansprüche an den staatlichen Tierschutz steigen laufend.

Das Risiko von „emerging diseases“, das heisst neuer, insbesondere vektorabhängiger Seuchen steigt, unter anderem infolge der Klimaerwärmung.

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen entstand 2011 durch Zusammenlegung der Dienststellen Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz (Kantonschemiker) sowie Veterinärdienst (Kantonstierarzt). Sie kontrolliert die Lebensmittelkette vom Futtermittel über die Tierproduktion und die Lebensmittelproduktion bis zur Konsumentin und zum Konsumenten. Zusätzlich haben die beiden Bereiche je eigene vom Gesetzgeber übertragene Aufgaben.

Der Bereich Lebensmittelkontrolle und Chemikaliensicherheit vollzieht nebst der Eidgenössischen Lebensmittelgesetzgebung die Chemikaliengesetzgebung sowie weitere Vollzugsbereiche im Auftrag des Regierungsrates, insbesondere der Verordnung über Getränkeverpackungen zum eidgenössischen Umweltschutzgesetz, der kantonalen Bäderverordnung und Teilen der eidgenössischen Landwirtschaftsgesetzgebung (MQV, BIO-, GUB/GGA-Verordnung sowie LDV). Der Bereich führt Spezialuntersuchungen im Auftrag von Strafverfolgungs- und Umweltbehörden durch.

Der Bereich Veterinärwesen vollzieht die Gesetzgebung betreffend Tiergesundheit, Lebensmittel tierischer Herkunft, Tierarzneimittel, Tierschutz und gefährliche Hunde. In diesen Bereichen ist er auch Bewilligungs-, Auskunfts- und Beratungsinstanz. Er arbeitet zusammen mit anderen kantonalen Stellen, mit dem Bundesamt für Veterinärwesen, mit Tierärzten und weiteren Fachkreisen und Organisationen.

2.3 Leistungsgruppen

1. Lebensmittelkontrolle und Chemikaliensicherheit
2. Veterinärdienst

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefährdung und Täuschung im gesamten Bereich Lebensmittel sowie Badewasser.

Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefährdung im Bereich Gebrauchsgegenstände.

Sicherheit der Bevölkerung im Bereich Gifte und Chemikalien.

Wohlbefinden der Tiere.

Bekämpfung, Kontrolle und Überwachung von ansteckenden Tierkrankheiten, welche den Tierbestand gefährden, auf den Menschen übertragbar sind, schwere wirtschaftliche Folgen haben oder den internationalen Handel gefährden.

Ergreifen geeigneter Massnahmen gegen gefährliche Hunde.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Reaktion bei Grenzwertüberschreitung am gleichen Tag		100%	100%	100%
Berichtversand innert 5 Tagen nach Untersuchungsende		97%	90%	90%
Gesetzeskonformität der Nachkontrollen		79%	75%	75%
Akzeptanz der Beanst. durch den Lebensmittelbetrieb		100%	95%	95%
Erfüllen Seuchenmonitoring-Programme des Bundes		96%	95%	95%
Soll an Kontrollen in Tierhaltungen erfüllen		100%	95%	95%

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	55.8	55.5	55.5
Anzahl Lernende	2.5	2.5	2.5
Betriebsinspektionen Lebensmittelbetriebe	2'087	2'500	2'500
Chemische und mikrobiologische Proben	9'893	8'000	8'000
Seuchenfälle	290	155	150
Kontrollen Tierhalterbetriebe	1'715	1'700	1'700
Meldungen gefährliche Hunde	301	300	300

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		8.0	8.163	2.4%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		4.0	3.788	-5.4%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.2	0.157	-4.5%
34 Finanzaufwand		0.0	0.003	57.3%
37 Durchlaufende Beiträge		0.0	0.006	0.0%
39 Interne Verrechnungen		0.9	1.125	26.5%
Total Aufwand	0.0	13.0	13.242	1.6%
41 Regalien und Konzessionen		-1.0	-1.000	1.0%
42 Entgelte		-3.0	-3.029	1.0%
46 Transferertrag		-1.9	-1.370	-29.4%
47 Durchlaufende Beiträge		0.0	-0.006	0.0%
49 Interne Verrechnungen		-0.4	-0.375	0.0%
Total Ertrag	0.0	-6.3	-5.780	-8.4%
Saldo - Globalbudget	0.0	6.7	7.461	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Transferertrag: Wegfall der Beiträge der Tierverkehrsdatenbank an die BVD-Sanierung sowie Reduktion der Gemeindebeiträge an die Tierseuchenkasse auf Fr. 1.00 pro Einwohner

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
1. Lebensmittelkontrolle und Chemikaliensicherheit				
Total Aufwand			5.8	
Total Ertrag			-1.1	
Saldo	0.0	0.0	4.8	
2. Veterinärdienst	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			7.4	
Total Ertrag			-4.7	
Saldo	0.0	0.0	2.7	

Information zum Transferaufwand / Transferertrag (in Mio. Fr.)

	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Transferaufwand	0.0	0.0	0.000	
46300001 Beiträge vom Bund		-0.2	-100.0%	
46320001 Beiträge von Gemeinden		-0.7	-0.380	-48.6%
46370001 Beiträge von privaten Haushalten		-1.0	-0.990	0.0%
Total Transferertrag	0.0	-1.9	-1.370	-29.4%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

- Wegfall der Beiträge der Tierverkehrsdatenbank an die BVD-Sanierung
- Reduktion der Gemeindebeiträge an die Tierseuchenkasse auf Fr. 1.00 pro Einwohner

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
56 Eigene Investitionsbeiträge		0.4	0.200	-50.0%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	0.4	0.200	-50.0%
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	0.4	0.200	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Als Sparmassnahme Verzicht auf Anschaffung Abraummaschine Tabak

H5-5011 GSD – Sozialversicherungen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Einleitung Teilrevision des Prämienverbilligungsgesetzes (PVG SRL Nr. 866) als Folge des Projekts "Arbeit muss sich lohnen"

Führen der "Liste für säumige Prämienzahlerinnen und -zahler" mit den damit verbundenen Aufgaben durch die Ausgleichskasse Luzern als zuständige Stelle

Leistungsgruppe

1

1

1.2 Lagebeurteilung

Bei den übertragenen Aufgaben an die Ausgleichskasse Luzern handelt es sich um bundesrechtlich vorgeschriebene Aufgaben, die der Kanton erfüllen muss. Zuständiges Departement ist das Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD). Der Kanton Luzern hat den Auftrag zur Durchführung der entsprechenden Aufgaben der Ausgleichskasse Luzern erteilt. Dabei handelt es sich namentlich um die Prämienverbilligung nach dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG), die Ergänzungsleistungen und die Familienzulagen. Das heute gültige System der Prämienverbilligung weist insofern Fehler auf, als Personen, deren Einkommensverhältnisse knapp über der Anspruchsgrenze für Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (EL) oder für Leistungen der wirtschaftlichen Sozialhilfe (WSH) liegen nur noch einen Teilanspruch auf Prämienverbilligung haben und damit nach Bezahlen der Krankenkassenprämien weniger verfügbares Einkommen haben als Personen, welche EL oder WSH beziehen und dadurch einen Anspruch auf maximale Prämienverbilligung haben. Diese systembedingte Ungerechtigkeit wird als Schwelleneffekt bezeichnet.

1.3 Schlussfolgerungen

Grundsätzlich handelt es sich um Bundesaufgaben, bei denen stets viel in Bewegung ist, so dass die Aktualität der kantonalen Vollzugsgesetzgebung ständig sicher gestellt werden muss. Wir haben eine Teilrevision des Prämienverbilligungsgesetzes (PVG, SRL Nr. 866) eingeleitet, mit dem Ziel, die Schwelleneffekte zu reduzieren.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Die langfristige Finanzierung der Prämienverbilligung (IPV) muss im Auge behalten werden, denn die Prämien steigen bei tiefer allgemeiner Teuerung stärker als die Teuerung. Der Kantonsbeitrag für die IPV ist aber an die allgemeine Teuerung gekoppelt. Damit steigt der Mittelbedarf zur Sicherstellung des aktuellen IPV-Niveaus stärker als die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestzunahme der bereitgestellten Mittel.

2.2 Grundauftrag

Bei den an die Ausgleichskasse Luzern übertragenen Aufgaben handelt es sich um bundesrechtlich vorgeschriebene Aufgaben, die der Kanton erfüllen muss. Zuständiges Departement ist das GSD. Der Kanton Luzern hat den Auftrag zur Durchführung der entsprechenden Aufgaben der Ausgleichskasse Luzern erteilt. Dabei handelt es sich namentlich um die Prämienverbilligung nach KVG, die Ergänzungsleistungen und die Familienzulagen.

2.3 Leistungsgruppen

1. Sozialversicherungen

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Keine

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Individuelle Prämienverbilligung (IPV)				
Anzahl Gesuche	absolut	86'037	94'000	94'000
davon abgelehnt	absolut	21'136	22'000	22'000
Ergänzungsleistungen (EL)				
Anzahl berechnete Personen	absolut	15'871	15'600	16'500
Anzahl erstmalige Anmeldungen	absolut	2'812	3'100	3'200

2.5 Statistische Messgrößen

R 2010 B 2011 B 2012

Keine

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich**3.1 Erfolgsrechnung**

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36 Transferaufwand			409.046	
Total Aufwand	0.0	0.0	409.046	
44 Finanzertrag			-0.010	
46 Transferertrag			-318.798	
Total Ertrag	0.0	0.0	-318.808	
Saldo - Globalbudget	0.0	0.0	90.238	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung**a) Bemerkungen zum Voranschlag**

36 Transferaufwand/46 Transferertrag:

Detailbeschreibung unter Bemerkungen zum Transferaufwand/Transferertrag

44 Finanzertrag: Es ist mit höheren Verzugszinseinnahmen aus verspäteten Akontozahlungen der Gemeinden für Ergänzungsleistungen zu rechnen.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36145105 Entschädigung Verw.kosten AKLU			7.546	
36374002 Erlassbeiträge (AHV)			1.000	
36375101 Ergänzungsleistungen (EL)			221.200	
36375102 Individuelle Prämienverbilligung (IPV)			177.000	
36375104 Familienzulagen NE (FAK-NE)			2.300	
Total Transferaufwand	0.0	0.0	409.046	
46305101 Beiträge Bund an Ergänzungsleistungen			-66.360	
46305102 Beiträge Bund an Individ. Prämienverbilligung			-105.000	
46305105 Beiträge Bund an Verw.kosten AKLU			-1.900	
46325101 Beiträge Gemeinde an Ergänzungsleistungen			-108.388	
46325102 Beiträge Gemeinde an Individ. Prämienverbilligung			-36.000	
46325104 Beiträge Gemeinde an Familienzulagen NE			-1.150	
Total Transferertrag	0.0	0.0	-318.798	

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Vergleichszahlen zum Budget 2011:

Die aufgelisteten Sozialversicherungen, ausgenommen der Erlassbeiträge, waren im Budget 2011 noch Teil der Hauptaufgabe Allgemeine Verwaltung, Aufgabenbereich Stabsleistungen, wo auch die Vergleichszahlen dokumentiert sind.

36145105 Entschädigung Verwaltungskosten AKLU:

Die Schwankungen von 2011 auf 2012 ergeben sich wegen der Einführung der "Liste für säumige Prämienzahler". Der Sprung von 2012 auf 2013 begründet sich aus der neuen Aufgabe der Verlustscheinbewirtschaftung im Zusammenhang mit uneinbringlichen Krankenkassenprämien.

36374002 Erlassbeiträge (AHV):

Das Konto 36374002 Erlassbeiträge (AHV) wird per 1.1.2012 von der Dienststelle Finanzen ins GSD-DS verschoben.

Im Zusammenhang mit dem Projekt "Arbeit muss sich lohnen" aus dem Jahr 2010 ist eine Anpassung des Prämienverbilligungsgesetzes mit einer Aufwanderhöhung von brutto 15 Mio. Fr. vorgesehen (je 7.5 Mio. Fr. zu Lasten Kanton und Gemeinden).

Für den Nettobetrag des Kantons übernimmt vorerst die Rubrik "Erlassbeiträge (AHV)" die Platzhalterfunktion.

36375101 Ergänzungsleistungen (EL):

Aufgrund der Hochrechnung für das Jahr 2011 ist für das 2012 nur eine marginale Erhöhung gegenüber dem Budget 2011 zu erwarten.

36375102 Individuelle Prämienverbilligung:

Begründung s. Ertragskonti Beiträge Bund und Gemeinde

46305102 Beiträge Bund an Individ. Prämienverbilligung:

Die Bundesbeiträge entwickeln sich gemäss KVG analog zu den Kosten der Krankenversicherung.

Gemäss Schätzungen des Bundes werden die Beiträge im Vergleich zum 2011 um ca. 4,6 Mio. Fr. höher ausfallen.

46325102 Beiträge Gemeinde an Individ. Prämienverbilligung:

Gemäss §7 Absatz 2 des PVG sind die vom Kanton für die Prämienverbilligung zur Verfügung zu stellenden Beiträge jährlich mindestens dem Landesindex der Konsumentenpreise anzupassen. Die Kantons- und Gemeindebeiträge sind identisch.

H5-5040 GSD – Soziales und Gesellschaft

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Soziale Einrichtungen sind gehalten, unternehmerisch und eigenverantwortlich zu handeln. Durch Leistungsvereinbarungen mit 32 SEG-Einrichtungen und 7 privaten Kleinheimen sorgt der Kanton für ein qualitativ und quantitativ genügendes Angebot an Plätzen. Er leistet somit einen wichtigen Beitrag zur sozialen Sicherheit und zum Vertrauen der Betroffenen in den Sozialstaat.

Der Kanton sorgt in Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen für die Bereitstellung einer genügenden Zahl von Plätzen, damit Asylsuchende angemessen untergebracht und in der verlangten Qualität betreut werden können. Er leistet im Bedarfsfall Sozialhilfe für vorläufig aufgenommene Personen und anerkannte Flüchtlinge.

Der Kanton bearbeitet und entscheidet Gesuche um finanzielle Leistungen der Opferhilfe. Opfer kennen die Unterstützungsmöglichkeiten und beanspruchen im Bedarfsfall die vorhandene Infrastruktur. In der Bevölkerung ist die Gewissheit verankert, dass im Notfall finanzielle und personelle Hilfe bereitsteht.

Als Resultat der kantonalen Programme, Projekte, Kampagnen und Informationen können die gesellschaftlichen Zielgruppen besser mit ihren je spezifischen Problemen umgehen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit.

Leistungsgruppe

1

2

3

4

1.2 Lagebeurteilung

Die fortschreitende Individualisierung der Gesellschaft zeigt sich in neuen Wohnformen, Arbeitsmodellen, Erwerbsbiografien und Familienkonstellationen, aber auch in der Pluralität von Mentalitäten, Werten und Religionen. Mit dieser Individualisierung einher geht eine Tendenz zu weniger Eigenverantwortung und zur Entsolidarisierung der Gesellschaft. Es leiden vor allem jene, die den hohen Anforderungen unserer Leistungsgesellschaft und dem raschen Tempo der Veränderungen nicht gewachsen sind. Damit steigen die Anforderungen an die privaten und öffentlichen Infrastrukturen im Sozialwesen.

1.3 Schlussfolgerungen

Im Zentrum einer zeitgemässen Sozialpolitik stehen der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Chancengerechtigkeit, die Integration von Ausländerinnen und Ausländern und die Existenzsicherung. Die bisherigen Bemühungen zeigen gute Resultate. Es gilt deshalb die eingeleitete Sozialpolitik, basierend auf Eigenverantwortung und Subsidiarität, weiterzuführen mit folgenden Schwerpunkten: Entwicklung einer kantonalen Kinder- und Jugendpolitik; Integrationsstrategie für Junge, Arbeitslose und Migranten und Migrantinnen; Existenzsicherung; Förderung von Verständnis und Toleranz in der Gesellschaft.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Soziale Einrichtungen: Gemäss Planungsbericht im Bereich der sozialen Einrichtungen braucht es auch in den nächsten Jahren im Kinder- und Jugendbereich sowie im Bereich Menschen mit Behinderungen weitere Angebote.

Asyl- und Flüchtlingswesen: Das Bundesamt für Migration rechnet mit einer Zunahme an Asylgesuchen. Es gibt jedoch keine gesicherten Fakten. Die Personen in der Nothilfe benötigen häufige intensivere Betreuung (psychische Erkrankungen bzw. Familie mit Kindern). Im Bereich Flüchtlingswesen führen höhere Asylanerkennungen zu einer grösseren Zahl von Menschen, die Sozialhilfe benötigen.

2.2 Grundauftrag

Der Grundauftrag der Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG) besteht darin, die ihr durch Gesetz und durch konkrete Beschlüsse von der Legislative und der Exekutive übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Sie koordiniert dabei auch angrenzende oder sachlich verbundene Verantwortlichkeiten anderer Dienststellen. Gleichzeitig hat sie den Auftrag, sich abzuzeichnenden Problemen im gesellschaftlichen und Sozialbereich anzunehmen. Die DISG nimmt diese Aufgaben einerseits in der eigenen Organisation wahr, deren Themen Sozialhilfe, Asyl- und Flüchtlingswesen, interinstitutionelle Zusammenarbeit, soziale Einrichtungen, Opferhilfe, Kinderschutz und Opferberatung ebenso umfassen wie weitere Gesellschaftsfragen in den Bereichen Kind-Jugend-Familie, Gleichstellung von Frau und Mann, Integration, Behinderung und Alter. Andererseits arbeitet die DISG zu diesen Themen mit anderen kantonalen und kommunalen Stellen und Fachorganisationen zusammen.

Im Interesse der interkantonalen Koordination nehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zudem Einsitz in verschiedenen gesamtschweizerischen und regionalen Arbeitsgruppen und Kommissionen. Schliesslich bietet die DISG themenspezifische Informationen und Beratung für kommunale Sozialämter sowie Heime an.

2.3 Leistungsgruppen

1. Soziale Einrichtungen
2. Asyl- und Flüchtlingswesen
3. Opferhilfe, Opferberatung, Kinderschutz
4. Übriges Soziales und Gesellschaft

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Soziale Einrichtungen

-> Innerkantonale Platzierungen: Die DISG handelt jährlich Leistungsvereinbarungen aus, die zwischen den Einrichtungen und dem Vorsteher des GSD abgeschlossen werden. Alle vier Jahre (2012 - 2015) werden den sozialen Einrichtungen durch die Kommission für soziale Einrichtungen (KOSEG) Leistungsaufträge erteilt, welche die Art und den Umfang der zu erbringenden Leistungen umfassen. Die leistungsorientierte Finanzierung stellt eine bedarfsgerechte, wirksame und wirtschaftliche Betreuung sicher.

-> Ausserkantonale Platzierungen: Die DISG stellt das Controlling im gesamten Bereich der interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) sicher.

Asyl- und Flüchtlingswesen

Die DISG gewährleistet die korrekte und fristgerechte Umsetzung der persönlichen und der bedarfsbezogenen wirtschaftlichen Sozialhilfe für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen und anerkannte Flüchtlinge. Über aktive Integrationshilfen sollen möglichst viele Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Damit werden mittel- und langfristig Kosten für den Kanton und die Gemeinden gespart.

Opferhilfe, Opferberatung und Kinderschutz

-> Kostengutsprachen: Gesuche um Kostengutsprachen für längerfristige Hilfen werden von der DISG fristgerecht bearbeitet und nach Vorliegen aller Gesuchsunterlagen entschieden.

-> Entschädigungen und Genugtuungen: Gesuche um Entschädigungen und Genugtuungen werden von der DISG fristgerecht bearbeitet und nach Vorliegen der Gesuchsunterlagen entschieden.

-> Opferberatung: Die DISG berät Opfer und Angehörige und unterstützt sie bei der Wahrnehmung ihrer Rechte. Sie leistet oder vermittelt Soforthilfe und/oder längerfristige Hilfe, bis sich der gesundheitliche Zustand der betroffenen Person stabilisiert hat.

-> Kinderschutz: Die DISG bearbeitet telefonische und schriftliche Anfragen innerhalb einer angemessenen Frist.

Übriges Soziales und Gesellschaft

-> Sozialhilfe (Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger, ZUG): Die DISG gewährleistet die korrekte und fristgerechte Abwicklung des ZUG im Kanton Luzern ohne Kostenfolge für den Kanton. Die Koordinationsstelle "Interinstitutionelle Zusammenarbeit" (IIZ) koordiniert Invalidenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Berufs- und Studienberatung sowie Sozialhilfe für Personen mit Mehrfachproblematik.

-> Gesellschaftsfragen: Die DISG koordiniert und vernetzt in den Bereichen Kind/Jugend/Familie, Gleichstellung von Frau und Mann, Integration von Zugewanderten, Alter und Menschen mit Behinderung sowohl verwaltungsinterne Stellen wie auch verwaltungsexterne Institutionen und Organisationen. Sie fördert die Umsetzung der bestehenden kantonalen Leitbilder (Alter, Familie, Integration) und des gesetzlichen Auftrages (Gleichstellung und Jugendhilfe). Mit Projektbeiträgen und Kampagnen fördert sie die Chancengerechtigkeit und Integration in den genannten Bereichen. Die Fachstelle Gesellschaftsfragen ist kantonale Ansprechstelle des Bundes in Integrationsfragen.

-> Fördernde Hilfe: Die DISG handelt mit allen Beitragsempfängern Leistungsverträge aus und stellt das Controlling sicher.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Sozialpädagogische Einrichtungen				
Einrichtungen gemäss SEG	absolut	9	9	9
Platzierungen gemäss SEG innerkantonale (Personen)	absolut	197	210	220
Platzierungen gemäss SEG ausserkantonale (Personen)	absolut	73	90	90
IV-Einrichtungen inkl. Sonderschulheime				
Einrichtungen gemäss SEG	absolut	23	22	22
Platzierungen gemäss SEG innerkantonale (Person)	absolut	2311	2420	2430
Platzierungen gemäss SEG ausserkantonale (Personen)	absolut	374	435	440

Asyl- und Flüchtlingswesen (Dossiers per Stichtag)				
Sozialhilfedossiers Flüchtlinge	absolut	288	220	230
Sozialhilfedossiers vorläufig aufgenommene Personen	absolut	299	350	370
Sozialhilfedossiers Asylsuchende	absolut	504	400	430
Opferhilfe, Opferberatung, Kinderschutz				
Neue Gesuche um Kostengutsprache	absolut	226	200	230
Neue Gesuche um Entschädigung	absolut	29	50	30
Neue Gesuche um Genugtuung	absolut	33	50	35
Gesamtzahl Dossiers Opferberatung	absolut	1539	1300	1400
Neue Dossiers Opferberatung	absolut	851	750	800
Meldungen Kinderschutz	absolut	100	110	120
Betroffene Kinder	absolut	158	200	200
Übriges Soziales und Gesellschaft				
Dossiers mit Bewegung (ZUG; Sozialhilfe)	absolut	690	800	700
Neue Dossiers (Sozialhilfe)	absolut	314	320	300
Gesuche Projektförderung (Gesellschaftsfragen)	absolut	114	90	100

2.5 Statistische Messgrössen	R 2010	B 2011	B 2012
Durchschnittlicher Personalbestand in Vollzeitstellen	33.3	32.3	32.3
Anzahl Lernende	2	2	2
Anzahl Praktikant/innen	2	2	2

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		4.6	4.634	0.1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		2.5	2.193	-11.3%
34 Finanzaufwand		0.0	0.001	83.3%
36 Transferaufwand		175.1	186.578	6.5%
37 Durchlaufende Beiträge		10.3	9.255	-9.8%
39 Interne Verrechnungen		14.7	17.003	15.8%
Total Aufwand	0.0	207.2	219.664	6.0%
42 Entgelte		-2.2	-1.707	-21.3%
46 Transferertrag		-104.4	-114.187	9.4%
47 Durchlaufende Beiträge		-10.3	-9.255	-9.8%
49 Interne Verrechnungen		-0.5	-0.664	24.8%
Total Ertrag	0.0	-117.3	-125.813	7.2%
Saldo - Globalbudget	0.0	89.8	93.851	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Das Budget 2012 sieht einen Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr von rund 4,05 Mio. Fr. vor. Die grössten Veränderungen betreffend die folgenden Bereiche:

Soziale Einrichtungen:

Diese nehmen mit einem Nettomehraufwand von 4 Mio. Fr. den Hauptteil in Anspruch. In diesem Betrag sind nebst Anpassungen bei den Personal- und Infrastrukturkosten hauptsächlich Zusatzkosten für Platzausbauten gemäss Planungsbericht enthalten. Im Vergleich zu den IST-Zahlen 2010 wurde das Jahr 2011 zu tief budgetiert.

Asyl- und Flüchtlingswesen:

Hier beträgt der Mehrertrag (netto) insgesamt rund 0,4 Mio. Fr. Das Bundesamt für Migration rechnet mit einer Zunahme an Asylgesuchen. Die effektive Zahl Asylgesuche kennen wir jedoch nicht. Die Zahlen beruhen auf Annahmen. Auch die Zahl der Flüchtlinge und vorläufig aufgenommenen Personen wird zunehmen, aber auch hier kennen wir die effektive Zahl der Anerkennungen nicht.

Opferhilfe/Kinderschutz und Opferberatung:

Es sind keine bedeutenden Veränderungen zu erwarten. Die Aufwände wurden um insgesamt 0,35 Mio. Fr. gekürzt.

Übriges Soziales und Gesellschaft:

In diesem Bereich sind Mehrkosten budgetiert für: Datenerhebung Soziales gemäss RRB Nr. 1388 vom 14. Dezember 2010, zusätzliche Büroräumlichkeiten (Fr. 60'000, RRB Nr. 759 vom 17. Juni 2011), Informatikdienstleistungen (Kostenanfall neu bei Dienststellen, 0,3 Mio. Fr.), erhöhter Kantonsbeitrag für Dolmetschdienst Zentralschweiz (Fr. 56'830, RRB Nr. 838 vom 8. Juli 2011), Zusammenschluss Arbeitsgruppe über die Finanzierung von Integrationsmassnahmen für ausgesteuerte Arbeitslose (AFIMAA) und Dauerarbeitsplätze (DAP) gemäss RRB Nr. 734 vom 14. Juni 2011 (0,114 Mio. Fr.).

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Soziale Einrichtungen	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			159.2	>= 1000%
Total Ertrag			-81.1	
Saldo	0.0	0.0	78.0	
2. Asyl- und Flüchtlingswesen	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			44.5	
Total Ertrag			-36.0	
Saldo	0.0	0.0	8.5	
3. Opferhilfe, Opferberatung, Kinderschutz	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			4.5	
Total Ertrag			-1.4	
Saldo	0.0	0.0	3.1	
4. Übriges Soziales und Gesellschaft	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			11.6	
Total Ertrag			-7.3	
Saldo	0.0	0.0	4.3	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Soziale Einrichtungen				
36365401 Innerkantonale Schul- und Wohnheime		7.6	9.130	20.2%
36365402 Innerkantonale sozialpädagogische Wohnheime		15.3	16.520	8.0%
36365403 Innerkantonale Einrichtungen für Erwachsene		84.3	85.640	1.6%
36365404 Innerkantonale sozialpädagogische Pflege		3.1	3.070	-1.0%
36365405 Innerkantonale Suchttherapieheime		2.6	2.630	1.2%
36365406 Ausserkantonale Schul- und Wohnheime		6.0	7.300	21.7%
36365407 Ausserkantonale sozialpädagogische Wohnheime		5.5	5.600	1.8%
36365408 Ausserkantonale Einrichtungen für Erwachsene		8.4	9.200	9.5%
36365410 Ausserkantonale Suchttherapieheime		1.0	1.000	0.0%
Asyl- und Flüchtlingswesen				
36375401 Wirtschaftliche Sozialhilfe Dritte		14.0	16.500	17.9%
36375403 Personal- und Strukturkosten		9.2	11.000	19.2%
36375404 Integrations- und Beratungskosten		1.7	1.850	12.1%
36375405 Gesundheitskosten		0.1	0.100	0.0%
36375406 Bildungs- und Beschäftigungskosten		1.3	1.000	-23.1%
36375407 Unterstützung/Unterbringung		10.5	11.500	9.5%
36375408 Nothilfe		1.0	1.000	0.0%
36375409 Diverse Kosten		0.1	0.100	0.0%
Opferhilfe Opferberatung Kinderschutz				
36375410 Entschädigungen		0.3	0.150	-50.0%
36375411 Genugtuungen		0.5	0.250	-50.0%
36375412 Soforthilfen		0.5	0.530	10.4%
36375413 Längerfristige Hilfen		0.5	0.500	0.0%
Übriges Soziales und Gesellschaft				
36360001 Beiträge an priv. Organisationen ohne Er		0.3	0.365	18.5%
36365412 Integrationsbeiträge		0.8	1.022	28.7%
36375400 Projektbeiträge		0.6	0.622	6.9%
Total Transferaufwand	0.0	175.1	186.578	6.5%

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Soziale Einrichtungen				
46320001 Beiträge von Gemeinden und Gemeindezweckv.		-73.9	-77.887	5.4%
Asyl- und Flüchtlingswesen				
46300001 Beiträge vom Bund		-30.5	-36.000	18.1%
Übriges Soziales und Gesellschaft				
46300001 Beiträge vom Bund			-0.300	
Total Transferertrag	0.0	-104.4	-114.187	9.4%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Der Bruttoaufwand im SEG-Bereich (inkl. "37 Durchlaufenden Beiträge" und "39 internen Heilpädagogischen Einrichtungen") erhöht sich vom Budget 2011 von 151,29 Millionen Franken um 7,86 Millionen Franken auf 159,15 Millionen Franken im Budget 2012. Hauptgrund für den Bruttomehraufwand von 7,86 Millionen Franken sind nebst Anpassungen bei den Personal- und Infrastrukturkosten schwergewichtig Zusatzkosten für Platzausbauten gemäss Planungsbericht. Im Vergleich zu den IST-Zahlen 2010 wurde bereits das Jahr 2011 zu tief budgetiert.

H5-5050 GSD – Wirtschaft und Arbeit

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Die Dienststelle Wirtschaft und Arbeit vollzieht das Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG). Sie unterstützt die dauerhafte Eingliederung Stellensuchender in den ersten Arbeitsmarkt, sorgt für die rasche und korrekte Auszahlung der Versicherungsleistungen und verhindert den missbräuchlichen Bezug von Leistungen. Sie trägt zur sozialen Sicherheit und letztlich zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bei.

Die Industrie- und Gewerbeaufsicht stellt die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben des Schutzes der Arbeitnehmenden sicher und gewährleistet eine einheitliche Bewilligungspraxis. Sie bekämpft Lohn- und Sozialdumping und Schwarzarbeit und verhindert somit Wettbewerbsverzerrungen. Damit trägt sie zur Rechtsgleichheit und zur Zufriedenheit der Unternehmer und der Angestellten bei.

Leistungsgruppe

1

2

1.2 Lagebeurteilung

Die Wirtschaftliche Entwicklung ist immer stärker geprägt von kurzfristigen Konjunkturzyklen und globalen Einflussfaktoren. Eine nur schon mittelfristige Planung oder mittelfristige Prognosen werden nahezu unmöglich. Die Liberalisierung des Arbeitsumfeldes wirkt sich auch auf den Schweizer Arbeitsmarkt aus. Durch die globalen Vernetzungen ist er krisenanfällig geworden, eine nationale Kontrolle und Steuerung ist sehr schwierig. Andererseits bietet die EU-Erweiterung, bzw. die Globalisierung auch Chancen, indem neue Märkte offen stehen.

1.3 Schlussfolgerungen

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, flexibel und angemessen auf die schnellen Entwicklungen und Veränderungen des Arbeitsmarktes zu reagieren. Dazu braucht es die Bereitstellung von Ressourcen für die Aufgabenerfüllung und unternehmerischen Handlungsspielraum im Aufgabenbereich der Dienststelle.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Der Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen sind im Umbruch. Globalisierung, Migration und die Öffnung der Schweiz gegenüber Europa bringen den Unternehmen und den arbeitenden Menschen neue Chancen, aber auch neue Risiken. Fortschritte in Technologie und die Mobilität eröffnen neue Perspektiven, sind aber auch neue Herausforderungen. Das heisst für wir: Förderung einer Kultur des steten Wandels bzw. stetiger Veränderungen nach dem Motto: Management ist die Kunst, mit Überraschungen umgehen zu können. Nur so sind wir in der Lage, auf die immer schneller stattfindende Entwicklungen und Veränderungen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsbedingungen adäquat zu reagieren. Dazu braucht es die Bereitstellung der benötigten Ressourcen für die Aufgabenerfüllung und unternehmerischer Handlungsspielraum im Aufgabenbereich der Dienststelle.

2.2 Grundauftrag

Als Kompetenzzentrum für Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen bauen wir Brücken zwischen allen Beteiligten des Arbeitsmarktes und sorgen für den Vollzug der gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Wohle des Standorts Luzern.

In den 5 Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) setzen wir uns für die rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender ein, das Dienstleistungszentrum Arbeitsmarktliche Angebote (DLZ AA) plant und beschafft ein qualitativ und quantitativ hochstehendes Angebot an geeigneten Weiterbildungs- und Beschäftigungsmassnahmen, die Arbeitslosenkasse (ALK) klärt den Anspruch auf Versicherungsleistungen ab, sorgt für dessen rasche Auszahlung und für eine kompetente Beratung in Versicherungsfragen (Vollzug AVIG).

Die Industrie- und Gewerbeaufsicht (IGA) überwacht die Unfallverhütung und die Gesundheitsvorsorge in den Betrieben (Vollzug ArG und UVG), ist betraut mit der Umsetzung der flankierenden Massnahmen zum Schutz vor missbräuchlichen Arbeits- und Lohnbedingungen im Bereich des freien Personenverkehrs zwischen der Schweiz und der EU (Vollzug Entsendegesetz) sowie mit der Umsetzung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (Vollzug BGSA).

In den Stabstellen Support und Recht, den internen Dreh- und Angelpunkten der Dienststelle, stellen wir die unterstützenden Aufgaben sicher und erteilen kantonale und eidgenössische Bewilligungen für die private Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (Vollzug AVG).

2.3 Leistungsgruppen

1. AVIG- und AVG-Vollzug Kanton/Bund
2. Industrie- und Gewerbeaufsicht IGA

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Effizientes und effektives Erbringen der geforderten Leistungen gemäss den Leistungsvereinbarungen (LV) mit dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) für den Vollzug des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG), geltend für die Abteilungen Arbeitsmarkt und Arbeitslosenkasse.

Kompetente und rasche Unterstützung der Dienststelle bei übergreifenden Aufgaben. Die Leistungserbringung erfolgt transparent.

Nachhaltiger Gesundheitsschutz für alle Arbeitnehmenden durch Verhütung von Berufsunfällen und -krankheiten sowie berufsassoziierten Erkrankungen. Genehmigung von Bauten und Anlagen sowie Durchführung von Arbeits- und Ruhezeitkontrollen sowie Betriebsbesuche zum Vollzug der Bundesvorschriften im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

Umsetzung der flankierenden Massnahmen zum Personenfreizügigkeitsabkommen EU-CH und die Bekämpfung der Schwarzarbeit gemäss LV EVD. Die Einhaltung minimaler Standards bezüglich Lohn- und Arbeitsbedingungen sollen im Kanton Luzern sichergestellt werden. Weiter sollen Wettbewerbsverzerrungen in den Wirtschaftsbranchen und der Ausfall von Einnahmen für die Steuerverwaltung und die Sozialversicherungen verhindert werden.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Erfüllungsgrad Leistungsvereinbarung Bund für die Abteilung Arbeitsmarkt	in %	100	100	100
Erfüllungsgrad Leistungsvereinbarung Bund für die Abteilung Arbeitslosenkasse	in %	100	100	100

Bemerkungen

Keine

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Durchschnittlicher Personalbestand in Vollzeitstellen	227.5	217.0	187.0
Davon Kanton	14.6	16.1	17.1
Davon Bund (SECO)	212.9	200.9	169.9
Anzahl Lernende	4.0	4.0	3.0
Durchschnittliche Anzahl Stellensuchende	8335	9600	6500

Bemerkungen

Keine

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		2.2	2.367	6.6%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.5	0.471	-1.6%
34 Finanzaufwand		0.0	0.000	0.0%
36 Transferaufwand		5.4	5.269	-3.2%
37 Durchlaufende Beiträge		174.5	140.000	-19.8%
39 Interne Verrechnungen		0.6	0.804	39.4%
Total Aufwand	0.0	183.2	148.911	-18.7%
42 Entgelte		-1.1	-1.286	22.0%
47 Durchlaufende Beiträge		-174.5	-140.000	-19.8%
49 Interne Verrechnungen		-0.1	-0.120	0.0%
Total Ertrag	0.0	-175.7	-141.406	-19.5%
Saldo - Globalbudget	0.0	7.5	7.505	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

30 Personalaufwand:

Fr. 129'000 Mehraufwand für zusätzliche Vollzeitstelle zur Verstärkung der Kontrollen im Bereich freier Personenverkehr.

37/47 Durchlaufende Beiträge: Die durchlaufenden Beiträge beinhalten den Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Diese sind in Anlehnung an die prognostizierten Arbeitslosenquoten um rund 34,5 Mio. Fr. tiefer budgetiert.

39 Interne Verrechnungen:

Fr. 102'000 Mehraufwand für Informatikdienstleistungen (Kostenanfall neu direkt bei Dienststelle).

Fr. 114'000 Mehraufwand für Integrationsmassnahmen für Ausgesteuerte (Entnahme aus Arbeitslosenhilfsfonds).

42 Entgelte:

Fr. 232'000 Mehrertrag aus Weiterverrechnung Verwaltungskosten Arbeitgeberinkasso und Rückvergütung SECO für Vollzugsaufgaben in den Bereichen Entsendegesetz und Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. AVIG- und AVG-Vollzug Kanton/Bund	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			146.4	
Total Ertrag			-140.2	
Saldo	0.0	0.0	6.2	
2. Industrie- und Gewerbeaufsicht IGA	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			2.5	
Total Ertrag			-1.2	
Saldo	0.0	0.0	1.3	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)

	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36335501 Kantonsbeitrag an ALV		5.3	5.100	-3.8%
36345501 AMM Verbandsbeiträge		0.1	0.169	15.8%
Total Transferaufwand	0.0	5.4	5.269	-3.2%
Total Transferertrag	0.0	0.0	0.000	

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Die finanzielle Beteiligung des Kantons an den Ausgleichsfond der Arbeitslosenversicherung ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 200'000 tiefer budgetiert (BG AVIG). In den kommenden Jahren muss jedoch aufgrund der steigenden ALV-pflichtigen Lohnsumme mit höheren Beiträgen gerechnet werden.

H6-2050 BUWD – Strassen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur sorgt für leistungsfähige Infrastrukturen für den öffentlichen Verkehr, den motorisierten Individualverkehr sowie den Langsamverkehr.

Die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Kantonsstrassen muss gewährleistet sein. Der betriebliche und bauliche Unterhalt sowie die weiteren notwendigen Dienste werden zuverlässig erfüllt.

Leistungsgruppe

1

2

1.2 Lagebeurteilung

Die Planungssicherheit, die der Kantonsrat mit seinen Beschlüssen zum Bauprogramm für die Kantonsstrassen grundsätzlich schafft, wird durch nachträgliche Budgetreduktionen und durch Rechtswegbeschreitungen teils beeinträchtigt. Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur spürt ausserdem die Auswirkungen des in einzelnen Branchen ausgetrockneten Arbeitsmarktes. Bei Abgängen ist es schwierig, Ersatz mit dem erforderlichen Fachwissen im Ingenieur- und Bauwesen zu rekrutieren.

1.3 Schlussfolgerungen

Für einen reibungslosen Betrieb und für eine effiziente Auftragserfüllung zur Zufriedenheit der Verkehrsteilnehmer ist die Dienststelle auf eine verbindliche Finanzplanung angewiesen. Mit Blick auf die Personalplanung ist es wichtig, dass der Kanton Luzern als Arbeitgeber attraktiv bleibt.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Chancen: Planungssicherheit durch das vom Kantonsrat beschlossene Bauprogramm.

Risiko: Beeinträchtigung Planungssicherheit durch Budgetreduktion und Rechtswegbeschreitungen im Bewilligungsverfahren; ausgetrockneter Arbeitsmarkt erschwert Erfüllung Leistungsauftrag

2.2 Grundauftrag

Die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Kantonsstrassen muss gewährleistet sein. Der betriebliche und bauliche Unterhalt sowie die weiteren notwendigen Dienste werden zuverlässig erfüllt.

2.3 Leistungsgruppen

1. Planung & Projektabwicklung
2. Betrieb & Unterhalt

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Gewährung der Funktions- und Leistungsfähigkeit der Kantonsstrassen

Sicherstellen eines zuverlässigen betrieblichen und baulichen Unterhalts

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Realisierungsgrad Bauprogramm Kantonsstrassen (%)	min.		25	50
Realisierungsgrad Radroutenkonzept 1994 ergänzt (%)	min.		61	63
Erfüllung Budget Lärmschutz (Mio. Fr.)	abs.		3,0	3,0

Bemerkungen

63 Projekte in Topf A des Bauprogramms 2011 - 2014 für die Kantonsstrassen und 65% des Radroutenkonzepts Stand "1994 ergänzt" sind Ende 2014 realisiert. Pro Jahr werden 3 Mio. Fr. für den Lärmschutz entlang Kantonsstrassen eingesetzt.

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	71.0	71.2	73.3
Anzahl Lernende berufliche Grundbildung	1.0	1.0	1.0

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		10.2	10.364	1.5%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		13.8	14.326	3.7%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		50.3	53.583	6.6%
36 Transferaufwand		1.4	1.446	0.3%
39 Interne Verrechnungen		32.6	8.232	-74.7%
Total Aufwand	0.0	108.3	87.950	-18.8%
42 Entgelte		-2.0	-2.040	0.0%
46 Transferertrag		-16.9	-17.268	1.9%
49 Interne Verrechnungen		-99.3	-76.474	-23.0%
Total Ertrag	0.0	-118.3	-95.782	-19.0%
Saldo - Globalbudget	0.0	-9.9	-7.831	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Im Sach- und übrigen Betriebsaufwand sind neu 0,7 Mio. Fr. für Wasser und ARA-Gebühren vorgesehen. Die internen Verrechnungen wurden aufwand- und ertragsseitig im Vergleich zum Budget 2011 um die aufgabenbereichsinterne Verrechnung reduziert. Die Abschreibungen steigen auf Grund der Investitionen (insbesondere Zubringer Rontal).

Der Finanzierungsausgleich des Aufgabenbereichs Strassen, das heisst die Finanzierung von Erfolgs- und Investitionsrechnung aus zweckgebundenen Mitteln (Strassenverkehrsabgaben, LSVA und Mineralölsteuer), wurde erreicht. Für den Finanzierungsausgleich sind die Abschreibungen und die Auflösung passivierter Investitionsbeiträge nicht relevant, jedoch die geplanten Investitionen. Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung ergibt sich daraus, dass die betriebswirtschaftlich notwendigen Abschreibungen der aktivierten Strassen und die Auflösung passivierter Investitionsbeiträge geringer ausfallen, als die geplanten Investitionen.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Planung & Projektabwicklung	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			11.7	
Total Ertrag			-1.3	
Saldo	0.0	0.0	10.3	
2. Betrieb & Unterhalt	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			16.9	
Total Ertrag			-1.2	
Saldo	0.0	0.0	15.7	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36360001 Luzerner Wanderwege			0.1	3.0%
36600600 PLM Abschreibung IVB			1.3	0.0%
Total Transferaufwand	0.0	1.4	1.446	0.3%
46300001 Bundesbeitrag Projektierung NS			-0.2	0.0%
46600100 PLM Auflösung passivierter IVB vom Bund			-2.7	9.1%
46600300 PLM Auflösung passivierter IVB von Gemeinden			-1.3	0.0%
46600500 PLM Auflösung passivierter IVB von Dritten			-0.2	0.0%
46000005 Mineralölsteuerertrag			-12.6	0.7%
Total Transferertrag	0.0	-16.9	-17.268	1.9%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Die planmässigen (PLM) Abschreibungen aktivierter und die Auflösung passivierter Investitionsbeiträge (IVB) werden aufgrund ihrer Bilanzierung unter dem FLG gezeigt. Sie stellen liquiditätsunwirksame Aufwendungen/Erträge dar, die nicht an Dritte ausbezahlt oder von diesen vereinnahmt werden.

Im Gegensatz zum Mineralsteuerertrag werden die Erträge aus der LSVa sowie den Strassenverkehrsabgaben über interne Verrechnungen dem Aufgabenbereich Strasse gutgeschrieben, so dass diese nicht als Transferertrag ausgewiesen werden.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		64.1	59.350	-7.4%
51 Investitionen auf Rechnung Dritter		35.0	26.000	-25.7%
52 Immaterielle Anlagen		1.1	0.790	-28.2%
56 Eigene Investitionsbeiträge		11.8	10.200	-13.6%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	112.0	96.340	-14.0%
61 Rückerstattungen		-44.0	-33.500	-23.9%
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		-3.7	-4.540	22.7%
Total Einnahmen	0.0	-47.7	-38.040	-20.3%
Nettoinvestitionen	0.0	64.3	58.300	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung**a) Bemerkungen zum Voranschlag**

In den Sachanlagen sind 2,0 Mio. Fr. Kantonsbeitrag für den Autobahnanschluss Rothenburg, 40.5 Mio. Fr. für den Neu- und Ausbau von Kantonsstrassen, 8,0 Mio. Fr. für Belagserneuerungen sowie 3,0 Mio. Fr. für Lärmschutz vorgesehen.

Information zu den Investitionsbeiträgen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
56400001 Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmen		11.8	10.200	-13.6%
Total eigene Investitionsbeiträge	0.0	11.8	10.200	-13.6%
63000001 Bundesbeiträge Kantonsstrassen		-3.7	-4.540	22.7%
Total Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	0.0	-3.7	-4.540	22.7%

Bemerkungen zu den Investitionsbeiträgen

Die Bundesbeiträge Kantonsstrassen umfassen 1,3 Mio. Fr. für Hauptstrassen, 1,4 Mio. Fr. für Lärmschutz sowie 1,8 Mio. Fr. aus dem Agglo-Programm.

H6-2051 BUWD – zentras

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Strategisches Ziel: Die Funktions- und Leistungsfähigkeit sowie die Verfügbarkeit der Nationalstrassen. Der Verkehr auf den Nationalstrassen hat gut zu funktionieren.

Massnahmen: Der Bund (ASTRA) überträgt die Ausführung des betrieblichen und projektfreien baulichen Unterhalts auf den Nationalstrassen aufgrund des NFA mittels Leistungsvereinbarung.

Leistungsgruppe
1

1.2 Lagebeurteilung

Für die Nationalstrassen im Gebiet der Kantone LU, OW, NW und ZG ist das Strasseninspektorat des Kantons Luzern (zentras) der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) zuständig. Der Leistungserbringer (Kanton Luzern) hat zu diesem Zweck mit dem Bund (ASTRA) eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Der Kanton Luzern trägt die unternehmerische Verantwortung für die ganze Gebietseinheit.

1.3 Schlussfolgerungen

Wir wollen unseren Auftrag effizient und zur Zufriedenheit der Verkehrsteilnehmer auf den Nationalstrassen und des ASTRA in den Kantonen LU, OW, NW und ZG erbringen.

Wir erwarten vom Auftraggeber in Bezug auf die finanziellen Mittel Kontinuität. Mit der Leistungsvereinbarung wird dies gewährleistet.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Chancen und Risiken des Umfeldes

- + Die neue Organisation kann in einem räumlich grösseren Gebiet den Unterhalt effizienter ausführen
- + Der Grundauftrag entspricht weitgehend den vorhandenen Erfahrungen und Kompetenzen
- + Mit der Bildung der neuen Organisation werden Effizienzpotentiale geschaffen
- Im ausschliesslichen Auftragsverhältnis zum Bund (ASTRA) besteht eine gewisse Abhängigkeit

Stärken und Schwächen der Organisation

- + Klare Organisationsstruktur mit dem Ziel den Unterhalt ab einem Stützpunkt auszuführen
- + Das Personal kennt das Kerngeschäft und verfügt über die Orts- und Systemkenntnisse
- + Mit hohem Fremdleistungsanteil können die Fixkosten tief gehalten werden
- Veränderungen bei den gewachsenen Strukturen in den vier Kantonen mit ihrer eigenen Betriebskultur kann zu Reibungsverlusten führen
- Die Rolle der Trägerschaft könnte je nach Ausgestaltung zu einer Beeinträchtigung der operativen Leitung führen

2.2 Grundauftrag

Die Zentras hat die Funktions- und Leistungsfähigkeit sowie die Verfügbarkeit der Nationalstrassen und ihren Bestandteilen zu gewährleisten. Die zu erbringenden Leistungen sind in der Menge und Qualität in der Leistungsvereinbarung zwischen Bund und dem Kanton Luzern beschrieben. Sie beinhaltet beim betrieblichen Unterhalt den Winterdienst, die Reinigung, die Grünpflege, den elektromechanischen Dienst und den technischen Dienst sowie beim projektfreien baulichen Unterhalt die Fahrbahn, den Oberbau, die Kunstbauten, bergmännische Tunnels und elektromechanische Ausrüstung sowie Erhaltungsplanung und Belagserneuerung. Andere Dienste umfassen die Baupolizei, das Sicherheitsmanagement, die Zustandserfassung, die Projektbegleitung, die Signalisation sowie den Unfalldienst.

2.3 Leistungsgruppen

1. zentras

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Sicherstellen der Funktions- und Leistungsfähigkeit sowie der Verfügbarkeit der Nationalstrassen und ihrer Bestandteile. Erreichen der vorgegebenen Effizienzzielsetzung sowie Bildung eines „Risikopolsters“.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Anzahl berechnete Werkhaftungsklagen * 1)	rel.		<5	<5
Anzahl berechnete Reklamationen * 2)	rel.		<10	<10

Bemerkungen

* 1) infolge mangelhaftem Unterhalt

* 2) wegen vermeidbaren Störungen und Risiken

2.5 Statistische Messgrößen	R 2010	B 2011	B 2012
Bearbeitete Flächen im Winterdienst (Tausend m2)		3'300	3'300
Bearbeitete Grünflächen (Tausend m2)		1'840	1'840
Bearbeitete Rohrleitungen / Kanäle (Tausend m)		61	61
Personalbestand in Vollzeitstellen		72.0	66.4
Anzahl Lernende berufliche Grundbildung		3.0	3.0

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		8.3	8.393	1.7%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		14.9	17.404	17.0%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.7	0.790	5.8%
39 Interne Verrechnungen		0.4	0.408	3.1%
Total Aufwand	0.0	24.3	26.995	11.2%
42 Entgelte		-6.6	-9.500	43.3%
46 Transferertrag		-16.6	-17.450	5.4%
49 Interne Verrechnungen		-1.2	-1.200	0.0%
Total Ertrag	0.0	-24.4	-28.150	15.5%
Saldo - Globalbudget	0.0	-0.1	-1.155	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Der Ertragsüberschuss auf Stufe Globalbudget der Erfolgsrechnung muss den Ausgabenüberschuss der Investitionsrechnung abdecken, so dass der Aufgabenbereich Zentras vollständig durch die entsprechenden Bundesbeiträge (Pauschale) finanziert ist.

Information zum Transferaufwand / Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
-				
Total Transferaufwand	0.0	0.0	0.000	
46100001 Entschädigungen vom Bund		-1.2	-1.200	0.0%
46300001 Beiträge vom Bund (Pauschale)		-15.4	-16.250	5.9%
Total Transferertrag	0.0	-16.6	-17.450	5.4%

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		1.1	1.050	0.0%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	1.1	1.050	0.0%
Total Einnahmen	0.0	0.0	0.000	
Nettoinvestitionen	0.0	1.1	1.050	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Der Ausgabenüberschuss auf Stufe Nettoinvestitionen wird durch den Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung abgedeckt, so dass der Aufgabenbereich Zentras vollständig durch die entsprechenden Bundesbeiträge (Pauschale) finanziert ist.

H6-2052 BUWD – Öffentlicher Verkehr

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Die neuen Infrastrukturen sollen auf der Basis des kantonalen Richtplans 2009, des Agglomerationsprogramms Luzern, des Bauprogramms für die Kantonsstrassen 2011-2014 sowie des öV-Bericht 2012 bis 2015 ein besseres Fahrplanangebot ermöglichen, einen höheren Komfort für die Benützer des öV mit sich bringen und die Leistung des Gesamtverkehrssystems steigern.

Leistungsgruppe
1

1.2 Lagebeurteilung

Die Verkehrsanbindung spielt für die Wohn- und die Standortattraktivität eine entscheidende Rolle. Nachfrage und Angebote im öV sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Das zunehmende Verkehrsvolumen bringt für den öV auch in Zukunft gute Markchancen mit sich. Auf der anderen Seite ist das Schienennetz heute schon maximal ausgelastet, und mit zunehmendem Strassenverkehr werden auch die Busse langsamer.

Um in dieser Situation die passenden Angebote bereitzustellen, ist eine enge Koordination der involvierten Partner notwendig. So bestehen wichtige Abhängigkeiten zwischen der Angebotsbestellung – zuständig ist der Verkehrsverbund Luzern (VVL) – und der Infrastruktur respektive deren Finanzierung – zuständig sind die Transportunternehmen und der Kanton. Auch die gemeinsame Finanzierung des öffentlichen Verkehrs durch Bund, Kantone und Gemeinden bewirkt einen hohen Koordinationsbedarf.

1.3 Schlussfolgerungen

Die Rolle des Leistungsbestellers wurde mit der Gründung des VVL gestärkt. Die Erfahrungen werden nach der ersten Zweijahresperiode ausgewertet. Der Planungsbericht öV, der dem Parlament alle zwei Jahre zu unterbreiten ist, bringt eine hohe Transparenz über die neuen Angebote beziehungsweise für die notwendigen Infrastrukturen.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Angesichts des anhaltenden Nachfragewachstums im öV und dessen Bedeutung für die Entwicklung des Kantons Luzern hat der öffentliche Verkehr eine hohe Bedeutung. Verschiedene Massnahmen verbessern die Attraktivität des Systems. Grössere Leistungssteigerungen im Schienenverkehr erfordern aber die Grossinvestition Tiefbahnhof Luzern mit neuer Zufahrt ab Ebikon. Der Bund als Eigentümer der Infrastruktur muss von dessen Dringlichkeit überzeugt werden. Die Verkehrsentwicklung wird mit einem ausgebauten Monitoring erfasst.

2.2 Grundauftrag

Mit dem kantonalen Richtplan 2009 und dem Agglomerationsprogramm Luzern (1. Generation 2007, 2. Generation 2012) wird die Entwicklung der Bereiche Siedlung, Verkehr, Umwelt und Wirtschaft im Raum Luzern mit einem Zeithorizont von rund 20 Jahren koordiniert. Hauptziele sind die qualitative Verbesserung des Agglomerations- und des Regionalverkehrs sowie optimale Anbindungen an den nationalen und internationalen Verkehr.

2.3 Leistungsgruppen

1. Öffentlicher Verkehr

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Die neuen Infrastrukturen sollen ein besseres Fahrplanangebot ermöglichen, einen höheren Komfort für die Benützer des öV mit sich bringen, Automobilisten zum Umsteigen bewegen, die Leistung des Gesamtverkehrssystems steigern, die Umweltbelastung senken und die Sicherheit verbessern.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Modal Split in der Agglomeration Luzern (Anteil öV)	min.	>30%	>31%	>31%
Umsetzung Massnahmen Planungsbericht öV	min.			80%

2.5 Statistische Messgrössen

keine

R 2010 B 2011 B 2012

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.0	0.015	0.0%
36 Transferaufwand		44.3	46.609	5.3%
39 Interne Verrechnungen		4.0	4.489	12.5%
Total Aufwand	0.0	48.3	51.113	5.9%
46 Transferertrag		-1.4	-3.601	166.3%
49 Interne Verrechnungen		-9.8	-10.629	8.3%
Total Ertrag	0.0	-11.2	-14.230	27.5%
Saldo - Globalbudget	0.0	37.1	36.883	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Neu werden die Infrastrukturbudgetungen an BLS/ST durch vif und nicht mehr durch den VWL ausbezahlt. Dies hat auf den Saldo des Globalbudgets keinen Einfluss, weil der Mehraufwand je hälftig durch eine Reduktion des Beitrages an den VWL und durch zusätzliche Gemeindebeiträge ausgeglichen wird.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36600600 PLM Abschreibung IVB		2.7	2.992	10.7%
36340010 Entgangene Zinsen auf Darlehen		0.1	0.121	0.0%
36352001 Park & Ride		0.4	0.400	0.0%
36340001 Infrastruktur-Abgeltung an BLS/ST			4.000	>= 1000%
36342004 Beitrag an VWL		41.0	39.096	-4.7%
Total Transferaufwand	0.0	44.3	46.609	5.3%
46120001 Gemeindebeiträge			-2.000	>= 1000%
46600100 PLM Auflösung passivierter IVB Bund		-0.2	-0.213	0.0%
46600300 PLM Auflösung passivierter IVB Gemeinden		-1.0	-1.224	25.5%
46600500 PLM Auflösung passivierter IVB Dritte		-0.2	-0.163	0.0%
Total Transferertrag	0.0	-1.4	-3.601	166.3%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Die planmässigen (PLM) Abschreibungen aktivierter und die Auflösung passivierter Investitionsbeiträge (IVB) werden aufgrund ihrer Bilanzierung unter dem FLG gezeigt. Sie stellen buchhalterische Werte dar, die nicht an Dritte ausbezahlt oder von diesen vereinbart werden.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
51 Investitionen auf Rechnung Dritter		9.0	7.500	-16.7%
56 Eigene Investitionsbeiträge		15.0	6.500	-56.7%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	24.0	14.000	-41.7%
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		-11.7	-10.669	-8.6%
64 Rückzahlung von Darlehen			-0.490	
Total Einnahmen	0.0	-11.7	-11.159	-4.4%
Nettoinvestitionen	0.0	12.3	2.841	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die Investitionsbeiträge öV allgemein enthalten 3,5 Mio. Fr. für Substanzerhaltungen und Erneuerungen BLS sowie 2,0 Mio. Fr. für die Ablösung des Haltestellenunterhalts für neue S-Bahn Stationen.

Information zu den Investitionsbeiträgen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
56500001 IVB öV allgemein		15.0	6.500	-56.7%
Total eigene Investitionsbeiträge	0.0	15.0	6.500	-56.7%
63200001 Gemeindebeiträge		-11.7	-10.669	-8.6%
Total Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	0.0	-11.7	-10.669	-8.6%

Bemerkungen zu den Investitionsbeiträgen

In den Gemeindebeiträgen 2012 sind 3,7 Mio. Fr. Restanz enthalten.

H7-2030 BUWD – Raumplanung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Leistungsgruppe

1

Eine umsichtige Mobilitätsplanung sichert die schnelle Erreichbarkeit des Zentrums und der Regionen langfristig, eine koordinierte Siedlungsplanung bewahrt den Charakter von attraktiven Wirtschaftszonen, Wohngebieten und Erholungsräumen. Unser Ziel sind konkurrenzfähige Standortbedingungen für die Firmen bei gleichzeitig hoher Lebensqualität für die Bevölkerung.

Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und der intakten Lebensräume ist eine der wichtigsten Aufgaben des Kantons Luzern. Sämtliche Entwicklungsziele sind deshalb auf ihre Nachhaltigkeit zu prüfen. Wir fördern die Bevölkerungs- und Arbeitsplatz-Entwicklung entlang der kantonalen Hauptentwicklungsachsen. Ein nach innen verdichteter Siedlungsausbau mit höherer Nutzungsintensität und mit sinkenden Anteilen überbauter Bauzonen hilft das Wachstum land- und landschaftsverträglich zu gestalten.

Luzerns Wirtschaft soll wachsen. Wir wollen die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze erleichtern und die Wertschöpfung pro Arbeitsplatz steigern. Mit der neuen Regionalpolitik haben wir seit 2008 ein Instrument, mit dem wir die Innovations- und Wettbewerbskraft sowie die Wertschöpfung im ländlichen Raum steigern können. Wir werden die gute und enge Zusammenarbeit mit den regionalen Entwicklungsträgern fortsetzen und die unternehmerischen Initiativen im ländlichen Raum aktiv fördern.

1.2 Lagebeurteilung

Mit der Zusammenlegung sämtlicher Abteilungen an der Murbacherstrasse 21 in Luzern hat die Dienststelle Raumplanung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi) im November 2010 die Voraussetzung geschaffen, um ihre internen Schnittstellen noch effizienter zu bewirtschaften und Synergien umzusetzen. Bei der Einführung von E-Government-Lösungen im Kanton nimmt die Dienststelle eine wichtige Vorreiterrolle ein; etwa mit den EDV-basierten Lösungen E-BAGE, mit Geoportalen und GIS-Applikationen.

1.3 Schlussfolgerungen

Die Dienststelle verbessert ihre Angebote weiterhin, zum Beispiel mit der Umsetzung des Konzentrationsmodells im Bereich der Bewilligungsverfahren oder dem Datenangebot im kantonalen Geoportal. Die Verfahren und Abläufe werden im Rahmen des EFQM-Prozesses periodisch auf ihre Kundenfreundlichkeit und Effizienz geprüft. Vereinfachungen und Beschleunigungen von Verfahren sind laufend umzusetzen.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Die Kunden der rawi erwarten effiziente Bewilligungsverfahren, eine „bürgerfreundliche“ Beratung, verlässliche Auskünfte und professionelle sowie innovative Dienstleistungen. Eine (noch) konsequentere Berücksichtigung des Grundsatzes der „Beschränkung auf das Wesentliche“, eine konsequente Umsetzung des Konzentrationsmodells im Bereich der Bewilligungsverfahren sowie eine (im Rahmen der verfügbaren Mittel) fokussierte Ausrichtung auf innovative EDV-basierte Lösungen (e-BAGE, Geoportale, GIS-Applikationen, etc.) bieten Chancen, den erwähnten Umfeld-Trends entgegen zu wirken. Da die Rawi die Rolle einer Querschnittsdienstleisterin in den Fachapplikationen der Geoinformation und der Baubewilligungen wahrnimmt, sind starke Abhängigkeiten zur Informatikstrategie und den Dienstleistungen der Dienststelle Informatik vorhanden.

Im Bereich der Umsetzung der neuen Regionalpolitik wird die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den regionalen Entwicklungsträgern weiterentwickelt.

Die Verfahren und Abläufe sind im Rahmen des EFQM-Prozesses periodisch zu hinterfragen und entsprechende Vereinfachungen und Verfahrensbeschleunigungen sind laufend umzusetzen.

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Raumplanung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi) sorgt für den bestmöglichen Interessenausgleich in allen Teilbereichen der kantonalen, regionalen und kommunalen Raumordnungspolitik (Wirtschaftspolitik, Regionalpolitik, Siedlungspolitik, Verkehrspolitik etc.). Sie erarbeitet die raumwirksamen Führungsinstrumente und koordiniert die raumwirksamen Instrumente von Bund, Kanton, Regionen und Gemeinden. Die rawi koordiniert und begleitet die Mehrjahresprogramme, Entwicklungskonzepte und Umsetzungsprogramme der regionalen Entwicklungsträger im Rahmen der neuen Regionalpolitik (NRP).

Die rawi führt die kantonale Bewilligungs- und Koordinationszentrale und erbringt Beratungsdienstleistungen in allen Fragen einer effizienten Projekt- und Verfahrenskoordination.

Als kantonale Fachstelle für die Erfassung, Aufbereitung und Verwaltung raumbezogener Daten leitet, koordiniert und überwacht die rawi die Arbeiten in den Bereichen Geoinformation und Vermessung. Sie erstellt und betreut den Konzerndatensatz, führt die zentrale Raumdatenbank des Kantons und sorgt für die Qualitätssicherung und Sicherheit der Daten sowie deren Publikation im Internet. Sie berät kantonale, kommunale und privatwirtschaftliche Dienststellen und Kunden. Die rawi betreibt zusammen mit den luzerner Gemeinden und den Werken den Raumdatenpool.

Gesamtzielsetzungen:

Die Leistungen der rawi werden aufgrund eines betrieblichen Qualitätsmanagement erbracht (EFQM). Die rawi zeichnet sich durch rasche Planungs- und Bewilligungsverfahren, kompetente Stellungnahmen und Auskünfte, kundenfreundliche Beratungen, sowie durch innovative Dienstleistungen aus.

2.3 Leistungsgruppen

1. Raumplanung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

a) Projekt- und Verfahrenskoordination

Die Dienststelle trägt mit effizienten Leistungen zur Kundennähe der Verwaltung und zur Attraktivität des Wirtschaftsstandorts bei. Die Ziele für die kommende Legislatur sind eine speditive Projekt- und Verfahrenskoordination innerhalb der gesetzlichen Fristen sowie fachgerechte Berichte und Entscheide; der Ausbau der Anwendungen e-Formular und e-BAGE zu einem voll elektronischen und medienbruchfreien Verfahrensablauf; sowie die Beratung der Kunden. Hauptzielgruppen sind die Bauämter der Gemeinden und die Gesuchsteller respektive Bauherren.

b) Raumplanung

Die Raumentwicklungsstrategie ist im kantonalen Richtplan 2009 definiert und umfasst folgende Ziele: Die Bevölkerung und die Zahl der Arbeitsplätze sollen in den Zentren und in den Gemeinden an den Hauptentwicklungsachsen stärker wachsen als im übrigen Kantonsgebiet. Die räumlich konzentrierte Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung soll das Wachstum in den peripheren Bauzonen vermindern, die bestehenden Siedlungen nach innen verdichten und nachhaltige Wachstumsimpulse für den gesamten Kanton geben. Dazu sind präzise Stellungnahmen zu Vorabklärungen von Ortsplanungsrevisionen nötig, vollständige und klare Vorprüfungsberichte und transparente Amtsberichte unter Berücksichtigung des kommunalen Ermessens und der Fristen.

c) Regionalpolitik

Die Stärkung der Innovationskraft, des Unternehmertums und der Wettbewerbsfähigkeit trägt zur Steigerung der Wertschöpfung und zum wirtschaftlichen Wachstum in den ländlichen Regionen Luzern West und Seetal bei. Zu den konkreten Zielen zählen die Erarbeitung eines kantonalen Umsetzungsprogramms für den Zeitraum 2012 - 2015, klare Beschlüsse unter Beachtung kundenfreundlicher Fristen, zweckmässige Programm- und Projektvereinbarungen mit den regionalen Entwicklungsträgern und der Berichterstattung an den Bund.

d) Geoinformation und Vermessung

Die Nutzung von Geoinformationen im Kanton Luzern wird koordiniert und optimiert. Geoinformationen werden bedürfnisgerecht, qualitäts- und anwendungsorientiert bereitgestellt. Die Aufträge werden kundenorientiert, effizient und termingerecht abgewickelt. Die Strategien und die Konzepte in der Geoinformation werden regelmässig überprüft. Die Handbücher für die Geoinformationssysteme und für die amtlichen Vermessungen werden zweimal jährlich aktualisiert. Die Daten der amtlichen Vermessung sind wochenaktuell verfügbar. Die Geobasisdaten werden regelmässig und koordiniert nachgeführt. Geoapplikationen werden bedürfnisgerecht zur Verfügung gestellt. Für die Ausbildung der Benutzer werden regelmässig Kurse veranstaltet.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
a) Projekt- und Verfahrenskoord.: Kundenzufriedenheit	min.			90%
a) Elektronisch eingereichte Gesuchsdossiers pro Jahr	min.		40%	60%
a) Anzahl Gemeinden mit einheitl. Vollzug PBG/PBV	min.		40%	80%
a) max. 23 Tage Durchlaufzeit von ordtl. Verfahren	min.		80%	80%
a) max. 17 Tage Durchlaufzeit von vereinfachten Verf.	min.		80%	80%
b) Bevölkerungszunahme in Zentren/Entwicklungsachs.	abs.		-	-
b) Bauzonenreserven (Anteil unüberbauter Bauzonen)	max.		19,5%	19%
b) Fruchtfolgeflächen (Kontigent von 27'500 ha)	max.		27'600	27'575
c) Anzahl neuer geprüfter NRP-Projektideen	min.		10	10
d) Erneuerung Amtl. Vermessung: Anzahl Operate/Jahr	abs.		6	4
d) Anzahl Geoportalabfragen	min.		470'000	490'000
d) Kundenzufriedenheitsgrad Geoinf. und Vermessung	min.			90%

d) Erarbeitung von Datenmodellen (Umsetzung GeolG)	min.	5	5
d) Anzahl Kantonsübergreifende Geoinf.-Projekte	min.	2	2

2.5 Statistische Messgrößen	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	56,5	57,5	57,5
Anzahl Lernende/Praktikanten	4,0	6,0	6,0

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		7.7	7.645	-0.6%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		4.4	2.538	-42.2%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		1.6	1.859	13.3%
36 Transferaufwand		6.9	2.138	-69.1%
37 Durchlaufende Beiträge		1.2	0.700	-40.9%
39 Interne Verrechnungen		3.2	2.857	-9.8%
Total Aufwand	0.0	25.0	17.737	-29.1%
42 Entgelte		-7.4	-5.175	-29.6%
46 Transferertrag		-0.2	-0.130	-23.5%
47 Durchlaufende Beiträge		-1.2	-0.700	-40.9%
49 Interne Verrechnungen		-4.7	-2.143	-54.6%
Total Ertrag	0.0	-13.4	-8.148	-39.3%
Saldo - Globalbudget	0.0	11.6	9.589	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die Nachführungskreise der amtlichen Vermessung wurden mit der Änderung der Geoinformationsverordnung vom 28.09.2010 neu eingeteilt. Die Aufhebung des Nachführungskreises Meggen sowie die Sparvorgaben des Budgets 2012 führen zu einer Abnahme des Personalaufwands von 0.05 Mio.

Der Wegfall des Inkassos der Nachführungsgebühren reduziert den Sach- und Betriebsaufwand sowie die Entgelte um je 1.7 Mio. Die restliche Abnahme der Entgelte von 0.7 Mio. ist durch die Auflösung des amtlichen Nachführungskreises sowie durch Sparmassnahmen des Budgets 2012 bedingt.

Durch den Systemwechsel im Rahmen der Einführung des FLG und die Auflösung von Rückstellungen in der amtlichen Vermessung erhöhen sich die Abschreibungen um 0.3 Mio.

Die Abnahme der durchlaufenden Beiträge um 41% ist auf den Abschluss der Projekte DMO und Marke Luzern sowie auf die Sparvorgaben des Budgets 2012 zurückzuführen.

Durch die Ausgliederung des Fachbereichs Wirtschaft in einen neuen Aufgabenbereich (H8-2031) reduziert sich der Transferaufwand um 3.8 Mio. In der internen Verrechnung entfällt dadurch auch der Mittelzufluss von 2.5 Mio., der aus den Einnahmen der Beherbergungsgebühren finanziert wird.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36312001 Konkordatsbeitrag an IKSS		0.0	0.036	21.7%
36320010 Zinsverzicht Darlehen an Gemeinden und Gem.		0.3	0.254	-27.1%
36322001 Regionale Entwicklungsträger		0.4	0.360	-10.0%
36322004 NRP Beiträge an Gemeinden		0.3	0.100	-60.0%
36340010 Zinsverzicht Darlehen an öffentl. Unternehmungen		0.0	0.006	-19.3%
36342001 Raumdatenpool		0.1	0.100	0.0%
36350010 Zinsverzicht Darlehen an private Unternehmungen		0.1	0.058	-29.9%
36352004 NRP Beiträge an private Unternehmungen		0.8	0.625	-21.9%
36360010 Zinsverzicht Darlehen priv. Organ. ohne Erwerbsz.		0.1	0.060	-28.5%
36362001 Wissens- und Technologietransfer		0.1	0.020	-60.0%
36362002 Lotteriertr: Versch. Beiträge		0.2	0.100	-50.0%
36362003 Entwicklungskonzepte		0.6		-100.0%
36362004 Fremdenverkehrsorganisationen		1.5		-100.0%

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36362005 Beherbergungsabgaben		0.9		-100.0%
36362006 Beiträge OSEC		0.1		-100.0%
36362007 Beiträge an Vereine/Verbände		0.0	0.044	0.0%
36362008 Stiftung Wirtschaftsförderung		0.8		-100.0%
36362009 Lucerne Event		0.1		-100.0%
36362013 NRP Beiträge an priv. Org. ohne Erwerbszweck		0.5	0.375	-16.7%
36600600 Planmässige Abschreibung Investitionsbeiträge		0.3		-100.0%
Total Transferaufwand	0.0	6.9	2.138	-69.1%
46300001 Beiträge vom Bund		0.0		-100.0%
46300010 Zinsverzicht Bund NRP-Darlehen		-0.1	-0.130	0.0%
Total Transferertrag	0.0	-0.2	-0.130	-23.5%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Die Kürzung der NRP-Beiträge um 0.4 Mio. im Rahmen der Sparvorgaben des Budgets 2012 sowie die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung in einen eigenen Aufgabenbereich (H8-2031) bewirken eine Abnahme des Transferaufwands von 4.8 Mio.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
52 Immaterielle Anlagen		1.6	2.700	68.8%
54 Darlehen		1.5	0.600	-60.0%
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge		2.4	2.400	0.0%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	5.5	5.700	3.6%
64 Rückzahlung von Darlehen		-1.7	-1.905	11.7%
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge		-2.4	-2.400	0.0%
Total Einnahmen	0.0	-4.1	-4.305	4.9%
Nettoinvestitionen	0.0	1.4	1.395	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Durch die Umsetzung des FLG und des damit bedingten Systemwechsels können Operate für die Erneuerung der amtlichen Vermessung nicht mehr über das bisherige Rückstellungskonto finanziert werden. Mit der Auflösung der Rückstellungen erhöhen sich die Ausgaben für immaterielle Anlagen um 1.1 Mio. Im Rahmen der Budgetvorgaben 2012 ist bei den Darlehen eine Einsparung von 0.9 Mio. vorgesehen. 2012 werden Darlehensrückzahlungen von 1.9 Mio. fällig.

H7-2040 BUWD – Umwelt und Energie

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Die Dienststelle Umwelt und Energie trägt zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Bewahrung intakter Lebensräume bei, indem sie die Einhaltung der gesetzlichen Qualitätsziele für Wasser, Luft und Boden verfolgt. Sie sensibilisiert zu diesem Zweck die Zielgruppen für eine nachhaltige Ressourcennutzung, erwirkt sachlich, termingetreue und juristisch korrekte Entscheide.

Leistungsgruppe
1

1.2 Lagebeurteilung

Die natürlichen Ressourcen werden weltweit knapper und teurer. Der Klimawandel stellt die Gesellschaft vor noch nicht abschätzbare Aufgaben. Im Kanton Luzern steigt die Bevölkerung deutlich an und beansprucht Wohnfläche, Verkehrsleistungen, Energie und Erholungsräume. Energieeffizienz und Nutzung der erneuerbaren Energien müssen im Kanton Luzern gezielt, auch unter Ausnutzung von volkswirtschaftlichen Potentialen, angegangen werden.

1.3 Schlussfolgerungen

Die finanziellen und personellen Ressourcen der Dienststelle werden effizient und prioritätsgeführt eingesetzt. Die Partner für eine nachhaltige Entwicklung werden miteinbezogen und die Verfahren und Abläufe laufend effizienter gemacht und optimiert. Die Dienststelle stellt aktuelle und transparente Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

- Die Vorräte an natürlichen Ressourcen werden knapper.
- Der Klimawandel stellt neue Herausforderungen.

2.2 Grundauftrag

Umwelt und Energie verfolgt als oberstes Ziel die Sicherung qualitativ hochstehender, natürlicher Lebensgrundlagen. Dabei nehmen wir Bezug auf die Strategien zu den Themen Klima und 2000-Watt-Gesellschaft, Biodiversität, Umweltinfrastruktur, grüne Wirtschaft (Cleantech und geschlossene Stoffkreisläufe) und Bodenstrategie.

Die Dienststelle Umwelt und Energie überwacht die Umwelt, überprüft umweltrelevante Anlagen und Projekte, nimmt zu Nutzungsplanungen sowie zu betrieblichen und baulichen Vorhaben im Rahmen von Bewilligungsverfahren Stellung, erteilt umweltrechtliche Bewilligungen und berät Verwaltungsstellen, Gemeinden, Gemeindeverbände, Private, Firmen sowie Branchenverbände.

2.3 Leistungsgruppen

1. Umwelt und Energie

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

1. Hohe Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt
2. Die Oberflächen der Seesedimente sind wieder sauerstoffhaltig
3. Korrekt betriebene Anlagen
4. Bearbeitungsfähige Gesuche als Ergebnis kompetenter Beratung
5. Fachlich und juristisch korrekte Entscheide
6. Nachgeführte Zeitreihen in Umweltbeobachtung
7. Termineinhaltung für die Baugesuchsbearbeitung

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
1. Sorgenbarometer der Schweizer Bevölkerung [Rang]	abs.	10	< 7	< 7
2. Zielerreichungsgrad	abs.	nein	ja	ja
3. Anteil korrekt betriebene Anlagen [%]	min.	> 90	95	95
4. Anteil Gesuche ohne Nachforderungsbedarf [%]	min.	85	95	95
5. Anteil gutgeheissene Gerichtsbeschwerden [%]	min.	0	< 5	< 5

6. Anteil nachgeführte Zeitreihen [%]	min.	100	100	100
7. Anteil eingehaltene Bearbeitungsfristen [%]	min.	95	95	95

2.5 Statistische Messgrößen	R 2010	B 2011	B 2012
1. Ø Personalbestand in Vollzeitstellen	64.2	56.1	56.1
2. Ø Anzahl Lernende/Praktikantinnen u.Praktikanten	2/2	2/2	2/2
3. Anzahl uwe-Geschäfte (Baugesuchsstellungnahmen u.ä.)	1200	1600	2000
4. Anteil bestandene Kontrollen in Industrie und Gewerbe [%]	90	> 90	> 90
5. Anzahl Reklamationen (eingegangen via Webformular)	< 5	<5	<5

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		8.0	7.985	0.1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		4.1	3.414	-16.4%
36 Transferaufwand		9.7	8.527	-11.9%
39 Interne Verrechnungen		4.7	4.740	0.6%
Total Aufwand	0.0	26.4	24.667	-6.7%
41 Regalien und Konzessionen		-0.8	-0.740	-3.9%
42 Entgelte		-1.4	-1.360	-2.9%
46 Transferertrag		-1.7	-1.250	-27.4%
49 Interne Verrechnungen		-1.0	-0.996	-3.9%
Total Ertrag	0.0	-4.9	-4.346	-11.8%
Saldo - Globalbudget	0.0	21.5	20.321	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

KOA 31: Aufwandreduktion zugunsten Sparauftrag 2012

KOA 36: Reduktion Energieförderprogramm zugunsten Sparauftrag 2012

KOA 46: Reduktion wegen geringerem Bundesbeitrag an Energieförderprogramm

Information zum Transferaufwand /	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Transferertrag (in Mio. Fr.)				
36312004 inNet AG Luftmessung		0.5	0.471	0.0%
36322002 Seesaniierungen		0.1	0.125	0.0%
36342003 Umweltberatung		0.3	0.297	0.0%
36372001 Energieförderprogramm		5.6	4.289	-23.6%
36600600 Abschreibungen Investitionsbeiträge		3.1	3.172	2.6%
übriger Transferaufwand		0.1	0.174	110.3%
Total Transferaufwand	0.0	9.7	8.527	-11.9%
46300001 Beiträge vom Bund		-1.7	-1.250	-27.4%
Total Transferertrag	0.0	-1.7	-1.250	-27.4%

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
56 Eigene Investitionsbeiträge		3.4	3.000	-11.8%
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge		1.0	1.000	0.0%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	4.4	4.000	-9.1%
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge		-1.0	-1.000	0.0%
Total Einnahmen	0.0	-1.0	-1.000	0.0%
Nettoinvestitionen	0.0	3.4	3.000	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

keine

Information zu den Investitionsbeiträgen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
56200001 Investitionsbeiträge an Gemeinden		3.4	3.000	-11.8%
Total eigene Investitionsbeiträge	0.0	3.4	3.000	-11.8%
Total Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	0.0	0.0	0.000	

H7-2053 BUWD – Naturgefahren

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Menschen, Tiere und Sachwerte im Kanton sind so gut als möglich vor Naturgefahren zu schützen. Diesem Ziel dient die Erstellung von Schutzdefizitkarten, von Baugrundhinweiskarten zur Prävention von Erdbebenschäden, die Realisierung von Schutzbauten und die Notfallplanung.

Leistungsgruppe
1

1.2 Lagebeurteilung

In dicht besiedelten und stark genutzten Gebieten - dazu zählen grosse Teile des Kantons Luzern - ist das Schadenpotenzial im Falle von zerstörerischen Naturereignissen hoch. Entsprechend gross ist das ausgewiesene Bedürfnis, Naturgefahren abzuwehren und im Eintretensfall die Schäden zu minimieren.

1.3 Schlussfolgerungen

Der Schutz von Menschen und Sachwerten vor Naturgefahren ist prioritäre Staatsaufgabe. Naturereignisse sind kaum vorhersehbar; Anpassungen am Planungsprogramm für Schutzbauten sowie Neuausrichtungen von Budget und betrieblichen Ressourcen sind daher die Regel.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Chancen: Ausgewiesene Schutzbedürfnisse, hohe Schadenpotenziale, Schutzziele

Risiken: nicht Vorhersehbarkeit von Schadenereignissen, Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Mitteln, Landbedarf.

2.2 Grundauftrag

Menschen, Tiere und Sachwerte im Kanton sind vor Naturgefahren zu schützen.

2.3 Leistungsgruppen

1. Naturgefahren

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Schutz von Menschen, Tieren und Sachwerten vor Naturgefahren.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Reduktion der Gefährdung	min.			

Bemerkungen

Die Reduktion der Gefährdung wird mit dem Standard EconoMe des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) erhoben. Die bewertete Reduktion wird einem Haushaltsjahr erst im Abschlussjahr eines Projektes zugewiesen.

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen	14.0	15.4	17.7
Anzahl Lernende berufliche Grundbildung	0.0	0.0	0.0

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		2.2	2.003	-9.2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		0.1	0.480	585.7%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		4.3	4.844	13.6%
36 Transferaufwand		2.1	0.515	-75.1%
37 Durchlaufende Beiträge		1.1	0.490	-54.1%
39 Interne Verrechnungen		7.7	8.281	7.3%
Total Aufwand	0.0	17.4	16.613	-4.5%
41 Regalien und Konzessionen		-0.3	-0.280	0.0%
46 Transferertrag		-4.2	-3.459	-17.6%
47 Durchlaufende Beiträge		-1.1	-0.490	-54.1%
49 Interne Verrechnungen		-4.5	-5.152	14.4%
Total Ertrag	0.0	-10.0	-9.382	-6.6%
Saldo - Globalbudget	0.0	7.3	7.231	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Neu wurden Fr. 410'000 für den Unterhalt von Schutzbauten eingeplant. Ein Teil des Risikomanagements wird neu in der Erfolgsrechnung ausgewiesen, weil die Behandlung als Investitionen nach FLG nicht gegeben ist.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36320001 Beiträge an Gemeinden Risikomanagement		2.1	0.515	-75.1%
Total Transferaufwand	0.0	2.1	0.515	-75.1%
46300001 Beiträge vom Bund für Wasserbau		-0.2	-0.180	0.0%
46300001 Beiträge vom Bund für Risikomanagement		-0.2		-100.0%
46320001 Beiträge von Gemeinden für Risikomanagement		-1.0		-100.0%
46370001 Beiträge von Dritten für Wasserbau		-0.2	-0.200	0.0%
46600100 PLM Auflösung passivierter IVB Bund		-1.4	-1.532	13.5%
46600300 PLM Auflösung passivierter IVB Gemeinden		-0.9	-0.980	12.2%
46600500 PLM Auflösung passivierter IVB Dritte		-0.4	-0.567	42.5%
Total Transferertrag	0.0	-4.2	-3.459	-17.6%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Die planmässigen (PLM) Auflösungen passivierter Investitionsbeiträge (IVB) werden aufgrund ihrer Bilanzierung unter dem FLG gezeigt. Sie stellen buchhalterische Werte dar, die nicht von Dritten vereinnahmt werden.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
50 Sachanlagen		28.5	16.150	-43.2%
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge		2.1	5.075	136.9%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	30.6	21.225	-30.6%
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		-22.3	-10.875	-51.3%
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge		-2.1	-5.075	136.9%
Total Einnahmen	0.0	-24.5	-15.950	-34.8%
Nettoinvestitionen	0.0	6.1	5.275	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Im Voranschlag wurden Bundesbeiträge von 35%, Gemeindebeiträge von 25% und Beiträge von Dritten von 6% zu Grunde gelegt.

Information zu den Investitionsbeiträgen (in Mio. Fr.)				
	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total eigene Investitionsbeiträge	0.0	0.0	0.000	
63000001 Beiträge vom Bund		-8.6	-5.303	-38.1%
63200001 Beiträge von Gemeinden		-5.4	-4.662	-14.4%
63700001 Beiträge von Dritten		-8.3	-0.910	-89.1%
Total Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	0.0	-22.3	-10.875	-51.3%

H8-2020 BUWD – Landwirtschaft und Wald

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Landwirtschaft: Weiterentwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft im Kanton Luzern
 Wald: Optimale Kaskadennutzung der Wertschöpfungskette Holz
 Natur, Jagd, Fischerei: Sicherung des Landschaftsbildes, basierend auf dem aktuellen Richtplan
 Sicherung der natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Luft), Biodiversität, Landschaft und nachwachsende Rohstoffe

Leistungsgruppe

1
2
3
3

1.2 Lagebeurteilung

Die Dienststelle Landwirtschaft und Wald (lawa) führt drei Fachabteilungen, welche die landschaftliche Gestaltung des Kantons Luzern wesentlich mitprägen: "Landwirtschaft", "Wald", "Natur, Jagd und Fischerei". Die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung dieser Wirtschaftszweige ist bedeutend. So stellt beispielsweise die Landwirtschaft zusammen mit der vor- und nachgelagerten Branche rund 11 Prozent der Arbeitsplätze im Kanton und liefert einen Beitrag von 5 Prozent zur Bruttowertschöpfung des Kantons. Hinzu kommt der Wert der gemeinwirtschaftlichen Leistungen, insbesondere der Erhaltung und Aufwertung der Natur- und Landschaftswerte sowie der nachhaltigen Nutzung der Fischerei- und Jagdregale.

1.3 Schlussfolgerungen

Um in ihren raumrelevanten Fachabteilungen Landwirtschaft, Wald, Natur, Jagd und Fischerei auf das schwierige Umfeld reagieren zu können, vernetzt die Dienststelle Landwirtschaft und Wald ihre Kompetenzen, vereinfacht zur Optimierung des Kundennutzens die Prozesse und setzt die öffentlichen Gelder effizient ein. Sie tut dies in enger Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren und Kundengruppen.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Die Luzerner Landwirtschaft ist vielfältig und wertschöpfungsstark. Trotz einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld bestehen dank nachhaltigen Produktionsmethoden gute Marktchancen. Das Image der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist gut und die durch die Landwirtschaft erbrachten gemeinwirtschaftlichen Leistungen werden breit anerkannt. Die aktuellen Herausforderungen liegen im effizienten Umgang mit den natürlichen Ressourcen Boden, Luft, Wasser und Landschaft, in der zunehmenden Marktöffnung und den damit sinkenden Erträgen sowie in einem dichten gesetzlichen Regelwerk.

Die Waldpolitik ist im Umbruch. Der Staat beschränkt sich in Zukunft auf Aufgaben im öffentlichen Interesse (Walderhaltung, Schutzwald, Biodiversität, Koordination Erholungs- und Freizeitnutzung im Wald). Der Kanton Luzern schafft die Grundlagen für eine effiziente Wald- und Holzwirtschaft, zieht sich sonst aber aus der Bewirtschaftung zurück (Entflechtung). Die Bedeutung des Waldes für Aufgaben im öffentlichen Interesse nimmt zu.

Das wirtschaftliche und politische Umfeld für die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes ist anspruchsvoll. Die wertvollen Naturstandorte kommen unter Druck. Sowohl international wie auch national ist davon auszugehen, dass die Biodiversität sachlich und gesellschaftlich an Bedeutung gewinnt. Ebenso akzentuieren sich aufgrund eines steigenden Siedlungsdrucks Fragen der (Kultur-)Landschaftspflege und des Landschaftsschutzes. Bezüglich der Landschaftspflege und Landschaftsentwicklung steht den Kantonen eine Leadfunktion zu.

Das Verständnis für Jagd und Fischerei ist unterschiedlich gross. Auch in der ländlichen Bevölkerung ist es teils schwierig, neue Vorgehensweisen im Zusammenhang mit natürlichen Kreisläufen und naturnahen Entwicklungen zu verankern. Dadurch entstehen Interessenkonflikte zwischen Schutz und Nutzung.

2.2 Grundauftrag

Die Dienststelle Landwirtschaft und Wald vollzieht die Agrar-, Wald-, Natur- und Landschaftsschutz- sowie die Jagd- und Fischereigesetzgebung im Kanton Luzern. Sie fördert die Land- und Forstwirtschaftsbetriebe und schafft bessere Rahmenbedingungen für Landwirte und Waldeigentümer (primäre Produktion). Sie strebt einen vitalen ländlichen Raum mit einer attraktiven Kulturlandschaft an und stellt die nachhaltige Nutzung des staatlichen Fischerei- und Jagdregals sicher. Die Dienststelle setzt sich für die Erhaltung und Förderung der Biodiversität ein, indem Schutz-, Pflege- und Aufwertungsmassnahmen umgesetzt werden. Die Landschaftspflege, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die dezentrale Besiedlung sind Leistungen, die im öffentlichen Interesse liegen, welche sich über den Markt aber nur teilweise abgelten lassen. Im Wald sind dies der Erholungs- und Freizeitwert des Waldes (der wesentlich grösser als der Produktionswert ist), die Artenvielfalt, der Landschafts-

Grund- und Quellwasserschutz, die Luftreinhaltung sowie der Schutz vor Naturgefahren, insbesondere Hochwasser, Lawinen, Steinschlag, Felssturz und Hangrutschungen. Natur und Landschaft leisten einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Arten, der Lebensräume und einer intakten Landschaft. Bei der Jagd und Fischerei sind die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Artenschutz und die Wildschadenprävention.

Die Agrarpolitik wird hauptsächlich durch Bundesrecht bestimmt. Der Vollzug der Agrarpolitik obliegt den Kantonen, ebenso die Ergänzung verschiedener Bundesmassnahmen: Direktzahlungen, Strukturverbesserungen, Boden- und Pachtrecht, Ressourcenschutz. Waldpolitik ist eine Verbundaufgabe von Bund und Kanton. Sie bezweckt den Wald in seiner Fläche und in seiner räumlichen Verteilung zu erhalten, ihn als naturnahe Lebensgemeinschaft zu schützen und dafür zu sorgen, dass er seine Funktionen, namentlich die Schutz-, die Wohlfahrts- und die Nutzfunktion erfüllen kann. Die Waldwirtschaft, insbesondere die Verwendung von einheimischem Holz, wird gefördert. Der Bund hat seine Waldpolitik im Waldprogramm Schweiz (WAP-CH) konkretisiert. Er konzentriert sich auf die Bereiche Schutzwald, Walderhaltung und Biodiversität. Natur und Landschaftsschutz ist eine Verbundaufgabe von Bund und Kanton. Sie bezweckt, dem Aussterben einheimischer Tier- und Pflanzenarten durch die Erhaltung genügend grosser Lebensräume und durch andere geeignete Massnahmen entgegen zu wirken. Ausgehend von übergeordneten Konzepten werden für einzelne Lebensraumtypen und besonders gefährdete Arten Detailmassnahmen geplant und umgesetzt. Die Kernaufgabe des Staates in den Bereichen Fischerei und Jagd ist die nachhaltige Entwicklung der Fischerei- und Jagdregale durch eine ausgewogene Abstimmung von Schutz und Nutzen. Die Aufgaben umfassen u.a. die Erteilung der Fischerei- und Jagdberechtigungen, das Führen eines Kompetenzzentrums, die Wahrung der Fischereiinteressen bei Nutzungsvorhaben und technischen Eingriffen an Gewässern und die Durchsetzung der relevanten Rechtsbereiche.

2.3 Leistungsgruppen

1. Landwirtschaft
2. Wald
3. Natur, Jagd und Fischerei

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

- 1 Kosten der Landwirtschaftsbetriebe bis 2020 um 5 % senken
- 2 zusätzliche Wertschöpfung aus PRE-Projekten und neuen Einkommensalternativen
- 3 Die Landwirte nutzen das Angebot von e-Government vermehrt selbstständig (nicht via Landwirtschaftsbeauftragter)
- 4 Die Landwirte nutzen das Angebot an freiwilligen agrarpolitischen Instrumenten im Rahmen der nächsten Reformetappe (angekündigt auf 2014-2017)
- 5 flächendeckende Vernetzung nach ÖQV
- 6 Beteiligung am Ressourcenprojekt Stickstoff
- 7 Umfassende Bewirtschaftung der Waldfläche durch RO
- 8 eigentumsübergreifende Planung
- 9 eigentumsübergreifende Nutzung und Pflege
- 10 gemeinsame Vermarktung
- 11 flächendeckende Gründung und Betrieb von Regionalen Organisationen
- 12 Vorkommen von 35 sich selbsterhaltenden Fischarten in luzernischen Gewässern
- 13 Die Anzahl Jagdberechtigten bleibt auf hohem Niveau erhalten
- 14 Die Anzahl Fischereiberechtigten bleibt auf hohem Niveau erhalten
- 15 Das Monitoring relevanter Arten gemäss Fischerei- und Jagdrecht wird fortgesetzt
- 16 Neu angesäte Blumenwiesen weisen nach einem Jahr Qualität gemäss Oekoqualitätsverordnung auf
- 17 Das Netz der wichtigsten Lebensräume des Mittellandes wird erhalten
- 18 Zielgruppe Landwirtschaft : In allen Vernetzungsprojekten sind die Anliegen NL verankert.
- 19 Alle national und regional bedeutenden Objekte verfügen über ein Pflegekonzept oder eine Bewirtschaftungsvereinbarung

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
1 Kosten senken	rel.		100	99.5
2 PRE-Projekte	min		4	6
3 Anteil der LW, welche das eGov-Angebot nutzen	rel.		63	66
4 Anteil der LW, die die agr.-pol.Instrumente nutzen	rel.			10
5 landwirtschaftliche Nutzfläche vernetzt nach ÖQV	%		65	70
6 Ressourcenprojekt Stickstoff	%		45	50
7 Fläche in RO organisiertes Waldeigentum (ha)	min.		21000	21500
8 gemeinsame Planung (%)	min.		15	40
9 gemeinsame Nutzung/Pflege (%)	min.		30	40
10 gemeinsame Vermarktung (%)	min.		95	95
11 Anzahl gegründete RO	abs.		12	12

12 Lokale Fischarten	Anz.	35	35
13 Erteilte Jagdberechtigungen	Anz.	2300	2300
14 Erteilte Fischereiberechtigungen	Anz.	3100	3100
15 Monitoring Projekte	Anz.	10	11
16 %-Satz der angesäten Blumenwiesen mit Qualität	%	90	92
17 %-Satz nat. und reg. Objekte mit Pflegekonzept	%	90	90
18 %-Satz NL - Anliegen in neuen Vernetzungsprojekten verankert	%	100	100
19 Anzahl Biotopneuschaffungen	abs.	>50	>20

2.5 Statistische Messgrößen	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand in Vollzeitstellen		83.8	83.8
Auszubildende		7	6
Praktikanten		3	3

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		11.1	11.137	0.3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		3.1	2.996	-2.6%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.0	0.019	-7.9%
34 Finanzaufwand		0.0	0.003	0.0%
36 Transferaufwand		29.8	30.946	3.8%
37 Durchlaufende Beiträge		227.0	227.000	0.0%
39 Interne Verrechnungen		6.3	6.226	-0.5%
Total Aufwand	0.0	277.3	278.327	0.4%
41 Regalien und Konzessionen		-0.9	-0.911	0.0%
42 Entgelte		-3.1	-3.233	3.5%
45 Entnahmen aus Fonds		0.0	-0.030	0.0%
46 Transferertrag		-12.5	-10.898	-13.0%
47 Durchlaufende Beiträge		-227.0	-227.000	0.0%
49 Interne Verrechnungen		-8.1	-8.205	1.8%
Total Ertrag	0.0	-251.7	-250.277	-0.5%
Saldo - Globalbudget	0.0	25.6	28.050	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die Differenz von rund 2.4 Mio. Fr. zwischen Saldo Globalbudget 2011 und 2012 erklärt sich vor allem aus der erstmaligen Verrechnung des Staatsbeitrages der landwirtschaftlichen Familienausgleichskasse (FAK) von 4.4 Mio. Fr. zwischen dem Bund und der Dienststelle Iawa (Budgetverschiebung vom AB 4031 Finanzen). Der Nettominderaufwand von rund 2 Mio. ergibt sich hauptsächlich aus den Sparvorgaben des Budgets 2012.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Landwirtschaft	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			254.4	
Total Ertrag			-238.4	
Saldo	0.0	0.0	16.0	
2. Wald	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			14.8	
Total Ertrag			-6.5	
Saldo	0.0	0.0	8.3	

3. Natur, Jagd und Fischerei	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			9.1	
Total Ertrag			-5.4	
Saldo	0.0	0.0	3.7	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36302001 Staatsbeitrag Landwirtschaftliche FAK			4.394	
36340010 Zinsverzicht Darlehen öff. Unternehmen		7.4	5.895	-20.0%
36342002 ungedeckte Verwaltungskosten LK		0.7	0.600	-9.4%
36342005 Wohnbausanierung LK		0.5		-100.0%
36352002 Beiträge an Reg. Organisationen		0.8	0.900	5.9%
36352003 Projekt Biosphäre		0.8	0.800	6.7%
36372003 Ressourcenprogramm Art. 77 LWG		0.8	0.750	-6.3%
36372004 Seesanasierungen		1.0	1.000	0.0%
36372005 Gebirgshilfe		1.1	1.130	0.0%
36372006 innovative Projekte		0.2	0.200	0.0%
36372007 Förderung Fischerei & Jagd		0.1	0.124	0.0%
36372008 Pflege Unterhalt N&L		4.8	4.396	-7.8%
36372009 Verschiedene Beiträge N&L		0.7	0.600	-14.3%
36372010 Beiträge Wald		3.3	2.825	-13.7%
36372011 Reg. Projekte Art. 93 1c		0.5	0.300	-40.0%
36600600 PLM ABS Inv.Beträge		7.0	6.847	-2.2%
übriger Transferaufwand		0.2	0.186	0.0%
Total Transferaufwand	0.0	29.8	30.945	3.8%
46300001 Beiträge vom Bund		-2.2	-2.266	4.6%
46300002 Beiträge für Pflege, Unterh.,/Minderertr. N+L		-1.8	-1.625	-7.1%
46320010 Zinsverz. Bund		-6.8	-5.427	-20.0%
46320001 Beitr. von Gemeinden	0.0	-1.8	-1.580	-13.6%
Total Transferertrag	0.0	-12.5	-10.898	-13.0%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Aufgrund erstmaliger Bilanzierung der Investitionskredite (Bund) und der Betriebshilfedarlehen (Bund) an die Landw. Kreditkasse wird ein Zinsaufwand sowie Zinsertrag von 5.4 Mio. ausgewiesen. Die Minderaufwände ergeben sich aus den Sparvorgaben des Budgets 2012.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
56 Eigene Investitionsbeiträge		5.9	5.945	1.1%
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge		4.2	4.200	0.0%
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	10.1	10.145	0.6%
64 Rückzahlung von Darlehen		-0.2		-100.0%
66 Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge		0.0	-0.010	0.0%
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge		-4.2	-4.200	0.0%
Total Einnahmen	0.0	-4.4	-4.210	-4.5%
Nettoinvestitionen	0.0	5.7	5.935	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag
keine

Information zu den Investitionsbeiträgen (in Mio. Fr.)				
	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
56500002 Beiträge Güterstrassen		4.0	4.037	1.4%
56500003 Beiträge Waldstrassen		0.4	0.449	1.4%
56500004 Beiträge übr. Meliorationen		1.5	1.460	0.0%
Total eigene Investitionsbeiträge	0.0	5.9	5.945	1.1%
Total Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	0.0	0.0	0.000	

H8-2031 BUWD – Wirtschaft

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Gezielte Ausschöpfung vorhandener Potenziale des Kantons Luzern um diesen als kräftige Wirtschafts- und Wohnregion zu etablieren.

Leistungsgruppe
1

1.2 Lagebeurteilung

Die Konjunkturperspektiven für die Schweiz haben sich in den letzten Monaten weiter eingetrübt. Ausschlaggebend dafür sind die ungünstigen aussenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die ausgeprägte Abkühlung der Weltkonjunktur und die Einführung einer Wechselkursuntergrenze zum Euro bestimmen die Lage, in der sich unser Land derzeit befindet. Der überbewertete Schweizer Franken hat negative Auswirkungen auf Exporte und Unternehmensinvestitionen und dürfte das wirtschaftliche Wachstum in der Schweiz vorübergehend bremsen. Als Folge der konjunkturellen Schwächephase dürfte auch die Arbeitslosigkeit wieder steigen. Die weltwirtschaftliche Entwicklung bleibt wegen der europäischen Schuldenkrise ungewiss. Die Krise dürfte aber den Kanton Luzern aufgrund des breit diversifizierten Gewerbes und der Ausrichtung auf den Binnenmarkt weniger stark treffen als die übrige Schweiz.

1.3 Schlussfolgerungen

Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind so zu gestalten, dass sich die Firmen auch in einem schwierigeren Umfeld erfolgreich behaupten können. Mit den schweizweit tiefsten Unternehmenssteuern ab 2012 wurde bereits ein wichtiger Schritt getan. Durch ein unternehmensfreundliches Klima im Kanton Luzern soll einerseits der Bestandespflege und andererseits der Neuansiedlung von Firmen hohe Priorität beigemessen werden. Alle Indikatoren, die für die Standortattraktivität wichtig sind, werden auf eine starke Marketingplattform gestellt und aktiv vermarktet.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Luzerns Wirtschaft soll wachsen. Wir wollen die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze erleichtern und die Wertschöpfung pro Arbeitsplatz steigern.

2.2 Grundauftrag

Die Kernaufgaben der Wirtschaftsförderung – Standortentwicklung, Promotion/Marketing, Ansiedlungsbegleitung und Geschäftsentwicklung – sind zentral in der Geschäftsstelle Luzerner Wirtschaftsförderung zusammengefasst.

Die Wirtschaftsförderungsstrategie des Kantons Luzern ist darauf ausgelegt, vorhandene Potentiale gezielt auszuschöpfen und so im Kanton Luzern kräftige Wirtschafts- und Wohnregionen zu schaffen.

2.3 Leistungsgruppen

1. Wirtschaftsförderung

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Der Kanton Luzern positioniert sich schweizweit als erste Adresse für Unternehmen. Damit verbunden sind ein aktives Standortmarketing und gute Rahmenbedingungen für die Unternehmensentwicklung. Die Schaffung von attraktiven und wertschöpfungsintensiven Arbeitsplätzen ist zentral. Wir setzen prioritär auf die heterogene KMU-Struktur unserer Wirtschaft und gezielt auf die Ansiedlung von international tätigen Firmen. Beim Tourismus setzen wir auf effiziente Strukturen und wertschöpfungsstarke, nachhaltige Angebote, sowohl in der Stadt als auch auf der Luzerner Landschaft.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Positive Entwicklung Wertschöpfung Tourismus direkt	abs.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Pos. Entwicklung Wertschöpfung Tourismus indirekt	abs.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Entwicklung Logiernächte über CH-Durchschnitt	rel.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Anzahl gem. Marketingmassn./-projekte DMO Luzern	min.	10	10	10
Anzahl grosse Marketing-Kapagnen (LTAG)	min.	1	1	1
Positive Entwickl. Arbeitsplätze neuer Unternehmen	rel.	erfüllt	erfüllt	erfüllt

2.5 Statistische Messgrößen

	R 2010	B 2011	B 2012
Personalbestand Stiftung Wirtschaftsförderung Luzern in VZ-Stellen	5	6	6
Durch Wirtschaftsförderung Luzern geschaffene neue Arbeitsplätze	250	400	400

Bemerkungen

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			0.009	
36 Transferaufwand			3.767	
39 Interne Verrechnungen			0.361	
Total Aufwand	0.0	0.0	4.137	
49 Interne Verrechnungen			-2.577	
Total Ertrag	0.0	0.0	-2.577	
Saldo - Globalbudget	0.0	0.0	1.560	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Bis 2011 ist das Aufgabengebiet Bestandteil des Aufgabenbereichs Raumplanung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (H7-2030)

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36364004 Wissens- und Technologietransfer		0.1	0.020	-60.0%
36364005 Lotteriertrag: Versch. Beiträge		0.2	0.100	-50.0%
36364006 Entwicklungskonzepte		0.6	0.400	-29.8%
36364007 Fremdenverkehrsorganisationen		1.5	1.330	-10.1%
36364008 Beherbergungsabgaben		0.9	0.867	0.0%
36364009 Beiträge OSEC		0.1	0.062	0.0%
36364010 Stiftung Wirtschaftsförderung		0.8	0.675	-10.0%
36364011 Lucerne Event		0.1	0.040	-50.0%
36600600 Planmässige Abschreibung Investitionsbeiträge		0.3	0.273	0.0%
Total Transferaufwand	0.0	4.3	3.767	-13.0%
Total Transferertrag	0.0	0.0	0.000	

H9-4031 FD – Finanzen

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Umsetzung Risiko- und Versicherungsmanagement

Leistungsgruppe

1

1.2 Lagebeurteilung

Das rekordtiefe Zinsniveau und der grosse Schuldenabbau der letzten Jahre haben den Zinsaufwand deutlich reduziert. Er wird aber mittel- und langfristig durch steigende Zinsen und bei allfälligen Ausnahmen von der Schuldenbremse voraussichtlich wieder zunehmen.

Die Beteiligung an der LUKB wirft konstante bis steigende Erträge ab. Zwar ist durch diese Konzentration der finanziellen Beteiligungen das theoretische Schadenpotential sehr gross; wir gehen jedoch weiterhin von einer minimalen Eintretenswahrscheinlichkeit aus.

Die Schweizerische Nationalbank hat im Jahr 2010 ihre Bestände an Euro massiv aufgestockt. Somit erhöht sich das Risiko für Wertschwankungen und indirekt auch für die Erfüllung der Gewinnvereinbarung 2008 - 2017, die für den Kanton Luzern einen jährlichen Ertrag von 79,2 Millionen Franken bringt.

Mit der Etablierung eines einheitlichen Risiko- und Versicherungsmanagements sollen die Dienststellen bei der Risikobeurteilung und -bewältigung unterstützt und die Versicherungsprämien reduziert werden.

1.3 Schlussfolgerungen

Für den Aufgabenbereich Finanzen bestehen in den nächsten Jahren einigen Risiken. Vor allem die in Zukunft volatileren Einnahmenpositionen der Gewinnausschüttung der SNB und der NFA lassen sich auf kantonaler Ebene kaum beeinflussen.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum macht sich immer stärker in der Schweiz bemerkbar. Der Euro-Kurs liegt Ende September 2011 bei rund CHF 1,20. Als Folge daraus muss die Schweizerische Nationalbank (SNB) ihre Euro-Bestände tiefer bewerten. Die Gewinnausschüttung der SNB an den Bund und die Kantone ist in Frage gestellt. Der Kanton Luzern hat 2011 79,2 Millionen Franken von der SNB erhalten.

Änderungen im NFA für die Vierjahresperiode 2012 - 2015 führen ab 2012 zu Neuberechnung von diversen Faktoren. Diese Neuberechnung hat zur Folge, dass der Kanton Luzern gegenüber dem letztjährigen IFAP 2011-2015 tiefere Einnahmen aus der NFA erhält. Zudem werden in den NFA-Zahlen 2012 erstmals die Daten aus dem Jahr 2008 berücksichtigt. Die Finanzkrise hat 2008 das Ressourcenpotentials vor allem des Kantons Zürich reduziert. Der Kanton Zürich zahlt somit weniger in den Ressourcenausgleich ein.

2.2 Grundauftrag

Der Aufgabenbereich Finanzen erbringt keine Leistungen, sondern es werden lediglich die Aufwendungen und Erträge in folgenden Bereichen verbucht:

- Versicherungen
- Rentenleistungen Magistratspersonen
- Zinsaufwand / Zins- und Dividenerträge
- Gewinnausschüttung Schweizerische Nationalbank (SNB)
- Bundesstaatlicher Finanzausgleich NFA
- Weitere zentrale Verbuchungen (z.B. kalkulatorische Zinsen, Abschreibungen)

2.3 Leistungsgruppen

1. Finanzen

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Der Sonderbereich Finanzen erbringt keine internen und externen Leistungen. Deshalb wird auf ein Wirkungsmodell verzichtet.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
keine				

2.5 Statistische Messgrößen

	R 2010	B 2011	B 2012
Gewinnausschüttung SNB (in Mio. Fr.)	79.2	79.2	0
Dividende LUKB (in Mio. Fr.)	58.2	58.2	57.5
Dividende CKW (in Mio. Fr.)	5.3	5.3	5.3
Verzinsung Dotationskapital LUKS und lups (in Mio. Fr.)	2.6	11.2	0

Bemerkungen

Gewinnausschüttung SNB: Siehe Bemerkungen zur Erfolgsrechnung - Voranschlag (3.1)

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
30 Personalaufwand		1.4	1.050	-26.4%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		1.4	1.253	-9.5%
34 Finanzaufwand		41.1	32.678	-20.4%
36 Transferaufwand		12.0	5.835	-51.4%
39 Interne Verrechnungen		12.1	13.587	11.8%
Total Aufwand	0.0	68.0	54.403	-20.0%
41 Regalien und Konzessionen		-79.3	-0.100	-99.9%
42 Entgelte		-1.3	-1.386	5.8%
44 Finanzertrag		-89.3	-76.841	-14.0%
46 Transferertrag		-366.6	-369.709	0.8%
49 Interne Verrechnungen		-77.1	-78.841	2.3%
Total Ertrag	0.0	-613.6	-526.877	-14.1%
Saldo - Globalbudget	0.0	-545.6	-472.474	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Personalaufwand: Als Folge der neuen Rechnungslegung wird der zukünftige Ruhegeldanspruch der jetzt noch aktiven altrechtlichen Magistratspersonen mit jährlichen Raten zu Lasten der Erfolgsrechnung in der Bilanz zurückgestellt. Die zukünftigen Ruhegeldansprüche der bereits pensionierten Magistraten wurden im Rahmen der Bilanzanpassung passiviert. Die jährlich ausbezahlten Ruhegelder werden folglich zu Lasten dieser Rückstellung verbucht.

- Sach- und übriger Betriebsaufwand: Als Folge der Übertragung der Spitalbauten zu LUKS und lups per 1.1.2011 nehmen die Prämien für die Bauversicherung anteilmässig ab.
- Finanzaufwand: Der Zinsaufwand nimmt aufgrund von tieferen Schulden und tieferen Refinanzierungszinssätzen ab.
- Transferaufwand: Abnahme als Folge der Verschiebung der AHV-Erlasskosten in das GSD und der Kosten für die Landwirtschaftliche Familienausgleichskasse in das BUWD.
- Interne Verrechnung: Höherer Aufwand für kalkulatorische Zinsen wegen dem höheren Bestand des Anlagevermögens als Folge der Bilanzanpassung (siehe Bilanzanpassungsbericht).
- Regalien und Konzessionen: Wir haben 2012 - aufgrund der aktuellen Einschätzung - einen Vollausfall der SNB-Gewinnausschüttung eingeplant.
- Finanzertrag: Ab 2012 wird auf die Verzinsung der Dotationskapitals von LUKS und lups verzichtet. Dadurch nimmt der Finanzertrag um 11,2 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2011 ab.
- Transferertrag: In dieser Position werden die Einnahmen aus der NFA ausgewiesen.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36210004 NFA: Härteausgleich Kantone		5.8	5.835	0.0%
36120001 Entschädigungen an Gemeinden		0.6		-100.0%
36304002 Staatsbeitrag Landwirtschaftliche FAK		4.7		-100.0%
36374002 Erlassbeiträge (AHV)		0.9		-100.0%
Total Transferaufwand	0.0	12.0	5.835	-51.4%
46200001 Ressourcenausgleich Bund		-194.0	-200.996	3.6%
46200003 Geo-/Topographischer Lastenausgleich		-6.7	-7.011	4.7%
46200004 Härteausgleich Bund		-23.7	-23.692	0.0%
46210001 Ressourcenausgleich von Kantonen		-141.4	-137.710	-2.6%
46990001 Rückvergütung CO2-Abgabe		-0.9	-0.300	-64.9%
Total Transferertrag	0.0	-366.6	-369.709	0.8%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

Die Entschädigungen an Gemeinden beinhaltet die Weitergabe der Rückvergütung der CO2-Abgaben an die Gemeinden. Ab 2012 wird die Rückvergütung der CO2-Abgabe netto verbucht.

Der Staatsbeitrag für die Landwirtschaftliche Kreditkasse wird ab 2012 durch das BUWD ausbezahlt.

Die Erlassbeiträge (AHV) werden ab 2012 im GSD verbucht.

3.2 Investitionsrechnung

Ausgaben und Einnahmen (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Ausgaben - Globalbudget	0.0	0.0	0.000	
64 Rückzahlung von Darlehen			-0.151	
Total Einnahmen	0.0	0.0	-0.151	
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	-0.151	

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Ab 2012 wird die jährliche Rückzahlungsrate des Jugenddorfes St. Georg, Knutwil in diesem Aufgabenbereich verbucht. Bis 2011 wurden die Darlehensrückzahlungen im Aufgabenbereich 4030 Dienstleistungen Finanzen gutgeschrieben.

H9-4061 FD – Steuern

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Steuergesetzrevision 2011, Teil 2011: Senkung Einkommenssteuer, Abzug Kinderbetreuung, Minimalsteuer
Steuergesetzrevision 2011, Teil 2012: Halbierung Gewinnsteuer

Leistungsgruppe

1
1

1.2 Lagebeurteilung

Trotz der Steuersenkungen 2005 und 2008 sind die Steuereinnahmen pro Einheit stabil geblieben, was heisst: Luzern hat an Ertragskraft zugelegt. Gleichzeitig hat der Kanton seine Stellung im interkantonalen Wettbewerb markant verbessert.

1.3 Schlussfolgerungen

Wir gehen davon aus, dass auch aus der Steuergesetzrevision 2011/2012 eine Überkompensation der Steuerausfälle durch eine wachsende Bevölkerung, Wirtschaft und Steuerkraft resultieren wird.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Weiteres Bevölkerungswachstum und somit Zunahme der Registerbestände. Im gesamtschweizerischen Vergleich eher unterdurchschnittliche Anfälligkeit bzw. Auswirkungen auf das Steuersubstrat im Falle von konjunkturell schwierigen Phasen.

Auswirkungen der Frankenstärke, weltweite wirtschaftliche Entwicklung und Rezessionsgefahren.

2.2 Grundauftrag

Im Aufgabenbereich 4061 Steuern werden keine Leistungen im eigentlichen Sinn erbracht. Es geht um die Trennung der Kosten- und Ertragspositionen aus der Steuerfakturierung und den Anteilen von Bundessteuereinnahmen. Deshalb wird auf ein Wirkungsmodell verzichtet.

2.3 Leistungsgruppen

1. Steuern Kanton
2. Steuern Bund

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Da der Sonderbereich Steuern keine internen und externen Leistungen erbringt, wird auf ein Wirkungsmodell verzichtet.

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
keine				

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Staatssteuereinheiten	1.5	1.5	1.55
Verzugszinssatz	5.0 %	5.0 %	5.0 %
Ausgleichsinssatz	1.0 %	1.0 %	0.75 %

Bemerkungen

Die Zinssätze in Budget- und Planjahren stellen lediglich eine Berechnungsannahme dar. Die effektiven Zinssätze sind durch die Regierung definitiv zu beschliessen.

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		8.3	8.420	1.3%
34 Finanzaufwand		3.9	4.725	19.9%
36 Transferaufwand		6.2	6.286	1.3%
39 Interne Verrechnungen		15.1	16.718	10.8%
Total Aufwand	0.0	33.5	36.148	7.7%
40 Fiskalertrag		-939.6	-994.450	5.8%
42 Entgelte		-3.7	-3.700	0.0%
44 Finanzertrag		-5.2	-4.700	-10.1%
46 Transferertrag		-132.2	-151.175	14.4%
Total Ertrag	0.0	-1'080.8	-1'154.025	6.8%
Saldo - Globalbudget	0.0	-1'047.2	-1'117.877	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die Aufteilung in die Leistungsgruppen Steuern Kanton und Steuern Bund führen wir ab 01.01.2012. Bemerkungen zu den Transferkosten/-erträgen sind in den nachfolgende Detailinformationen enthalten.

Die Ertragsverbesserung von netto 70,7 Millionen Franken ist auf die grossen Veränderungen bei den Staatssteuern zurückzuführen. Wir rechnen vor Veränderung der Staatssteuereinheiten mit einem Ertragswachstum von rund 24 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2011 (Halbierung Gewinnsteuer berücksichtigt). Aus der Erhöhung des Staatssteuerfusses um 1/20 Einheit von 1,5 auf 1,55 Einheiten haben wir einen Mehrertrag von rund 28 Millionen Franken budgetiert. Weitere Verbesserungen haben wir bei der direkten Bundessteuer (+8,3 Mio. Fr.), bei der Verrechnungssteuer (+8,9 Mio. Fr.) und bei den Nebensteuern (+2,1 Mio. Fr.) eingerechnet.

Informationen zu den Leistungsgruppen (in Mio. Fr.)

1. Steuern Kanton	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			16.4	
Total Ertrag			-1'002.9	
Saldo	0.0	0.0	-986.5	
2. Steuern Bund	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
Total Aufwand			19.8	
Total Ertrag			-151.2	
Saldo	0.0	0.0	-131.4	

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36024002 LSVA Überweisung an Gemeinden		1.7	1.857	10.8%
36110001 Entschädigungen an Kantone und Konkordate		1.3	1.200	-7.7%
36120001 Entschädigungen an Gemeinden		3.2	3.228	0.0%
Total Transferaufwand	0.0	6.2	6.286	1.3%
46000000 Anteil an direkter Bundessteuer		-96.8	-105.100	8.6%
46000001 Anteil an Verrechnungssteuer		-18.6	-27.500	47.8%
46000008 Anteil am Ertrag LSVA		-16.8	-18.575	10.8%
Total Transferertrag	0.0	-132.2	-151.175	14.4%

Bemerkungen zum Transferaufwand / Transferertrag

LSVA-Verteiler: 10 % an Gemeinden (Transferaufwand/36)

70 % an Strassenbau und 20 % an Finanzierung öV, Dienststelle VIF (Interne Verrechnung/39)

Entschädigungen an Kantone: Repartitionszahlungen aus den direkten Bundessteuern an andere Kantone.

Entschädigungen an Gemeinden: Veranlagungsentzündigungen und Inkassoprovisionen.

H9-6661 JSD – Finanzausgleich

1. Bezug zum Legislaturprogramm 2011-2015

1.1 Planungsgrundlagen des Regierungsrates: Strategische Ziele und Massnahmen

Der kantonale Finanzausgleich hat zum Ziel, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden auszugleichen, ihre finanzielle Autonomie zu stärken und die Unterschiede bei der Steuerbelastung zu vermindern. Der Kantonsrat wird alle vier Jahre mit einem Wirkungsbericht über Wirkungen und Zielerreichung des Finanzausgleichs informiert.

Leistungsgruppe
1

1.2 Lagebeurteilung

Der kantonale Finanzausgleich ist ein erfolgreiches Ausgleichs-Instrument. Trotzdem steigt der Reformdruck auch auf die Gemeinden und/oder einzelne Gemeinden geraten in finanzielle Schwierigkeiten. Einzelne Gemeinden oder Gemeinden, die sich zusammenschliessen, sind dabei weiterhin auf Sonderbeiträge angewiesen.

1.3 Schlussfolgerungen

Die periodische Überprüfung des Systems Finanzausgleich unter Mitwirkung des Verbands Luzerner Gemeinden, Weiterentwicklung und Optimierung des Systems Finanzausgleich auf der Basis der Resultate aus dem Wirkungsbericht.

2. Politischer Leistungsauftrag

2.1 Aktuelles Umfeld / Chancen und Risiken

Der Finanzausgleich ist ein erfolgreiches Ausgleichs-Instrument. Mit dem Instrument des Wirkungsberichts besteht die Chance zur periodischen Überprüfung und allfälligen Anpassung des Systems. Trotzdem steigt der Reformdruck auch auf die Gemeinden.

2.2 Grundauftrag

Die notwendigen Berechnungen der ordentlichen Leistungen aus dem Finanzausgleich erfolgen termingerecht und fehlerfrei, die Zahlungen werden rechtzeitig ausgelöst und die Gesuche um Sonderbeiträge formell korrekt abgewickelt. Das Projekt Wirkungsbericht Finanzausgleich wird unter Berücksichtigung der erforderlichen Zeit für allfällige externe Abklärungen, den Einbezug des Verbands der Luzerner Gemeinden und eine differenzierte Beurteilung vorbereitet und strukturiert.

2.3 Leistungsgruppen

1. Finanzausgleich

2.4 Zielschwerpunkte und Indikatoren

Zielschwerpunkte

Periodische Überprüfung der Wirkungen des Finanzausgleichs mit allfälligen Vorschlägen zur Systemanpassung

Indikatoren	Art	R 2010	B 2011	B 2012
Steuerfuss-Differenz zwischen 25. und 75. Perzentil in Steuerzehnteln	in Einh.		0.35	0.35
Anteil Gemeinden, die Vorgaben bei mindestens fünf von sieben Finanzkennzahlen einhalten	rel.		80 %	80 %
Anzahl gutgeheissene Beschwerden	abs.		0	0

2.5 Statistische Messgrössen

	R 2010	B 2011	B 2012
Finanzausgleichszahlungen, Anteil Kanton, in Mio. Fr.	125	128	130
Sonderbeitragszahlungen in Mio. Fr.	3.5		

3. Entwicklung der Finanzen im Aufgabenbereich

3.1 Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36 Transferaufwand		148.4	151.217	1.9%
Total Aufwand	0.0	148.4	151.217	1.9%
46 Transferertrag		-20.7	-20.394	-1.6%
Total Ertrag	0.0	-20.7	-20.394	-1.6%
Saldo - Globalbudget	0.0	127.7	130.823	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

a) Bemerkungen zum Voranschlag

Die Zahlen basieren auf den Beitragsverfügungen Finanzausgleich 2012. Für Sonderbeiträge an einzelne Gemeinden und Beiträge an Fusionen sind gesamthaft 4 Mio. Franken eingestellt. Im Jahr 2011 waren keine Sonderbeiträge budgetiert.

Information zum Transferaufwand /

Transferertrag (in Mio. Fr.)	R 2010	B 2011	B 2012	Abw. %
36220001 FA: Ressourcenausgleich		82.9	81.577	-1.6%
36220002 FA: Sozio-demographischer Ausgleich		12.4	12.440	0.2%
36220003 FA: Geografisch-topografischer Ausgleich		22.9	22.910	0.2%
36220004 FA: Bildungslastenausgleich		24.0	24.070	0.2%
36220005 FA: Infrastrukturlastenausgleich		6.2	6.220	0.2%
36224006 FA: Sonderbeiträge			4.000	>= 1000%
Total Transferaufwand	0.0	148.4	151.217	1.9%
46220007 FA: Horizontaler Finanzausgleich		-20.7	-20.394	-1.6%
Total Transferertrag	0.0	-20.7	-20.394	-1.6%

PLANRECHNUNGEN PLANRECHNUNG UNGEN PLANRECHNUNGEN PLANR CHNUNGEN PLANRECHNUNGEN PI PLANRECHNUNGEN PLANRECHNUN UNGEN PLANRECHNUNGEN PLAN RECHNUNGEN PLANRECHNUNGEN UNGEN PLANRECHNUNGEN PLANREC

III. Planrechnungen

1. Erfolgsrechnung

Artengliederung in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
3 Aufwand		3'419,6	3'477,9
30 Personalaufwand		594,9	620,2
300 Behörden, Kommissionen und Richter		17,2	25,1
301 Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal		316,1	315,2
302 Löhne der Lehrkräfte		160,0	173,4
303 Temporäre Arbeitskräfte		4,3	3,5
304 Zulagen		1,1	1,2
305 Arbeitgeberbeiträge		88,0	93,5
306 Arbeitgeberleistungen		1,4	1,1
309 Übriger Personalaufwand		6,8	7,3
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		220,5	223,5
310 Material- und Warenaufwand		35,8	36,9
311 Nicht aktivierbare Anlagen		10,5	10,1
312 Wasser, Energie, Heizmaterial		6,9	8,2
313 Dienstleistungen und Honorare		49,2	45,1
314 Baulicher Unterhalt		31,2	36,3
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anlagen		19,9	21,6
316 Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		38,6	38,8
317 Spesenentschädigungen		6,2	6,4
318 Wertberichtigungen auf Forderungen		15,4	15,5
319 Verschiedener Betriebsaufwand		6,8	4,4
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen		117,0	121,4
330 Sachanlagen Verwaltungsvermögen		107,7	112,0
332 Abschreibungen Immaterielle Anlagen		9,4	9,5
34 Finanzaufwand		48,4	42,2
340 Zinsaufwand		40,6	32,2
342 Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten		0,4	0,4
343 Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen		2,6	3,9
349 Verschiedener Finanzaufwand		4,8	5,7
36 Transferaufwand		1'583,6	1'631,4
360 Ertragsanteile an Dritte		3,5	3,8
361 Entschädigungen an Gemeinwesen		26,2	28,2
362 Finanz- und Lastenausgleich		154,2	157,1
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		1'379,0	1'421,2
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge		20,7	21,1
37 Durchlaufende Beiträge		441,1	436,3
370 Durchlaufende Beiträge		441,1	436,3
39 Interne Verrechnungen		414,0	403,0
390 Material- und Warenbezüge		7,6	7,0
391 Dienstleistungen		88,4	79,1
392 Pacht, Mieten, Benützungskosten		74,5	77,7
394 kalkulatorische Zinsen und Finanzaufwand		86,4	90,1
395 Plan- und ausserplanmässige Abschreibungen		0,2	0,0
398 Übertragungen		126,6	144,4
399 Übrige interne Verrechnungen		30,3	4,6

Artengliederung in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
4 Ertrag		-3'444,0	-3'469,1
40 Fiskalertrag		-1'032,4	-1'088,5
400 Direkte Steuern natürliche Personen	-719,8	-779,9	
401 Direkte Steuern juristische Personen	-124,1	-116,8	
402 übrige Direkte Steuern	-95,9	-97,9	
403 Besitz- und Aufwandsteuern	-92,6	-94,0	
41 Regalien und Konzessionen		-99,0	-19,8
410 Regalien	-0,6	-0,6	
411 Schweizerische Nationalbank	-79,2	0,0	
412 Konzessionen	-4,7	-4,7	
413 Ertragsanteile an Lotterien, Sport-Toto	-14,6	-14,5	
42 Entgelte		-194,7	-204,0
421 Gebühren für Amtshandlungen	-74,2	-76,2	
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-10,2	-9,7	
423 Schul- und Kursgelder	-7,3	-7,8	
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-21,6	-24,0	
425 Erlös aus Verkäufen	-19,8	-19,7	
426 Rückerstattungen	-21,3	-22,2	
427 Bussen	-31,5	-36,3	
429 Übrige Entgelte	-8,9	-8,2	
43 Verschiedene Erträge		0,0	-0,3
430 Verschiedene Erträge	0,0	-0,3	
44 Finanzertrag		-120,5	-124,9
440 Zinsertrag	-5,5	-5,1	
442 Beteiligungsertrag Finanzvermögen	-15,9	-15,2	
443 Liegenschaftenertrag Finanzvermögen	-6,4	-7,3	
445 Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen	-73,2	-74,8	
447 Liegenschaftenertrag Verwaltungsvermögen	-19,5	-22,4	
45 Entnahmen aus Fonds		-3,3	-2,5
450 Entnahme aus Fond	-3,3	-2,5	
46 Transferertrag		-1'138,9	-1'189,8
460 Ertragsanteile	-147,4	-166,5	
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	-19,2	-38,5	
462 Finanz- und Lastenausgleich	-365,8	-389,8	
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-593,4	-580,1	
466 Auflösung passivierter Investitionsbeiträge	-12,2	-14,6	
469 Verschiedener Transferertrag	-0,9	-0,3	
47 Durchlaufende Beiträge		-441,1	-436,3
470 Durchlaufende Beiträge	-441,1	-436,3	
49 Interne Verrechnungen		-414,0	-403,0
490 Material- und Warenbezüge	-7,6	-7,0	
491 Dienstleistungen	-88,4	-79,1	
492 Pacht, Mieten, Benützungskosten	-74,5	-77,7	
494 kalkulatorische Zinsen und Finanzaufwand	-86,4	-90,1	
495 Plan- und ausserplanmässige Abschreibungen	-0,2	0,0	
498 Übertragungen	-126,6	-144,4	
499 Übrige interne Verrechnungen	-30,3	-4,6	

2. Investitionsrechnung

Artengliederung in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
5 Investitionsausgaben		291,6	230,2
50 Sachanlagen		183,8	144,4
501 Strassen/Verkehrswege		63,3	58,9
502 Wasserbau		28,5	16,2
504 Hochbauten		63,8	50,8
506 Mobilien		28,3	18,6
51 Investitionen auf Rechnung Dritter		44,0	33,5
511 Strassen		3,4	0,0
513 übriger Tiefbau		40,6	33,5
52 Immaterielle Anlagen		13,3	12,2
520 Software		11,7	9,5
529 Übrige immaterielle Anlagen		1,6	2,7
54 Darlehen		1,6	0,9
542 Gemeinden und Gemeindezweckverbände		1,5	0,6
544 Öffentliche Unternehmungen		0,1	0,3
56 Eigene Investitionsbeiträge		39,2	26,5
562 Gemeinden und Gemeindezweckverbände		3,4	3,0
564 Öffentliche Unternehmungen		11,8	10,2
565 Private Unternehmungen		23,4	13,3
566 Private Organisationen ohne Erwerbszweck		0,6	0,0
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge		9,7	12,7
570 Bund		2,4	2,4
572 Gemeinden und Gemeindezweckverbände		3,1	6,1
575 Private Unternehmungen		4,2	4,2
6 Investitionseinnahmen		-109,8	-84,3
61 Rückerstattungen		-44,0	-33,5
611 Strassen		-3,4	0,0
613 Tiefbau		-40,6	-33,5
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		-54,0	-35,6
630 Bund		-28,5	-19,2
632 Gemeinde und Gemeindezweckverbände		-17,1	-15,3
634 Öffentliche Unternehmungen		-0,1	-0,1
637 Private Haushalte		-8,3	-0,9
64 Rückzahlung von Darlehen		-2,1	-2,5
642 Gemeinde und Gemeindezweckverbände		-1,2	-1,4
644 Öffentliche Unternehmungen		-0,2	-0,5
645 Private Unternehmungen		-0,4	-0,4
646 Private Organisationen ohne Erwerbszweck		-0,2	-0,2
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge		-9,7	-12,7
670 Bund		-9,7	-12,7

3. Geldflussrechnung

in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung		24,4	-8,8
Abschreibungen Verwaltungsvermögen		137,7	142,5
Wertberichtigung Anlagen Finanzvermögen		0,0	0,0
Auflösung passivierter Investitionsbeiträge		-12,2	-14,6
Erfolg aus Veräusserung Anlagevermögen		0,0	0,0
Veränderung Forderungen		0,1	0,0
Veränderung Transitorische Aktiven (für Erfolgsrechnung)		1,4	2,0
Veränderung Vorräte und angefangene Arbeiten		0,2	0,0
Veränderung Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapi		0,0	0,0
Veränderung Laufende Verbindlichkeiten		0,4	0,0
Veränderung Transitorische Passiven (für Erfolgsrechnung)		-3,3	0,0
Veränderung Rückstellungen (für Erfolgsrechnung)		-1,5	-4,6
Veränderung Fonds im Fremdkapital		-2,6	-0,6
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit		144,5	116,0
Investitionen Sachanlagen		-183,9	-144,4
Investitionen auf Rechnung Dritter		-44,0	-33,5
Investitionen Immaterielle Anlagen		-13,2	-12,2
Investitionen Darlehen und Beteiligungen		-1,6	-0,9
Eigene Investitionsbeiträge		-39,2	-26,5
Durchlaufende Investitionsbeiträge		-9,8	-12,7
Geldabfluss aus Investitionstätigkeit Verwaltungsvermögen		-291,6	-230,2
Devestitionen Sachanlagen		0,0	0,0
Rückerstattungen		44,0	33,5
Abgang immaterielle Anlagen		0,0	0,0
Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		75,6	36,4
Rückzahlungen Darlehen, Übertragung Beteiligungen		2,1	2,5
Rückzahlungen eigener Beiträge		0,0	0,0
Durchlaufende Beiträge		9,7	12,7
Geldzufluss aus Investitionstätigkeit Verwaltungsvermögen		131,4	85,2
Geldfluss aus Investitionstätigkeit Verwaltungsvermö-		-160,2	-145,0
Geldfluss aus Finanzanlagen Finanzvermögen		0,2	0,0
Geldfluss aus Sachanlagen Finanzvermögen		0,2	0,0
Geldfluss aus Investitionstätigkeit Finanzvermögen		0,4	0,0
Geldfluss aus Investitionstätigkeit		-159,8	-145,0
Veränderung kurzfristige Finanzverbindlichkeiten		-1,4	0,0
Veränderung langfristige Finanzverbindlichkeiten exklusiv- ve Investitionsbeiträge		16,7	29,0
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit		15,3	29,0
Flüssige und geldnahe Mittel zu Beginn der Periode		48,0	48,0
Flüssige und geldnahe Mittel am Ende der Periode		48,0	48,0
Veränderung flüssige und geldnahe Mittel		0,0	0,0
Finanzpolitische Steuergrössen:			
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit und aus Investitionstätigkeit ins Verwaltungsvermögen			-29,0
Geldfluss-Investitions-Verhältnis in %			80,0%

4. Bilanz

per 31. Dezember in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
100 Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	48,0	48,0	48,0
101 Forderungen	567,0	561,0	561,0
102 Kurzfristige Finanzanlagen	6,0	6,0	6,0
104 Aktive Rechnungsabgrenzungen	259,6	224,0	221,2
106 Vorräte und angefangene Arbeiten	3,2	3,0	3,0
Finanzvermögen	883,8	842,0	839,2
Umlaufvermögen	883,8	842,0	839,2
107 Finanzanlagen	513,2	513,0	513,0
108 Sachanlagen Finanzvermögen	133,6	133,4	133,4
109 Forderungen ggb. Fonds im Fremdkapital	0,0	0,0	0,0
Finanzvermögen	646,8	646,4	646,4
140 Sachanlagen VV	3'418,7	3'494,9	3'527,3
142 Immaterielle Anlagen	36,9	40,8	43,5
144 Darlehen	328,7	328,2	326,5
145 Beteiligungen, Grundkapitalien	368,7	368,7	368,7
146 Investitionsbeiträge	431,5	450,0	455,5
Verwaltungsvermögen	4'584,5	4'682,6	4'721,5
Anlagevermögen	5'231,3	5'329,0	5'367,9
Total Aktiven	6'115,1	6'171,0	6'207,1
200 Laufende Verbindlichkeiten	-266,6	-267,0	-267,0
201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-136,4	-135,0	-135,0
204 Passive Rechnungsabgrenzungen	-197,3	-175,4	-175,4
205 Kurzfristige Rückstellungen	-31,4	-32,0	-27,9
Kurzfristiges Fremdkapital	-631,6	-609,4	-605,3
206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-1'564,7	-1'623,2	-1'673,2
208 Langfristige Rückstellungen	-55,0	-52,9	-52,5
209 Fonds im Fremdkapital	-34,2	-31,7	-31,1
Langfristiges Fremdkapital	-1'654,0	-1'707,7	-1'756,8
Fremdkapital	-2'285,6	-2'317,1	-2'362,1
Eigenkapital	-3'829,5	-3'853,8	-3'845,0
Total Passiven	-6'115,1	-6'171,0	-6'207,1
Positionen gemäss HRM 2 zur Information:			
10 Total Finanzvermögen	1'530,5	1'488,4	1'485,6

5. Anhang zu den Planrechnungen

5.1 Investitionen Hochbau

a) Hochbauten nach Wirtschaftseinheiten

b) Grossprojekte der kantonalen Hochbauten

5.2 Investitionen Kantonsstrassen

5.3 Investitionen öffentlicher Verkehr

5.4 Investitionen Naturgefahren

5.5 Investitionen Informatik

5.1 a Hochbauten nach Wirtschaftseinheiten

in Franken			Finanzplan 2013–2021										
WE	Bezeichnung / Projekt	Dept.	Budget	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investitionen (brutto)	Investitionen (brutto)		53'790'000		53'100'000	49'100'000	49'100'000						
	Investitionenbeiträge für eigene Rechnung		-5'100'000		-4'400'000	-400'000	-400'000						
	Globalbudget (netto)		48'690'000	48'700'000	48'700'000	48'700'000	48'700'000						
	Projeküberhang (Differenz zwischen Globalbudget und Total Projekte)		5'492'000		1'940'000	4'880'000	14'500'000						
	Total Projekte		54'182'000	50'640'000	53'580'000	63'200'000	57'600'000	56'680'000	56'430'000	62'490'000	65'190'000	55'810'000	

in Franken			Finanzplan 2013–2021									
WE Bezeichnung / Projekt		Dept.	Budget									
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
28	688 LUKS Luzern HFGZ	BKD	130'000	210'000	710'000	210'000	210'000	210'000	210'000	210'000	210'000	100'000
29	18 Pfistergasse 20/22	BKD	700'000	650'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000
30	28 Bellerive	BKD	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000
31	30 Sentimatt	BKD	900'000	650'000	650'000	4'150'000	4'150'000	1'150'000	150'000	150'000	300'000	1'650'000
32	31 Rössligasse 12	BKD	50'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
33	32 HSLU Technik+Architektur Horw	BKD	2'020'000	3'530'000	2'100'000	7'050'000	7'050'000	7'050'000	7'050'000	6'550'000	6'300'000	300'000
34	60 Museggstrasse 37	BKD	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	0
35	102 Frankenstrasse 7-9	BKD	150'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
36	114 Baselstrasse 61a	BKD	200'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
37	527 Froburgstrasse 3	BKD	6'400'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
38	625 Werkhofstrasse 18	BKD	90'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
39	634 Allmend Doppelturnhalle	BKD	2'000'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
40	660 Zentralstrasse 38	BKD	145'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
41	1 Regierungsgebäude	FWD	430'000	280'000	80'000	80'000	1'130'000	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000
42	2 Finanzgebäude	FWD	80'000	680'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000
43	7 Zentralstrasse 28	FWD	250'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
44	8 Libellenrain 15	FWD	20'000	20'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000
45	10 Jesuitenkirche	FWD	80'000	60'000	60'000	60'000	60'000	60'000	60'000	60'000	60'000	60'000
46	11 Hist. Bauten St. Urban	FWD	1'800'000	840'000	3'400'000	1'850'000	1'700'000	950'000	250'000	1'250'000	1'250'000	250'000
47	12 Klosteranlage Werthenstein	FWD	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000
48	13 Schloss Heidegg	FWD	90'000	150'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
49	44 Beirhof	FWD	60'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
50	47 Sonnenhof Emmen	FWD	280'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000
51	79 Murbacherstrasse 21/23	FWD	110'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
52	84 Schlachtkappelle Sempach	FWD	20'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
53	88 Ruine Nünegg	FWD	0	0	800'000	800'000	0	0	0	0	0	0
54	95 Hirschengraben 36	FWD	35'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
55	127 Sonnenhaldenhof	FWD	360'000	280'000	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000
56	199 Sedelhof Ebikon	FWD	0	230'000	0	0	0	0	0	0	0	0
57	344 Munitionsmagazin Friedental	FWD	0	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000
58	345 Munitionsmagazin Libellenstrasse	FWD	0	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000
59	364 SteingradBuehuetten Marbach	FWD	70'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
60	686 Ruspigenplatz 1 Luzern	FWD	130'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
61	687 LUPS übrige Gebäude St. Urban	FWD	50'000	100'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
62	952 Konzepte / Entwicklung	FWD	790'000	500'000	500'000	1'700'000	3'000'000	17'500'000	27'500'000	32'500'000	32'500'000	30'500'000
63	999 Finanzplan / Reservenbewirtschaftung	FWD	2'500'000	5'000'000	5'000'000	5'000'000	5'000'000	5'000'000	5'000'000	5'000'000	5'000'000	5'000'000
64	45 Luzerner Höhenklinik Montana	GSD	250'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
65	46 Vornmatstrasse 16	GSD	250'000	90'000	90'000	90'000	90'000	90'000	90'000	90'000	90'000	90'000

in Franken			Finanzplan 2013–2021											
WE	Bezeichnung / Projekt	Dept.	Budget		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
66	156 Bürgenstrasse 12	GSD			30'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
67	6 Klosterstrasse 31	JSD			100'000	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000
68	9 Grossehof Kriens	JSD			1'650'000	2'700'000	5'750'000	5'500'000	3'000'000	550'000	550'000	550'000	550'000	550'000
69	36 Staatsarchiv	JSD			180'000	600'000	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000	200'000	1'600'000
70	48 Strafanstalt Wauwilermoos	JSD			1'470'000	1'100'000	800'000	750'000	1'700'000	1'500'000	1'500'000	1'300'000	500'000	500'000
71	50 Kasimir-Pfyffer-Strasse 26	JSD			680'000	200'000	800'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000
72	51 Stützpunkt Sprengi	JSD			30'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
73	52 Strassenverkehrsamt	JSD			850'000	400'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
74	53 Bootshaus Alpenquai	JSD			20'000	20'000	20'000	20'000	20'000	20'000	20'000	20'000	20'000	20'000
75	54 Amtsgebäude Hochdorf	JSD			240'000	30'000	30'000	30'000	30'000	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000
76	55 Amtsgebäude Schüpfheim	JSD			60'000	30'000	30'000	30'000	30'000	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000
77	56 Amtsgebäude Sursee	JSD			110'000	60'000	60'000	70'000	70'000	70'000	70'000	80'000	80'000	80'000
78	57 Amtsgebäude Willisau	JSD			70'000	30'000	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000
79	58 Armeeausbildungszentrum Allmend	JSD			540'000	475'000	300'000	300'000	300'000	300'000	300'000	300'000	300'000	300'000
80	63 Zivilschutz-Zentrum Sempach	JSD			1'600'000	1'100'000	3'000'000	17'500'000	15'000'000	4'000'000	1'000'000	100'000	4'100'000	6'100'000
81	104 Bundesplatz 14	JSD			120'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
82	607 Polizeiposten Hitzkirch	JSD			80'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
83	611 Polizeiposten Meggen	JSD			80'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
84	621 Polizeiposten Triengen	JSD			27'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
85	651 Hirschengraben 17a	JSD			25'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
86	4 Gerichtsgebäude	Gerichte			50'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000
87	597 Amtsgericht Sursee	Gerichte			500'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
88	690 Menzbergstrasse 16 Willisau	Gerichte			185'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
89	692 Alpenquai 10	Gerichte			50'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
90	696 Bahnhofstrasse 15 Schüpfheim	Gerichte			530'000	0	0	0	0	0	0	0	0	0

5.1b Grossprojekte der kantonalen Hochbauten

Die nachfolgend aufgeführten Grossprojekte sind Bestandteil einer Wirtschaftseinheit (vgl. 5.1a Hochbauten nach Wirtschaftseinheiten).

in 1'000 Fr.				Budget	Finanzplan 2013–2021										
Grossprojekte	Bemerkungen	Dept.	Kostenschätzung	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021		
1 019 KS Reussbühl / Neubau Turn- / Sporthalle		BKD	9-10 Mio. Fr.						500	1'000	4'500	4'500			
2 021 KS Sursee / Erweiterung 2.Etappe		BKD	ca. 10 Mio. Fr.	100		500	500	6'000	3'000						
3 030 Sentimatt: Gesamtsanierung	Abbruch HWV-Trakt, Verzicht auf Erweiterung	BKD	ca. 10 Mio. Fr.		500	500	4'000	4'000	1'000						
4 034 HPZ Hohenrain / Gesamtsanierung		BKD	25-30 Mio. Fr.	250	3'000	2'000	1'800	1'800	4'900	3'650	3'500	3'300	2'500		
5 037 ZHB Luzern: Sanierung und Erweiterung	Botschaft B 143	BKD	19 Mio. Fr.		1'500	6'990	9'000	1'500							
6 038 Naturmuseum Luzern: Ausbau / Umbau		BKD	ca. 6 Mio. Fr.	100	500	3'000	2'000								
7 143 BBZ Sursee: Sanierung +Erweiterung	In Ausführung	BKD	35 Mio. Fr.	9'000	12'000	5'400									
8 527 UNI+PHZ Luzern: Umnutzung Postgebäude / Ausführung 527 UNI+PHZ Luzern: Subventionen / Beiträge	In Ausführung	BKD	154 Mio. Fr.	12'000 -5'600											
9 634 Luzern: Neubau Turnhalle Allmend - Mieterausbau	In Ausführung	BKD	3.4 Mio. Fr.	2'000											
10 032 HSIU Technik&Architektur: Fassadensanierung		BKD	30-35 Mio. Fr.	50	500	500	6'000	6'000	6'000	6'000	6'000	6'000			
11 Berufsschule FK Grafik : Neubau	Ersatz Rössligasse	BKD	25-30 Mio. Fr.					1'000	1'000	8'000	10'000	9'000			
12 PHZ Luzern: Erweiterung	Bedarfsplanung Hochschulen in Arbeit	BKD													
13 HSIU-Wirtschaft: Erweiterung	Bedarfsplanung Hochschulen in Arbeit	BKD													
14 HSIU-Design+Kunst: Neubau	Bedarfsplanung Hochschulen in Arbeit	BKD													
15 032 HSIU-Technik&Architektur: Erweiterung	Bedarfsplanung Hochschulen in Arbeit	BKD													
16 046 Kantonales Labor: Neubau	Bedarfsüberprüfung	GSD	10-15 Mio. Fr.				500	500	7'000	4'000					
17 009 Gefängnis Grosshof / Erweiterung	Projektierung Botschaft R7 2011	JSD	ca. 15 Mio. Fr.	NK	1'300	5'000	5'000	2'500							
18 063 Zivilschutzzentrum Sempach: Umbau in Sicherheitszentrum	Projektierung Botschaft B 8 2011	JSD	1. Etappe ca. 40 Mio. Fr.	1'500	1'000	3'000	17'500	15'000	4'000			4'000	6'000		
19 Neuorganisation Gerichte: Neubau Kantonsgericht		JSD	ca. 35 Mio. Fr.	100			500		5'000	15'000	12'000	3'000			
20 Zentrales Verwaltungsgebäude	Bedarfs- Standortüberprüfung	FWD	ca. 150 Mio. Fr.	50			200	1'000	4'000	10'000	20'000	30'000			

5.2 Investitionen Kantonsstrassen

in Franken

in Franken			Finanzplan (Stand B22 vom 25.10.2011)									
Str.-Zug	Proj.Nr.	Projektbezeichnung	Budget 2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	später	
Budget 2012, AFP 2012-2015 Neu- und Ausbau (inkl. Lärmschutz) Kantonsanteil Anschluss Rothenburg Belagssanierungen Kunstabauten (Unterhalt; Erneuerung, Ersatz) Lichtsignalanlagen und Systeme (Erneuerung) Mobilien Strasseninspektorat Total Investitionen Kantonsstrassen			Bauprogramm 2011-2014				Bauprogramm 2015-2018					
			43'500'000	50'458'500	55'038'900	46'119'200						
			2'000'000	1'000'000	600'000	300'000						
			8'000'000	8'000'000	7'600'000	18'000'000						
			4'000'000	4'000'000	4'000'000	4'000'000						
			1'100'000	1'240'000	400'000	250'000						
			750'000	1'000'000	750'000	600'000						
			59'350'000	65'698'500	68'388'900	69'269'200						
			7'585'000	17'926'500	17'796'100	32'305'800						
			51'085'000	68'385'000	72'835'000	78'425'000	87'095'000	89'745'000	91'045'000	70'395'000	227'115'000	
Total Projekte Kantonsstrassen, Neu- und Ausbau (inkl. Lärmschutz)												
Projekt			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	später	
1 K 2	3284.1	luzern, Schweizerhofquai	100'000	100'000	1'300'000	3'000'000	1'300'000					
2 K 2	3257	Megggen, Scherzi – Einmündung Adligenswilerstrasse, Erstellen Radverkehrsanlage	2'800'000	3'000'000								
3 K 2	3258.1	Megggen, Einmündung Adligenswilerstrasse (exkl.) – Grenze Schwyz, Erstellen Radverkehrsanlage	50'000	50'000	500'000	500'000	500'000					
4 K 4	10554	Kriens, Kupferhammer, Förderung öffentlicher Verkehr	50'000		500'000	2'500'000	500'000					
5 K 4	10202	Kriens, Zentrum (exkl.) - Einmündung Hergiswaldstrasse, Förderung öffentlicher Verkehr, Erstellen Radverkehrsanlage	50'000		1'900'000	2'500'000	500'000					
6 K 10	10088	Wohlihusen, Bahnhof, Erstellen Radverkehrsanlage	50'000		800'000							
7 K 10	10230	Werthenstein/Wohlihusen, Kreisel – Wohlihusen Markt, Erstellen Radverkehrsanlage	400'000									
8 K 10	3261	Entlebuch, Dorf, Strassenausbau	200'000	2'400'000	2'500'000	1'850'000						
9 K 11		Alberswil, Dorf, Erstellen Radverkehrsanlage	350'000									
10 K 12/34	10257	Ruswil, Dorf, Verbesserung Verkehrssicherheit	380'000									
11 K 12	10213	Eliswil/Alberswil, Einmündung Dorfsstrasse – Einmündung K 11, Sanierung und Ausbau Strasse, Erstellen Radverkehrsanlage	1'700'000									
12 K 13	10538	luzern, Geissmatbrücke – Pfistergasse, Erstellen Radverkehrsanlage	50'000	500'000								
13 K 13/10/16/31	10246	Emmen/luzern, Centralplatz (inkl.) – Seetalplatz – Schiff – Froburg inkl. Anpassung der Zufahrten K 10, K 16 exkl. Unterführung SBB, K 31 inkl. Aufweitung SBB-Unterführung (exkl. Bushöfe, Bahnhofstrasse und Umgestaltung Hauptstrasse Reussbühl) Optimierung Gesamtsystem, Radverkehrsanlage, Förderung öffentlicher Verkehr, Anpassung Brücken an Hochwasserschutz	10'000'000	17'000'000	28'000'000	25'000'000	27'000'000	5'000'000	6'000'000			
14 K 13 /18	10233	Sursee/Oberkirch/Mauensee, Optimierung Kreisel Chalten mit Förderung öffentlicher Verkehr	50'000	950'000	450'000							
15 K 13	10428	Dagmersellen, Uffikon Dorf, Erstellen Radverkehrsanlage zusammen mit Belagssanierung 1.	600'000									
16 K 13	10583	Reiden, Grenze Wilkon – Dorf (inkl.); Radverkehrsanlage (Massnahme offen) zusammen mit Belagssanierung	500'000		250'000							
17 K 14	6571	Gevensee, Sternplatz, Umbau Knoten (Bauvorhaben Dritter mit Kostenanteil)	3'100'000	200'000								
18 K 14	10038	Büren/Gevensee, Einmündung Rütistrasse – Sternplatz (exkl.), Erstellen Radverkehrsanlage		3'200'000								
19 K 14	10038	Gevensee, Knoten Heugärten, Kreisel (Bauvorhaben Dritter mit Kostenanteil)		350'000								
20 K 14	3026	Büren, Zentrum, Strassenausbau, Erstellen Radverkehrsanlage	250'000	2'000'000	2'800'000	1'500'000						

Str.-Zug	Proj.Nr.	Projektbezeichnung	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	später
			Bauprogramm 2011–2014								
21 K 14	10556	Triengen, Einmündung K 50 (inkl.) – Grund, Verkehrsberuhigende Massnahmen	400'000	400'000							
22 K 15	10543	Rothenburg, Flankierende Massnahmen Autobahnzubringer Rothenburg (Knoten Bären, Einmündung Eschenbachstrasse)	1'600'000	1'000'000							
23 K 16		Emmen, neue Busbuchten bei der Einmündung Kirchfeldstrasse	350'000								
24 K 16		Emmen, neue Busbuchten bei der Einmündung Rathausstrasse	350'000								
25 K 16	10471	Emmen, Umgestaltung Knoten Waltwil	600'000	600'000							
26 K 16	10214	Hitzkirch, Gefängnis Dorf (exkl.) – Hitzkirch Dorf (exkl.), Verkehrsberuhigung und Erstellen Radverkehrsanlage	200'000								
27 K 16		Aesch, Verbessem bestehende Radverkehrsanlage zwischen Aesch und Allwis		500'000							
28 K 16a		Hitzkirch, Einmündung Bahnhofstrasse, Optimierung Knoten in Koordination Bauvorhaben	300'000								
29 K 16a		Dittler									
30 K 16a	10559	Emmensee, Aachbachbrücke Dorf; Instandsetzung Brücke, Sanierung Strasse	50'000	600'000							
31 K 17		Hitzkirch, Mosen Einmündung K 58 – Grenze Kanton Aargau, Erstellen Radverkehrsanlage, 1. Etappe bis Anschluss Alternativroute	50'000	50'000	900'000						
32 K 17	10385.1	Elbkon, Schachenweid (inkl.) – Einmündung Schmiedhof, Busbeschleunigung mit Lärmschutz	500'000	2'700'000	4'500'000	500'000					
33 K 17	/2	Innerschachen und optimieren Bushaltestellen	400'000								
34 K 17	10385	Elbkon, Schachenweid, Kreis (Bauvorhaben Dritter mit Kostenanteil)	3'000'000	800'000							
35 K 17	10465	Roth/Dierikon, Gölzentalstrasse Rigistrasse bis Einmündung K 17 (inkl.), Neubau Kantonsstrasse, Erstellen Radverkehrsanlage	2'000'000	4'000'000	3'300'000						
36 K 18	10563	Roth, Rommatt – Grenze Giskon, Flankierende Massnahmen Zubringer Rotal	700'000	700'000	700'000						
37 K 19	10564	Giskon, Grenze Rotal – Knoten Tell (exkl.), Flankierende Massnahmen Zubringer Rotal	500'000	1'600'000	2'000'000	500'000					
38 K 30	10101	Eltswil, Feldmatt – Post – Rütli inkl. Umbau Einmündung K 12, Erstellen Radverkehrsanlage, Umgestaltung Knoten	50'000	400'000							
39 K 32	10550	Kriens, Schlund, Förderung öffentlicher Verkehr, Erstellen Lichtsignalanlage, Verkehrsmanagement		900'000							
40 K 32	10048	luzern, Einmündung Schlösslistrasse – Grenze Adligenswil, Erstellen Radverkehrsanlage	100'000		190'000						
41 K 32a	10373	luzern, Einmündung Moosmattstrasse – Eichwaldstrasse, Trottoir und Radstreifen	50'000	2'300'000							
42 K 33	10567	luzern, Allmend Abschnitt Einmündung Zühlmatweg – Kreisell Allmend, Förderung öffentlicher Verkehr	300'000	50'000	1'050'000						
43 K 36		Fühli, Chulacherbrücke, Neubau	1'700'000	2'000'000	2'000'000						
44 K 42	10593	Grassleiwil, Dorfengang Ost – Schulhaus, Erstellen Radverkehrsanlage	50'000	800'000							
45 K 46	10308	Plafnau, Dorf (exkl.) – Industrie Schöneich, Optimierung Normalprofil, Erstellen Radverkehrsanlage, Sanierung Strasse	1'200'000	1'200'000							
46 K 47		Buttisholz, Dorf, Anpassung Strassengeometrie infolge Sanierung Durchlass Dorfbach		300'000							
47 K 48	3221	Neuenkirch, Sempach-Station, Aufhebung Niveauübergang	2'500'000	8'000'000	9'000'000	1'000'000					
48 K 56	10390	Sempach/Hildisrieden, Hamrich – Schlüsse, Erstellen Radverkehrsanlage, Ausbau Strasse	2'200'000								
49 K 65	10570	Buchrain, Verkehrsberuhigung im Dorf, Flankierende Massnahmen Zubringer Rotal	450'000	450'000							
50 K 65	10571	Buchrain/Inwil, Schache – Knoten Oberhofen (inkl.) Ausbau und Sanierung Strasse, Flankierende Massnahmen Zubringer Rotal	100'000	50'000	1'300'000	1'500'000	400'000				
51 K 65b	10186	luzern, Rebstock – Lerchenbühl, Erstellen Radverkehrsanlage, Sanierung Strasse	1'500'000	100'000	100'000	200'000	1'500'000				
52 K 2		Greppen/Weggis, Einmündung Dorfstrasse – Rütimatt, Erstellen Rad-/Gehweg, Ausbau Strasse	100'000	50'000	200'000	3'000'000	400'000	500'000			
53 K 2b	10156	Vitznau, Bürglen – Grenze Schwyz, Teilausbau und Sanierung Strasse	100'000	100'000	100'000	250'000	3'000'000	3'000'000			
54 K 2b	10179	Kriens, Eichwilstrasse, Umgestaltung Knoten und Förderung öffentlicher Verkehr	100'000	50'000	50'000	800'000	1'500'000	3'000'000			
55 K 4b	10537	Kriens, Zentrum, Förderung öffentlicher Verkehr, Erstellen Radverkehrsanlage	100'000	200'000	200'000	500'000	2'100'000	6'000'000			
56 K 4	10178	Kriens, Luzern, Rengloch, Ausbau Strasse, Erstellen Radverkehrsanlage	200'000	200'000	500'000	2'000'000	6'000'000	1'000'000			
57 K 4/33a	10572	Enlebach, Allhus – Dorf (exkl.), Sanierung Strasse, Radverkehrsanlage	50'000	100'000							
58 K 10	10201										

Str.-Zug	Proj.Nr.	Projektbezeichnung	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	später
			Bauprogramm 2011-2014				Bauprogramm 2015-2018				
59 K 10	10129	Escholzmatz/Marbach, Wiggen – Grenze Kanton Bern, Erstellen Radverkehrsanlage, Neubau Brücke	200'000		400'000		500'000	3'000'000	3'000'000		
60 K 11	10231	Wollhusen, Menznauerstrasse, Erstellen Radverkehrsanlage, Teilsanierung Strasse (2. Etappe Bahnübergang – Einmündung Spitalstrasse exkl.)		100'000	50'000		1'000'000	700'000			
61 K 11	10098	Menznau, Einmündung Menzbergstrasse, Umgestaltung Knoten		50'000	50'000	500'000	700'000				
62 K 11	10574	Schölz, Einmündung K 43 – Industriegebiet Süd, Erstellen Radverkehrsanlage, Sanierung Knoten				50'000	50'000	100'000	1'300'000		
63 K 12/13/13a		Emmen, Knoten Lahenssage, optimieren Leistungsfähigkeit	50'000				100'000	1'400'000			
64 K 12	10576	Emmen/Luzern, Lahren – Siechenrain, Erstellen Radverkehrsanlage	50'000			50'000	1'400'000				
65 K 12	10132	Buttsholz/Grosswangen, Guglern – Rot, Erstellen Rad-/Gehweg	50'000				100'000		1'500'000		
66 K 13		Luzern, Platzplatz – Hirschengraben, Radverkehrsanlage für Querverbindung Pilatus-/Bahnhofsstrasse	50'000				800'000				
67 K 13		Luzern, Kreuzstutz – Kasernenplatz (exkl.), Erstellen Radverkehrsanlage, optimieren Gesamtsystem	100'000			300'000	2'000'000	1'300'000			
68 K 13	10247	Luzern, Fluemühle – Einmündung Lindenstrasse, Neubau Überführung, Radverkehrsanlage, Busspur	100'000			250'000	500'000	8'000'000	5'000'000		
69 K 13		Luzern, Einmündung Lindenstrasse – Schiff, Radverkehrsanlage, Busspur, Reussbahnauer					500'000	500'000	5'000'000	6'000'000	1'000'000
70 K 13		Emmen, Centralplatz (exkl.) – Sonnenplatz (exkl.), Radverkehrsanlage und Förderung öffentlicher Verkehr			100'000			400'000	2'000'000		
71 K 13/15	3275	Emmen, Schützenmattstrasse – Sprengplatz – Mühlenmatz, Erstellen Radverkehrsanlage (Alternativroute)				180'000					
72 K 13/15		Emmen, Sprengplatz (exkl. Bushal) – Sonnenplatz (inkl.) mit Zufahrten K 13 bis Einmündung Weiherstrasse und Zufahrt K 15 bis Autobahnanschluss Emmen-Nord (exkl.)		200'000	200'000	500'000	1'000'000	7'000'000	10'000'000	5'000'000	1'000'000
73 K 13	10580	Optimierung Gesamtsystem, Radverkehrsanlage und Förderung öffentlicher Verkehr									
74 K 13/47	10581	Neuenkirch/Natwil, Abzweigung K 48 – Unterwalden – Natwil Dorf (exkl.), Erstellen Rad-/Gehweg		50'000	100'000	50'000		200'000	1'000'000	2'000'000	500'000
75 K 15/18/3139.1		Oberkirch, Länggass, Kreisel		50'000	50'000			800'000			
76 K 16	10123	Beromünster, Westumfahrung		100'000	50'000	400'000	3'500'000	3'500'000	1'200'000		
77 K 16	10558	Emmen, Erstellen Busspur Abschnitt Emmen – Knoten Meierhöfli					100'000	200'000	1'000'000	3'100'000	1'000'000
78 K 16	10586	Hochdorf/Hohenrain/Hitzkirch, Grenze Hohenrain – Gelfingen Dorf (exkl.), Optimierung Normalprofil, Erstellen Radverkehrsanlage	100'000								
79 K 17	10280	Hochdorf, Hochdorf – Eschenbach Süd, Umfahrung	1'250'000	1'250'000	1'000'000	200'000'000	20'000'000	20'000'000	20'000'000	2'000'000	
80 K 17	10561	Luzern, Schlossberg, Förderung öffentlicher Verkehr	50'000		100'000	800'000	1'000'000				
81 K 17	10562	Elikon, Knoten Schlösslistrasse, flankierende Massnahmen Zubringer Rontal, Umbau Knoten in Kreisel	50'000	100'000		500'000	500'000	1'500'000			
82 K 18	10494	Elikon, Einmündung Schlösslistrasse – Einmündung Weichenstrasse (Kreisel Migros), flankierende Massnahmen Zubringer Rontal, Anpassung und Erneuerung Strassenraum		100'000	100'000	200'000	200'000	100'000	500'000	3'400'000	1'000'000
83 K 31	10282	Beromünster, Tann – Locheten, Erstellen Radverkehrsanlage und Ausbau Strasse	150'000	50'000			200'000	300'000	1'500'000	2'500'000	500'000
84 K 33	10590	Luzern/Ebikon, Einmündung Friedentalstrasse – Seidel, Erstellen Radverkehrsanlage		200'000	200'000	150'000	500'000	2'500'000			
85 K 33	10545	Malters, Neubau Rümli-Brücke Schachen		50'000	50'000		50'000	950'000	700'000		
86 K 34	10591	Werthenstein, Schachen – Langnauerbrücke (exkl.), 2. Etappe Erstellen Radverkehrsanlage, Verkehrsberuhigung									
87 K 36	10335	Wollhusen/Ruswil, Einmündung K 10 (inkl.) – Dorf Ruswil (exkl.), Erstellen Rad-/Gehweg	100'000	200'000		100'000		500'000	2'000'000	6'500'000	2'000'000
88 K 40		Schölzmatz/Fihli, Lammsschlucht, Variante O plus	750'000	750'000	250'000	4'000'000	4'000'000	4'000'000	4'000'000	800'000	
89 K 41		Willisau, Einmündung K 11 Kreisel Grundmatt (inkl.) – Bahnübergang, Erstellen Radverkehrsanlage, optimieren Leistungsfähigkeit	60'000	40'000		500'000	1'000'000	500'000			
90 K 47	10600	Lufthorn, Hostatt, Neubau Brücke			50'000	50'000			1'000'000		
91 K 47	10139	Oberkirch, Länggass – Zentrum, Erstellen Radverkehrsanlage, Verkehrsberuhigung			50'000	50'000		550'000			
92 K 48	10212	Natwil/Oberkirch, Büel – Länggass, Erstellen Radverkehrsanlage, Sanierung Strasse Sempach, Schulhauskurve, Umbau Knoten, Schulwegsicherung		50'000	100'000			800'000	2'000'000		

Str.-Zug	Proj.Nr.	Projektbezeichnung	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	später
			Bauprogramm 2011-2014					Bauprogramm 2015-2018			
93 K 48	10192	Sempach/Eich/Schenken, Dorf Sempach (exkl.) – Dorf Schenken (exkl.), Erstellen Radverkehrsanlage, Strassenanpassung	50'000	100'000		500'000	3'000'000	1'500'000			
94 K 51/52	10569	Triengen, Cheer – Müllhof, Verlegung Kantonsstrasse	100'000	200'000	50'000	50'000	50'000	50'000	1'000'000	1'500'000	500'000
95 K 56	10602	Hochdorf, Sempacher-/Uswilerstrasse, Erstellen Radverkehrsanlage			50'000	50'000	50'000	50'000	500'000		240'000
96 K 2b	10180	Vitznau, Alldorfbach – Tschuopis, Teilausbau und Sanierung Strasse			100'000	100'000	200'000	100'000		2'000'000	8'000'000
97 K 4/32a		Luzen, Obergrundstrasse Einmündung Horwerstrasse – Bundesplatz (inkl.), Erstellen Radverkehrsanlage, optimieren Leistungsfähigkeit									
98 K 4/32a		Luzen, Spange Süd (Planung)				200'000	200'000	200'000	200'000	500'000	1'500'000
99 K 10	10568	Wohusen/Werthenstein, Umfahrung Süd inkl. Anschlussbauwerk Wohusen Süd									100'000'000
100 K 10		Enlebuch/Hasle, Enlebuch Dorf (exkl.) – Fartschache – Dorf Hasle (exkl.), Radverkehrsanlage, Massnahme offen									200'000
101 K 13		Luzen, Grenzweg – Flumühle, optimieren Leistungsfähigkeit, Erstellen Radverkehrsanlage					200'000	200'000		1'500'000	2'500'000
102 K 13		Emmen, Einmündung Weiherstrasse – Lohren (exkl.), Erstellen Radverkehrsanlage						100'000	50'000	1'500'000	2'000'000
103 K 13	10579	Emmen/Neuenkirch, Lohren - Sibenlingen, Erstellen Rad-/Gehweg						50'000	50'000	200'000	2'500'000
104 K 13		Neuenkirch, Dorf, Erstellen Radverkehrsanlage									1'000'000
105 K 13	10043	Knutwil, Einmündung K 44 – Gallerie, Erstellen Radverkehrsanlage					50'000	50'000			1'350'000
106 K 13	10582	Dagmersellen, Eien – Dorf Uffikon (exkl.), Erstellen Rad-/Gehweg						50'000	50'000		900'000
107 K 13	3267	Dagmersellen, Dagmersellen Dorf (exkl.) – Uffikon (exkl.), Erstellen Radverkehrsanlage 2. Etappe					50'000	100'000	50'000		2'900'000
108 K 15		Emmen, Autobahnanschluss Emmen/Nord (exkl.) – Kreisel Bösfeld, Radverkehrsanlage und Förderung öffentlicher Verkehr						50'000	100'000	1'500'000	2'500'000
109 K 15		Rain/Hildisrieden, Kreisel Sandblatten (exkl.) – Dorf Hildisrieden (exkl.), Erstellen Radverkehrsanlage								3'200'000	
110 K 1558	3139.2	Beromünster, Ostumfahrung		100'000	100'000					300'000	1'500'000
111 K 16	10544	Emmen, Umfahrung Emmen und Meierhöfli (Planung)									1'000'000
112 K 16/K55	10585	Eschenbach, Umbau Knoten K 16/55									900'000
113 K 16/60		Hochdorf, Einmündung Luzernerstrasse, Umgestaltung Knoten									1'000'000
114 K 16a		Hitzkirch, Mosen Einmündung K 58 – Grenze Kanton Aargau, Radverkehrsanlage, 2. Etappe								100'000	1'900'000
115 K 17	10560	Eblikon, Grenze Stadt Luzern – Schachenweid (exkl.), Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal				50'000	150'000			1'200'000	800'000
116 K 17b	10588	Dierikon/Udligenswil, Einmündung Rigistrasse (exkl.) – Einmündung K 30, Gözenalstrasse, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal, Erstellen Radverkehrsanlage mit Sanierung				100'000	50'000	100'000	150'000	1'600'000	4'000'000
117 K 18	10039	Sursee, Kreuzung Münsterstrasse, Neubau Kreisel					50'000	50'000			520'000
118 K 18	10181	Schenken, Tannberg – Tann, Erstellen Rad-/Gehweg					50'000	50'000	100'000	1'500'000	300'000
119 K 30		Luzen, Einmündung K 2 bei SBB Unterführung Haltestelle Verkehrshaus, Radverkehrsanlage								100'000	700'000
120 K 31	10282	Luzen, Spange Nord	200'000	200'000	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000	500'000	2'9'500'000
121 K 33a	10332	Luzen, Kreuzstutz – Grenzhof, Erstellen Radverkehrsanlage				50'000	50'000	100'000		1'500'000	1'450'000
122 K 33b		Schwarzenberg, Dorf, Ergänzung Trottoir im Bereich Dorfstrasse 14								500'000	
123 K 37	10594	Escholzmat/Marbach, Abzweigung K 10 – Einmündung Schäftlinsstrasse, Erstellen Radverkehrsanlage, Teilausbau Strasse				100'000	100'000		200'000	500'000	9'500'000
124 K 46	10598	Reiden, Mehlecken – Grenze Kanton Aargau, Erstellen Radverkehrsanlage									300'000
125 K 46	10599	Plaffrau, Industrie Schöneich – Anschluss K 42, Ausbau Strasse				50'000	150'000	50'000		1'000'000	3'000'000
126 K 56	10601	Hochdorf/Hildisrieden, Erstellen Radverkehrsanlage, Strassenverbreiterung				100'000	100'000	100'000		1'000'000	3'800'000
127 K 56		Römerswil, Einmündung K 56 / K 56b, Umbau Knoten in Kreis									1'000'000
128 K 57		Beromünster, Einmündung Westumfahrung – Gunzwil, Erstellen Radverkehrsanlage									800'000
129 K 57a		Rickenbach, Rütli – Weiler Niderwil, Neubau Trottoir									800'000
130 K 58	10603	Hitzkirch, Mosen Abzweigung K 16a – Aabach, Ausbau Trottoir und Verkehrsberuhigung					50'000	50'000			900'000
131 K 58	10604	Hitzkirch, Mosen Bergweg – Einmündung alle Schwarzenbergstrasse, Erstellen Trottoir					50'000	50'000			300'000

Sr.-Zug	Proj.Nr.	Projektbezeichnung	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	später
			Bauprogramm 2011-2014				Bauprogramm 2015-2018				
132 K 62	10605	Hitzkirch, Dünkelbach – Einmündung Schloss Heidegg, Erstellen Trottoir	500'000	500'000	300'000	300'000	500'000	500'000	300'000	300'000	700'000
133 K 65		Buchrain, Buristutz, Erstellen Radverkehrsanlage	400'000	400'000	400'000	400'000	400'000	400'000	400'000	400'000	1'000'000
134		Sammelubrik 1, Diverse Kleinprojekte; Fussgänger, Radfahrer, Behinderte	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	400'000
135		Sammelubrik 2, Anlagen für öffentlicher Verkehr	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000
136		Sammelubrik 3, Bauvorhaben Dritter	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000
137		Sammelubrik 4, Unfallschwerpunkte	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
138		Sammelubrik 5, Naturschutz	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000
139		Sammelubrik 6, Anpassen geometrische Normalprofile	3'000'000	3'000'000	3'000'000	5'000'000	5'000'000	5'000'000	5'000'000	5'000'000	5'000'000
140		Sammelubrik 7, Lärmschutz und Luftreinhaltung	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000
141		Sammelubrik 8, neue Lichtsignalanlage, Steuerung	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000
142		Sammelubrik 9, Grundlagenplanung	300'000	300'000	300'000	300'000	300'000	300'000	300'000	300'000	300'000
143		Sammelubrik 10, Umsetzung neuer Gewässerschulz	45'000	45'000	45'000	45'000	45'000	45'000	45'000	45'000	45'000
144		Sammelubrik 11, Radrouten									

5.3 Investitionen öffentlicher Verkehr

in Franken	Budget	Finanzplan (Stand B22 vom 25.10.2011)			
Projektbezeichnung	2012	2013	2014	2015	2016 und Folgejahre
Budget 2012, AFP 2012–2015					
Investitionsbeiträge öV	6'500'000	11'500'000	10'720'000	12'320'000	
Zentralbahn	7'500'000	2'600'000	500'000	1'300'000	
Total Kredit AFP 2012-2015	14'000'000	14'100'000	11'220'000	13'620'000	
Projektüberhang (Differenz zwischen Kredit und Total Projekte)	1'200'000	1'000'000	1'000'000	1'000'000	
Investitionsbeiträge öV gem. Projektliste	7'700'000	12'500'000	11'720'000	13'320'000	
Zentralbahn	7'500'000	2'600'000	500'000	1'300'000	
Total Projekte (inkl. Zentralbahn)	15'200'000	15'100'000	12'220'000	14'620'000	
Total Projektliste	7'700'000	12'500'000	11'720'000	13'320'000	64'860'000
1 Umbau Bahnhof Malters Kanton	300'000				
2 Neubau Bahnhof Rigi-Kaltbad	300'000				
3 Substanzerhaltungen / Erneuerungen, BLS	3'500'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	9'000'000
4 Erweiterungsinvestitionen, BLS (Investitionsplan)		2'000'000	2'000'000	2'000'000	9'000'000
5 Ausbau Bahninfrastruktur Luzern West		2'000'000			
6 Neue S-Bahn-Stationen, Ablösung Haltestellenunterhalt	2'000'000	1'800'000	20'000	20'000	60'000
7 Sanierung Bahnübergänge (Vereinbarung)	100'000				
8 Projekt Seetalplatz: Fahrleitungen und Bahnhofplatz	500'000	2'000'000	4'000'000	4'000'000	6'500'000
9 Buskonzept Rontal, Infrastrukturanpassungen	500'000	400'000	400'000	2'000'000	11'800'000
10 Umbau Bahnhof Rothenburg Industrie	200'000	200'000	200'000	200'000	7'200'000
11 Umstieg Bahn-Bus/Bus-Bus, div. Bahnhöfe / Haltestellen	200'000	1'000'000	2'000'000	2'000'000	6'000'000
12 Ausbauten S-Bahn: Haltestellen, Strecken					15'000'000
13 Projektierungsarbeiten, div. Projekte	100'000	100'000	100'000	100'000	300'000

5.4 Investitionen Naturgefahren

a) Schutzbauten gegen Hochwasser

in Franken			Budget	Finanzplan (Stand B22 vom 25.10.2011)			
Gewässer	Projekt Nr.	Projekt Bezeichnung	2012	2013	2014	2015	2016 und Folgejahre
Budget 2012, AFP 2012-2015							
		Investitionen Hochwasserschutz, Kanton Luzern	15'150'000	15'150'000	15'150'000	15'150'000	
		Investitionen HVWS, Gemeinden (durchl. Beiträge)	3'500'000	3'500'000	3'500'000	3'500'000	
		Total Kredit AFP 2012-2015	18'650'000	18'650'000	18'650'000	18'650'000	
		Projektüberhang (Differenz zw. Kredit und Total Projekte)	19'740'000	15'480'000	14'770'000	13'700'000	
		Total Projekte	38'390'000	34'130'000	33'420'000	32'350'000	121'500'000
Projekte > 3 Mio. Fr. (Kreditbeschlüsse Kantonsrat)			25'980'000	28'100'000	23'300'000	23'650'000	112'000'000
1 Wigger und Zuflüsse	10260	Buttisholz: Dorfbach, HWRB Fürti	1'500'000	1'500'000	1'000'000	500'000	2'000'000
2	10187	Menzna: Rickenbach	350'000	1'500'000	800'000	50'000	2'000'000
3 Reuss und Zuflüsse		Buchrain: VoMa Perlern	1'500'000				
4	10217	Ebikon - Root: Ron	1'000'000	1'000'000	1'000'000	1'000'000	4'000'000
5	10292.3	Emmen, Buchrain: Reuss	2'500'000	2'500'000	2'500'000	2'500'000	
6 Kleine Emme und Zuflüsse	10292.3	Emmen, Luzern: Kl. Emme Abschnitt Reusszopf - A/B	4'000'000	7'000'000	7'000'000	2'000'000	8'000'000
7	10106	Flühli: Integralprojekt	2'000'000	1'000'000	200'000		
8	10292.2	Kriens, Luzern, Malters: Kl. Emme Los 1	4'500'000	5'000'000	2'000'000	4'000'000	40'000'000
9	10292.3	Malters, Werthenstein: Kl. Emme Los 2	1'630'000	3'000'000	3'500'000	9'500'000	37'000'000
10		Malters: Holzrückhalteanlage	800'000				
11	10292.3	Malters: VoMa Ennigen					
12	10292.3	Malters, Wolhusen, Werthenstein: Kl. Emme Los 3	3'500'000	1'600'000	2'300'000	1'100'000	12'000'000
13 Vierwaldstättersee und Zuflüsse	1518	Luzern: Reusswehr	200'000				
14		Weggis: HWS Rigibäche	2'000'000	1'000'000			7'000'000
15		Horw: Dorfbach	500'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	
Projekte 1 bis 3 Mio. Fr.			6'840'000	2'030'000	2'320'000	900'000	500'000
16 Luthern und Zuflüsse	1536	Gettnau/Alberswil: Erneuerung Wehranlage und Hochwasserschutz	200'000				
17	10361.1	Luther: Hofstatt, Durchlass- und Querschnittserweiterung	1'200'000	1'200'000			
18	10253	Schötz: Grenze Nebikon bis Schötz	1'000'000				
19		Schötz: Gläng	2'100'000				
20 Wigger und Zuflüsse	10476	Dagmersellen: Hürrn			1'000'000	600'000	
21	10625	Grosswangen: Rot					
22	10254	Menzna: Seewag			1'000'000		
23	10234.2	Willisau: Buchwigger	200'000	30'000			
24	1554	Willisau: Enziwigger	600'000	200'000			
25	10094	Willisau: Mültalbach	40'000				
26 Reuss und Zuflüsse	10618	Adligenswil: Stubenbach			300'000	100'000	
27	10292.2	Emmen, Buchrain, Root: Reuss	300'000	300'000			
28 Sempachersee, Sure und Zuflüsse	10475	Nottwil: Eybach			20'000	200'000	500'000
29	10247	Schenkon: Chomlibach					
30 Vierwaldstättersee und Zuflüsse	1564	Kriens: Schloss- / Talacherbach	400'000				
31 Hallwiler-, Baldeggersee und Zuflüsse	10717	Altis: Bossbach	500'000				
32 Verschiedene Gewässer	10259	Meierskappel: Dietisbergbach	300'000	300'000			

in Franken

			Budget	Finanzplan (Stand B22 vom 25.10.2011)			
Gewässer	Projekt Nr.	Projekt Bezeichnung	2012	2013	2014	2015	2016 und Folgejahre
Positionen und Projekte < 1 Mio. Fr.			5'570'000	4'000'000	7'800'000	7'800'000	9'000'000
33 Wigger und Zuflüsse	10652	Sammelrubrik	600'000	200'000	500'000	500'000	
34 Reuss und Zuflüsse	10649	Sammelrubrik	1'000'000	1'000'000	2'000'000	2'000'000	
35 Kleine Emme und Zuflüsse	10648	Sammelrubrik	600'000	200'000	500'000	500'000	
36 Ilfis und Zuflüsse	10647	Sammelrubrik	600'000	200'000	500'000	500'000	
37 Sempachersee, Sure und Zuflüsse	10650	Sammelrubrik	670'000	200'000	500'000	500'000	
38 Wyna und Zuflüsse	10650	Sammelrubrik	600'000	200'000	500'000	500'000	
39 Vierwaldstättersee und Zuflüsse	10651	Sammelrubrik	600'000	200'000	500'000	500'000	
40 Hallwiler-, Baldeggersee und Zuflüsse	10646	Sammelrubrik	600'000	200'000	500'000	500'000	
41 Verschiedene Gewässer	10292.1	Sammelrubrik	300'000	1'600'000	2'300'000	2'300'000	9'000'000

b) Schutzbauten gegen Massenbewegungen

in Franken

			Budget	Finanzplan (Stand B22 vom 25.10.2011)			
Gewässer	Projekt Nr.	Projekt Bezeichnung	2012	2013	2014	2015	2016 und Folgejahre
Budget 2012, AFP 2012 – 2015							
		Investitionen Kanton Luzern	1'000'000	1'000'000	1'000'000	1'000'000	
		Investitionen Gemeinden (durchl. Beiträge)	1'575'000	1'575'000	1'575'000	1'575'000	
		Total Kredit AFP 2012-2015	2'575'000	2'575'000	2'575'000	2'575'000	
		Projektüberhang (Differenz zw. Kredit und Total Projekte)	3'450'000	3'120'000	820'000	-1'635'000	
		Total Projekte	6'025'000	5'695'000	3'395'000	940'000	
Projekte > 3 Mio. Fr. (Kreditbeschlüsse Kantonsrat)			3'500'000	4'000'000	2'000'000		
1 Schutzbauten (Bauherrschaft Dritte)		Weggis: Laugneri II	1'500'000	2'000'000	2'000'000		
2		Weggis: Horlavi II	2'000'000	2'000'000			
Projekte 1 bis 3 Mio. Fr.			655'000	655'000	655'000		
3 Gefahregrundlagen		Schutzbautenkataster, Erdbebenvorsorge	205'000	205'000	205'000		
4 Vorsorge		Notfallplanung	450'000	450'000	450'000		
5 Schutzbauten (Bauherrschaft Dritte)		Luzern: Baselstrasse					
Positionen und Projekte < 1 Mio. Fr.			1'870'000	1'040'000	740'000	940'000	
6 Monitoring		Warnanlagen, Alarmierungsdispositive	140'000	140'000	140'000	140'000	
7 Schutzbauten (Bauherrschaft Dritte)		Ebikon: Sonnhaldenrain		500'000			
8		Luzern: Felssanierungen					
9		Malters: Geisssschachen					
10		Weggis: Rigi-Kaltbad					
11		Weggis: Linden	730'000				
12		Vitznau: Oberi Nas	800'000				
13		Sammelrubrik	200'000	400'000	600'000	800'000	

5.5 Investitionen Informatik

in Franken

	Budget	Finanzplan (Stand B22 vom 25.10.2011)		
PLANUNGSÜBERSICHT	2012	2013	2014	2015
Total Kredit AFP 2012-2015	14'754'000	14'768'000	14'361'000	15'101'000
Projektüberhang (Differenz zw. Kredit und Total Projekte)	2'571'000	1'734'000	1'834'000	1'834'000
Staatskanzlei	151'000	135'000	235'000	135'000
Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD)	1'530'000	1'600'000	1'450'000	1'450'000
Bildung- und Kulturdepartement (BKD)	1'580'000	1'210'000	1'380'000	1'680'000
Finanz- und Wirtschaftsdepartement (FD; ohne Konzern-IT)	5'664'000	4'037'000	2'600'000	2'400'000
Konzerninformatik (DILN)	6'120'000	7'430'000	8'240'000	8'970'000
Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD)	460'000	290'000	440'000	400'000
Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD)	800'000	1'200'000	1'250'000	1'300'000
Gerichte	1'020'000	600'000	600'000	600'000
Total Projekte (IR + ER)	17'325'000	16'502'000	16'195'000	16'935'000

Laufr. Nr. Portfolio IRT	Budget		Finanzplan					
	2012		2013		2014		2015	
	Gesamt		Gesamt		Gesamt		Gesamt	
PROJEKTÜBERSICHT gemäss Portfolio IRT	IR	ER	IR	ER	IR	ER	IR	ER
Staatskanzlei/Finanzkontrolle	151'000		135'000		235'000		135'000	
	64'000	87'000	100'000	35'000	200'000	35'000	100'000	35'000
1 170 Publikation	64'000	0	100'000	0	200'000	0	100'000	0
2 172 Kleinprojekte SK	0	20'000	0	20'000	0	20'000	0	20'000
3 173 Auditmanager i-World	0	10'000	0	10'000	0	10'000	0	10'000
4 174 Kleinprojekte FIKO	0	5'000	0	5'000	0	5'000	0	5'000
5 176 KR-Datenmanagement	0	52'000	0	0	0	0	0	0
Bau- und Umweltdepartement (BUWD)	1'530'000		1'600'000		1'450'000		1'450'000	
	550'000	980'000	300'000	1'300'000	200'000	1'250'000	200'000	1'250'000
6 20 Baugesuchskontrollsoftware (BAGE) CR & Releases	200'000	0	200'000	0	200'000	0	200'000	0
7 27 Wasserrwirtschafts-Datenbank	150'000	0	0	0	0	0	0	0
8 128 Fischerei und Jagdportal	200'000	0	100'000	0	0	0	0	0
9 177 Geoportal und Zentrale Raumdatenbank	0	400'000	0	400'000	0	400'000	0	400'000
10 204 Kleinprojekte: eBAGE-Releases	0	200'000	0	250'000	0	300'000	0	300'000
11 205 Kleinprojekte: eENFA-Releases (Gesuche & Förderung)	0	100'000	0	150'000	0	150'000	0	150'000
12 206 Kleinprojekte: SONUDB-Releases	0	100'000	0	50'000	0	50'000	0	50'000
13 207 Kleinprojekte: LAWIS 3.0-Anpassungen	0	180'000	0	250'000	0	250'000	0	250'000
14 208 Kleinprojekte: eFuj-Releases	0	0	0	100'000	0	50'000	0	50'000
15 209 Kleinprojekte: WVVDB-Releases	0	0	0	100'000	0	50'000	0	50'000
Bildung- und Kulturdepartement (BKD)	1'580'000		1'210'000		1'380'000		1'680'000	
	0	1'580'000	0	1'210'000	0	1'380'000	0	1'680'000
16 2 Pensenbewirtschaftung Schulen	0	200'000	0	50'000	0	50'000	0	50'000
17 4 PEGASUS	0	150'000	0	150'000	0	150'000	0	150'000
18 9 ZBA - CaseManagement/Schulverwaltung	0	100'000	0	50'000	0	0	0	0
19 10 Kleinprojekte BKD	0	300'000	0	400'000	0	500'000	0	1'000'000
20 12 Kompass-3	0	0	0	200'000	0	200'000	0	0
21 14 Eco2Gym	0	200'000	0	0	0	0	0	0
22 16 Stipendien Prozessoptimierungen	0	230'000	0	130'000	0	0	0	0
23 166 Zentralisierung Berufsschulen	0	100'000	0	0	0	0	0	0
24 167 Client2011 - Berufsschulen	0	50'000	0	0	0	0	0	0
25 192 Live@edu	0	50'000	0	50'000	0	50'000	0	50'000
26 193 Sephir	0	100'000	0	100'000	0	100'000	0	0
27 194 Hardware nicht Konzern	0	50'000	0	50'000	0	50'000	0	50'000
28 195 Schulverwaltungslösung HPS	0	50'000	0	30'000	0	30'000	0	30'000
29 196 Schulzimmer 2015	0	0	0	0	0	250'000	0	350'000

LaufNr	Zr. Portfolio IRT	Budget		Finanzplan (Stand B22 vom 25.10.2011)					
		2012		2013		2014		2015	
		Gesamt		Gesamt		Gesamt		Gesamt	
	gemäss Portfolio IRT	IR	ER	IR	ER	IR	ER	IR	ER
PROJEKTÜBERSICHT		5'664'000		4'037'000		2'600'000		2'400'000	
Finanz- und Wirtschaftsdepartement (FD)		5'414'000	250'000	3'837'000	200'000	2'400'000	200'000	2'200'000	200'000
30	39 Lutax	3'330'000	0	910'000	0	0	0	0	0
31	41 Nest gemäss Vertrag Kantone	370'000	0	600'000	0	700'000	0	700'000	0
32	46 Kleinprojekte FD	0	200'000	0	200'000	0	200'000	0	200'000
33	89 FHG Redesign SAP	200'000	0	0	0	0	0	0	0
34	139 Nest (Migration .NET)	914'000	0	627'000	0	0	0	0	0
35	158 Anbindung Prozesse an SAP	100'000	0	0	0	0	0	0	0
36	182 HR-Portal, Phase 1 (SAP-Strategie)	450'000	0	1'450'000	0	1'500'000	0	1'500'000	0
37	184 CH-Meldewesen, Anbindung an LuReg	50'000	0	250'000	0	200'000	0	0	0
38	186 E-Government Portal	0	50'000	0	0	0	0	0	0
Konzerninformatik (DIIN)		6'120'000	440'000	7'130'000	300'000	8'240'000	250'000	8'970'000	250'000
39	13 MAC-BBZB	0	0	120'000	0	0	0	0	0
40	81 Strateg. Umsetzung SOA (Service Oriented Architecture)	0	80'000	0	0	0	0	0	0
41	86 Enterprise Service Bus, Datendrehscheibe, eGov-Infrastr.	100'000	0	100'000	0	1'530'000	0	1'910'000	0
42	88 SAP Strategie (Basistechnologie)	950'000	0	1'150'000	0	1'900'000	0	2'250'000	0
43	92 IT - Governance & Reorg DIIN K.I.S.S	0	50'000	0	50'000	0	0	0	0
44	93 Umsetzung IT-Security (Informatiksicherheitsverordnung)	500'000	0	1'000'000	0	1'000'000	0	1'000'000	0
45	94 iWorkplace (Standard Client)	400'000	0	400'000	0	400'000	0	400'000	0
46	96 Ersatzbeschaffungen iWP (Endgeräte)	1'380'000	0	2'000'000	0	2'000'000	0	2'000'000	0
47	98 Kleinprojekte Konzerninformatik	0	250'000	0	250'000	0	250'000	0	250'000
48	107 Monitoring & Inventarisierung mit SCCM & SCOM	300'000	0	300'000	0	300'000	0	300'000	0
49	108 Leistungskatalog Implementierung & SLA Reporting	0	60'000	60'000	0	60'000	0	60'000	0
50	112 Ersatzbeschaffungen Server	400'000	0	400'000	0	0	0	0	0
51	114 Entwicklung von Sharepoint-Portalen (SOA)	150'000	0	150'000	0	150'000	0	150'000	0
52	115 Ersatzbeschaffungen Storage	300'000	0	300'000	0	0	0	0	0
53	116 Ablösung Telefonie durch UCC	800'000	0	800'000	0	400'000	0	400'000	0
54	119 Ersatzbeschaffung iWP iOrder	100'000	0	100'000	0	100'000	0	100'000	0
55	143 Coporate Template Mgmt (CTM)	100'000	0	50'000	0	50'000	0	50'000	0
56	169 Ersatzbeschaffungen Telefonie, Betrieb	200'000	0	200'000	0	100'000	0	100'000	0
Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD)		460'000	220'000	290'000	200'000	440'000	240'000	400'000	200'000
57	63 Kleinprojekte <50kFr	0	150'000	0	180'000	200'000	200'000	200'000	200'000
58	140 Einführen Konsul	0	20'000	0	0	0	0	0	0
59	152 Acontrol, agate.ch	0	20'000	0	0	0	0	0	0
60	153 IT-Sicherheitsverord., Datengut-Analyse + Massn.-Katalog	0	30'000	0	20'000	0	0	0	0
61	154 Bewilligungsdatenbank inkl. MEDREG-Integrationlös.	90'000	0	40'000	0	0	40'000	0	0
62	181 Säumige Prämienzahler "Schwarze Liste"	150'000	0	50'000	0	0	0	0	0
Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD)		800'000	800'000	1'200'000	800'000	1'250'000	750'000	1'300'000	800'000
63	67 Kleinprojekte <50kFr.	0	200'000	0	200'000	0	200'000	0	200'000
64	76 Fachanwendungen LuPol	0	400'000	0	400'000	0	400'000	0	400'000
65	150 Fachappl.-Strategie SiVB, LuPol, Grosshof, Möösli, VBD	0	50'000	200'000	100'000	0	0	0	0
66	151 Wahlen 2015	0	0	0	0	0	50'000	0	100'000
67	175 Umsetzung Legislaturprogramm 2011-15	0	100'000	0	100'000	0	100'000	0	100'000
68	210 e-Voting: Weiteres Vorgehen Luzern	0	50'000	200'000	0	500'000	0	500'000	0
Gerichte		1'020'000	435'000	600'000	0	600'000	0	600'000	0
69	48 AVGBS	0	50'000	0	0	0	0	0	0
70	51 ISOV GB V6	365'000	0	0	0	0	0	0	0
71	52 ISOV GB V6.x	70'000	0	50'000	0	50'000	0	50'000	0
72	54 Kantonsgericht (IT-Anteil)	0	100'000	0	0	0	0	0	0
73	55 Kleinprojekte	0	40'000	0	0	0	0	0	0
74	57 Weiterentwicklung Fachlösungen	150'000	0	550'000	0	550'000	0	550'000	0
75	58 Winkoam Upgrade	0	40'000	0	0	0	0	0	0
76	145 EITI 2012	0	100'000	0	0	0	0	0	0
77	146 InGe	0	20'000	0	0	0	0	0	0
78	147 EEG (El. Eingaben Gerichte) & ERV	0	55'000	0	0	0	0	0	0
79	217 Tribuna Release 2012	0	10'000	0	0	0	0	0	0
80	218 CTM Gerichtswesen	0	10'000	0	0	0	0	0	0
81	219 Datenklassifizierung	0	10'000	0	0	0	0	0	0

IV. Anhang

1. Vollzeitstellen

	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Bemerkungen
H0	1010 Staatskanzlei	34,7	33,7	
	1020 Finanzkontrolle	11,5	11,5	
	2010 BUWD – Stabsleistungen	14,5	14,5	
	2060 Dienstleistungen Immobilien	42,4	39,5	Red. wegen Auslagerung Spitalbauten
	3100 BKD – Stabsleistungen	16,7	16,7	
	4020 FD – Stabsleistungen	11,4	11,8	
	4030 Dienstleistungen Finanzen	14,5	16,3	Zentraler Aufbau Buchungszentrum
	4040 Dienstleistungen Personal	45,8	45,8	
	4050 Informatik und Material	93,2	101,2	Informatik-Zentralisierung und Umsetzung der Informatik-Strategie
	4060 Dienstleistungen Steuern	170,0	173,0	Aufbau im Bereich der Veranlagungen von juristischen Personen und der Quellensteuer
	5010 GSD – Stabsleistungen	14,5	13,5	
	6610 JSD – Stabsleistungen	17,4	18,9	Information/ Kommunikation (+1,0 VZ) Gewaltprävention (+0,5 VZ, Verschiebung von AB 6630)
	6660 Dienstleistungen für Gemeinden	10,1	10,2	
	6680 Staatsarchiv	16,0	17,8	Bereich Records Management/GEVER
	6700 Gemeindeaufsicht	12,1	12,1	
Total Allgemeine Verwaltung		524,8	536,5	Total +11,7 VZ
H1	6620 Polizeiliche Leistungen	771,9	779,0	Aufstockung gemäss Planungsbericht B58 22.04.2008
	6630 Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	179,9	184,5	Sofortmassnahmen Grosshof (+5,0 VZ), Verschiebung Gewaltprävention zu AB 6610
	6640 Strassen- und Schifffahrtswesen	103,8	108,2	Experten für neue Prüfstelle in Rothenburg
	6650 Migrationswesen	45,1	45,6	
	6670 Handelsregisterführung	10,6	10,9	
	6690 Strafverfolgung	98,0	98,1	
	7010 Gerichtswesen	250,2	253,2	Aufbau Richterstelle, höherer Ressourcenbedarf bedingt durch mehr Verhandlungen und aufwändigere Verfahrensabläufe
Total Öffentliche Ordnung und Sicherheit		1'459,5	1'479,5	Total +20,0 VZ
H2	3200 Volksschulbildung	430,5	496,3	HPZ H, HPZ S: Ausbau Wochenend- und Ferienbetreuung im Internatsbereich gem. Auftrag DISG und mehr Ausserkantonale im HPZ H (+ 22 VZ); HPS (Kantonalisierung August 2011): Budget 2011 umfasst nur Lehrpersonen, Budget 2012 Mitarbeitende Tagesstrukturen und weiteres Personal mit eingerechnet (+ 43,8 VZ)
	3300 Gymnasiale Bildung	705,0	707,7	Verwaltungs- u. Betriebspersonal: (+ 11,1 VZ): entspricht Niveau Budget 2010, Budget 2011 ist nicht korrekt; Lehrpersonen (– 8,4 VZ) aufgrund weniger Klassen
	3400 Berufs- und Weiterbildung	723,5	714,0	Aufbau unterrichtsbedingt an Schulen (+2,0 VZ), Lernortkooperation (+1,0 VZ), Verschiebung zu Hochschulbildung (–7,7 VZ) und zu DIIN (–2,0 VZ), Abbau Sportkationen (–3,2 VZ)

	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Bemerkungen
3500 Hochschulbildung		66,9	82,3	HGK-Vorkurs (+7,7 VZ) (vorher Berufs- und Weiterbildung), Services (+0,5 VZ), Retrokatalogisierung (+4,3 VZ), fremdfinanziert von Uni und PHZ (+2,9 VZ)
Total Bildung		1'925,9	2'000,3	Total +74,4 VZ
H3 3502 Kultur und Kirche		44,8	46,0	Naturmuseum Direktion (+0,3 VZ), fremdfinanziert von Bund Privaten (+0,9 VZ)
5012 Sport		4,8	5,0	
Total Kultur, Sport und Freizeit, Kirche		49,6	51,0	Total +1,4 VZ
H4 5020 Gesundheit		22,3	29,3	Rechnungsprüfung (+4,0 VZ), freiwillige Schulimpfung (+2,0 VZ), Verschiebung von AB Gesundheit (+1,7 VZ), Abbau Administration & Support (-1,6 VZ), Diverses
5030 Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen		55,5	55,5	
Total Gesundheit		77,8	84,8	Total +7,0 VZ
H5 5040 Soziales und Gesellschaft		32,3	32,3	
5050 Wirtschaft und Arbeit		217,0	187,0	Bund/SECO (-31,0 VZ), Verstärkung Kontrolle freier Personenverkehr (+1,0)
Total Soziale Sicherheit		249,3	219,3	Total -30,0 VZ
H6 2050 Strassen		71,2	73,3	Finanzierung aus zweckgebundenen Mitteln
2051 zentras		72,0	66,4	Voranschlag 2011 zu hoch angesetzt
Total Verkehr		143,2	139,7	Total -3,5 VZ
H7 2030 Raumplanung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation		57,5	57,5	
2040 Umwelt und Energie		56,1	56,1	
2053 Naturgefahren		15,4	17,7	Voranschlag 2011 zu tief angesetzt
Total Umweltschutz und Raumordnung		129,0	131,3	Total +2,3 VZ
H8 2020 Landwirtschaft und Wald		83,8	83,8	
Total Volkswirtschaft		83,8	83,8	
Gesamttotal Kanton Luzern		4'642,9	4'726,2	Total +83,5 VZ

2. Lernende, Praktikantinnen/Praktikanten

	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
H0 2060 Dienstleistungen Immobilien		1,0	1,0
3100 BKD – Stabsleistungen		3,0	3,0
4020 FD – Stabsleistungen		1,0	1,0
4030 Dienstleistungen Finanzen		1,0	1,0
4040 Dienstleistungen Personal		5,5	5,0
4050 Informatik und Material		6,0	6,0
4060 Dienstleistungen Steuern		6,0	6,0
5010 GSD – Stabsleistungen		1,0	1,0
6610 JSD – Stabsleistungen		1,0	1,0
6660 Dienstleistungen für Gemeinden		1,0	0,0
6680 Staatsarchiv		2,0	2,0
6700 Gemeindeaufsicht		1,0	0,0
Total Allgemeine Verwaltung		29,5	27,0
H1 5060 Migrationswesen		2,0	2,0
6620 Polizeiliche Leistungen		41,3	35,2
6630 Militär, Zivilschutz und Justizvollzug		12,0	12,0
6640 Strassen- und Schifffahrtswesen		6,0	6,0
6690 Strafverfolgung		7,0	8,0
7010 Gerichtswesen		34,5	33,5
Total Öffentliche Ordnung und Sicherheit		102,8	96,7
H2 3200 Volksschulbildung		65,0	70,0
3300 Gymnasiale Bildung		13,0	14,0
3400 Berufs- und Weiterbildung		23,0	22,0
3500 Hochschulbildung		6,0	6,0
Total Bildung		107,0	112,0
H3 3502 Kultur und Kirche		1,5	1,5
5012 Sport		1,0	1,0
Total Kultur, Sport und Freizeit, Kirche		2,5	2,5
H4 5020 Gesundheit		2,0	3,0
5030 Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen		2,5	2,5
Total Gesundheit		4,5	5,5
H5 5040 Soziales und Gesellschaft		4,0	4,0
5050 Wirtschaft und Arbeit		4,0	3,0
Total Soziale Sicherheit		8,0	7,0
H6 2050 Strassen		1,0	1,0
2051 zentras		3,0	3,0
Total Verkehr		4,0	4,0
H7 2030 Raumplanung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation		6,0	6,0
2040 Umwelt und Energie		4,0	4,0
Total Umweltschutz und Raumordnung		10,0	10,0
H8 2020 Landwirtschaft und Wald		7,0	9,0
Total Volkswirtschaft		7,0	9,0
Gesamttotal Kanton Luzern		275,3	273,7

3. Glossar

Abschreibungen	Abschreibungen erfassen den Wertverzehr von Anlagegütern, die nicht innerhalb einer Rechnungsperiode verbraucht werden. Die Abschreibungsursache kann technischer (Verschleiss durch Gebrauch), wirtschaftlicher (Marktveränderung) oder auch zeitlicher Natur (Fristablauf bei Lizenzen, Konzessionen u.Ä.) sein.
Aktiven	In der Sprache der Finanzbuchhaltung wird das Vermögen als Aktiven bezeichnet. Die Aktiven befinden sich auf der linken Seite der Bilanz. Die Reihenfolge der Aktiven entspricht in der Regel der Liquidierbarkeit. Sie sind unterteilt in Umlauf- und Anlagevermögen. Das Anlagevermögen wiederum ist unterteilt in Finanz- und Verwaltungsvermögen.
Anlagevermögen	Das Anlagevermögen zeichnet sich durch die Nutzung der Vermögensgüter über mehrere Jahre aus, im Gegensatz zur direkten Nutzung des Umlaufvermögens. Das Anlagevermögen umfasst sowohl Positionen des Finanz- wie auch des Verwaltungsvermögens.
Aufgaben- und Finanzplan (AFP)	Der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) zeigt die erwartete Entwicklung der Finanzen und Leistungen im Voranschlagsjahr und in drei weiteren Planjahren. Ersetzt die bisherigen Dokumente Voranschlag und Integrierter Finanz- und Aufgabenplan (IFAP).
Aufgabenbereich	Zusammenfassung von Staatsaufgaben nach fachlichen Gesichtspunkten. Meistens entsprechen die einer Verwaltungseinheit zugewiesenen Aufgaben einem Aufgabenbereich.
Aufwand	In der Buchhaltung erfasster Wertverzehr (Ausgaben und buchmässige Aufwendungen wie Abschreibungen und zeitliche Abgrenzungen). Begriff der Erfolgsrechnung.
Ausgaben	Verwendung von Finanzvermögen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Alle Ausgaben bedürfen einer Rechtsgrundlage, eines Voranschlagskredits und einer Ausgabenbewilligung.
ausserordentlicher Aufwand und Ertrag	Aufwand und Ertrag gelten als ausserordentlich, wenn mit ihnen nicht gerechnet werden konnte und sie sich der Einflussnahme und Kontrolle entziehen.
Bilanz	Aufstellung von Herkunft und Verwendung des Kapitals. Auf der linken Seite sind die Vermögenswerte aufgeführt (Verwendung), auf der rechten Seite das Fremdkapital und das Eigenkapital (Herkunft).
Bilanzanpassung	siehe Restatement
Bilanzregel, goldene	Die goldene Bilanzregel besagt, dass das langfristige Vermögen langfristig finanziert sein soll. Kurzfristiges Vermögen (Umlaufvermögen) kann auch kurzfristig finanziert sein. Im Kanton Luzern wird die Finanzierung des Verwaltungsvermögens durch das Eigenkapital und die passivierten Investitionsbeiträge angestrebt.
Bruttoprinzip oder Bruttodarstellung	Aktiven und Passiven sowie Aufwand und Ertrag sind getrennt voneinander auszuweisen (Verrechnungsverbot).
Bruttoverschuldungsanteil	Grösse zur Beurteilung der Verschuldungssituation bzw. zur Frage, ob die Verschuldung in einem angemessenen Verhältnis zu den erwirtschafteten Erträgen steht.
durchlaufende Beiträge	Durchlaufende Beiträge sind Beiträge, die der Kanton von anderen Gemeinwesen (in erster Linie Bund und Gemeinden) erhält und an Dritte weitergeben muss. Es handelt sich dabei um Vollzugsaufgaben, welche der Kanton erfüllt, ohne die Aufwendungen selber finanzieren zu müssen (z.B. Arbeitslosenkasse, Direktzahlungen an die Landwirtschaft u.a.m.). Sie sind ergebnisneutral und werden als Zusatzinformation zur Erfolgsrechnung aufgeführt.
Eigenkapital	Bei einem öffentlichen Gemeinwesen ist Eigenkapital derjenige Teil auf der Passivseite der Bilanz, welcher nicht Fremdkapital ist. Das Eigenkapital kann auch negativ sein (Bilanzfehlbetrag).

Einnahmen	Zahlungen Dritter, die das Vermögen vermehren oder die als Zahlung eines Dritten oder als interne Abgeltung in Bezug auf das Verwaltungsvermögen erfolgen.
Erfolgsrechnung	Die Erfolgsrechnung (alt: Laufende Rechnung) stellt die Aufwendungen den Erträgen gegenüber. Durch die Saldierung aller Erträge und Aufwendungen wird so der Erfolg einer Periode ermittelt (Zeitraumbetrachtung).
Ertrag	In der Buchhaltung erfasster Wertzuwachs (Einnahmen und buchmässige Erträge wie Rechnungsabgrenzungen für noch nicht fakturierte Leistungen). Begriff der Erfolgsrechnung.
Finanzvermögen	Vermögenswerte, die nicht unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen.
Fonds	Fonds sind zweckgebundene Mittel zur Sicherstellung der Finanzierung bestimmter öffentlicher Aufgaben.
Fremdkapital	Das Fremdkapital beinhaltet sämtliche Schulden eines Unternehmens oder Gemeinwesens gegenüber Dritten. Es wird in kurz- und langfristiges Fremdkapital gegliedert.
Geldflussrechnung	Eine Geldflussrechnung ist eine Gegenüberstellung der Zunahme und der Abnahme der liquiden Mittel in einer Periode. Sie ist nach betrieblicher Tätigkeit, Investitions- sowie Finanzierungstätigkeit unterteilt.
Geldfluss-Investitions-Verhältnis	Das Geldfluss-Investitions-Verhältnis gibt an, zu welchem Teil die Investitionen ins Verwaltungsvermögen aus dem Geldzufluss der betrieblichen Tätigkeit finanziert werden können. Es stellt eine wichtige Kennzahl der finanzpolitischen Steuerung dar.
Globalbudget	Im Rahmen des FLG gilt als Globalbudget der Erfolgsrechnung der Saldo zwischen Aufwand und Ertrag je Aufgabenbereich. Die Aufteilung der Mittel liegt in der Kompetenz der entsprechenden Verwaltungseinheit.
Hauptaufgaben	Die zehn Hauptaufgaben gruppieren das Total der Staatsaufgaben und sind selbst wiederum in Aufgabenbereiche unterteilt. Die kantonsspezifische Definition der Hauptaufgaben und Aufgabenbereiche ist, soweit sinnvoll, mit der funktionalen Gliederung abgestimmt.
HRM	Abkürzung für Harmonisiertes Rechnungsmodell. Im Januar 2008 hat die Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren das neue Handbuch Harmonisiertes Rechnungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) publiziert.
interne Verrechnung	Kosten und Erlöse zwischen den Dienststellen werden über die interne Verrechnung getätigt. Die Basis für die Verrechnung ist eine Leistungsvereinbarung zwischen Leistungserbringerin und Leistungsempfängerin. Die Buchung muss über die Kostenart des Erbringers mit 49nnnnnn und des Empfängers mit 39nnnnnn erfolgen. Beispiele: Miete, Leistungen der Dienststelle Informatik u.a.m. Interne Verrechnungen sind ergebnisneutral und werden als Zusatzinformation zur Erfolgsrechnung aufgeführt.
Investitionsanteil	Diese Kennzahl zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen auf.
Investitionsausgaben	Ausgaben mit einer mehrjährigen Nutzungsdauer, die aktiviert werden, insbesondere Sachinvestitionen und Investitionsbeiträge, ferner Darlehen und Beteiligungen des Verwaltungsvermögens.
Investitionseinnahmen	Einnahmen aus der Veräusserung von Sachanlagen und Rückerstattungen von Investitionsbeiträgen, eingehende Investitionsbeiträge, Rückzahlungen von Darlehen des Verwaltungsvermögens und Rückzahlungen oder Verkäufe von Beteiligungen des Verwaltungsvermögens.
Investitionsrechnung	Element der Jahresrechnung, welches die Investitionsausgaben und die Investitionseinnahmen einander gegenüberstellt.
Jahresbericht	Rechenschaftsbericht des Regierungsrates an den Kantonsrat über die Umsetzung der strategischen Ziele und Massnahmen sowie über die Leistungen und Finanzen des Kantons im vergangenen Jahr.

Jahresrechnung	Die Jahresrechnung besteht aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung, dem Eigenkapitalnachweis, der Geldflussrechnung und dem Anhang. Sie umfasst den Finanzhaushalt des Kantons.
Kapitaldienstanteil	Mass für die Belastung des Haushalts durch Kapitalkosten. Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie stark der laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (=Kapitaldienst) belastet ist.
Konsolidierung	Zusammenfassung und Bereinigung von Einzelabschlüssen mehrerer Einheiten zu einem Gesamtabschluss (konsolidierter Abschluss). Mit der Konsolidierung soll ein umfassendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gezeichnet werden.
Kosten, kalkulatorische	Die kalkulatorischen Kosten geben die betriebswirtschaftlichen Kosten für die Nutzung des betrieblichen Vermögens wieder (z.B. kalkulatorische Zinsen). Sie bringen keinen Finanzfluss, sind aber aus Gründen der Kostenwahrheit zu betriebswirtschaftlich sinnvollen Werten in die Kostenartenrechnung einzubeziehen.
Kreditüberschreitung (bewilligte)	Die bewilligte Kreditüberschreitung bezeichnet eine unter gewissen Bedingungen erlaubte Überschreitung des Voranschlagskredites durch den Regierungsrat.
Kreditübertragung	Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht wie geplant abgeschlossen werden, können die im Voranschlagskredit dafür eingestellten, aber noch nicht beanspruchten Mittel mittels Kreditübertragung auf die neue Rechnung übertragen werden.
Leistungsauftrag, politischer und betrieblicher	<p>Politischer Leistungsauftrag: bisherige Darstellung von Finanzen und Leistungen einer Dienststelle, welche jährlich dem Parlament unterbreitet wird. Neu Teil der Darstellung eines Aufgabenbereichs im Aufgaben- und Finanzplan.</p> <p>Betrieblicher Leistungsauftrag: Die Departemente und die Staatskanzlei (Gerichte OGB) geben ihren nachgeordneten Verwaltungseinheiten im Rahmen ihrer rechtlichen Zuständigkeiten einen betrieblichen Leistungsauftrag. Sie legen darin auch die Art und Weise der Auftragserfüllung fest.</p>
Mutationseffekt	Differenz zwischen den höheren Löhnen der austretenden Angestellten und den tieferen Löhnen der Eintretenden.
Nachtragskredit	Der Nachtragskredit ist die Ergänzung eines nicht ausreichenden Voranschlagskredites.
Nettoinvestitionen	Saldo zwischen Investitionseinnahmen und Investitionsausgaben.
Nettoverschuldungsquotient	Diese Kennzahl drückt aus, welcher Anteil der Fiskalerträge erforderlich wäre, um die Nettoschuld abzutragen.
Neubewertung	siehe Restatement
operatives Ergebnis	Das operative Ergebnis ist der Erfolg aus der operativen Tätigkeit des Gemeinwesens. Es ist die Summe des Ergebnisses aus betrieblicher Tätigkeit und des Ergebnisses aus der Finanzierung.
Passiven	Auf der Passivseite wird ausgewiesen, auf welche Weise das Kapital (d.h. die finanziellen Mittel) im Rahmen der Finanzierung (Mittelbeschaffung) beschafft wurde. Die Passiven unterteilen sich in Fremdkapital und in Eigenkapital.
Rechnungslegung	Die Rechnungslegung beinhaltet den Abschluss der Rechnung und deren Darstellung im Rahmen der Berichterstattung. Sie dient der Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
Restatement	Ein Restatement bezeichnet den Vorgang der rückwirkenden Neudarstellung von Rechnungselementen in Folge von geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen. Es beinhaltet insbesondere eine Bilanzanpassung auf Grund der Neubewertung von Aktiven und Passiven. (Umstellung auf Rechnungslegung nach FLG).

Rückstellung	Verpflichtungen aus einem Ereignis in der Vergangenheit, deren Höhe und/oder Fälligkeit ungewiss sind. Zudem können Unsicherheiten bezüglich des Tatbestandes sowie der Empfänger bestehen.
Selbstfinanzierungsanteil	Diese Kennzahl zeigt auf, welchen Anteil ihres Ertrages die öffentliche Körperschaft zur Finanzierung ihrer Investitionen aufwenden kann.
Selbstfinanzierungsgrad	Bisher verwendete Steuerungsgrösse aus der Finanzierungsrechnung. Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil seiner Nettoinvestitionen der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren kann. Diese Kennzahl ist nicht mehr relevant für die Schuldenbremse.
Schulden	Gemäss § 5 Absatz 1 FLG dient die finanzpolitische Steuerung dem Erhalt des Eigenkapitals und der Vermeidung neuer Schulden. Schulden gemäss § 3 Absatz 1 FLV sind die kurzfristigen und die langfristigen Finanzverbindlichkeiten ohne die passivierten Investitionsbeiträge.
Schuldenbremse	<p>Die Schuldenbremse umfasst eine jährliche Vorgabe und den mittelfristigen Ausgleich im Staatshaushalt.</p> <p>Jährliche Vorgabe: Das FLG schreibt in § 7 Absatz 1 als jährliche Vorgabe vor, dass in der Erfolgsrechnung höchstens ein Aufwandüberschuss von 4 Prozent einer Einheit des Staatssteuerertrages resultieren darf. In der Geldflussrechnung muss nach § 7 Absatz 2 FLG zudem das Geldfluss-Investitions-Verhältnis mindestens 80 Prozent betragen.</p> <p>Mittelfristiger Ausgleich: Nach § 5 FLV müssen die Erfolgs- und die Geldflussrechnung über 5 Jahre hinweg (Voranschlagsjahr, zwei vorangehende Jahre sowie zwei weitere Planjahre) ausgeglichen sein.</p>
Sonderkredit	Der Sonderkredit ist die Ausgabenbewilligung in der Kompetenz des Kantonsrates (ab der Referendumsgrenze von 3 Mio. Fr.). Reicht er nicht aus, ist rechtzeitig ein Zusatzkredit zu beantragen.
Umlaufvermögen	Teil des Vermögens, welcher direkt bei der Betriebstätigkeit verwendet wird.
Verwaltungsvermögen	Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen.
Voranschlag	Kurzfristiges Steuerungsinstrument des Kantonsrates und Managementinstrument des Regierungsrates. Als Entwurf neu Bestandteil des Aufgaben- und Finanzplans.
Voranschlagskredit	Mit dem Voranschlagskredit ermächtigt das Parlament den Regierungsrat, die Jahresrechnung für den angegebenen Zweck bis zum festgesetzten Betrag zu belasten. Der Voranschlag enthält für jeden Aufgabenbereich je einen Voranschlagskredit der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung. Reicht ein Voranschlagskredit nicht aus, ist beim Kantonsrat rechtzeitig ein Nachtragskredit zu beantragen.
Zinsbelastungsanteil	Die Grösse sagt aus, welcher Anteil des laufenden Ertrages durch den Zinsaufwand gebunden ist.
Zusatzkredit	Der Zusatzkredit ist die Ergänzung eines nicht ausreichenden Sonderkredites.

4. Register

Hauptaufgabe	Aufgabenbereich	Dienststelle	SK, Dept. Gerichte	Zuständige Kommission	Seite
H0 Allgemeine Verwaltung	1010 Staatskanzlei	Staatskanzlei	SK	SPK	27
	1020 Finanzkontrolle	Finanzkontrolle	SK	SPK	30
	2010 Stabsleistungen BUWD	Departementssekretariat BUWD	BUWD	VBK	32
	3100 Stabsleistungen BKD	Departementssekretariat BKD	BKD	EBKK	35
	4020 Stabsleistungen FD	Departementssekretariat FD	FD	WAK	37
	4030 Dienstleistungen Finanzen	Finanzen	FD	WAK	40
	4040 Dienstleistungen Personal	Personal	FD	SPK	43
	4050 Informatik und Material	Informatik	FD	SPK	46
	4060 Dienstleistungen Steuern	Steuern	FD	WAK	50
	4070 Dienstleistungen Immobilien	Immobilien	FD	VBK	53
	4071 Immobilien	Immobilien	FD	VBK	56
	5010 Stabsleistungen GSD	Departementssekretariat GSD	GSD	GASK	58
	6610 Stabsleistungen JSD	Departementssekretariat JSD	JSD	JSK	62
	6660 Dienstleistungen für Gemeinden	Amt für Gemeinden	JSD	SPK	64
	6680 Staatsarchiv	Staatsarchiv	JSD	EBKK	66
	6700 Gemeindeaufsicht	RegierungsstatthalterInnen	JSD	SPK	69
H1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	6620 Polizeiliche Leistungen	Luzerner Polizei	JSD	JSK	71
	6630 Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	Militär, Zivilschutz & Justizvollzug	JSD	JSK	75
	6640 Strassen- und Schifffahrtswesen	Strassenverkehrsamt	JSD	VBK	79
	6650 Migrationswesen	Amt für Migration	JSD	GASK	83
	6670 Handelsregisterführung	Handelsregisteramt	JSD	WAK	86
	6690 Strafverfolgung	Staatsanwaltschaft	JSD	JSK	88
	7010 Gerichtswesen	Gerichte	Gerichte	JSK	90
H2 Bildung	3200 Volksschulbildung	Volksschulbildung	BKD	EBKK	96
	3300 Gymnasiale Bildung	Gymnasialbildung	BKD	EBKK	100
	3400 Berufs- und Weiterbildung	Berufs- und Weiterbildung	BKD	EBKK	104
	3500 Hochschulbildung	Hochschulbildung und Kultur	BKD	EBKK	111
H3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	3502 Kultur und Kirche	Hochschulbildung und Kultur	BKD	EBKK	115
	5012 Sport	Departementssekretariat GSD	GSD	GASK	119
H4 Gesundheit	5020 Gesundheit	Gesundheit	GSD	GASK	121
	5030 Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen	Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen	GSD	GASK	126
H5 Soziale Sicherheit	5011 Sozialversicherungen	Departementssekretariat GSD	GSD	GASK	129
	5040 Soziales und Gesellschaft	Soziales und Gesellschaft	GSD	GASK	132
	5050 Wirtschaft und Arbeit	Wirtschaft und Arbeit	GSD	GASK	137
H6 Verkehr	2050 Strassen	Verkehr und Infrastruktur	BUWD	VBK	140
	2051 zentrass	Verkehr und Infrastruktur	BUWD	VBK	143
	2052 Öffentlicher Verkehr	Verkehr und Infrastruktur	BUWD	VBK	146
H7 Umweltschutz und Raumordnung	2030 Raumplanung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation	Raumentwicklung, Wirtschaftsentwicklung und Geoinformation	BUWD	RUEK	149
	2040 Umwelt und Energie	Umwelt und Energie	BUWD	RUEK	153
	2053 Naturgefahren	Verkehr und Infrastruktur	BUWD	VBK	156
H8 Volkswirtschaft	2020 Landwirtschaft und Wald	Landwirtschaft und Wald	BUWD	RUEK	159
	2031 Wirtschaft	Raumentwicklung, Wirtschaftsentwicklung und Geoinformation	BUWD	WAK	164
H9 Finanzen und Steuern	4031 Finanzen	Finanzen	FD	WAK	166
	4061 Steuern	Steuern	FD	WAK	169
	6661 Finanzausgleich	Amt für Gemeinden	JSD	WAK	171

